

DIE ARBEIT DES VOLKSBUNDES DEUTSCHE KRIEGSGRÄBER- FÜRSORGE

**Ein Beispiel für die Praxis der deutsch-französischen
Aussöhnung 1945 - 1975**

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
(Dr. phil.)
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Geert K. M. C. Demarest
aus Brügge/Belgien

Berlin 1977

DIE ARBEIT DES VOLKSBUNDES DEUTSCHE KRIEGSGRÄBER- FÜRSORGE

**Ein Beispiel für die Praxis der deutsch-französischen
Aussöhnung 1945 - 1975**

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
(Dr. phil.)
am Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Geert K. M. C. Demarest
aus Brügge/Belgien

Berlin 1977

DIE ARBEIT DES VOLKSBUNDES DEUTSCHE KRIEGSGRÄBER- FÜRSORGE

Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen-französischen
Ausgrabung 1945 - 1975

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
an der
Universität
Leiden
Niederlande



Erstgutachter : Prof. Dr. Ulrich ALBRECHT

Zweitgutachter: Prof. Dr. Michael ERBE

Tag der mündlichen Prüfung: 6. Oktober 1977

I N H A L T

	<u>Seite</u>
Inhaltsverzeichnis	3
Vorwort	5
Quellennachweis	9
Abkürzungsverzeichnis	15
 I. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge:	
die innere Entwicklung	16
Einführung: Der VDK 1919 - 1945	17
I.1. Organisatorische Neugliederung	23
1. Zulassung	24
2. Organisation	32
3. Arbeitsaufnahme	34
I.2. Ideologische Umschaltung:	38
1. Friedensarbeit und Versöhnungsgedanke	39
2. Volkstrauertag	48
3. Zusammenarbeit mit der Kirche	50
I.3. Jugendarbeit:	53
1. Entstehung	54
2. Jugendlager	60
3. Weiterer Ausbau	73
4. Ideologischer Hintergrund	78
 II. Die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräber-	
fürsorge in Frankreich.	83
Einführung: Die allgemeine Entwicklung der deutsch-	
französischen Beziehungen 1945 - 1975	84
II.1. Friedhofsarbeit:	93
1. Inoffizieller Anfang	94
2. Das 1. Kriegsgräberabkommen	106
3. Offizieller Arbeitsbeginn	109
4. Das 2. Kriegsgräberabkommen	114
5. Überblick des Aufgabenbereiches	115
II.2. Jugendlager:	118
1. Entwicklung	118

	<u>Seite</u>
2. Finanzierung	126
3. Stellung im deutsch-französischen Austausch	128
II.3. Resultate:	134
1. Deutsch-französische Zusammenarbeit vor 1963	135
2. Deutsch-französische Zusammenarbeit nach 1963	140
3. Deutsch-französische Jugendtreffen	143
4. Städtepartnerschaften	146
III. Schlußfolgerungen	148
Anmerkungen	152
Lebenslauf	175

VORWORT

Die vorliegende Arbeit will die Wirkung von den Initiativen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur Minderung mentaler Spannungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg erforschen. Bislang hat die wissenschaftliche Forschung sich wenig mit dem Problem der deutsch-französischen Aussöhnung befaßt. Auch der Volksbund selbst hat bisher keine richtige Bestandsaufnahme über den Einfluß seiner Aktivitäten auf diesem Gebiet vorgenommen. Als wir während unserer Studienzeit in Belgien zufällig mit dem Volksbund in Kontakt kamen, haben uns seine Bemühungen für eine deutsch-französische Verständigung von Anfang an interessiert. Wir wurden hierbei vor allem von der einmaligen Verbindung zwischen deutsch-französischer Zeitgeschichte und der Friedens- und Konfliktforschung angezogen. Ursprünglich planten wir die gesamte Volksbundtätigkeit aus der Perspektive der deutsch-französischen Aussöhnung zu untersuchen, doch da sich diese Aktivitäten nicht nur auf Frankreich beschränken, würde so vieles in einem falschen Licht stehen. Darum teilten wir unsere Untersuchung in zwei Teile auf. Im ersten allgemeinen Teil besprechen wir die innere Entwicklung des Volksbundes seit dem Zweiten Weltkrieg. Dabei betonen wir vor allem die Entstehung des Versöhnungsgedankens und die Orientierung zur Friedensarbeit. Im zweiten Teil gehen wir dann auf die spezifischen Probleme der Volksbundtätigkeit in Frankreich ein. Inwieweit wird die Friedensarbeit in Frankreich angewandt und welche Erfolge hat sie zu verzeichnen?

Unsere Vorarbeiten ergaben schon bald, daß wir uns kaum auf die Ergebnisse allgemeiner Untersuchungen stützen konnten, und wir fast vollkommen auf die Volksbundunterlagen angewiesen waren. In seinen Veröffentlichungen beschränkt der Volksbund sich aber meistens auf eine bloße Beschreibung einzelner Ereignisse. Eine wissenschaftliche Untersuchung, ähnlich wie unsere, hätte Mitarbeiter erfordert, die beim Volksbund gar nicht vorhanden sind oder dort zu sehr beschäftigt sind mit anderen, praktischeren Aufgaben. Wegen der Art seiner Tätigkeit überragt beim Volksbund die praktische Arbeit, doch da-

durch ist eine Geschichtslosigkeit bei diesem Verband eingetreten, die man leider nie wieder gutmachen kann. So verwahrloste das Archivmaterial vollkommen, und viele Stücke über wichtige Abschnitte der Volksbundgeschichte gingen verloren. Für die Akten, die verwahrt blieben, hat bis jetzt niemand die Zeit gefunden, sie zu ordnen. Das gilt sowohl für die Archive in der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes in Kassel, wie für die Archive der Jahre 1945 - 1950 beim Landesverband Berlin des Volksbundes. Dank der großzügigen Unterstützung von Mitarbeitern des Volksbundes konnten wir aber diese Akten sichten und die für uns interessanten Materialien herausholen und ablichten. Vom Vorstand des Volksbundes hatten wir die Genehmigung, alle Akten einzusehen, außer den Protokollen von den Vorstands- und Präsidiumssitzungen. Grundsätzlich beschäftigten wir uns mit den Archiven der Öffentlichkeits- und Bauabteilung. Unter der ersten Abteilung fällt auch die Jugendarbeit. Wegen der fehlenden Katalogisierung dieser Archive hatten wir manchmal Schwierigkeiten, adäquate Verweisungen in den Anmerkungen anzugeben. Wir mußten uns meistens auf allgemeine Bezeichnungen, wie z. B. "Akte Jugendarbeit" beschränken. Für rezente Dokumente konnten wir sogar nur das Archivdepot angeben, da sie noch nicht in Akten abgeheftet wurden. In Zusammenhang mit diesem Archivmaterial bedeuteten die Volksbundveröffentlichungen eine brauchbare Hilfe.

Die durch die mangelhafte Aufbewahrung der Archive entstandenen Lücken haben wir vor allem mit Hilfe von langjährigen Mitarbeitern des Volksbundes zu überbrücken versucht. Verschiedene haben die studierte Periode in einer verantwortungsvollen Position miterlebt und konnten uns wertvolle Informationen verschaffen. Hierbei erwähnen wir vor allem Herrn Klaus von Lutzau, den ehemaligen 2. Bundesgeschäftsführer. Weiter bekamen wir interessante persönliche Angaben von den Herren Gräfe und Soltau. Als Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes in Kassel halfen uns bei der Materialsichtung und -auswertung Frll. Stern und die Herren Gorn, Heinrich, Kammerer, Leppin und R. Müller. Durch ihre Bemühungen konnten wir auch Verbindungen zu ehemaligen Volksbundmitarbeitern, wie den Herren de Beaulieu,

Glock, Haffke und Stiebeling, aufnehmen. Aus der Geschäftsstelle des Volksbundes in Frankreich bekamen wir Auskünfte von dem Leiter, Herrn Breitenbach. In Brüssel nahmen wir Kontakt auf mit Frl. Fischell, der Tochter des verstorbenen Beauftragten des Volksbundes in Belgien, und Herrn Buchner, dem jetzigen Beauftragten. Es gelang uns schließlich, auch Pater Rieth über die Entstehung der Jugendlager und die Herren E. und F. Eulen über die Geschichte des Volksbundes vor 1945 zu befragen.

Die Literatur über die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 ist zu allgemein, um uns bei unserer Fragestellung viel weiter zu bringen. Sie bietet uns höchstens den Rahmen, in dem sich die Volksbundtätigkeit in Frankreich abgespielt hat. Das gleiche gilt für die Literatur über die internationale Jugendarbeit. So gehen die meisten Untersuchungen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes von traditionellen jugendsoziologischen Problemstellungen aus. Von Interviews in den französischen Lagerorten und mit Teilnehmern der Jugendlager des Volksbundes mußten wir absehen, da diese unmöglich von einer Person zu einem guten und akzeptablen Ende gebracht werden können. Im Hinblick auf diesen Sachverhalt haben wir unsere Untersuchung vornehmlich aus der Sicht des Volksbundes geführt. Das bedeutet, daß wir die volksbundinterne Entwicklung beschreiben und hinterher die Anwendung seines Gedankengutes bei der Arbeit in Frankreich. Wir meinen damit einen zusammenhängenden Überblick über den Volksbund und seine Friedensarbeit, vor allem am Beispiel Frankreichs, gebracht zu haben. Mit unserer Studie wollten wir einen Beitrag leisten, einerseits zum besseren Verständnis des Komplexes der deutsch-französischen Aussöhnung und andererseits zur Historiographie des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Und dies, weil hier eine einmalige Chance vorlag anhand der noch vorhandenen Materialien und der noch lebenden Zeugen, die Tätigkeit des Volksbundes in dem Licht der deutsch-französischen Beziehungen zu untersuchen.

Diese Arbeit widmen wir Herrn Heinz Volkmann, Geschäftsführer des Landesverbandes Berlin im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, ohne dessen Hilfe diese Untersuchung nie zustande ge-

kommen wäre. Er hat die Möglichkeit geschaffen, damit wir unser Vorhaben verwirklichen konnten, und hat uns während der Vorbereitungen ständig gefördert. Dadurch kamen wir in engen Kontakt mit der Wirkung des Landesverbandes Berlin und mit seiner Jugendarbeit, die unter den aktivsten im Volksbund zählt. So konnten wir in dem Text mehrere Beispiele anwenden - vor allem über die Jugendarbeit - die wir selbst kennengelernt haben. Bei dieser Gelegenheit möchten wir den Vorstands- und Vertretertagsmitgliedern des Landesverbandes Berlin für ihre Bemühungen danken, mir alle gewünschten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, vor allem Frau Feichtner, Frau Baier und Herrn Pauli. In einer zweijährigen Zusammenarbeit konnten wir auch mit der Hilfe der Mitarbeiter des Volksbundbüros in Berlin rechnen, wofür wir ihnen herzlich danksagen. Herrn Prof. Dr. Ulrich Albrecht der Freien Universität Berlin, sind wir zu besonderem Dank verpflichtet für seine Ratschläge und Leitung während der Fertigstellung dieser Arbeit. Schließlich danken wir hier den vielen deutschen, französischen und belgischen Freunden und Dienststellen, die uns bei unserem Vorhaben unterstützt haben.

Q U E L L E N N A C H W E I S

1. Archive

A. Archive des Landesverbandes Berlin im VDK

- Akte Berlin: Hier werden die Dokumente aus den Kriegsjahren und der ersten Nachkriegszeit aufbewahrt. Bis zur endgültigen Arbeitsaufnahme in Oldenburg blieb Berlin offiziell noch immer die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes.
- Akte de Fougerolles: Briefwechsel mit de Fougerolles, vor allem anlässlich seiner Rede zum Volkstrauertag 1961 in Berlin.
- Akte Jugendlager: unter dieser Bezeichnung verstehen wir alle Unterlagen bezüglich der Jugendlager, die beim Landesverband Berlin aufbewahrt sind. Eine Mappe haben wir noch besonders erwähnt, nämlich diese des Jugendlagers Manicourt 1970.
- Personalakte: Diese Akte umfaßt alle Angaben zu den Mitarbeitern im Berliner Büro des Volksbundes seit etwa 1944 bis ungefähr 1950.
- Akte Zonenzentrale-West: Hiermit bezeichnen wir ein paar Mappen mit dem Briefwechsel zwischen dem Büro des Volksbundes in Berlin und dem Büro - später Bundesgeschäftsstelle - in Oldenburg.

B. Archiv der Bundesgeschäftsstelle des VDK in Kassel

- Akte Briefwechsel Kirche: Aufbewahrt im Archivschrank bei Herrn Gorn.
- Akte de Fougerolles: Aufbewahrt im Keller.
- Akte Geschichte VDK: Aufbewahrt im Archivschrank bei Herrn Gorn.
- Akte Jugendarbeit: So verweisen wir zu diesen Mappen, die über die Jugendarbeit und Jugendlager im allgemeinen handeln. Diese Mappen stehen alle im Keller. Besonders angegeben haben wir noch die Akten: Verdun 1963, Arras 1969 und Arras 1973.
- Akte Jugendlager: Hiermit werden die Mappen über die einzelnen Jugendlager umfaßt. Jedes Lager hat seine eigene Mappe mit dem Briefwechsel, Abrechnungen usw. Diese Mappen werden ebenfalls alle im Keller aufbewahrt.
- Akte Kriegsgräberabkommen.

- Akte Soltau: Der Inhalt dieser Akte ist zwar auch die Jugendarbeit, doch im Gegensatz zu der Akte Jugendarbeit werden die Mappen dieser Akte im Archivschrank bei Herrn Soltau aufbewahrt.
- Akte Spontane Meldungen: Im Archivschrank des Herrn Kammerer im Keller. Viele dieser spontanen Meldungen wurden verwendet für die Zeitschrift "stimme und weg".

2. Zeugenberichte

- Pfarrer François Charles de Beaulieu: Ehemaliger Beauftragter des Volksbundes in Frankreich. Auf seine Wirkung kommen wir im Text ausführlich zurück.
- Walter Breitenbach: Leiter der Geschäftsstelle des Volksbundes in Maisons-Laffitte bei Paris.
- Wilhelm Buchner: Beauftragter des Volksbundes in Belgien.
- Eike Eulen: Sohn von Dr. Siegfried Emmo Eulen.
- Dr. Focko Eulen: Sohn von Dr. Siegfried Emmo Eulen.
- Frl. Fischell: Tochter von Albert Fischell, dem früheren Beauftragten des Volksbundes in Belgien.
- Julius Glock: Langjähriger Lagerleiter der ersten internationalen Jugendlager des Volksbundes.
- Eberhard Gräfe: Zivilarbeiter und Umbetter des Volksbundes in Frankreich, jetzt tätig bei der Jugendabteilung des Volksbundes in Kassel.
- Wilhelm Haffke: Der Organisator der ersten Angehörigenreisen zu den Soldatenfriedhöfen im Ausland.
- Klaus von Lutzau: Ehemaliger 2. Bundesgeschäftsführer des Volksbundes.
- Pater Theobald Rieth sj: Der Initiator der ersten Jugendlager zur Herrichtung von deutschen Soldatenfriedhöfen im Ausland.
- Hans Soltau: Der erste Jugendreferent des Volksbundes, jetzt Leiter der Jugendabteilung in der Bundesgeschäftsstelle in Kassel.
- Otto Stiebeling: Ehemaliger Leiter der Bauabteilung.

3. Volksbundveröffentlichungen

A. Periodische Veröffentlichungen

Informationsdienst:

Erschienen ab 1951, hieß bis 1969 "Informationsbrief". Stellt die Verbindung dar zwischen dem Volksbund und den ehrenamtlichen Mitarbeitern. Erscheint wöchentlich.

Informationen für die Presse:

Erschienen ab 1954. Erscheint bei einem wichtigen Ereignis bezüglich der deutschen Kriegsgräberfürsorge, und wird der Presse zugesandt mit der Bitte um Veröffentlichung.

Kriegsgräberfürsorge:

Die Mitgliederzeitschrift des VDK. Nach dem 2. Weltkrieg erneut erschienen ab Oktober 1949 (XXV. Jahrgang). Erscheinungsweise: monatlich. Ab Januar 1956, zweimal vierteljährlich; ab Januar 1972, sechsmal im Jahr und ab Januar 1974, viermal im Jahr.

Stimme und weg - Zeitschrift für junge Menschen:

Zeitschrift des VDK für jüngere Mitglieder und Lagerteilnehmer. Erschienen ab Dezember 1963. Erscheinungsweise: viermal im Jahr.

B. Broschüren

Atlas deutscher Kriegsgräber in Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande - Am Rande der Straßen. Kassel, 1975, 49 S.

Bericht über das Schulungsseminar für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit der Landesverbände Berlin und Saar vom 26.3. - 7.4.1969 in Mühlthal bei Wörgl/Tirol. Berlin, 1969, 57 S.

Bericht über das Schulungsseminar für ehrenamtliche Mitarbeiter der Landesverbände Berlin und Saar des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. vom 20.3. - 29.3.1970 in Mühlthal bei Wörgl/Tirol. Berlin, 1970, 80 S.

Bericht über das Schulungsseminar für ehrenamtliche Mitarbeiter der Landesverbände Berlin und Saar des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. vom 1.4. - 11.4.1971 in Mühlthal bei Wörgl/Tirol. Berlin, 1971, 72 S.

Bericht über das Seminar für ehrenamtliche Mitarbeiter der Landesverbände Berlin und Saar des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge vom 14.4. - 22.4.1973 in Mühlthal/Wildschönau/Tirol. Berlin, 1973, 68 S.

Denkschrift über die Neuregelung der Kriegsgräberfürsorge. Nienburg, 1948, 7 S.

Den Gefallenen - Ein Buch des Gedenkens und des Trostes.
München, Salzburg, 1952, 160 S.

Geschäftsordnung. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.,
Landesverband Berlin. Berlin, 1968, 7 S.

Grabstättenordnung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfür-
sorge e. V. für das Inland. Oldenburg, 1946, 4 S.

Grabstättenordnung für die Gliederungen des Volksbundes Deut-
sche Kriegsgräberfürsorge. Nienburg, 1948, 2 S.

Das Image des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
- Psychologische Marktuntersuchung. Durchgeführt von Marplan,
Forschungsgesellschaft für Markt und Verbrauch mbH. Frankfurt,
1970, 54 S.

40 Jahre Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Kassel, s.a.
(1959), 96 S.

50 Jahre Dienst am Menschen, Dienst am Frieden. Volksbund Deut-
sche Kriegsgräberfürsorge e. V. 1919 - 1969. Kassel, 1969, 112 S.

Deutsche Kriegsgräberstätten im ehemaligen französischen Kampf-
gebiet. Karten und Handbuch. Berlin, 1931, 74 S.

Mortui viventes obligant - Die Toten verpflichten die Lebenden.
Aus der Arbeit des VDK-LV Berlin, nach dem 2. Weltkrieg von
1950 bis 1965. Berlin, 1966, 48 S.

Satzung - Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. S.l.
(Kassel), s.a. (1971), 16 S.

Schicksal in Zahlen. Kassel, 1976, 65 S.

Stimmen und Berichte zum Tod im Kriege. Eine Materialsammlung
zur Gestaltung des Volkstrauertages. Kassel, s.a. (1970), 76 S.

Versöhnung über Gräbern - Réconciliation par-dessus les tombes.
Kassel, 1963, 145 S.

Der Volkstrauertag: Sinngebung und Gestaltung. Eine Handrei-
chung für die Mitarbeiter des Volksbundes deutsche Kriegsgrä-
berfürsorge. Kassel, s.a. (1961), 140 S.

4. Kriegsgräberabkommen

Das Genfer Abkommen vom 12.08.1949 - Paragraphen zur Kriegsgrä-
berfürsorge. Kassel, 1949, 6 S. (AVK - Akte Kriegsgräberabkommen).

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik über die Kriegs-
gräber des Krieges 1939 - 1945 (23. Okt. 1954). Paris, 1954,
8 S. (AVK - Akte Kriegsgräberabkommen).

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutschen Kriegsgräber auf französischem Hoheitsgebiet (19. Juli 1966). Kassel, 1966, 13 S. (AVK - Akte Kriegsgräberabkommen).

Gesetz über die Sorge für die Kriegsgräber (Kriegsgräbergesetz) vom 27. Mai 1952. Kassel, 1953, 4 S. (Beilage KF, Juli 1953).

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit, vom 22. Januar 1963. in: Europa-Verträge und Gesetze, Bonn, 1972, S. 436 - 444.

5. Literatur über die deutsch-französischen Beziehungen und die internationale Jugendarbeit

BOENNER (K. H.). Einstellungswandel in einem deutsch-französischen Jugendlager. Eine Untersuchung zur Wirksamkeit von Auslandskontakten Jugendlicher. München, 1970, 96 S.

La coopération franco-allemande - Deutsch-französische Zusammenarbeit 1963 - 1969. Paris, Bonn, 1969, 119 S.

Directives de l'Office Franco-Allemande pour la Jeunesse - Richtlinien des Deutsch-Französischen Jugendwerkes. Versailles, 1975, ohne Seitenangabe.

Einstellung der deutschen und französischen Jugend zum deutsch-französischen Jugendaustausch. Zusammenfassender Bericht: September/Oktober 1968 - Les jeunes françaises et allemandes vis à vis des échanges franco-allemands. Rapport de synthèse: septembre 1968. Bielefeld, Paris, s.a. (1968), 50 S.

ENGLER (K. H.). Babylon war nichts dagegen. Friedensdienste, Workcamps und die Jugend der Welt. Düsseldorf, 1969, 160 S.

La France et l'Allemagne - Connaissances et représentations. Une étude pilote menée auprès de lycéens parisiens et munichois. Mai-décembre 1970 - Deutschland und Frankreich - Kenntnisse und Einstellungen. Eine Modelluntersuchung bei Schülern höherer Schulen in München und Paris. Mai-Dezember 1970. Versailles, s.a. (1971), 256 + 12 + 20 S.

HEYER (G. W.). Chancen zur Freundschaft. Das Deutsch-Französische Jugendwerk: Ziele, Möglichkeiten, Erfahrungen. Freudenstadt, 1969, 90 S.

1968: Kongress DFJW - Colloque OFAJ. Paris, 1969, 94 S.

LAURET (R.). Die Deutschen als Nachbarn - Revision eines Geschichtsbildes. Ein Beitrag zur deutsch-französischen Auseinandersetzung. Stuttgart, 1962, 271 S.

Meinungen und Einstellungen junger Deutschen und Franzosen zur deutsch-französischen Zusammenarbeit (Voruntersuchung:

Juli 1975). Ergebnisse zweier Gruppendiskussionen mit 17-20jährigen, durchgeführt im Auftrag des DFJW durch Institut für Jugendforschung (IJF), München. Bad Honnef, 1976, 61 S. (Berichte und Materialien 1976/1).

MENUDIER (H.). Die deutsche Wirklichkeit im Spiegel des ORTF. Bulletin de liaison des DFJW, Juni 1974, S. 38 - 49.

NASS (K. O.). Gefährdete Freundschaft. Ein Versuch über den Nationalismus in Frankreich und Deutschland. Bonn, 1971, 264 S.

L'OFAJ en 1975 - Das DFJW 1975 Versailles, 1975, 160 S. (Bulletin de liaison des DFJW, Oktober 1975).

OTT (H.). Handbuch der internationalen Jugendarbeit. Köln, 1968, 272 S.

PICHT (R.). Zum Verhältnis von Information und öffentlicher Meinung. Bulletin de liaison des DFJW, Juni 1974, S. 4 - 9.

La réalité quotidienne des échanges franco-allemands - Praxis des deutsch-französischen Austausches. Bd. 1: Administration, Economie - Verwaltung, Wirtschaft; Bd. 2: Culture - Kultur. Strasbourg, 1970, 685 + 766 S. (Herausgegeben vom Pressedient der französischen Botschaft in Bonn - Bad Godesberg).

SEYDOUX DE CLAUSSONNE (F.). Beiderseits des Rheins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten. Frankfurt, 1975, 302 S.

Tätigkeitsbericht - Rapport d'activité. 1963 - 1968 (DFJW - OFAJ). Bad Honnef-Rhöndorf, 1969, 149 S.

Tätigkeitsbericht - Rapport d'activité. 1963 - 1973 (DFJW - OFAJ). Versailles, 1973, 125 S.

UTERWEDDE (H.), MENYESCH (D.). Die deutsch-französischen Beziehungen: von der Aussöhnung der Kooperation. Berlin, 1975, 60 S.

ZIEBURA (G.). Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten. Pfullingen, 1970, 200 S.

6. Allgemeine Literatur

BOUTHOU (G.). Traité de polémologie - Sociologie des guerres. Paris, 1970, 560 S.

DE LA BARRE DE NANTEUIL. Historique des unités combattantes de la résistance (1940 - 1944) en 4^e région militaire. Synthèse sur les 13 départements: Charente - Charente-Maritime - Corrèze - Creuse - Deux-Sèvres - Dordogne - Gironde - Indre - Indre-et-Loire - Lot-et-Garonne - Vendée - Vienne - Haute-Vienne. Château de Vincennes, 1974, 161 S.

Deutsche Dienststelle (WAST) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht, Berlin. Arbeitsbericht 1973/74. Berlin, 1975, 51 S.

GROSSER (A.). Gegen den Strom - Aufklärung als Friedenspolitik. München, Wien, 1975, 153 S.

MANN (G.). Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt, 1973, 1064 S.

MODEL (O.), CREIFELDS (C.). Staatsbürgertaschenbuch. Alles Wissenswerte über Staat, Verwaltung, Recht und Wirtschaft mit zahlreichen Bildern. München, 1976, 936 S.

Partwork: "Das III. Reich". 5 Bde. Hamburg, 1974 - 1976.

SIEBURG (F.). Gott in Frankreich? Ein Versuch. Frankfurt, 1965, 342 S.

A B K Ü R Z U N G S V E R Z E I C H N I S

1. Archive

AVB: Archiv des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Berlin (Preußenallee 36, 1000 Berlin 19)

AVK: Archiv des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Kassel (Werner-Hilpert-Str. 2, 3500 Kassel).

2. Organisationen

DFJW: Deutsch-Französisches Jugendwerk.

MACVG: Ministère des Anciens Combattants et Victimes de Guerre (Ministerium der ehemaligen Frontkämpfer und Kriegsoffer).

VDK: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

YMCA: Young Men's Christian Associations (in Deutschland: CVJM - Christlicher Verein Junger Männer).

3. Periodische Veröffentlichungen

ID: Informationsdienst.

IP: Informationen für die Presse.

KF: Kriegsgräberfürsorge.

SW: stimme und weg.

In den Anmerkungen halten wir die Verweisungen zu diesen periodischen Veröffentlichungen so kurz wie möglich. Bei ID und IP geben wir einfachhalber nur das Datum an, da es sich höchstens um zwei Seiten handelt. So z. B. IP, 29.11.1975. Bei den Zeitschriften erwähnen wir nacheinander den Jahrgang, die Nummer, den Monat und die Seiten. So z.B. KF, XXVIII, 11, Nov. 1952, 132-35.

I. Teil:

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräber- fürsorge: die innere Entwicklung

Da eine Erklärung der Arbeit des Volksbundes in Frankreich unmöglich ist ohne Vorkenntnisse über den Aufbau, das Gedanken-
gut und die allgemeine Tätigkeit dieser Organisation, unter-
suchen wir deshalb im I. Teil die innere Entwicklung des
Volksbundes nach 1945.

Als Einführung blicken wir aber erst kurz zurück auf die Grün-
dung des Volksbundes und seinen Werdegang bis 1945. Vor allem
die Entwicklung in den Jahren 1933 bis 1945 ist dabei sehr in-
teressant. Diese kann nämlich erklären, warum bis heute noch
immer Kritik an den Volksbund laut wird, die sich auf diese
Zeit bezieht, obwohl der Volksbund selbst diese dunkle Phase
seiner Geschichte längst überwunden hat.

Mit dem Zusammenbruch des deutschen Reiches wird vorerst auch
den Aktivitäten des Volksbundes ein Ende gesetzt. Im Kapitel 1
gehen wir nach, wie der Volksbund sich wieder zusammengefunden
hat und unter welchen Voraussetzungen er die Arbeit wieder
aufnehmen kann. Die Schwierigkeiten, die hierbei in der franzö-
sischen Besatzungszone auftauchen, sind schon ein Vorzeichen
der Probleme, die den Volksbund bei seiner Tätigkeit in Frank-
reich erwarten.

Im 2. Kapitel versuchen wir schematisch die Entwicklung des Ge-
dankengutes vom Volksbund aufzuzeichnen. Anhand zweier Beispi-
le, Volkstrauertag und Zusammenarbeit mit der Kirche, wird die-
se Erläuterung noch vervollständigt.

Am weitaus wichtigsten ist das 3. Kapitel über die Jugendar-
beit des Volksbundes. Hier sind die Grundlagen für die Jugend-
lager zu finden, die später eine so hervorragende Rolle bei
der Volksbundarbeit in Frankreich spielen werden. Besonders de-
tailliert werden wir untersuchen, wie das Motto "Versöhnung über
den Gräbern" entstanden ist und wie es sich durch die Jahre
hindurch entwickelt hat. Außerdem untersuchen wir wie das Gedan-

kengut des Volksbundes auch die Jugend ansprechen kann.

Als Thesen für diese 3 Kapitel setzen wir voraus:

1. Einzelne Mitarbeiter des Volksbundes werden sich nach dem deutschen Zusammenbruch zusammenfinden und den Volksbund neugründen, längst bevor die Bundesrepublik entsteht. Auch die Kirche wird als Organisation bei dieser Neugründung keine Rolle spielen.
2. Die Gedanken der Friedensarbeit und der Versöhnung entstehen relativ früh beim Volksbund. Diese Gedanken machen zwar einen inhaltlichen Wandel in den darauf folgenden Jahren durch, doch behalten sie einen Sinn.
3. Die Jugendarbeit des Volksbundes ist der Initiative Einzelner zu verdanken. Der Volksbund hat anfangs aus verschiedenen Gründen abwartend oder sogar negativ reagiert. Erst nachdem der Erfolg gewährleistet ist, wird auch der Volksbund sich damit einverstanden erklären und selbst die Jugendarbeit übernehmen. Von dieser Jugendarbeit hängt schließlich das Weiterbestehen des Volksbundes ab.

Einführung: Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
=====

1919 - 1945
=====

Der Sturz der Hohenzollernmonarchie ist für das deutsche Volk der Zusammenbruch einer Welt, in der Deutschland eine glanzvolle, politische und wirtschaftliche Entwicklung kannte. Der Hunger und die materielle Not vergrößern die Verzweiflung im Lande noch. Die junge Weimarer Republik kämpft um Form und Inhalt gegen den Aufruhr, der überall herrscht. Neben diesen Belastungen muß der Staat auch mit den Problemen, die der Krieg hinterlassen hat, fertig werden. Eins davon ist die Pflege der Kriegsgräber, die sich fast ausschließlich im Ausland befinden, da der erste Weltkrieg sich nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenzen abgespielt hatte. Von den 1.937.000 im Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten sind etwa 1.800.000 im Ausland bestattet, wovon 930.000 allein in Frankreich (1). Der Versailler Vertrag regelt 1919 zwar die Frage der Erhaltung von Soldatengräbern, indem jeder Staat verpflichtet ist, die sich auf seinem Territorium befindlichen Gräber zu achten

und zu unterhalten, doch wie diese Pflege aussehen muß, wird nicht festgelegt (2). Frankreich kommt z. B. seiner Verpflichtung gegenüber Deutschland dadurch nach, daß sie für jeden Friedhof französische Kriegsinvaliden als Wärter anstellt, die für die Instandhaltung der Anlagen sorgen. Die Gräber werden gekennzeichnet durch schwarze Holzkreuze mit Blechplaketten. So werden die deutschen Gräber in Frankreich wohl vor dem Verfall gerettet, jedoch beschränkt sich die Fürsorge auf das Notwendigste, hinsichtlich Ordnung und Sauberkeit (3). Viele Besucher dieser Friedhöfe in Frankreich sind enttäuscht, vor allem wenn sie diese mit den prachtvollen Anlagen der Engländer und Amerikaner vergleichen, die ihre Gräberstätten selbst ausbauen und pflegen dürfen. Doch dieses Problem ist bei weitem nicht so wichtig, daß der Staat sich gleich darum kümmern kann. Um diese Verwahrlosung der deutschen Kriegsgräber im Ausland zu verhindern, bilden sich in Deutschland verschiedene Organisationen.

Am 16. Dezember 1919 wird in Berlin der "Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V." (VDK) gegründet (4). Dem Namen nach versteht sich der neugegründete Verein als Bund des ganzen Volkes, der Aufgaben auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge übernehmen will, die der Staat kaum erfüllt. Die zuständige staatliche Stelle, das dem Reichsministerium des Innern unterstehende "Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegsgräber" (ZAK) befaßt sich nämlich nur mit der Erfassung und Registrierung der Kriegsverluste. Der Volksbund will aber mehr, nach seiner ersten Satzung bezweckt er: 1. Herrichtung, Schmuck und Pflege der deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland und der Kriegsgräberstätten im Reichsgebiet dem Volksempfinden entsprechend zu fördern, 2. den Angehörigen der Gefallenen in allen Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge behilflich zu sein, und 3. die zwischenstaatliche Fürsorge für die Kriegsgräber auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu betreiben (5). Anfang 1920 wendet sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in einem ersten "Aufruf" an das deutsche Volk. Unterschriften haben 92 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Konrad Adenauer, Gerhart Hauptmann, von Hindenburg, Max Liebermann und Walter Rathenau (6). Hier finden wir schon

die erste Andeutung der internationalen Zusammenarbeit über die Gräber hinweg: "Sie (die private Fürsorge der Gräber) trägt den Gedanken der Kriegsgräberfürsorge von Volk zu Volk und bereitet so den Boden für eine Fürsorge vor, der die gemeinsame Totenehrung jenseits allen Völkerhasses heilige Pflicht ist."

Dieser Appell an das deutsche Gewissen bleibt nicht ohne Erfolg; 1920 hat der Volksbund bereits 9849 Mitglieder, 1923 sogar 77.323 (7)! Aus den Mitgliedsbeiträgen kann der Volksbund seine Arbeit finanzieren. Bald gehen auch mehrere bereits bestehende Organisationen für Kriegsgräberfürsorge in den Volksbund auf. Durch diesen raschen Aufstieg des Volksbundes sieht das ZAK sich am 9. Mai 1921 veranlaßt, eine Aufklärung über die Aufgabenabgrenzung des ZAK und des VDK zu veröffentlichen: die Arbeit des Volksbundes "ist eine wertvolle Ergänzung der amtlichen Fürsorge". Außerdem wird der Volksbund "als einzige von den beteiligten Reichs- und Staatsbehörden für das Gebiet der Kriegsgräberfürsorge anerkannte Organisation" bezeichnet (8). Mit dieser Anerkennung durch den Staat erhält der Volksbund als privater Verein ein Monopol auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge.

Als Garantie für die Aufnahme der praktischen Arbeit und die Verbreitung des Volksbundgedankens wird im ganzen Reichsgebiet eine leistungsfähige Organisation ausgebaut: Ortsgruppen gruppieren sich in Bezirksverbänden entsprechend den Regierungsbezirken, diese schließen sich wieder zusammen in Provinzialverbänden in den preußischen Provinzen oder Landesverbänden in den Bundesstaaten. An der Spitze der Organisation steht ein gewählter, ehrenamtlich tätiger Präsident. Gewählte Vertreter kommen jedes Jahr zum Vertretertag zusammen, wovon der erste bereits 1920 in Berlin stattfindet. Die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes wird in Berlin aufgebaut. Da sich überall ehrenamtliche Mitarbeiter bereit erklären, mitzuwirken, kann die Zahl der Hauptamtlichen minimal gehalten werden. Als Verbindung mit den Mitgliedern erscheint ab Februar 1921 eine eigene Zeitschrift "Kriegsgräberfürsorge". Am 29. März 1926

nimmt der Volksbund das von Prof. E. Böhm, Berlin, entworfene Signet an: fünf weiße Kreuze auf weißem Grund (9). Vorbild dafür ist die 1918 von dem Stuttgarter Professor Ulf Janssen, in der Nähe von Grabowiec, Kreis Hrubieszow in Polen, geschaffene kleine Gräberanlage für einen Offizier und vier Grenadiere (10). Dieses Signet ist bis heute beibehalten worden.

Da der Volksbund auch die "menschliche" Betreuung der Hinterbliebenen übernimmt, d. h. Auskunftserteilung, Beratung, zusätzliche Gräberpflege, Grabschmückung, Beschaffung von Bildern der Gräber usw., nimmt er Kontakt zu den zuständigen ausländischen Behörden und Organisationen mit ähnlicher Zielsetzung auf (11). Als private caritative Organisation, die überparteilich und interkonfessionell ist, gelingt es dem Volksbund eher und einfacher, die nötigen Verbindungen im Ausland herzustellen, und dadurch mehr zu erreichen, als das staatliche ZAK. Zwischen dem Volksbund und den ausländischen Stellen entsteht ein Austausch von Hinweisen über Gräberlagen und von Aufträgen zur Schmückung und Herrichtung von Soldatengräbern, wodurch immer mehr Freunde und Helfer im Ausland gewonnen werden. Dadurch gelingt es dem Volksbund, sich die Mitwirkung an der Ausgestaltung der deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland zu sichern, um sie als dauernde Ehrenstätte auszubauen. Dies wird als eine Pflicht empfunden, nicht nur wegen der Treue zu den Gefallenen, sondern auch wegen des Ansehens des deutschen Volkes (12). Nach dem Ende der Inflation 1923 kann der Volksbund mit seiner Bautätigkeit im Ausland anfangen in Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Polen und Palästina. Daneben ist auch ein amtlicher deutscher Kriegsgräberdienst, der dem Auswärtigen Amt untersteht, im Ausland tätig, insbesondere in Belgien, den Baltischen Ländern und auf dem Balkan (13). Der Schwerpunkt der Arbeit des Volksbundes liegt in Frankreich. Nach langwierigen Verhandlungen, die von Dr. Siegfried Emmo Eulen, Mitbegründer des Volksbundes und Bundesgeschäftsführer geführt werden, kann der Volksbund 1926 auch hier mit seiner Arbeit anfangen. Für seine Auslandstätigkeit gewinnt der Volksbund den Architekten Robert Tischler, der einen eigenen Baustil für die deutschen Soldatenfriedhöfe

entwickelt. Kein Schema wie bei den Engländern, sondern Einbettung in der Landschaft. Er verwendet dabei dauerhaftes Material, doch die Gestaltung selbst bleibt sehr schlicht. Laut Aussage des Volksbundes soll damit erreicht werden, daß die Kriegsgräberstätten dem "deutschen Empfinden" entsprechen und zu einem Stück Heimat im fremden Land werden, ohne aber die Gefühle der Gastländer zu verletzen (14).

Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus berührt zunächst die Arbeit des Volksbundes wenig. Den Nationalsozialisten sind die vielen Auslandsbeziehungen des Volksbundes selbstverständlich recht. Auch findet das Anliegen des Volksbundes, das Gedenken an die Gefallenen des Weltkrieges zu ehren, sofort denkbar größte Unterstützung. Wohl bringt der Vertretertag im Dezember 1933 in Berlin einige organisatorische Veränderungen. So wird der Präsident zum "Bundesführer" unbenannt, was in den NS-Wortschatz besser paßt. Als erster Bundesführer wird Dr. Eulen gewählt, sein Nachfolger als Bundesgeschäftsführer wird Otto Margraf (15). Sehr bald nach seiner Gründung hatte der Volksbund sich für einen einheitlichen "Volkstrauertag" zum Gedenken an die Kriegstoten eingesetzt. In bestimmten Gebieten hatte dies zwar Erfolg, doch eine gesetzliche Regelung, die den Volkstrauertag zu einem gesetzlichen Feiertag im ganzen Reichsgebiet gemacht hätte, war bis 1933 nicht zustande gekommen. Unter den Nazis bekommt der Volkstrauertag bereits 1933 gesetzlichen Schutz. 1934 wird er aber umbenannt zum "Heldengedenktag", der durch die Partei "im Einvernehmen mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" durchgeführt wird (16). Dabei ist ganz deutlich der vom Volksbund ursprünglich geprägte Sinn des Trauerns um die Gefallenen verloren gegangen, außerdem wird dieser Heldengedenktag nun praktisch dem Volksbund aus der Hand genommen und als Staatsakt begangen. Dies ist das erste Mal, daß der totale Staat in die Arbeit des Volksbundes eingegriffen hat, doch dabei sollte es nicht bleiben. Die "Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung" versucht im Laufe der Jahre immer stärker den Volksbund als NS-Gliederung einzuverleiben. Der Volksbund kann sich davor bewahren, indem er darauf hinweist, daß so die Beziehungen im Ausland verloren

gehen würden, und später im Krieg, durch die Drohung mit Selbstaflösung des Volksbundes. Um die Unabhängigkeit des Volksbundes einigermaßen zu gewähren, treten verschiedene leitende Angestellte in die NSDAP ein, so auch der Bundesführer, wobei es unbestreitbar ist, daß auch manche aus voller Überzeugung diesen Schritt unternommen haben. Der Volksbund als solcher aber läßt sich nie dazu verleiten als NS-Organisation aufzutreten. Als im 2. Weltkrieg neue Gräberstätten geplant werden müssen, verweigert sich der Volksbundarchitekt Tischler an der Planung von monumentalen und heroischen Kriegsgräberanlagen und Ehrenstätten mitzuwirken (17). Bis spät in den Krieg hinein kann der Volksbund nach seinem schlichten Stil im Ausland weiterarbeiten, von den monumentalen Bauten wird schließlich nichts verwirklicht (18).

Am Anfang des zweiten Weltkrieges wird dem ZAK lediglich die Registrierung der Kriegsoffer im Reichsgebiet übertragen. Die Erfassung und Betreuung der Kriegsgräber unterliegt dem Wehrmacht-Gräberdienst, und der Nachweis der Gesamtverluste der Wehrmacht, der "Wehrmachtauskunftsstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene" (WAST). Der Wehrmacht-Gräberdienst und die WAST sind dem Oberkommando der Wehrmacht, Abteilung Wehrmacht-verlustwesen unmittelbar nachgeordnete Dienststellen (19).

Als 1939 viele Mitarbeiter des Volksbundes zur Wehrmacht eingezogen werden, bekommen verschiedene eine Stelle im Wehrmacht-Gräberdienst als Gräberoffizier, so auch der Bundesgeschäftsführer Margraf. In dieser Funktion arbeitet Margraf 1940 in der Waffenstillstandskommission in Compiègne mit, um mit der französischen Delegation die Gräberfragen vertraglich zu regeln. Mit Mitgliedern dieser Delegation wird Margraf 1954 erneut über die Frage der deutschen Gräber in Frankreich verhandeln, was für beide Seiten heikel sein wird (20). Da auch der Bundesführer Dr. Eulen eingezogen wird, übernimmt der stellvertretende Bundesführer Justizrat Manfred Zimmermann aus Berlin-Zehlendorf die Leitung des Volksbundes, was offiziell genehmigt wird, da Zimmermann der NSDAP beigetreten ist (21). Wilhelm Ahlhorn, Oldenburgischer Staatsrat, 1933 von den Nazis abge-

setzt und nach Berlin gekommen, wo er zum engeren Führungsstab des Volksbundes gehört, leitet die Bundesgeschäftsstelle (22). Am 15. Februar 1944 wird die Bundesgeschäftsstelle in Berlin bei einem Bombenangriff zerstört, außer den Kassenbüchern gehen alle anderen Arbeitsunterlagen verloren (23). Auch das Material des ZAK wird bei einem Luftangriff völlig vernichtet, womit für den Volksbund eine wichtige Stütze für seine Bautätigkeit im Ausland entfällt, da hier die Unterlagen über die Grabanlagen aufbewahrt wurden (24).

Nach dem Tode von Dr. Eulen (25) kommen die Frau und die Tochter von Ahlhorn bei einem Bombenangriff auf Berlin ums Leben. Ihre Beerdigung findet in Oldenburg statt. Dort wird Ahlhorn von den Kriegssereignissen überrollt und von Berlin abgeschnitten. Dieser Zufall wird später eine maßgebliche Rolle bei der Neugründung des Volksbundes spielen (26). Bei Kriegsende besteht die Organisation des Volksbundes als solche nicht mehr, der ursprüngliche Volksbundgedanke aber wird schnell die überlebenden Mitarbeiter wieder zusammenführen.

I. 1. Organisatorische Neugliederung

=====

In diesem Kapitel beschäftigen wir uns mit dem Wiederaufbau des Volksbundes. Einerseits wird manches von früher übernommen, andererseits muß vieles neu aufgebaut oder umgeändert werden. Deswegen sprechen wir von einer organisatorischen Neugliederung.

Vorerst untersuchen wir wie sich der Volksbund in den vier Besatzungszonen und in Berlin, um eine Zulassung des Vereins und um eine Arbeitsgenehmigung bemüht. Die Schwierigkeiten, die dabei auftauchen, geben uns Auskunft über die damalige gespannte Atmosphäre und auch über die Einstellung der Siegermächte gegenüber dem Thema Kriegsgräberfürsorge. Unsere Rekonstruktion war nur möglich, insofern wir Archivmaterial wiederaufgefunden haben oder noch lebende Zeugen befragen konnten.

Über die Organisation des Volksbundes muß nur gesagt werden, was notwendig ist, um seine Tätigkeit zu verstehen. Da-

rum beschränken wir uns auf die wichtigsten Organe, die im Endeffekt auch die Entscheidungen treffen. Nebensächliches, wie z. B. die Struktur der Bundesgeschäftsstelle, haben wir hier nicht erwähnt, da es uns bei unserer Untersuchung nicht weiter hilft.

Schließlich erläutern wir, wie der Volksbund nach der Arbeitsgenehmigung die Arbeit aufgenommen hat und warum es sich hier um eine reine Kriegsgräberfürsorge handelt.

1. Zulassung

Der totale deutsche Zusammenbruch im Frühjahr 1945 bedeutet das Ende der staatlichen und militärischen Gräberdienststellen, außerdem ist ein großer Teil der von ihnen geführten Register und Karteien verloren gegangen. Nachfolgestelle der WAST wird die "Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen der Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht" (DD) in Berlin-Frohnau. Der DD obliegt als einziger Dienststelle die Erteilung der Sterbefallanzeigen für gefallene oder verstorbene Angehörige der ehemaligen deutschen Wehrmacht an die zuständigen Standesämter zwecks Beurkundung. Ferner besitzt die DD die Erkennungsmarkenlisten von Heer, Luftwaffe und Marine, so daß sie die Erkennungsmarken entschlüsseln kann, was zur Identifizierung zahlreicher nur unter der Erkennungsmarke bestatteter Gefallener von größter Bedeutung ist. Die DD verwaltet und sichtet auch die Nachlässe gefallener Soldaten und übermittelt sie den Angehörigen (1). Beim Volksbund selbst sind fast alle Unterlagen vernichtet, viele Geschäftsstellen haben aufgehört zu bestehen, weil die Mitarbeiter verstorben sind oder sich in Gefangenschaft befinden. Der Verlust von Hunderttausenden von Mitgliedern und die Blockierung des ansehnlichen Vermögens des Volksbundes auf den Banken in Berlin gefährden das Weiterbestehen der Organisation. Andererseits ist das Problem der Kriegsgräberfürsorge nie brennender gewesen als jetzt nach dem Zweiten Weltkrieg: in den letzten Kriegsmonaten sind Hunderttausende von Soldaten und Zivilisten auf deutschem Boden gefallen, ohne daß die Angehörigen über ihr Schicksal Gewißheit haben. Die noch bestehenden Geschäfts-

stellen des Volksbundes werden mit Anfragen bestürmt. Um so mehr wird der Volksbund zu einem Wiederaufbau gedrängt, da sich geschäftstüchtige Schwindler den verzweifelten Angehörigen zur Hilfeleistung gegen Bezahlung anbieten, ohne dazu überhaupt in der Lage zu sein. Unter diesen Umständen versucht der Volksbund schon sehr bald die Zulassung der Organisation und eine Arbeitsgenehmigung von den zuständigen Militärregierungen einzuholen.

A. Britische Zone

Hier läuft alles am einfachsten. Die Engländer erklären, daß der Volksbund ihnen aus der Vorkriegszeit bekannt sei und daß es keine Probleme gebe für eine Wiederaufnahme der Arbeit, wenn auch nur auf örtlicher Basis (2). Da es gar keine staatliche oder militärische Kriegsgräberdienststelle mehr gibt in Deutschland, sind die Engländer froh, daß eine bereits länger bestehende und bekannte private Organisation diese Aufgabe übernehmen will (3). Noch im Sommer 1945 liegen verschiedenen Ortsgruppen und Bezirksverbänden des Volksbundes Arbeitsgenehmigungen vor. So z. B. in Düsseldorf am 17. Juli 1945, in Braunschweig am 11. August 1945 (4). Dies ist der eigenen Initiative von überlebenden Volksbundmitarbeitern in den verschiedenen Städten und Bezirken zu verdanken. Sie werden zu diesem Schritt bewogen, genauso wie 1918, weil sich sonst keiner um die Kriegsgräber kümmern würde, mit dem Unterschied aber, daß es sich jetzt um Gräber im eigenen Land handelt. Gleich den Antrag zu stellen, den Volksbund als einzige Organisation für Kriegsgräberfürsorge für die ganze britische Zone anzuerkennen, wäre noch übereilt, da man noch sehr negativ gegenüber jeder Zentralisation steht.

Jedoch baut der Volksbund, sei es zwar ganz bescheiden, gleich eine neue Bundesgeschäftsstelle auf - die sogenannte Zonenzentrale-West - und zwar in Oldenburg in der britischen Zone. Dies hat mehrere Gründe. Einerseits ist Justizrat Zimmermann gleich nach dem Krieg aus seinem Amt als Bundesführer ausgeschieden, um dem Volksbund nicht zu schaden wegen seiner Zu-

gehörigkeit zur NSDAP. Sein Nachfolger - der sich wieder Präsident nennt - wird Wilhelm Ahlhorn, der sich bei Kriegsende in Oldenburg befindet. Andererseits erkennt Ahlhorn gleich die isolierte Lage Berlins und auch die Vorteile, die ein Sitz in der britischen Zone bietet. Aus dieser Bundesgeschäftsstelle dirigiert er - sei es inoffiziell - die verschiedenen wiederarbeitenden Untergliederungen des Volksbundes, auch in den anderen Zonen.

Anfang März 1946 bestimmt Anweisung Nr. 51 der Alliierten Kontrollkommission für Deutschland, daß die Fürsorge für die deutschen Kriegsgräber in Deutschland nun nichtbeamteten örtlichen Ausschüssen anvertraut wird (5). Hier sieht man nochmals deutlich die Ablehnung von jeder Zentralisation. Um zu vermeiden, daß sich jetzt überall Vereine für Kriegsgräberfürsorge bilden, wendet sich die Bundesgeschäftsstelle in Oldenburg in einem Schreiben vom 12. März 1946 an alle Landesverbände. Sie sollen sich umgehend mit der Länderregierung bzw. dem Oberpräsidenten in Verbindung setzen, damit diese Fürsorgearbeiten dem Volksbund übertragen werden (6). Weiter fühlt sich die Bundesgeschäftsstelle veranlaßt, nun offiziell bei der britischen Militärregierung einen Antrag auf Arbeitsgenehmigung für die ganze Zone zu stellen. Diesem wird bereits am 10. April 1946 zugestimmt (7). In dieser Zulassung heißt es: "Authority is given for this organisation (= der Volksbund) to operate within the British Zone as a coordinating agency of the local committees which have been set up under Control Commission IA & C Division Mil. Gov. Instruction No 51 ..." (8) Als Koordinierungsbüro der örtlichen Ausschüsse bekommt der Volksbund in der britischen Zone die alleinige Zuständigkeit für die Kriegsgräberfürsorge. Damit wird der Verwirrung bei der Bevölkerung ein Ende gesetzt, indem die vielen caritativen Organisationen und privaten Unternehmen, die sich auf diesem Gebiet betätigen, ausgeschaltet werden. Daß sich längst nicht alle an diese Regelung halten, beweist ein Schreiben der englischen Militärregierung vom 20. Januar 1947. Die 4 Militärregierungen der Zone (Hannover, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Hamburg) werden gewarnt vor nicht-amtlichen Organisationen und Personen, die die Bevölkerung auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge ausbeuten,

wobei die einzige offizielle Organisation die in der britischen Zone arbeitet, der Volksbund ist (9).

B. Amerikanische Zone

Noch in der Kriegsgefangenschaft schreibt der Bundesgeschäftsführer Margraf im Herbst 1945 ein Memento an das Oberkommando der amerikanischen Streitkräfte in Europa, wobei er auf die Wichtigkeit der Kriegsgräberfürsorge und die bisherige Arbeit des Volksbundes hinweist. Die schnelle Wiederaufnahme der Arbeit wäre erwünscht, da sonst viele Gräber verloren gingen wodurch das Leid der Angehörigen nur vergrößert werde. Darum bittet er um eine Arbeitsgenehmigung für den Volksbund. Die dringenden Aufgaben des Volksbundes sieht er in der Betreuung der Angehörigen, der Nachforschung und Pflege der Gräber und in der Aufstellung von Gräberlisten (10). Auch hier also steht die praktische Arbeit im Vordergrund und dies ist an sich verständlich, denn für viele Hinterbliebene ist die Gewißheit, daß das Grab ihres Angehörigen bekannt ist und gepflegt wird, ein letzter Trost. Außerdem greift dieses Problem auch weiter in ihr Leben ein: der Nachweis des Todes eines ehemaligen Wehrmachtangehörigen ist in zahlreichen Fällen die Rechtsgrundlage für wichtige amtliche und persönliche Entscheidungen, sei es, daß es sich um Rentenzahlungen und Erbschaftsangelegenheiten handelt, oder um die Frage einer zweiten Eheschließung (11). Die Amerikaner prüfen diesen und ähnliche Anträge und geben dem Volksbund dann bekannt, daß die Organisation genehmigt würde und arbeiten dürfe wenn sie den Nachweis erbringen könne, daß sie demokratisch aufgebaut ist. Darum werden in München verschiedene Mitglieder zu einer Versammlung zusammengerufen, wobei ein Vorstand gewählt wird (12). Das Protokoll dieser Versammlung wird an die amerikanische Militärregierung geschickt, wonach am 3. März 1947 der Volksbund die Arbeitsgenehmigung bekommt. Der bayrische Innenminister wird jedoch von der Abteilung für zivile Verwaltung der amerikanischen Militärregierung davon in Kenntnis gesetzt, daß der Volksbund unter ständiger Aufsicht stehen müsse, damit keine Verherrlichung des Militarismus entstehe (13). Daran ist deutlich zu erkennen, welch ein

heikles Thema die Kriegsgräberfürsorge so kurz nach dem Krieg ist, da noch zu viele Erinnerungen an die frühere Heldenverehrung hängen geblieben sind.

C. Französische Zone

Bei den Franzosen bedarf es besonders langwieriger Verhandlungen, bevor der Volksbund zugelassen wird, obwohl die Franzosen den Volksbund am besten kennen, denn abgesehen von einigen Musteranlagen war der Volksbund zwischen den beiden Weltkriegen im Ausland hauptsächlich in Frankreich tätig. Es geht den Franzosen nicht so sehr darum, die Kriegsgräberfürsorge überhaupt oder die Arbeit der Ortsgruppen des Volksbundes zu verbieten, sie verwerfen aber schlechthin jede Zentralisation, auch wenn der Volksbund anführt, daß eine übergeordnete Dienststelle für die französische Zone oder sogar für die vier Besatzungszonen (in casu die Bundesgeschäftsstelle) notwendig ist, um das Problem der deutschen Kriegsgräberfürsorge erfolgreich anzufassen. Geführt von dieser Aufsplitterungspolitik werden die einzelnen Ortsgruppen des Volksbundes zwar genehmigt, doch als selbständige eingetragene Vereine, eine Verbindung zu der Bundesgeschäftsstelle in Oldenburg oder zueinander darf nicht bestehen.

Diese Einstellung läßt sich aber nicht immer aufrechterhalten, vor allem nach der Genehmigung in der britischen Zone. Erneut werden Anträge gestellt und die Entwicklung vollzieht sich jetzt für jeden Landesverband in der französischen Zone verschieden. Diese Zone besteht aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz und aus einem Teil des jetzigen Bundeslandes Baden-Württemberg, nämlich Baden und Württemberg-Hohenzollern (Württemberg-Baden gehört zur amerikanischen Zone). Hier bestehen aus der Vorkriegszeit drei Landesverbände des Volksbundes: Saar, Mittelrhein (= Rheinland-Pfalz) und Oberrhein (= Baden und Württemberg-Hohenzollern). Der Militärgouverneur der französischen Zone, General Koenig, hat seinen Sitz in Baden-Baden, also im Bereich des Landesverbandes Oberrhein. Dessen Geschäftsführer hat am 12. Februar 1947 in Rastatt (nördlich von Baden-Baden) eine Besprechung mit dem für die Zulassung des Volksbundes zu-

ständigen Sachbearbeiter.

Der letztere erklärt, daß es unumgänglich sei, einen Vertreter des Volksbundes für die ganze französische Zone zu ernennen, denn die Bundesleitung des Volksbundes liege außerhalb dieser Zone und ihr könne die französische Behörde nichts befehlen. Die Wahl dieses Vertreters bleibe dem Volksbund überlassen, doch seine Zulassung müsse von der Militärregierung bestätigt werden (14). Dieser Vertreter wird in der Person von Dr. Anton Vögtle aus Freiburg, dem 1. Vorsitzenden des Landesverbandes Oberrhein, gefunden. Am 28. Februar 1947 schickt General Koenig der Bundesgeschäftsstelle in Oldenburg ein Schreiben mit einigen Auflagen für die Zulassung. Leider ist dieser Brief nicht mehr aufzufinden, so daß die Auflagen nicht präzise bekannt sind, wahrscheinlich handelt es sich um die Verpflichtung zur Mitteilung jeder Satzungsänderung und jeder wichtigen organisatorischen Veränderung, Einreichung von wichtigen Rundschreiben und Werbematerial, Vorlegung der etwa neu erscheinenden Bundeszeitschrift usw. Diese Auflagen wurden schon bei der Besprechung in Rastatt erwähnt (15). In den - gleichfalls nicht mehr auffindbaren - Briefen vom 18. März und 6. Mai 1947 erklärt sich der Volksbund mit diesen Auflagen einverstanden, so daß am 2. September 1947 die Zulassung des Volksbundes aus Baden-Baden kommt (16). Auch wird Dr. Vögtle als Vertreter des Volksbundes in der französischen Zone akzeptiert, mit Ausnahme des Saargebietes, welches unter direkte Kontrolle der Militärregierung gestellt wird. Diese Entscheidung bezüglich des Saarlandes ist deutlich in Verbindung mit der Verfassung vom 15. Dezember 1947 zu sehen, wobei das Saarland eine politische Unabhängigkeit von Deutschland in Anspruch nimmt und sich wirtschaftlich, zoll- und währungspolitisch an die Französische Republik anschließt (17). Dadurch ist der Wiederaufbau des alten Landesverbandes Saar vorerst unmöglich gemacht, erst nachdem das Saarland ab 1. Januar 1957 politisch in die Bundesrepublik eingegliedert wird, kann auch hier der Volksbund seine Organisation ausbauen (18).

Für die beiden anderen Landesverbände aber dürfte es an sich keine Probleme mehr geben, nachdem in Konstanz eine Zentralstelle des Volksbundes für die französische Zone eingerichtet

ist. Ab September 1947 kann der Landesverband Oberrhein ungestört die Arbeit aufnehmen, mit der Einschränkung, daß die Bundesgeschäftsstelle den gesamten Briefwechsel über die Zentrale in Konstanz laufen lassen muß. Eine direkte Verbindung zwischen der Bundesgeschäftsstelle und einer Ortsgruppe in der französischen Zone ist nicht möglich (19). Anders sieht es aber beim Landesverband Mittelrhein aus. Der Kommandeur von Rheinland-Pfalz in Koblenz erkennt zwar die grundsätzliche Genehmigung des Volksbundes durch General Koenig an, doch die Arbeitsaufnahme unterliegt nach seiner Meinung den französischen Verordnungen über die Vereinsgründung, und diese sind noch nicht eingehalten. Deutlich spielen hier innere Querelen bei den Franzosen eine maßgebliche Rolle. Der Kommandeur in Koblenz will nichts aufgezwungen bekommen aus Baden-Baden, er will schließlich die letzte Entscheidung treffen. Nach der Genehmigung von General Koenig wird die Arbeitsaufnahme in Rheinland-Pfalz aber verboten. Nach langem Hin und Her bekommt der Landesverband Mittelrhein von französischer Seite die Anregung einen eigenen Verein zu gründen. Anfang Februar 1949 gründet der Landesverbandsvorstand eine solche lose Vereinigung, und Anfang April 1949 wird unter Druck der Militärregierung ein neuer Name angenommen: "Landesverband Mittelrhein für Deutsche Kriegsgräberfürsorge". Aus verständlichen Gründen sieht der Volksbund diese Entwicklung ungerne, und ruft den Geschäftsführer des Landesverbandes Mittelrhein zu einem Gespräch mit dem Präsidenten nach Oldenburg (20). Da gibt der Geschäftsführer zu, daß sein Landesverband nun ein selbständiges Gebilde sei, ohne jede Bindung zum Hauptverband, doch dieser Schritt würde nur unternommen, um endlich mit der praktischen Arbeit anfangen zu können. Im übrigen fühle sich der Landesverband Mittelrhein immer als Glied des Volksbundes und hoffe, daß diese Scheinlösung recht bald überholt sein werde (21). Was hinterher geschieht, läßt sich nicht genau rekonstruieren, da auch hier wieder die Unterlagen fehlen. Tatsache ist, daß der Landesverband Mittelrhein seine Arbeit 1950 anfangen kann (22). Diese Situation hat sich wahrscheinlich nach und nach ergeben, auch wohl nach Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 und Bildung der Bundesregierung im September 1949. Es ist gut möglich, daß überhaupt

keine offizielle Genehmigung mehr für den Landesverband Mittelrhein ausgestellt wurde, da die Franzosen sich schließlich selbst genierten, wegen der vielen Schwierigkeiten, die sie dem Volksbund gemacht hatten.

D. Sowjetische Zone

Klaus von Lutzau, der den Volksbund in Berlin vertritt, führt in Berlin-Karlshorst die Verhandlungen mit den Sowjets über eine Genehmigung. Diese Verhandlungen ziehen sich immer weiter hin, obwohl der russische Gesprächspartner dem Volksbund positiv gegenüber steht. Doch eines Tages, Anfang 1948, gibt er zu verstehen, daß mit einer Genehmigung nicht zu rechnen sei, weil seine Vorgesetzten den Volksbund als eine revanchistische, imperialistische usw. Organisation sehen (23). Das Commissariat der Fuldaer Bischofskonferenz, das in dieser Angelegenheit zur Hilfe gerufen wurde, bestätigt in einem Brief vom 30. Januar 1948 an die Geschäftsstelle des Volksbundes in Berlin, daß die Zulassung abgelehnt wird, da dadurch sonst das Wiederaufleben einer militaristischen Gesinnung gefördert werden könnte (24). Damit ist die Aufgabe für von Lutzau beendet und zum 1. April 1948 zieht er zur Bundesgeschäftsstelle in Oldenburg um (25).

E. Berlin

Gleich nach Kriegsende unternehmen der stellvertretende Bundesgeschäftsführer von Lutzau und der Betriebsrat der alten Bundesgeschäftsstelle in Berlin, Reinhardt Schritte, um die Genehmigung des Volksbundes für Berlin zu bekommen (26). Ohne Erfolg werden sie aber von der einen Dienststelle zu der anderen verwiesen. Der erste Antrag an die Alliierte Kommandantur auf Arbeitsgenehmigung wird am 13. Oktober 1945 gestellt. Doch bei diesem Antrag bleibt es nicht, denn die Unterzeichneten müssen ihre Nichtzugehörigkeit zur NSDAP nachweisen, statt Ahlhorn muß jemand mit Wohnsitz in Berlin den Antrag stellen usw. Der endgültige Antrag kann erst am 27. Januar 1948 eingereicht werden, wobei der Volksbund gleich Nachricht vom Kontrollrat bekommt, daß eine Antwort Monate auf sich warten lassen kann.

Da während der Blockade von Berlin (24. Juni 1948 - 12. Mai 1949) die Kommandantur nicht mehr zusammenkommt, ist auch die Erteilung einer Zulassung bis auf weiteres nicht abzusehen. Erst im Februar 1950 bekommt der Volksbund vom Berliner Magistrat die Arbeitsgenehmigung und am 24. Mai 1950 wird der Landesverband Berlin neugegründet (27).

2. Organisation

Die neue Bundesgeschäftsstelle wird in Oldenburg ausgebaut, dem Wohnort des neuen Präsidenten Ahlhorn. Klaus von Lutzau, der in den 30er Jahren in der Berliner Bundesgeschäftsstelle Abteilungsleiter geworden war, doch nur z.b.V., da er kein Mitglied der NSDAP war, kehrt als erster höherer Angestellter am 1. August 1945 aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Da er eine politisch reine Weste hat, wird er stellvertretender Bundesgeschäftsführer. Anfangs leitet er auch noch das Büro in Berlin, von woraus er versucht, so viel wie möglich von dem Volksbundvermögen in der Sowjetischen Zone zu retten. Nachdem es klar ist, daß mit einer russischen Genehmigung nicht zu rechnen ist, löst er die alte Bundesgeschäftsstelle in Berlin auf und hinterläßt nur eine kleine Geschäftsstelle. Selbst zieht er zum 1. April 1948 endgültig zur Bundesgeschäftsstelle in Oldenburg um. Die Räumlichkeiten sind dort sehr bemessen: der Volksbund mietet 2 Räume vom Roten Kreuz und die Mitarbeiter arbeiten zum Teil in ihren Privatwohnungen (28). Im Mai 1948 verlegt der Volksbund seine Bundesgeschäftsstelle nach Nienburg an der Weser, wo mehr Raum vorhanden ist (29). Da der Raumbedarf aber schnell wächst, muß man gleich wieder nach einer anderen Unterkunftsmöglichkeit aussehen, und im Mai 1951 zieht der Volksbund nach Kassel um (30). 1961 wird dann in Kassel das heutige Hochhaus bezogen, das 1971 Volksbundeigentum wird (31). 1949 wird Margraf als Generalsekretär (was dem 1. Bundesgeschäftsführer entspricht) neu eingestellt, von Lutzau wird zum Bundesgeschäftsführer (32). Margraf kam zwar bereits 1946 aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft zurück, da er jedoch - wenn auch gezwungenermaßen - NSDAP-Mitglied gewesen war, erwies sich eine Neueinstellung vorerst nicht ohne weiteres als möglich (33).

Nach seiner Satzung besteht der Volksbund aus folgenden Organen: dem Vertretertag, dem Präsidium und dem Vorstand. Der Vertretertag ist die Mitgliederversammlung im Sinne des BGB und damit das oberste Organ des Volksbundes. Er besteht aus den Mitgliedern des Präsidiums, aus je einem ständigen Vertreter jedes Landesverbandes und aus 50 weiteren Vertretern der Landesverbände, die beiden letzten werden von den Vertretertagen der Landesverbände gewählt. Das Präsidium setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Vorstandes, aus je einem ständigen Vertreter jedes Landesverbandes, meistens dem Vorsitzenden des Landesverbandes, und aus höchstens neun weiteren Vertretern der Landesverbände. Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten und seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und seinem Stellvertreter, dem Schatzmeister und seinem Stellvertreter, drei Beisitzern sowie dem 1. Bundesgeschäftsführer. Die Mitglieder des Vorstandes werden vom Vertretertag auf 4 Jahre gewählt, außer dem Präsidenten, dessen Amtszeit 5 Jahre beträgt. Alle Mitglieder dieser Organe sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig, außer der 1. Bundesgeschäftsführer, der als einziger Hauptamtlicher in diesen Gremien Sitzung und Stimmrecht hat (34). Bei der Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 sind diese Volksbundorgane aber seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zusammengekommen. Da die gespannte Atmosphäre sich jetzt weitgehend gelockert hat und der Volksbund fast überall arbeiten kann, wird im Juli 1949 eine "Bundesratssitzung" in Rothenburg ob der Tauber (Mittelfranken) einberufen. Zu dieser Sitzung kommen die Delegierten der Landesverbände, die einen neuen Vorstand und einen neuen Präsidenten wählen, damit die Organe des Volksbundes wieder satzungsgemäß funktionieren können. Ahlhorn kandidiert nicht mehr wegen seines hohen Alters und Landeshauptmann i.R. Eberhard Hagemann aus Celle wird als neuer Präsident angewiesen (35). Der erste vollwertige Vertretertag nach dem Krieg findet dann im September 1950 in Gelsenkirchen statt (36). Auch die Organe der Landesverbände werden nun wieder personell besetzt. Diese Organe sind nach der Geschäftsordnung der einzelnen Landesverbände: der Vertretertag und der Vorstand (37).

Hagemann bleibt im Amt bis Mai 1952, wo er nach einem Unfall abgelöst wird von Landeskirchenpräsident i.R. Gustav Ahlhorn, einem jüngeren Bruder des früheren Präsidenten Wilhelm Ahlhorn. Aus gesundheitlichen Gründen muß er sein Amt im September 1959 niederlegen. Danach werden die Geschäfte vom stellvertretenden Präsidenten Dr. August Hatteisen geführt (38). Im September 1960 wird Dekan a.D. Walter Trepte aus Frankfurt bei dem Vertretertag in Kassel zum Präsidenten gewählt (39). Im Oktober 1970 wird Trepte zum Ehrenpräsidenten und Prof. Dr. Willi Thiele aus Braunschweig zum neuen Präsidenten berufen (40). Der Vertretertag in Hamburg im Oktober 1975 bestätigt ihn in seinem Amt.

3. Arbeitsaufnahme

Das Sachgebiet der Kriegsgräberfürsorge umfaßt vier große Teilaufgaben: 1. die Erfassung der gesamten personellen Kriegsverluste, 2. die Betreuung der Hinterbliebenen, 3. den Ausbau der Grabstätten und 4. die Pflege der Grabstätten (41). Nach dem Zweiten Weltkrieg ist in Deutschland auf diesen vier Arbeitsgebieten folgende Situation entstanden:

1. Für die Erfassung der Verluste ist die Deutsche Dienststelle zuständig. Mit ihr arbeitet der Volksbund seit 1945 zusammen.
2. Die juristische Betreuung der Hinterbliebenen wird auch durch die Deutsche Dienststelle wahrgenommen. Die menschliche Betreuung bleibt nach wie vor eine Aufgabe des Volksbundes.
3. Ausbau der Grabstätten: im Inland sind die Gemeinden zuständig. Der Volksbund beteiligt sich aber durch Beratung, Gestaltungspläne von eigenen Architekten oder Übernahme der Kosten (42). Wegen der Zerstreuung der Kriegsgräber sind Umbettungen notwendig und auch hier kann der Volksbund beratend auftreten oder sogar Geld und eigene Umbetter zur Verfügung stellen. Im Ausland ist der Volksbund genauso wie nach dem ersten Weltkrieg darauf angewiesen, von sich aus Verbindungen mit den ausländischen Stellen anzuknüpfen, denn eine amtliche deutsche Vertretung im Ausland besteht nicht. Das wird dem Volksbund unter Ausnutzung seiner alten Bezie-

hungen und des Vertrauens, das er in vielen Ländern genießt, weitgehend gelingen.

4. Pflege der Grabstätten: im Inland obliegt die Pflege den Gemeinden. Der Volksbund hilft, insoweit seine Gelder reichen, denn der Hauptanteil wird für die Bauaufgaben beansprucht. Im Ausland sind die deutschen Gräber vielfach ohne Pflege. Wo deutsche Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter eingesetzt werden, steht der Volksbund mit ihnen in enger Verbindung.

Da - anders als nach dem ersten Weltkrieg - die staatlichen Gräberdienststellen ausgefallen sind, ist der Volksbund die einzige Organisation die über eine so lange Erfahrung verfügt. Darum fühlt er sich verpflichtet, diese Erfahrungen dem deutschen Volk zur Verfügung zu stellen, damit Fehler vermieden, Arbeit und Kosten gespart werden können (43). Außerdem wird der Volksbund von den westlichen Besatzungsmächten als die einzige autorisierte Organisation für die Kriegsgräberfürsorge angewiesen. 1947 überträgt die britische Militärregierung dem Volksbund die Aufgabe eine Zentralgräberkartei der deutschen Kriegsgräber im In- und Ausland zu erstellen. Im September 1947 wird mit dem Aufbau der Zentralgräberkartei begonnen, wertvolle Vorarbeit hatten die Landesverbände schon hinsichtlich der Erfassung der Gräber in Deutschland geleistet. Weitere Unterlagen erhält der Volksbund laufend von vielen öffentlichen und privaten Stellen in In- und Ausland (44). Durch Vermittlung vom Internationalen Roten Kreuz und von den YMCA (45) werden die Verbindungen zu den ausländischen amtlichen Gräberdienststellen wieder hergestellt. 1948 ist dies bei den meisten Staaten bereits gelungen (46).

Als am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet wird, wendet sich die Bundesregierung bei allen Fragen, welche die Kriegsgräberfürsorge betreffen, an den Volksbund als Sachverständigen. Wegen der vielen Verbindungen zum Ausland, wo die amtlichen Vertreter Deutschlands noch schlecht Gehör finden, will die Bundesregierung den Volksbund gern als Partner behalten. Darum verzichtet sie auf die Gründung eines staatlichen Gräberdienstes, der Volksbund soll damit als privater Verein Aufgaben

des Staates übernehmen (47). Für die Schaffung der zwischenstaatlichen Kriegsgräberabkommen ist die Bundesregierung zuständig, der Volksbund tritt bei den Verhandlungen als Berater auf. Die Erfassung der gesamten personellen Verluste und die juristische Betreuung der Angehörigen bleibt der Deutschen Dienststelle überlassen, da sie als amtliche Stelle die nötigen Rechtsbefugnisse besitzt. Der Volksbund bekommt von dieser Dienststelle das Material über die Grablagen zur Verfügung gestellt (48).

Um die Interessen des Volksbundes bei der Bundesregierung zu vertreten, wird Anfang 1950 Konstantin von Béguelin als Beauftragter des Volksbundes am Sitz der Bundesregierung in Bonn eingesetzt. Er bleibt auf diesem Posten bis zu seinem Ableben am 3. Juni 1963 (49). Schon gleich nach seiner Einstellung muß er sich sehr bemühen, damit am Volkstrauertag (5. März 1950) erstmals eine Feierstunde im Bundeshaus durchgeführt wird. In einem Brief an den Ehrenpräsidenten Ahlhorn äußert er sich enttäuscht über die negative Einstellung der christlich-demokratischen Regierung zu der Volksbundarbeit. Hinter allem steckt aber die evangelische Kirche, die befürchtet, daß durch einen bundeseinheitlichen Volkstrauertag ein kirchlicher Feiertag verloren gehen würde (50). Zu dieser Zeit fangen die Besprechungen zwischen Bund, Ländern und Volksbund über die Pflege der Kriegsgräber im Inland an. Über von Béguelin werden die Sachverständigen des Volksbundes über die neuesten Ergebnisse der Verhandlungen benachrichtigt. Am 27. Mai 1952 wird das "Gesetz über die Sorge für die Kriegsgräber" verabschiedet. Die Kriegsgräberfürsorge ist Aufgabe der Länder und besteht darin, die Kriegsgräber festzustellen, nachzuweisen, anzulegen, instandzusetzen und zu pflegen (51). Für die deutschen Kriegsgräber im Ausland bedarf es natürlich entsprechender Verhandlungen mit den betreffenden fremden Staaten und auch hieran ist der Volksbund beteiligt. Schon am 23. Juni 1952 wird ein Kriegsgräberabkommen mit Luxemburg und am 8. Juli 1952 mit Belgien (nur für Gräber des Zweiten Weltkrieges) geschlossen (52). Gleich danach folgen Abkommen und Verbalnoten mit den meisten Staaten, wo sich deutsche Kriegsgräberstätten befinden.

Dabei bekommt der Volksbund von der Bundesregierung die Sorge für die deutschen Kriegsgräber im Ausland übertragen. Unerwartet ist dies nicht, denn bereits 1948 hatte der Volksbund in seiner "Denkschrift über die Neuregelung der Kriegsgräberfürsorge" vorgeschlagen, den Ausbau der deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland mit seinen aus freiwilligen Beiträgen und Spenden aufkommenden Mitteln zu übernehmen. Der Schatz an Erfahrungen, die der Volksbund auf diesem Gebiet besitzt und das Vertrauen, das er im Ausland genießt, könnten verhindern, daß der Staat bei der Auslandsarbeit ganz von vorne anfangen müßte (53). Durch diesen Einsatz des Volksbundes wird auch der öffentliche Haushalt finanziell entlastet, was nun nicht bedeutet, daß der Volksbund überhaupt nicht vom Staat unterstützt wird. Von 1952 bis 1969 wurden insgesamt 181 Millionen DM für die Kriegsgräberfürsorge ausgegeben, davon wurden 99,4 Millionen DM vom Volksbund und 81,6 Millionen DM vom Staat getragen (54).

Unter diesen Voraussetzungen wächst die Zahl der Mitglieder ständig: 1951: 472.470 Mitglieder, 1953: 600.000, 1965: fast 750.000 (55). Diese wollen häufig das Grab ihres Angehörigen besuchen, das meistens im Ausland liegt, doch die Grenzformalitäten und Devisenbeschränkungen schrecken viele davon zurück. So sieht sich die Bundesgeschäftsstelle 1950 verpflichtet, die Angehörigenbetreuung durch das Organisieren von Kriegsgräberfahrten zu erweitern. Vom Bundeswirtschaftsministerium, das die für eine Auslandsreise notwendigen Devisen verteilt, erhält der Volksbund die Anregung die Kriegsgräberreisen in eigener Regie durchzuführen, um damit Mißbräuche durch Privatunternehmer zu verhindern. Zum 1. Mai 1950 wird Wilhelm Haffke in der Bundesgeschäftsstelle in Nienburg mit der Durchführung der Kriegsgräberfahrten beauftragt. Das Bundeswirtschaftsministerium überträgt dann dem Volksbund die Zuteilung von Devisen für Auslandsreisen zum Besuch der Kriegsgräber. Die erste Fahrt mit noch verhältnismäßig geringer Beteiligung führt im August 1950 nach Italien. Bei dieser Erkundungsfahrt kommt es nicht zu den befürchteten antideutschen Ausschreitungen von seiten der Italiener. Im Gegenteil bringt die Gastbevölkerung den mitreisenden Angehörigen überall Verständnis und Mitgefühl

entgegen (56). Hierdurch gestärkt, können die Reisen nun in einem größeren Rahmen durchgeführt werden. Im November 1950 fahren fünf Busse nach Sandweiler in Luxemburg, nachdem die luxemburgische Regierung die Grenze zu Allerheiligen ohne besondere Formalitäten für den Besuch von Kriegsgräbern geöffnet hat. Im gleichen Monat folgt eine Fahrt mit 13 Bussen nach Lommel in Belgien. Im März 1951 kann der Volksbund bereits ein Programm mit 16 Kriegsgräberfahrten anbieten (57). Diese Kriegsgräberreisen gehören jetzt noch immer zu den Aufgaben des Volksbundes, denn die Angehörigen sollen auf dieser Fahrt nicht nur das Grab ihres Gefallenen besuchen, sondern auch das Land und dessen Einwohner kennenlernen, wo ihr Gefallener beerdigt wurde (58).

I.2. Ideologische Umschaltung

=====

Nach dem Zweiten Weltkrieg muß der Volksbund sich von der Helldenverehrung, die unter dem NS-Regime eingeführt wurde, distanzieren. Der Volksbund wird dabei zurückkehren zu den ursprünglichen Gedanken der Gründer des Volksbundes im Jahre 1919 und schließlich dieses Gedankengut noch erweitern. So können wir zurecht behaupten, daß beim Volksbund eine ideologische Umschaltung stattfindet.

Sehr früh bekennt sich der Volksbund zur Friedensarbeit und zum Versöhnungsgedanken als Konsequenz der Kriegsgräberfürsorge. Wir wollen nachprüfen, ob das kein bloßes Lippenbekenntnis ist. Anhand von Reden und Veröffentlichungen des Volksbundes werden wir den Inhalt seines Friedensdienstes aufzeichnen.

Die gewonnenen Erkenntnisse über das neue Gedankengut des Volksbundes wollen wir dann auch anhand der Durchführung des Volkstrauertages überprüfen.

Unter der Zusammenarbeit mit der Kirche gedenken wir nachzugehen, ob diese ideologische Umschaltung vielleicht von der Kirche gefördert wurde. Wir werden aber sehen, daß dies für die Kirche als solche nicht der Fall ist. Im Gegenteil, es hat

viele harte Auseinandersetzungen mit einzelnen Geistlichen gegeben. Die meisten Geistlichen unterstützen das Volksbund-Gedankengut, doch nur als Einzelperson.

1. Friedensarbeit und Versöhnungsgedanke

Nach dem 1. Weltkrieg hatte der Volksbund erfahren, wie man durch die Sorge um die deutschen Gräber im Ausland leicht in ein freundschaftliches Verhältnis zu ausländischen Stellen und Privatpersonen kommt. Die Ehrung der gefallenen Soldaten kennt keine Völkergrenzen, denn im Tod sind alle gleich. Diese Entwicklung wurde 1934 durch die Einführung des Heldenkultes abrupt abgebrochen. Nach dem Zusammenbruch nimmt der Volksbund die Arbeit wieder im Zeichen der Trauer und Ehrfurcht vor den Gefallenen, so wie vor 1934, auf. Nachdem die größten Probleme der Arbeitswiederaufnahme gelöst sind und nachdem der Volksbund sich einen Überblick verschafft hat über die bevorstehende Arbeit, ist es höchste Zeit, sich mit dem Volksbundgedankengut auseinanderzusetzen. Denn unter der nationalsozialistischen Regierung hatte der Volksbund sich kompromittiert durch die Heldenverehrung und unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg waren die Aufgaben so dringend und realitätsbezogen, daß keine Mitarbeiter oder Mitglieder des Volksbundes an einen ideologischen Hintergrund denken konnten. Um 1947 werden in Volksbundkreisen die ersten Stimmen laut, die schon über die reine Kriegsgräberfürsorge hinaus denken, und versuchen, eine tiefere und weiterführende Aufgabe für den Volksbund zu formulieren, in dem Sinne der früheren Erkenntnisse, daß Kriegsgräberfürsorge die Völker vereinigen kann (1). Und genau hier liegt der entscheidende Unterschied zu den staatlichen Gräberdiensten im Ausland, die sich ausschließlich mit der Kriegsgräberfürsorge beschäftigen. Der Volksbund ist aber als privater Verein von seinen Mitgliedern abhängig, am Anfang sind das selbstverständlich meistens Angehörige von den Gefallenen, doch diese Orientierung muß sich notwendigerweise eines Tages totlaufen. Darum will der Volksbund auch andere Kreise ansprechen, indem er beweisen kann, daß Kriegsgräberfürsorge nicht nur die bloße Sorge um Kriegsgräber ist, sondern daß auf lange Sicht auch noch anderes zu erreichen ist, nämlich eine Verständigung zwischen den

Völkern und dadurch eine Erhaltung und Sicherung des Friedens. So haben die Mitglieder das Gefühl an einer großen Aufgabe mitzuwirken und so bekommt die Sorge um die Kriegsgräber einen anderen Sinn, der über die Pietät gegenüber den Gefallenen hinausgeht.

Ist es nun aber möglich, ausgehend von der Sorge für die Kriegsgräber, Kriege zu verhindern und so für den Frieden zu arbeiten? Diese Frage müssen wir hier tiefergehend untersuchen, denn hierauf basiert das ganze Volksbundgedankengut. Gaston Bouthoul, der bereits 1945 in Paris das "Institut Français de Polémologie" gründete, wobei das von ihm geprägte Wort "polémologie" soviel bedeutet wie Friedens- und Konfliktforschung, weist in seiner 1951 veröffentlichten Untersuchung "Les guerres - Eléments de polémologie" auf die Gefahren eines "pacifisme plaintif" (klagenden Pazifismus) hin (2). So ein Pazifismus glaube, daß es ausreiche, die Menschen zu erinnern, wie schrecklich die Kriege seien, um sie damit zu verhindern. Die vielen Vertreter dieser Auffassung vergessen aber, daß diese Wehklagen noch nie in der Geschichte ausgereicht hätten, um die Menschheit, wenn sie von einer kriegerischen Lust befangen sei, von einem Krieg abzuhalten. Schließlich sei dieser Pazifismus eine Behinderung des Friedens, indem er sich verweigere, die Kriege als ein soziales Problem zu betrachten, das man ohne Leidenschaft untersuchen solle. Denn es habe keinen Sinn, den Krieg zu verfluchen, um ihn zu verhindern, genauso wie man keine Seuchen aufhalten könne mit Lobliedern auf die Gesundheit (3). Nun wäre natürlich die Frage, ob der Volksbund nicht auch zu diesen klagenden Pazifisten gehört.

Darum müssen wir vorerst dem Verhalten des Volksbundes zu den Kriegsgräbern nachgehen. Zum 30jährigen Bestehen des Volksbundes findet im Dezember 1949 ein Empfang beim Bundespräsidenten in Bonn statt. Dabei erklärt der Volksbund offiziell, daß er seiner Aufgabe in der Erkenntnis diene, daß Kriegsgräber zum Frieden mahnen, und daß die Kriegsgräberfürsorge dadurch eine wesentliche Brücke der Völkerverständigung ist (4). Damit hat der Volksbund deutlich Stellung bezogen für eine Friedensarbeit und eine Verständigung der Völker, die weiterreichend sind als

die alleinige Arbeit an den Gräbern. Von dem Augenblick an werden die Mitglieder mit dieser Idee vertraut gemacht, dies ist um so leichter, da die Zeitschrift "Kriegsgräberfürsorge" seit Oktober 1949 wieder erscheint. In seinem Gruß zum neuen Jahr schreibt der Präsident Hagemann 1950, daß es das Ziel des Volksbundes sei, "Bund des Volkes zu sein und über die Gräber des Krieges die Weihe des Friedens zu breiten" (5). Beim 1. Vertretertag im September 1950 in Gelsenkirchen erklärt der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, in seiner Gedenkrede, daß die Millionen Kriegsoffer "eine eindringliche Mahnung darstellen, um für den Frieden und die Versöhnung der Völker einzutreten" (6). Auf dem gleichen Vertretertag spricht Pfarrer François de Beaulieu, Beauftragter des Volksbundes in Frankreich, über "die Kraft der Liebe, die heute mehr denn je not tut, um die Völker zur Versöhnung zu bringen" (7). Hierbei wird also die Völkerverständigung noch zur Völkerversöhnung gesteigert. Die beiden Themen - Friedensarbeit und Versöhnungsgedanke - sind also bereits 1950 geprägt und gehören seitdem unverändert und ununterbrochen zum Wortschatz des Volksbundes. Beim Ausbau der Soldatenfriedhöfe wird auch dauernd darauf hingewiesen, daß diese Grabstätten die Trauer eines Volkes um seine Toten ausdrücken sollen, doch zu gleicher Zeit Mahnmale für den Frieden und die Versöhnung sind (8). Dadurch behält man den Anschluß an die Angehörigen der Gefallenen und gibt man diesen Friedhöfen gleichzeitig eine Bedeutung, die auch andere interessieren kann. Hierbei wird vor allem an die kommende Generation gedacht, die fast oder gar kein Verhältnis zum Krieg hat. Die Jugend wird z. B. 1955 aufgerufen für den Ausbau des ersten deutschen Soldatenfriedhofes des zweiten Weltkrieges im Ausland, in Sandweiler/Luxemburg, zu spenden, diese Bitte wird auch beantwortet (9). So ist es dem Volksbund gelungen, große Teile des deutschen Volkes rund um die Kriegsgräber zu vereinen und den Gedanken zur Überlegung mitzugeben, daß diese Gräber aufrufen, alles zu tun, um künftige Kriege zu verhindern. Daß dies gleich nach dem Krieg einfacher geht als mehrere Jahre danach, leuchtet ein.

Bevor wir fragen, wie diese Themen aufgenommen wurden und wie sie sich entwickelt haben, untersuchen wir erst die Reso-

nanz der Volksbundarbeit im Ausland. Weil eben der Tod eines Soldaten alle Fragen über Sinn oder Unsinn, über Freund oder Feind zudeckt, wird auch das Grab des ehemaligen Feindes geehrt. Erst dadurch ist die Arbeit des Volksbundes im Ausland überhaupt möglich gewesen (10). Dank seiner alten Beziehungen zu verschiedenen Dienststellen und Privatpersonen im Ausland gelingt es dem Volksbund relativ schnell, als erster deutscher Botschafter im Ausland aufzutreten. Hierbei müssen wir bemerken, daß die Auslandsarbeit des Volksbundes sich im wesentlichen auf das westliche Ausland beschränkt. Die Arbeit in Osteuropa ist, politisch bedingt, bis jetzt noch unmöglich bzw. steht ganz am Anfang. Da, wo der Volksbund arbeitet, erkennt man schnell, daß es das Anliegen des Volksbundes ist, an der Lösung rein menschlicher übernationaler Probleme mitzuwirken und nicht etwa an der Verherrlichung des Soldatentodes (11). Und genau hier liegt eine Möglichkeit, um zu einem Kontakt mit den ehemaligen Gegnern zu kommen, denn auf anderen Gebieten ist dies gleich nach dem Krieg kaum möglich. Auch bei den Kriegsgräberfahrten stoßen die Hinterbliebenen auf die Anteilnahme der Bevölkerung, wosonst der Haß gegenüber den Deutschen noch sehr lebendig ist. Das alles zeigt, daß die Völker angesichts der Kriegsgräber einander näher kommen und sich verständigen können. Ein kleiner Schritt weiter wäre dann, einander über den Gräbern der Gefallenen die Hand zur Versöhnung zu reichen (12). Denn Versöhnung bedeutet doch aufeinander zugehen, Gräben zuschütten, das Trennende abbauen und trotz allem, was geschehen ist, miteinander leben. Weil hier ebenso eine große Chance liegt, hat der Volksbund durch all diese Jahre hinweg dem Versöhnungsgedanken so viel Gewicht beigemessen. Erfolge lassen sich hier natürlich schwer nachweisen, doch ist sicher, daß der Volksbund in mehreren Ländern dazu beigetragen hat, die Atmosphäre gegenüber den Deutschen wesentlich zu verbessern. Das bestätigen die vielen Berichte und Dankschreiben aus den Ländern, wo der Volksbund längere Zeit oder in einem größeren Rahmen tätig gewesen ist. In Anerkennung der großen Verdienste um das völkerverbindende Werk der Kriegsgräberfürsorge, werden dem Volksbund auch mehrere hohe Auszeichnungen von verschiedenen Staaten zuteil (13).

Die Friedensarbeit und der Versöhnungsgedanke haben bis ungefähr zur Mitte der 60er Jahre aus der tatsächlichen Situation heraus einen praktischen Charakter: die zerstreuten Grablagen müssen ausfindig gemacht werden, Umbettungen zu den neugeplanten Friedhöfen werden vorgenommen, Unbekannte identifiziert, die Friedhöfe im Ausland eingeweiht usw. In Zusammenhang mit dieser Arbeit kommt man in Kontakt mit Ausländern, die im Krieg auch Angehörige verloren haben, und so findet die Kriegsgeneration sich in dem gemeinsamen Leid, das der Krieg hinterlassen hat. Die neu herangewachsene Generation aber hat den Krieg nicht mehr miterlebt, will auch nicht verantwortlich gemacht werden für die Fehler der älteren Generation und kann also mit diesem "praktischen" Versöhnungsgedanken nichts mehr anfangen. Um diese Generation auch weiterhin in die Volksbundarbeit einzubeziehen, müssen die Ansätze für den Friedensdienst überdacht werden. 1969 im Jahre seines 50jährigen Bestehens, wählt der Volksbund das Leitwort "50 Jahre Dienst am Menschen - 50 Jahre Dienst am Frieden". Beim Vertretertag im Juni 1969 in Berlin werden die Grundlagen für die künftige Arbeit in dem sogenannten Berliner Manifest festgelegt. Im Leitsatz 1 heißt es, daß die Achtung vor dem Menschen die Grundlage der Volksbundarbeit ist und daß ihre Verwirklichung verlangt, daß der Volksbund nach Mitteln und Wegen zur Mitarbeit an der Erhaltung des Friedens sucht. Leitsatz 5 besagt, daß die Kriegsgräber zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zwingen und so in die Zukunft wirken (14). Damit ist der Anfang gegeben für eine mehr theoretische Betrachtung der Friedensarbeit. Arbeitsgruppen machen Vorschläge für einen wirkungsvollen Friedensdienst, indem sie sich kritisch mit den ideologischen Grundlagen des Volksbundes auseinandersetzen.

Diese Kritiken sind hauptsächlich zurückzuführen auf die Frage, die wir bereits am Anfang gestellt haben, ob Kriegsgräber wirklich dazu beitragen können, Kriege zu verhindern. Es ist schon richtig, daß man über den Gräbern zu Freundschaft und Versöhnung gekommen ist, doch das trifft meistens nur für diejenigen zu, die den Krieg erlebt oder ein unmittelbares Verhältnis dazu haben. Und weiter wäre es falsch zu glauben, daß die so entstandene Freundschaft zukünftige Konflikte oder Kriege ver-

hindern könnte, die Geschichte belehrt uns eines anderen (15). Diese Versöhnung kann also nur einen Anfang darstellen für einen Friedensdienst. Den könnte der Volksbund aber zerstören, indem er weiter jedes Jahr den größten Teil seiner Mittel für die Kriegsgräber aufbringt, denn das ist schließlich der Ausdruck einer Resignation und einer Verzweiflung vor der Zukunft. Es ist richtig, daß der Volksbund verpflichtet ist, diese Kriegsgräber zu erhalten und dementsprechend zu pflegen, doch mit weniger Mitteln würde man das gleiche Ziel erreichen. Sonst können wir wirklich mit Bouthoul sagen, daß der Volksbund zu den "klagenden Pazifisten" gehört, indem sich die Tätigkeit beschränkt auf Gräberpflege, Trauerfeiern, Kriegsgräberfahrten mit Angehörigen und desgleichen. Der Volksbund stellt eine "Leidensgemeinschaft" dar, und verständlicherweise überragt in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg dieser Aspekt. Beschränkt sich der Volksbund aber weiterhin auf diese traditionellen Aufgaben, dann kommt es zu einem langsamen Schrumpfungsprozeß, an dessen Ende unzweifelhaft seine Auflösung steht, denn die neue Generation weiß mit diesen Aufgaben nichts mehr anzufangen (16). Ohne die Angehörigen der Gefallenen zu verletzen - d. h. ohne Einstellung der Gräberpflege - muß der Volksbund deswegen die bisherigen verbalen Bekenntnisse zu einem Friedensdienst durch schlüssige Handlungen belegen. Da bieten sich viele Möglichkeiten an; erwähnen wir nur die wichtigsten. Der Volksbund könnte die Voraussetzungen für eine präventive Friedensarbeit erforschen und dabei praktische Modelle erforschen, z. B. in den internationalen Jugendlagern des Volksbundes. Ein wertvoller Beitrag wäre auch an dem Abbau von Vorurteilen mitzuwirken, sowohl zwischen verschiedenen Nationalitäten wie auch zwischen verschiedenen Generationen und Klassen der Gesellschaft. Auf diesem Gebiet hat der Volksbund, genau durch seine jahrelange Arbeit in In- und Ausland, viel Erfahrung. Wertvolle Forschungsprojekte auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung sollten vom Volksbund finanziell gefördert werden. Der Volksbund kann in seinen Mitteilungsblättern doch auch durch Ausstellungen und Vorträge über die Friedens- und Konfliktforschung und dessen Probleme aufklären. Und da ein dauerhafter Friede nicht möglich ist ohne die Schaffung gerechter sozialer

Verhältnisse, sollte auch auf diesem Gebiet der Volksbund mit seinem ganzen moralischen Gewicht eintreten (17). Durch diese Aufstellung wird deutlich, daß Kriegsgräber nicht direkt Kriege verhindern können. Doch indem der Volksbund sich eben wegen der Mahnung, die von diesen Gräbern ausgeht, für den Frieden einsetzt, dann tragen sie indirekt dazu bei, den Frieden zu sichern.

Hauptvoraussetzung ist also, daß der Volksbund einen aktiven Friedensdienst leistet. Nach dieser Erkenntnis hat der Volksbund mit der Aufklärung über die Friedensarbeit angefangen. Auf dem internationalen Frauenkongreß in Hamburg am 18. September 1970 hält der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Volksbundes, Dr. Eberhard von Gutenberg, ein Referat "Unser Beitrag zum Frieden". Als bereits geleistete Arbeit nennt er den Brückenschlag zwischen Menschen verschiedener Nationen, verschiedener Ideologien und verschiedener Generationen (18). Neu ist dies an sich nicht, doch durch diesen Vortrag findet der Volksbundgedanke größere Verbreitung. Im Dezember 1970 beschließt der Bundesvorstand des Volksbundes einen Antrag auf Mitgliedschaft an die vor kurzem gegründete Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) zu richten (19). Dieses führt dazu, daß man die Stellung des Volksbundes in der Friedensforschung noch näher untersucht. Im Juni 1971 gibt der Landesverband Bayern des Volksbundes die Ergebnisse seiner Untersuchung bekannt. Was der Volksbund bisher für den Frieden getan habe, sei Basisarbeit, nun müsse diese in den geistigen Überbau der Friedensforschung eingeordnet werden, und in den Institutionen der Friedensforschung solle der Volksbund die besondere Art seiner Friedensarbeit vertreten (20). Zu einer Mitgliedschaft in der DGFK kommt es aber nicht. Laut Auskunft von Herrn Karlheinz Koppe, geschäftsführendem Vorstandsmitglied der DGFK, haben zusammen mit dem Volksbund noch etwa 40 Privatorganisationen einen Aufnahmeantrag gestellt. Die Gründungsmitglieder aber wären durch eine solche Erweiterung in der Minderheit und erklären sich damit nicht einverstanden. Um nun niemanden zu diskriminieren, beschließt der Vorstand der DGFK, die Mitgliederzahl bis auf weiteres nicht zu erweitern und sich auf die ursprünglichen öffentlich-rechtlichen Träger zu beschränken. Herr Koppe wird noch

mehrere Gespräche mit dem Präsidenten des Volksbundes führen, doch langsam kühlt die Begeisterung von seiten des Volksbundes ab. Dies vor allem, nachdem der große Befürworter dieser Zusammenarbeit, Dr. von Gudenberg, aus den Diensten des Volksbundes ausscheidet. Es ist aber bezeichnend, daß der Volksbund gleich nach Gründung der DGFK an einer Mitarbeit interessiert ist. In der oben erwähnten Untersuchung des Landesverbandes Bayern wird auch noch festgestellt, daß der Volksbund der Friedenserziehung wertvolle Hilfe leisten kann, das vor allem bei der Jugend. So kann Dr. von Gudenberg im Januar 1972 in einem Aufsatz über "Der Volksbund und die DGFK" schreiben, daß die Arbeit des Volksbundes auf zwei Beinen steht. Das eine ist die ursprüngliche praktische Gräberfürsorge, das andere ist eine gesellschaftspolitische, pädagogische Aufgabe. Damit meint er die Erinnerungen an die historischen Erfahrungen der Kriege wachzuhalten, sie an die junge Generation heranzutragen, um sie für das politische Bewußtsein unserer Gesellschaft und damit für eine humanere und friedlichere Zukunft der Welt nutzbar zu machen (21). Auf diesem Gebiet liegt z. Z. die größte Tätigkeit des Volksbundes für seine Friedensarbeit. Durch Vorträge, Seminare und Veröffentlichungen werden die Jugendlichen, aber auch die Älteren, mit den Problemen eines modernen Friedensdienstes vertraut gemacht. In seiner Jugendzeitschrift wird dauernd auf die mögliche Verbindung von Kriegsgräberfürsorge und Friedensarbeit hingewiesen. Der Volksbund stellt bei größeren Veranstaltungen auch eine Ausstellung zur Verfügung, unter dem Motto "Helft dem Frieden!". Die praktischen Modelle, die der Volksbund in seiner Jugendarbeit ausarbeiten kann, werden wir im nächsten Kapitel besprechen. Auch der Versöhnungsgedanke wird dem Gedanken des Friedensdienstes untergeordnet, denn ohne Versöhnung kann die Arbeit am Frieden nicht beginnen. Diese Versöhnung bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis zweier Nationen, sondern fängt mit dem Verhältnis zum Nachbarn an (22).

Viel wäre natürlich noch zu tun, doch die Leistungen des Volksbundes auf diesem Gebiet können den Vergleich mit dem, was die Institutionen für Friedensforschung bringen, gut aushalten. Manchmal ist die Volksbundtätigkeit auch viel reali-

tätsbezogener als diese derjeniger Institutionen. Es scheint ganz allgemein zu sein, daß viele Organisationen heute zwar für den Frieden arbeiten wollen, doch die Mittel und Wege dazu sind noch nicht eindeutig festgelegt. Dieses beweist nochmal, daß es hier um eine ganz neue Entwicklung geht, die den Kinderschuhen noch nicht entwachsen ist. Auch der Volksbund kommt nicht ohne weiteres um diese Tatsache herum. Als Anerkennung für seine Friedensarbeit bekommt der Volksbund im Mai 1970 den Friedenspreis des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands. Die zwei einzigen früheren Preisträger sind Dr. A. Schweitzer (1957) und Prof. Dr. Th. Heuss (1960) (23). Als Bundespräsident Scheel am 30. September 1974 die Schirmherrschaft über den Volksbund übernimmt, betont er in seiner Ansprache die großen Möglichkeiten für den Frieden, die eine Mitarbeit im Volksbund innehat (24). Und als er vor dem Vertretertag im Oktober 1975 in Hamburg spricht, schließt er mit den Worten: "Die Trauer über unsere Kriegstoten wirkt ins Leben, wenn sie jeden einzelnen Bürger dazu führt, in seinem Lebensbereich der Menschenwürde ein weiteres Stück Boden zu sichern" (25).

Diesen Schritt zur aktiven Friedensarbeit hat der Volksbund nicht ohne die notwendige Vorsicht getan. Denn eine Organisation wie der Volksbund, die abhängig ist von ihren Mitgliedern, muß immer darauf achten, daß die gedanklichen Grundlagen bei den Mitgliedern bewußt bleiben, aber auch daß diese Grundlagen weiter entwickelt werden, mit dem sich dauernd ändernden Lebensgefühl (26). Um hierbei sicher zu gehen, läßt der Volksbund 1970 eine psychologische Marktuntersuchung von einer Forschungsgesellschaft durchführen. Dabei kommt heraus, daß vor allem die 14- bis 24jährigen den Gedanken eines aktiven Friedensdienstes als Begründung für ihre Mitarbeit im Volksbund angeben. Für viele aber hat die Mitgliedschaft den Charakter einer "zivilisatorischen Pflichtübung". Es ist klar, daß diese Einstellung beeinflußt wird von der bis dahin traditionellen Tätigkeit des Volksbundes. Das Ziel der Friedensarbeit und Versöhnung ist zwar attraktiv, aber bis dahin hat der Volksbund es nur passiv angegriffen durch die reine Gräberpflege. Ein aktiver Einsatz

würde bei der jungen Generation viel mehr Begeisterung und Engagement wecken. Auch wird die Frage gestellt, ob der Volksbund dafür seinen Namen nicht ändern müsse, denn der jetzige Name kann nichts aussagen über eine aktive Friedensarbeit (27). Der Volksbund hat - wie vorhin angegeben - mit den Resultaten dieser Meinungsumfrage Rechnung gehalten, nur nicht mit dem letzten Punkt. Solange es Angehörige gibt, wird es wohl sehr schwer sein, diesen Namen zu ändern.

2. Volkstrauertag

Zum ersten Mal nach Kriegsende ruft der Volksbund 1948 wieder zur Durchführung des Volkstrauertages auf. Bereits in mehreren Städten werden 1948 zu diesem Tag Gedenkstunden veranstaltet. Der Grundgedanke dabei ist wie vor 1933 die Trauer um die Gefallenen und der Trost der Hinterbliebenen, unter Teilnahme aller Kreise. Doch in Zusammenhang mit der ganzen Gedankenwandlung beim Volksbund, wird auch dem Volkstrauertag ein tieferer und weiterreichender Sinn gegeben: der Volkstrauertag darf keinesfalls in Klage und Trauer um Vergangenes stecken bleiben, er muß hinüberführen in die Zukunft durch eine eindringliche Mahnung zum Frieden, zu Verständnis und Versöhnung, sowohl im eigenen Kreis, wie im eigenen Volk oder im Verhältnis der Völker zueinander (28). Um diesem Gedanken eine bundesweite Verbreitung zu geben, bemüht sich der Volksbund gleich nach Gründung der Bundesrepublik um eine einheitliche gesetzliche Regelung des Volkstrauertages. Dabei stößt er aber auf den Widerstand der evangelischen Kirche, die glaubt, daß dadurch ein kirchlicher Feiertag verloren gehen würde, denn - genau wie vor dem Krieg - findet der Volkstrauertag am Sonntag Reminiscere (5. Sonntag vor Ostern) statt. Dadurch bleibt eine gesetzliche Regelung noch ein paar Jahre aus. Dennoch gelingt es dem Volksbund, zum Volkstrauertag 1950 fast im ganzen Land Gedenkstunden abzuhalten und im Plenarsaal des Bundeshauses in Bonn eine zentrale Gedenkstunde durchzuführen (29). In seiner Rede betont der Ehrenpräsident Ahlhorn zwar das Gedenken an die Kriegstoten, die Berichte in der Volksbundzeitschrift aber betonen vor allem die große Betei-

ligung der Jugend, die während dieses Volkstrauertages in Kontakt gekommen ist mit dem Vermächtnis der Gefallenen, nämlich der Mahnung zum Frieden (30).

Da 1952 auf dem Sonntag Reminiscere in verschiedenen Bundesländern Wahlen stattfinden, ist es angebracht, den Volkstrauertag zu verlegen, um einen würdigen Ablauf dieses Tages in der ganzen Bundesrepublik zu gewähren. Dadurch wird die Frage einer gesetzlichen Regelung wieder aktuell, und das Bundesinnenministerium schaltet sich ein. In Übereinstimmung mit dem Volksbund und den beiden christlichen Kirchen wird nach langwierigen Verhandlungen der 2. Sonntag vor dem 1. Advent als gesetzlicher Termin für den Volkstrauertag festgelegt. Durch den Erlaß des Bundesinnenministeriums vom 22. Februar 1952 wird der Volkstrauertag in der Bundesrepublik zu dem angegebenen Termin ein gesetzlicher Feiertag zum Gedenken der Opfer beider Weltkriege und des Nationalsozialismus. Der Volksbund wird, im Interesse eines einheitlichen konfessionell und politisch nicht gebundenen Gedenktages, als Träger der Veranstaltungen zum Volkstrauertag bestimmt. Die Bundesländer werden aufgerufen, dem Volksbund jede Förderung zuteil werden zu lassen, damit dieser Tag im ganzen Bundesgebiet in würdiger Form begangen wird (31).

Diese Regelung hat bis heute Gültigkeit. Die zentrale Gedenkfeier im Bundeshaus in Bonn findet jedes Jahr statt. Zu dieser Feierstunde holt der Volksbund bekannte Redner, so 1952 den damaligen Schirmherrn des Volksbundes, Bundespräsident Heuss, der unter dem Motto "Euer Opfer ist unsere Verpflichtung: Frieden!" spricht (32) und 1954 den Bundeskanzler Adenauer, der dem Volksbund für seine Arbeit im In- und Ausland dankt (33). Als Beweis der besonderen Bedeutung des Volkstrauertages sind ab 1955 auch die Vertreter der Befehlshaber der Nato-Streitkräfte bei dieser Gedenkfeier in Bonn anwesend (34). 1974 hält Prof. Dr. Alfred Grosser eine stark beobachtete Rede: "Mitverantwortung für eine gemeinsame Zukunft" (35).

Auch nach der gesetzlichen Regelung des Volkstrauertages bleiben bestimmte Bedenken gegenüber diesem Feiertag bestehen. Einerseits ist der Tag vorbelastet wegen der früheren

Heldenverehrung, diese Kritik läßt sich aber leicht entkräften, indem der Volksbund gleich nach dem Krieg jede Heroisierung abgewiesen hat und auch in diesem Sinne handelt (36). Andererseits findet man ein ewiges Trauern überflüssig. Mit dem Verlassen des traditionellen Weges, sei es unter Beibehaltung des bereits Tradition gewordenen Namens, kann der Volksbund auch dieses verhindern (37). Den meisten Kritikern des Volkstrauertages ist es aber nicht recht, jedes Jahr an eine Vergangenheit erinnert zu werden, wozu man sich bekennen muß und woraus die Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden müssen. Für sie ist der Volksbund überhaupt ein unbequemer Partner, denn es ist viel leichter, nur seine Gegenwart zu leben. Der Volksbund mahnt aber die Gegenwart als Folge der Vergangenheit und Übergang zur Zukunft zu erkennen in Erinnerung an den Spruch von Georges Santayana "Wer die Geschichte nicht kennt, ist gezwungen, sie zu wiederholen" und das Wort von Gabriel Marcel "Weil die Toten der Kriege schweigen, fängt immer alles wieder von vorne an" (38). Vor allem in den letzten Jahren kommen die beiden Sprüche immer häufiger in den Volksbundpublikationen vor. Die neueste Tonbildserie des Volksbundes heißt auch "Weil die Toten schweigen ..." Dies müssen wir in Zusammenhang sehen mit der mehr theoretischen Betrachtungsweise der Aufgaben und des Gedankengutes des Volksbundes, die wir seit dem 50jährigen Bestehen feststellen konnten.

3. Zusammenarbeit mit der Kirche

Auf die Reibereien mit der evangelischen Kirche wegen der Festlegung des Termins für den Volkstrauertag haben wir schon hingewiesen. Prinzipiell ist die evangelische Kirche mit der Arbeit des Volksbundes aber einverstanden. So bittet der Landesbischof der Hamburgischen Landeskirche im Februar 1951 seine Pfarrer in ihrer Kirche die Haussammlung des Volksbundes nachdrücklich zu empfehlen (39). Lange Zeit verläuft die Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche reibungslos. 1962 kommt es zu einer Stellungnahme des Volksbundes gegen den Propst für Nordnassau wegen der Frage der Aufstellung von Gedenktafeln für Gefallene in den Kirchen. Der Propst meint, es wäre besser,

diese Gedenktafeln aus den Gotteshäusern fernzuhalten. Sonst könnte man wie früher Soldatentod und christlichen Glauben vermengen und so wäre wieder der Ansatz für eine Heldenverehrung gegeben. Darauf wendet sich die Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Soldatenverbände an den Volksbund und bittet den Präsidenten um eine Stellungnahme. Der Volksbundpräsident Trepte, selbst evangelischer Dekan, weist den Propst darauf hin, daß die Gedenktafeln heute nicht mehr ein Zeichen der Heldenverehrung sind, sondern vielmehr der Ausdruck der Ehrfurcht und Achtung vor dem Opfer derer, die im Krieg ihr Leben verloren haben. Dadurch können diese Gedenktafeln Zeichen der Mahnung zum Frieden, zur Versöhnung und Verständigung unter den Menschen sein, und so finden die Angehörigen in ihrer Kirche ein sinnvolles Zeichen des Gedankens an ihre Toten (40). Mit diesem Vorfall ist aber der Start gegeben für manche Auseinandersetzungen in den sechziger Jahren mit einzelnen Pfarrern, die aus theologischen, philosophischen und anderen Gründen die Existenzberechtigung des Volksbundes in Frage stellen und versuchen, in ihrer Gemeinde der Volksbundarbeit entgegenzuwirken. Dabei stellt sich immer wieder heraus, daß die meisten Kritiken aus mangelhafter Kenntnis des Volksbundes und seiner Arbeit resultieren. Auch der Volkstrauertag ist manchen ein Dorn im Auge, nicht nur wegen des immer angeführten angeblichen Heldengedenkens, sondern auch wegen des Termins, nämlich auf dem vorletzten Sonntag des Kirchenjahres. Bei den Besprechungen mit den Vorgesetzten in den Landeskirchenämtern aber, verspricht die evangelische Kirche als solche immer ihre volle Unterstützung der Volksbundarbeit, die Kritik der einzelnen Pfarrer kann sie aber nicht verhindern (41). Um weitere unnötige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, versucht der Volksbund, sich durch gezielte Publikationen und Veranstaltungen in den verschiedenen Kreisen der evangelischen Kirche vorzustellen. Bei einem Kontaktgespräch mit dem Beauftragten für die Öffentlichkeitsarbeit der evangelischen Kirche in Deutschland im Juli 1965 wird die Verbindung zur kirchlichen Publizistik gesichert. Weiter wird auch empfohlen, die Diskussionsrunden und Tagungen innerhalb der kirchlichen Kreise fortzuführen (42). Im August 1965 erscheinen dann bereits die "Leitsätze für die Zusammenarbeit des Volksbundes

Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit den Kirchen aller Konfessionen". In diesen Leitsätzen heißt es, daß der Volksbund um seine Aufgaben erfüllen zu können, sicher sein muß, von dem Verständnis der Kirchen. Darum bemüht er sich um Kontakt, sowohl durch Gespräche, Tagungen, Vorträge, wie durch die kirchliche Presse. Eine gute Zusammenarbeit mit der kirchlichen Jugend besteht bereits. Die Kirche kann auch maßgeblich daran mitwirken um den Volkstrauertag zu einem Tag des ganzen deutschen Volkes zu machen. Das ist möglich, wenn der Volksbund als mahnendes und versöhnendes Bindeglied zwischen dem deutschen Volk und allen anderen Völkern, die guten Willens sind, verstanden wird (43). Damit scheint das Problem der Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche gelöst zu sein. Nur noch einmal kommt es zu einer unerfreulichen Auseinandersetzung wegen der Weigerung der Flensburger Pastoren, der Kriegstoten in der Kirche zu gedenken, weil es eine Verherrlichung von Kampf und Tod im Kriege wäre. Der Vorstand des Volksbundes lehnt dieses Argument energisch ab und verweist auf die bisherige Zusammenarbeit mit der Kirche. Die gemeinsame Aufgabe sei es, den Frieden zu wahren, dazu diene nicht nur das gesprochene Wort allein, sondern auch die Erhaltung und Errichtung von Gedenkstätten und Mahnmalen (44).

Mit der katholischen Kirche gibt es keine ähnlichen Probleme. In einer Übersicht über die Zusammenarbeit des Volksbundes mit der Kirche vom Juli 1965 wird lediglich bedauert, daß in einzelnen Landesverbänden die katholische Kirche sich zurückhaltend verhält (45). Die Verbindung zur katholischen Kirche geht aber auch über die deutschen Grenzen hinweg: Eine erste Audienz bei dem Papst findet bereits im Oktober 1949 statt, weitere drei folgen im Mai 1960, im Dezember 1965 und im Juli 1972 (46). Dabei wird der Papst vor allem gebeten, sich für die Betreuung der deutschen Kriegsgräber im Osten einzusetzen. Vor allem Papst Paul VI. zeigt großes persönliches Interesse für das Anliegen des Volksbundes. In seiner Friedensbotschaft, die er am 26. August 1964 an die Welt richtet, schreibt Paul VI.: "Wir möchten den Mantel des Friedens ausbreiten auch über die Kriegsgräber, auf daß in ihnen auch die Gefallenen beigesetzt werden, die noch auf dieses letzte Zeichen menschlicher Liebe harren und darauf warten, daß es ihren zurückgelassenen Angehö-

rigen möglich gemacht werde, sie zu besuchen und ihre Gräber zu ehren. So sei der Todesschlaf vieler Opfer dieser und den kommenden Generationen Mahnung und Erinnerung an das schreckliche Geschehen, das sich nie mehr wiederholen darf." (47) Damit fühlt der Volksbund sich selbstverständlich bestätigt in seiner Auffassung und nun hat er eine feste Grundlage für die weitere Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche.

I.3. Jugendarbeit =====

Die Jugendarbeit ist im Rahmen unserer Untersuchung ein außerordentlich wichtiger Punkt. Für den Volksbund ist sie die Garantie seines Weiterbestehens.

Vorerst untersuchen wir, wie der Gedanke an eine Jugendarbeit vom Volksbund überhaupt entstanden ist. Dabei gehen wir näher ein auf die wichtigsten Personen, die eine solche Initiative von seiten des Volksbundes befürwortet haben. Es ist klar, daß wir über den Mann, der später der erste Jugendreferent des Volksbundes sein wird, das meiste Material gefunden haben.

Ungefähr zu gleicher Zeit startet ein deutscher Jesuitenpater in Belgien den Versuch eines Jugendlagers zur Pflege deutscher Soldatenfriedhöfe. Aus dieser Initiative heraus werden die Jugendlager des Volksbundes entstehen, die den Hauptteil der Jugendarbeit des Volksbundes ausmachen werden. In einem dieser ersten Lager wird auch das Motto "Versöhnung über den Gräbern" entstehen, das später das Leitmotiv aller Lager wird. Unter dem Motto wird der Volksbund im Ausland besser bekannt sein als unter seinem eigentlichen Namen.

Inzwischen wird aber die Jugendarbeit auch noch andererseits ausgebaut. Diese Entwicklung an der Spitze und in den Landesverbänden versuchen wir anzudeuten.

Da es nicht immer klar ist, was Jugendliche von einer Mitarbeit im Volksbund erwarten, werden wir schließlich kontrollieren, wie das Gedankengut des Volksbundes bei den Jugendlichen ankommt.

1. Entstehung

Die Einbeziehung der Jugend in die Volksbundarbeit findet erst richtig nach dem 2. Weltkrieg statt. Eine Mitarbeit deutscher Jugendlicher wie z. B. 1931 bei der Pflege von deutschen Kriegsgräbern in Sète, Frankreich, blieb vor 1945 eine Ausnahme (1). Einzelpersonen werden nach dem Krieg die Idee der Jugendarbeit beim Volksbund durchsetzen. Zum größten Teil sind diese Personen infolge des totalen Krieges im jugendlichen Alter Soldat geworden und mit dem Krieg und seinen Folgen konfrontiert worden. Daß sie sich nach dem Kriege Gedanken machen über eine aktive Mitarbeit der Jugend bei der Kriegsgräberfürsorge, ist nicht erstaunlich. Ihre Generation wird die Pflege der Gräber der gefallenen Kameraden als eine Selbstverständlichkeit empfinden, doch wie wird die nachkommende Generation, die keine Beziehung mehr zum Krieg hat, reagieren? Nur wenn diese Jugend aktiv in die Kriegsgräberfürsorge einbezogen wird, ist ein Fortdauern des Volksbundgedankengutes gewährleistet, und kann eine neue Heldenverehrung vermieden werden. Mehrere Personen haben diese Ideen geäußert, leider sind die meisten gleich danach wieder in die Anonymität verschwunden. Wir werden uns hier auch auf die wichtigsten beschränken.

Als ersten erwähnen wir Hans Soltau, Jahrgang 1924, der 1947 aus russischer Kriegsgefangenschaft nach Lüneburg zurückkehrt (2). Da dort sein Vater bereits vor dem Krieg Bezirksgeschäftsführer des Volksbundes war, hat er erlebt, wie die Kriegsgräberfürsorge nicht durchzuführen sei. Nach seiner Heimkehr überlegt Soltau, wie die Kriegsgräberfürsorge nun aussehen muß und wie die junge Generation daran mitwirken kann. Diese Frage beschäftigt ihn dermaßen, daß er 1950 einen Brief an die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes in Nienburg schreibt. Darin stellt er die Frage, wie der Volksbund gedanke, die junge Generation, die den Krieg nicht mehr erlebt hat, an die Dinge heranzuholen. Könnte diese Jugend nicht einbezogen werden in die Kriegsgräberfürsorge? Dafür entwickelt Soltau eine Aufstellung der Möglichkeiten für eine aktive Mitarbeit der Jugend bei der praktischen Volksbundarbeit. Soltau wird kurz danach zu einem Gespräch nach Nienburg eingeladen. Dabei bittet ihn der General-

sekretär Margraf, ob er bereit sei, seine Gedanken der Jugendarbeit zu realisieren. Soltau erklärt sich einverstanden und am 1. Oktober 1950 wird er versuchsweise als Jugendreferent im Landesverband Niedersachsen und mit Arbeitsgebiet im Bezirksverband Lüneburg eingestellt. Er nimmt sogleich Kontakt mit den Kreisjugendpflegern des Bezirkes Lüneburg auf, denen die Betreuung aller Jugendgruppen in kultureller und finanzieller Hinsicht obliegt. Wenn der Volksbund diese Angestellten des öffentlichen Dienstes für sich gewinnen kann, ist somit der Brückenschlag zu den Jugendverbänden gewährleistet. Ende 1951 sind bereits fünf von den neun Kreisjugendpflegern des Bezirkes Lüneburg Beisitzer in den Kreisverbandsvorständen des Volksbundes, die anderen folgen kurze Zeit danach (3). Durch ihre Unterstützung und Fürsprache wird der Jugendreferent zu allen wichtigen Jugendtagungen eingeladen, wobei er mit Referaten und Lichtbildervorträgen über den Volksbund und seine Ziele berichten kann. Dadurch werden breite Kreise der Jugendgruppenleiter, aber auch der Jugendlichen selbst angesprochen. Auch zu den sonstigen Jugendverbänden stellt Soltau die Verbindung her. Er organisiert eine Reihe von Veranstaltungen bei diesen Jugendgruppen oder Aussprachen mit den Jugendgruppenleitern. Dabei stellt sich heraus, daß die Jugend in keiner Weise mit der Arbeit des Volksbundes vertraut ist, andererseits erweist sich immer wieder, daß die Jugend schnell für die Aufgaben des Volksbundes zu gewinnen ist, wenn sie nur in der richtigen Weise angesprochen wird (4). Die Praxis gibt also Soltau recht und schon bald wirkt die Jugend bei Feierstunden des Volksbundes, bei Friedhofseinweihungen usw. mit. Im Sommer 1951 organisiert Soltau erstmalig eine Art Jugendlager in Bevensen (Bezirk Lüneburg) mit der Hamburger Sportjugend zur Pflege eines Friedhofes mit Bombenopfern. Dies ist ein Versuch, wobei nur am Wochenende gearbeitet wird (5). Dieser Einsatz von Jugendlichen auf einem Kriegsgräberfriedhof stellt aber keine Ausnahme dar, wie wir gleich sehen werden. Anfang der 50er Jahre melden sich mehrere Einzelpersonen oder Gruppen zur Instandsetzung deutscher Kriegsgräber im In- und Ausland.

Die Jugendarbeit im Volksbund wird also vorerst von einem Mann betrieben. Die Resultate dieser ersten Jugendarbeit sind zum

größten Teil ihm zu verdanken, denn letzten Endes hat er beim Volksbund seinen Gedanken der Mitarbeit der Jugend durchgesetzt. Daß es neben ihm verschiedene Gleichgesinnte gibt, die ihn auch weiterhin unterstützen und Anregungen besorgen, ist ohne Zweifel. Der 1. Vertretertag nach der Einstellung Soltaus, der im September 1951 in Kassel stattfindet, beschäftigt sich bereits eingehend mit der Frage der Jugendarbeit. Dabei hält Soltau ein Grundsatzreferat über die Jugendarbeit, dieses Referat ist leider verloren gegangen, so daß wir nur noch über eine kurze Zusammenfassung in der Volksbundszeitschrift verfügen (6). Der Hauptgedanke ist wieder, daß der Volksbund die latente Bereitschaft der Jugend zur Mitarbeit ansprechen muß. Der Vertretertag reagiert äußerst positiv auf diesen Bericht und seitdem hat die Jugendarbeit seinen festen Platz im Volksbund errungen. Als Ausdruck seiner Zustimmung beschließt der Vertretertag nicht mehr wie bisher die Jugend zu passiver Zustimmung oder zu gelegentlichen Spenden aufzurufen, sondern sie zu aktiven Trägern des Volksbundes und seiner Grundgedanken zu machen. Damit jeder Landesverband Kontakt mit den Jugendorganisationen, mit den Schulen usw. aufnehmen kann, sollte in jedem Landesverband ein Jugendsachbearbeiter eingestellt werden (7). Der Volksbund will also nach dem bewährten Muster vom Bezirk Lüneburg nun in ganz Deutschland auf regionaler Ebene die Jugendarbeit starten. Sehr schnell wird dies zwar nicht vonstatten gehen, erst 1954 wird in Baden-Württemberg ein erster Jugendsachbearbeiter eingestellt und nur langsam folgen die anderen Landesverbände.

Bei der Kleinarbeit im Bezirk Lüneburg kommt Soltau zu der Einsicht, daß dieses nicht genügt und ab Oktober 1951 breitet er seine Arbeit über den gesamten Landesverband Niedersachsen aus (8). Doch auch diese Aktivität auf Landesebene reicht nicht aus, denn wenn der Volksbund das bisher Erreichte nicht verlieren will, muß er an die Spitze der Jugendverbände herangehen. Es gilt, die gesamte Jugend in ihren über die Landesgrenzen hinausgehenden Positionen zu gewinnen und für die Arbeit des Volksbundes zu aktivieren. Die Jugendorganisationen sind nun zu weit verzweigt, daß man nur auf Länderebene mit ihnen zusammenarbeiten könnte. Verschiedene Jugendverbände arbeiten auf Bundes-

ebene: die Pfadfinder, die evangelische und katholische Jugend, die Gewerkschaftsjugend und ferner verschiedene politische Jugendgruppen. Nur kleinere Verbände sind allein auf Landes- oder Ortsebene tätig. Anfang der 50er Jahre sind 25 % der gesamten Jugend in den bündischen bzw. politischen Jugendgruppen und rund 50 % der Gesamtjugend in den Jugendabteilungen der Sportvereine organisiert. Diese Sportjugend arbeitet auf Landesebene und wird von dort auch kulturell gesteuert. Weiter sind alle Jugendgruppen aus einem Landkreis im Kreisjugendring vertreten. Die Kreisjugendringe sind vertreten im Bezirksjugendring und diese wiederum im Landesjugendring. Der Bundesjugendring in Bonn ist die höchste Instanz. Die bereits erwähnten Kreis- und Bezirksjugendpfleger erhalten ihre Weisungen vom Landesjugendpfleger im Kultusministerium des Landes, und dieser arbeitet wieder mit dem Bundesjugendring zusammen. Auch die Ausbildungsstätten für Jugendgruppenleiter arbeiten überregional (9). Diese Tatsachen geben den Ausschlag dafür, daß der Volksbund seine Jugendarbeit nun auch auf Bundesebene betreiben wird. Unter Soltaus Bericht über die Jugendarbeit seit dem 15. Oktober 1950, vom 8. November 1951, notiert der Generalsekretär Margraf am 26. Dezember 1951, daß Soltau diese Arbeit aber nicht mehr von seinem Wohnsitz in Lüneburg aus leisten könne. Die Verbindung mit der Bundesgeschäftsstelle sei durch die räumliche Entfernung Lüneburg - Kassel zu lose, und nur in der Bundesgeschäftsstelle in Kassel wäre eine Jugendarbeit auf Bundesebene richtig voranzutreiben. Deswegen bittet Margraf das Präsidium des Volksbundes um Genehmigung, Soltau möglichst bald in die Bundesgeschäftsstelle versetzen zu dürfen (10). Zu gleicher Zeit wird das Präsidium in der Aufstellung "Jugendarbeit und Volksbund" um Zustimmung gebeten in der Bundesgeschäftsstelle ein Jugendreferat zu errichten (11). Seine Aufgabe wird es sein, die Verbindung mit allen überregionalen Organen der Jugendbewegung und den mit Jugendfragen befaßten Bundesstellen herzustellen und aufrechtzuerhalten. Weiter soll das Jugendreferat in jedem Landesverband einen Jugendsachbearbeiter einarbeiten, damit auch auf regionaler Ebene die Verbindung zu den Jugendverbänden gewährleistet ist. Gemeinsam mit diesen Jugendsachbearbeitern sollen in allen Gliederungen des Volksbun-

des Vorträge und sonstige Veranstaltungen mit der Jugend durchgeführt werden. Der Jugendreferent soll eigene Werbeschriften, Lichtbilderserien usw. zusammenstellen, die speziell auf die Jugend abgestimmt sind und schließlich muß er auch Fahrten der Jugend im In- und Ausland zum Besuch von Kriegsgräbern organisieren. Diese Aufzählung der Aufgaben deckt sich mit dem Arbeitsplan für das Referat Jugend, den Soltau Ende Dezember 1951/Anfang Januar 1952 aufgestellt hat (12). Von Anfang an weiß Soltau, daß er derjenige sein wird, der die Stelle des Jugendreferenten in der Bundesgeschäftsstelle einnimmt. Anfang 1952 wird das Jugendreferat dann errichtet und kurz danach zieht Soltau nach Kassel um (13).

Daß die Jugendlichen auch von sich aus zur Gräberpflege übergehen, beweist das Beispiel eines Jugendlagers der Internationalen Gesellschaft für Moralische Aufrüstung in Reifferscheid (Kreis Schleiden). Mehr als 50 Jugendliche aus Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Dänemark, Japan und den USA vereinen sich dort im Frühling 1950 für 3 Wochen, um bei den Aufräumarbeiten der Schule in Hellental zu helfen. Als sie die unbeschrifteten Kreuze des Soldatenfriedhofes in Reifferscheid sehen, beschriften die Jugendlichen die 700 Grabkreuze (14). Dieses erste Beispiel von einer internationalen Jugendgruppe, die freiwillig auf einem deutschen Soldatenfriedhof arbeitet, wird vom Volksbund publiziert. Anscheinend angeregt von diesem Beispiel wird im Laufe des folgenden Jahres die Bundesgeschäftsstelle fast mit Anfragen von Einzelpersonen und Gruppen bestürmt, um bei Auslandsfahrten, vor allem in Frankreich, die Soldatengräber zu pflegen. Manche bitten auch, die Möglichkeit eines Jugendlagers zur Pflege eines Soldatenfriedhofes nachzuprüfen. Am Rande eines Briefes vom 3. Januar 1952, vom Bund Deutscher Pfadfinder, schreibt der 2. Bundesgeschäftsführer von Lutzau: "Diese Frage wird immer drängender. Ich glaube, wir können nicht immer bremsen, ohne die Kontrolle zu verlieren!" (15). Dieses Zögern des Volksbundes bedeutet keine negative Einstellung gegenüber dieser Idee, sondern ist eher eine diplomatische Haltung, da die zwischenstaatlichen Verträge noch nicht bestehen und auch weil die Bauleitung des Volksbundes noch kein geeignetes Arbeitsgebiet für die Jugendlichen gefunden hat

(16). Schließlich muß der Volksbund sich aber äußern und im Frühjahr 1952 ruft er die ins Ausland fahrende Jugend auf, die an der Fahrstrecke befindlichen deutschen Soldatenfriedhöfe zu besuchen und den Volksbund über den vorgefundenen Zustand zu unterrichten. Viele Jugendgruppen beantworten diesen Aufruf und oft besuchen sie nicht nur die Friedhöfe, sondern pflegen diese auch (17). Daran sehen wir deutlich, daß es die Jugendgruppen sind, die den Volksbund sozusagen zu der Durchführung von Einsätzen im Ausland gezwungen haben. Soltau gibt Ende 1952 selbst zu, daß die Jugendgruppen aus freiwilligem Entschluß auf dem Friedhof gearbeitet haben, teilweise ohne das Wissen des Volksbundes (18). Vielleicht ist diese Einstellung der Jugendlichen durch die bereits gut durchgeführte Werbung des Volksbundes bei der Jugend in der Bundesrepublik zu erklären?

Ein anderer Mann, den wir in diesem Zusammenhang erwähnen müssen, ist Pfarrer François de Beaulieu, der Beauftragte des Volksbundes in Frankreich. 1953 schlägt er dem Volksbund die Jugendarbeit auf den deutschen Soldatenfriedhöfen in Frankreich vor, unter dem Motto "Versöhnung über den Gräbern" (19). Auf diese Empfehlung bekommt er vom Volksbund die Antwort, daß die Zeit dafür noch nicht reif sei (20). Leider haben wir diese beiden Briefe weder beim Pfarrer de Beaulieu, noch beim Volksbund wiederaufgefunden. Der Volksbund kann aus diplomatischen Gründen nicht auf diesen Vorschlag eingehen, denn solange kein Kriegsgräberabkommen mit Frankreich besteht, wäre ein Jugendlager zur Pflege der Kriegsgräber in Frankreich ein Eingriff in die Rechte der französischen Republik. Im zweiten Teil dieser Untersuchung werden wir noch öfters auf die speziell in Frankreich sehr gespannte Atmosphäre gegenüber den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg hinweisen müssen. Der Gedanke an Jugendlager in Frankreich ist de Beaulieu sicherlich gekommen, nachdem er von mehreren jugendlichen Frankreichreisenden daraufhin angesprochen wurde, oder als der erste Großversuch eines Jugendlagers vom Volksbund im Sommer 1952 unter der Leitung von Pater Rieth in Westflandern, Belgien, erfolgreich durchgeführt und dies in der Volksbundzeitschrift veröffentlicht wird (21). Ende 1951 zeigt de Beaulieu jedenfalls noch kein

Interesse, denn in einem Brief vom 18. Dezember 1951 an die Bundesgeschäftsstelle berichtet er über einen deutschen Studenten, der ihn aufgesucht habe, um Vorschläge zu machen, über die Mitarbeit von deutschen Jugendgruppen in Frankreich bei der Friedhofsinstandsetzung, und er bittet lediglich den Volksbund, sich umgehend mit diesem Studenten in Verbindung zu setzen, "da diese Angelegenheit leider bei mir etwas in Vergessenheit geraten war" (22). Ob nun das Leitwort "Versöhnung über den Gräbern" von de Beaulieu geprägt wurde, dürfen wir bezweifeln. Wahrscheinlich hat er zwar mit diesem Gedanken gespielt, doch die vielen aufbewahrten Zuschriften aus dieser Zeit beweisen, daß er dabei nicht allein war. Jedenfalls ist es unrichtig, wenn er in dem Rückblick auf seine Arbeit 1975 in der Volksbundszeitschrift schreibt, daß die Gruppe von Pater Rieth seinen Leitsatz übernommen habe (23). Wie wir gleich sehen werden, ist dieses Motto in dem Kreis von Rieth selbst entstanden. Die Frage, wer nun als erster diesen Leitsatz vorschlug, hat wenig Sinn, denn schließlich haben de Beaulieu und Rieth vollkommen unabhängig voneinander dieselbe Idee gehabt, um durch die Arbeit mit deutschen Jugendlichen auf deutschen Soldatenfriedhöfen im Ausland, Kontakte mit der Bevölkerung des Gastlandes anzuknüpfen. Daß diese Idee bei vielen Jugendlichen verbreitet ist, beweisen die vielen Anfragen beim Volksbund, um die deutschen Kriegsgräber im Ausland zu pflegen. Nachdem der Aufruf des Volksbundes vom Frühjahr 1952 einen großen Erfolg hatte, berichtet seine Zeitschrift auch über die Verständigung zwischen den jungen Auslandsreisenden und der Bevölkerung (24). Dies beweist eindeutig, daß der Gedanke lebendig ist, nur wird Pater Rieth der erste sein, der ihn in einem großen Rahmen verwirklicht.

2. Die Jugendlager

Der Initiator der Jugendlager des Volksbundes ist ohne Zweifel der deutsche Jesuitenpater Theobald Rieth. Während des Zweiten Weltkrieges meldete er sich im jugendlichen Alter freiwillig als Soldat (25). Dabei wurde er sowohl im Osten wie im Westen (Belgien und Holland) eingesetzt. 1947 tritt er in den Jesui-

tenorden ein und Anfang 1950 kann er auf Einladung der flämi-schen Jesuitenprovinz ein Philosophiestudium an der Fakultät der Jesuiten in Leuven, Belgien, beginnen. Sein Studienkreis ist recht international zusammengestellt, neben flämischen Studenten trifft man auch Wallonen, Amerikaner, Holländer, Schweizer, Deutsche und andere. Laut Pater Rieth ist die Verständigung zwischen diesen Studenten verschiedener Nationalität sehr gut und steht kurz nach dem Krieg in schroffem Gegensatz zu der alltäglichen Situation. So müssen Deutsche in Belgien sich regelmäßig in kurzen Abständen bei der Fremdenpolizei melden und auf der Straße muß man damit rechnen, angespuckt zu werden, wenn man als Deutscher erkannt wird. Dieser Gegensatz ist Inhalt eines Gespräches zwischen Rieth und einem amerikanischen Jesuiten, Bob McNally, heute Professor für Kirchengeschichte in Washington. Dieses Gespräch findet im Oktober 1950 bei einem Spaziergang in den Festungsanlagen von Namur statt. Rieth entwickelt dabei den Gedanken, auf alliierten und deutschen Soldatenfriedhöfen mit Jugendlichen aus allen am Krieg beteiligten Nationen zu arbeiten. Diese Arbeitslager sollten als Zeichen der Versöhnung gelten und des festen Willens, einen gemeinsamen Zukunftsentwurf im mitmenschlichen und politischen Bereich in Europa zu versuchen. Das Projekt wird von einer Gruppe junger flä-mischer, amerikanischer und deutscher Jesuiten vorgeschlagen, die sich zur Ausführung bereit erklären. Die Schwierigkeiten im Herbst 1950 türmen sich: Alliierte Soldatenfriedhöfe sind versorgt, und daß deutsche Jugendliche dort auftreten, wird überall abgelehnt. Für deutsche Soldatenfriedhöfe gibt es ebenfalls keine Besuchs- und Arbeitserlaubnis. In dieser deprimierenden Situation schlägt Rieth vor, wenigstens zu versuchen, die Erlaubnis zu erhalten, die beiden deutschen Soldatenfriedhöfe des Zweiten Weltkrieges in Belgien, Lommel und Recogne-Bastogne, einzuweihen als ein Symbol und eine Orientierung für eine weitere Verständigung. Nach langem Hin und Her und mit tatkräftiger Intervention des Bischofs von Liège bekommen die Jesuiten die offizielle Erlaubnis, die beiden Friedhöfe einzuweihen. Zu Pfingsten 1950 werden die Toten dann gesegnet. Über die Feier in Lommel dreht ein Belgier einen Farbfilm, den er Pater Rieth schenkt als "ein Zeichen, daß das flämische Volk

die deutschen Toten zu ehren weiß, die in seiner Erde ruhen" (26). Doch bei Einweihungen sollte es nicht bleiben. 1950 beginnt McNally mit Freunden in den Vereinigten Staaten Geld für die internationalen Arbeitslager zu sammeln. Auch belgische Freunde, die mit dieser Intention einverstanden sind, besorgen Rieth Geldspenden. Es wird Pater Rieth schnell klar, daß ein Einsatz von Jugendlichen am ehesten auf den deutschen Soldatenfriedhöfen, die überhaupt nicht gepflegt werden, gebraucht wird. Doch nun kommt das schwerste des ganzen Unternehmens: das Einholen der erforderlichen Genehmigung (27).

Hierbei müssen wir darauf hinweisen, daß bis jetzt alles ohne Wissen des Volksbundes gelaufen ist. Anfang 1951 lernt Rieth dann in Brüssel die Familie Fischell kennen, als er versucht, dort für Deutsche einen Gottesdienst zu gestalten. Herr Albert Fischell, ehemaliger deutscher Beamter in Brüssel, ist seit seiner Pensionierung im Jahre 1947 Beauftragter des Volksbundes in Belgien (28). Mit ihm bespricht Rieth seinen Plan, im Rahmen einer Studienfahrt durch Flandern, mit einer internationalen Jugendgruppe auf einem deutschen Soldatenfriedhof zu arbeiten. Vorgesehen ist der Friedhof Lommel, der größte deutsche Soldatenfriedhof des Zweiten Weltkrieges mit fast 40.000 Toten. Diese Gräberstätte ist entstanden durch Zusammenbettung von deutschen Gefallenen des Zweiten Weltkrieges aus ganz Belgien, außer den Gefallenen der Ardennenoffensive, die in Recogne-Bastogne beerdigt wurden. Wegen der vielen Proteste der patriotischen Vereinigungen und der Bevölkerung weigerte sich die Gemeindeverwaltung von Lommel 1946, Boden für einen deutschen Soldatenfriedhof zur Verfügung zu stellen. So sah der belgische Innenminister sich im April 1946 verpflichtet, diesen Boden zu requirieren (29). Dieses trug natürlich nicht dazu bei, die Atmosphäre zu verbessern. Die Ausgestaltung des Friedhofes ist sehr einfach gehalten, mitten in der Heide ist eine graue Fläche freigerodet, worauf fast 20.000 kleine Betonkreuze, eins für je zwei Gefallene, die Gräber angeben. Nach dem Genfer Abkommen vom 12. August 1949 obliegt die Pflege dem belgischen Staat, doch der beschränkt sich auf das Notdürftigste (30). Der Wind verweht mittlerweile den Heidesand und legt hier und da

die Gebeine frei. Der belgische Staat ist sich bewußt, daß er seinen Pflichten nicht nachkommt, aber andererseits ist er auch nicht gewillt, viel Geld für die Pflege dieses riesigen Gräberfeldes auszugeben, da er das Geld anderswo dringend braucht und die Bevölkerung sicherlich nicht einverstanden wäre mit dieser Ausgabe. Darum wird 1950 am Eingang des Friedhofes ein amtliches Schild aufgehängt: "Deutscher Soldatenfriedhof, Betreten streng verboten, Seuchengefahr", auch das Fotografieren ist strengstens untersagt. Dieses bedrückende Schild bleibt nur kurz da und hatte nur den Zweck, Neugierige, vor allem Angehörige der dort Bestatteten, von dem Friedhof fernzuhalten (31). Damit ist schon angedeutet, welche Schwierigkeiten Pater Rieth zu überwinden hatte, um seinen Plan zu verwirklichen. Über Herrn Fischell nimmt er Verbindung mit dem damaligen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgien, Dr. Pfeiffer, auf und gemeinsam setzen sie sich bei der belgischen Regierung für eine Arbeitserlaubnis ein. Diese wird aber abgelehnt, mit dem Hinweis auf die sich im Gange befindlichen Umbettungen nach Lommel. Der tiefere Hintergrund ist wohl, daß die Belgier keine Hilfe von den Deutschen annehmen wollen, weil sie sonst zugeben würden, daß ihre eigene Pflege unzureichend ist. Mit dem Nein der belgischen Regierung muß der Arbeitseinsatz in Lommel also aufs nächste Jahr verschoben werden. Die vorgesehene Flandernfahrt im Sommer 1951 findet aber trotzdem statt unter Teilnahme von etwa 150 jungen Deutschen. Anstatt des Arbeitseinsatzes wird ein kurzer Besuch des Soldatenfriedhofes Lommel eingelegt, obwohl dies offiziell auch verboten ist (32).

Unmittelbar nach dieser Flandernfahrt fangen Rieth und seine Mitbrüder die Vorbereitungen fürs nächste Jahr an. Durch die internationalen Verbindungen der Jesuiten nehmen sie Kontakt mit verschiedenen Gruppen im Ausland auf, um Teilnehmer für das internationale Jugendlager in Lommel zu werben. Die ersten vorbereitenden Gespräche verlaufen günstig, die Pläne fürs Lager werden konkret: 5 Nationen werden teilnehmen und um allen Ärger zu vermeiden, wird ein amerikanischer Jesuitenpater die Leitung übernehmen (33). Anfang März 1952 aber unterrichtet Fischell Rieth davon, daß neue Schwierigkeiten entstanden sind, die das Projekt nicht zulassen. Fischell, der Rieths Intentionen sicher

positiv gegenübersteht, ist ein vorsichtiger Mann, und als er im Frühjahr 1952 von den laufenden Verhandlungen zwischen der belgischen und der deutschen Regierung über ein Kriegsgräberabkommen erfährt, will er dem nicht vorgreifen und dadurch die Verhandlungen erschweren oder sogar gefährden. Das taktvolle Auftreten von Fischell bei den belgischen Behörden hat sicherlich dazu beigetragen, daß mit Belgien als einem der ersten Länder Westeuropas eine vertragliche Regelung über die Pflege der deutschen Soldatenfriedhöfe erreicht wird (34). Verärgert über die Zurückhaltung von seiten Fischells wendet sich Rieth am 6. März 1952 zum ersten Mal direkt an den Generalsekretär des Volksbundes (35). Dabei betont er, daß es ihm und seinen Freunden nicht um die Arbeit als solche gehe, sondern durch diese Arbeit wollten sie ein Vorbild geben für wirkliche Völkerverständigung und europäische Verbundenheit. Am 18. April 1952 dankt der Generalsekretär Margraf für das Angebot von Rieth im Rahmen eines Jugendlagers auf dem Soldatenfriedhof in Lommel zu arbeiten. Einen endgültigen Bescheid kann er aber noch nicht geben, da die offiziellen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Ein baldiges Ende dieser Verhandlungen ist aber in Sicht und dann will Margraf nach Leuven kommen, um mit Rieth die Sache zu klären. Inzwischen hat auch Soltau Kontakt aufgenommen mit Pater Rieth, er will ihn treffen Anfang Mai, wenn er mit Vertretern der Jugendorganisationen eine Informationsfahrt nach Holland, Belgien und Frankreich macht. Dieses Treffen kommt aber nicht zustande, da Rieth zu stark durch seine Vorlesungen in Leuven gebunden ist. Die Verhandlungen mit der belgischen Regierung ziehen sich aber länger hin als erwartet, und Margraf, der als Vertreter des Volksbundes bei den Besprechungen anwesend ist, kommt noch vor deren Abschluß im Juni 1952 bei Rieth vorbei. Im Mai hat Fischell dem Generalsekretär bereits den Arbeitsplan von Rieth für das internationale Jugendlager zugeschickt mit der Frage, ob der Volksbund dieses Vorhaben unterstützen könne. Dabei beschreibt er Rieth als einen Idealisten, der sich gegenüber seinen toten Kameraden verpflichtet fühlt.

Von der Unterredung zwischen Rieth und Margraf sind keine Aktennotizen bewahrt geblieben. Aus einem Brief vom 25. Juni 1952 von Rieth an Margraf können wir aber ersehen, was besprochen

wurde. Margraf hat Rieth davon überzeugt, daß die Möglichkeit eines Einsatzes in Lommel erst untersucht werden kann, nachdem der Vertrag mit Belgien unterschrieben ist. Da dies erst am 8. Juli 1952 geschehen wird, müßten deswegen die Termine des Lagers auf ein späteres Datum verschoben werden. Damit noch Zeit übrig bleibt für eventuelle organisatorische Änderungen, verlegt Rieth das Lager auf August. Über die entscheidenden Monate Juni und Juli 1952 fanden wir weiter keine Papiere, anhand von im August geschriebenen Briefen können wir aber einigermaßen den weiteren Verlauf rekonstruieren. Schon bald nach der Terminänderung lassen die ausländischen Gruppen wissen, daß sie dadurch nicht mehr in der Lage sind, teilzunehmen. Als am 8. Juli 1952 das Kriegsgräberabkommen mit Belgien unterschrieben wird, das den Deutschen die Verantwortung für die deutschen Kriegsgräber des 2. Weltkrieges in Belgien überläßt, versucht Rieth beim Volksbund für seine Gruppe einen Arbeitsauftrag für Lommel zu bekommen. Da die Bauleitung des Volksbundes noch keinen Überblick über die Aufgaben in Belgien hat, kann sie in dieser kurzen Zeitspanne zwischen dem Abschluß des Vertrages und dem Anfang des Lagers keine geeignete Aufgabe für Rieth finden. So sieht Rieth sich abermals verpflichtet, von einem Einsatz in Lommel abzusehen. Sein Projekt muß er aber nicht ganz aufgeben, denn über Herrn Fischell gelingt es von belgischer Seite, die Genehmigung einzuholen, einige deutschen Soldatenfriedhöfe des Ersten Weltkrieges in Westflandern zu pflegen. Nach dem Versailler Vertrag von 1919 obliegt die Pflege dieser Friedhöfe noch immer dem belgischen Staat. Seit dem Zweiten Weltkrieg aber sind diese Gräberfelder ohne jegliche Pflege geblieben und total verwahrlost. Dank den Jesuiten der philosophischen Fakultät in Leuven und ihrem Netz von Freunden und Verwandten in Belgien gelingt es schnell, umzudisponieren (36). In dem Arbeitsgebiet, gelegen in dem 1914-18 heißumkämpften Dreieck Ieper-Menen-Roeselare, werden die Lagerplätze gesichert, meistens über die Dorfpfarrer. Neben der Arbeit auf den Friedhöfen sind auch Ferientage an der Nordseeküste und Studientage in Antwerpen vorgesehen.

Vom 10.-25. August 1952 arbeitet die Gruppe dann in Westflandern,

sie besteht aus etwa 100 Deutschen im Alter von 22-23 Jahren. Es sind Jungarbeiter und Studenten, Katholiken und Protestanten, Pfadfinder, Mitglieder vom Kolpingwerk, vom CVJM (Christlichem Verein Junger Männer) und der Christlichen Arbeiterjugend. Es wird hart gearbeitet und nach Abschluß des Lagers sind 8 Soldatenfriedhöfe mit insgesamt 11.000 Grabstätten in einen zufriedenstellenden Zustand versetzt (37). Die knappen Zuschüsse aus dem Bundesjugendplan und vom Volksbund reichen nicht für die Durchführung des Lagers aus. Die anderen finanziellen Mittel werden durch Spenden und Eigenbeiträge der Teilnehmer aufgebracht. Daß die Teilnehmer sogar etwas bezahlen müssen für ihre Arbeit, wird einen tiefen Eindruck machen in Flandern und mithelfen, das anfängliche Mißtrauen zu beseitigen. Denn die Bevölkerung hatte sich die deutsche Jugendgruppe ganz anders vorgestellt. Neben der Arbeit suchen die Jugendlichen aber dauernd Kontakte in den kleinen Orten, wo sie untergebracht sind. Rieth hatte den Teilnehmern bei der Anreise eingeprägt, daß jeder in Flandern für seine Heimat gerade zu stehen habe. In dem langen Arbeitsbericht dieses Einsatzes werden viele Beispiele angegeben, wobei Haß beseitigt wurde und Freundschaft und Verständigung an ihre Stelle traten (38).

Die deutsche Presse ist sehr interessiert an diesem Experiment, und durch den Deutschen Nachrichtendienst wird es durch Kurzmeldungen in allen Zeitungen des Bundesgebietes verbreitet. Eine Anzahl von Regionalzeitungen bringt auch längere Berichte (39). Darin finden wir immer die gleichen Gedanken: in gemeinsamer Arbeit an den Gräbern der Gefallenen will die Jugend Brücken schlagen und den Weg bahnen helfen zu einer friedlichen Gesellschaft der Völker (40). Auch der NWDR und der SWF bringen ausführliche Berichte. Ein paar flämische katholische Blätter lassen sich auch lobend über die deutsche Jugendgruppe aus (41). Die "Vlaamse Linie" ist die einzige Zeitung - auch von den deutschen -, die bereits das spätere Motto der Jugendlager "Versöhnung über den Gräbern" fast wörtlich vermeldet, alle anderen Zeitungen deuten zwar den Gedanken an, geben ihn aber nicht unter dieser gerafften Form wieder (42). Pater Rieth kann sich also freuen über die Erfolge und die breite Öffentlichkeitswirkung seiner Initiative. Gleich nach Abschluß des Lagers meldet er dem Volksbund über Herrn Fischell, daß er im

nächsten Jahr die Sache im großen betreiben will (43).

Wenn wir diesem Einsatz in Westflandern soviel Aufmerksamkeit gewidmet haben, dann hat dies den Zweck gehabt, eindeutig zu beweisen, daß die Jugendlager aus der Initiative Einzelner hervorgegangen sind. Der Volksbund hat deutlich sehr zurückhaltend reagiert und sich nur wenig beim Vorhaben der Gruppe Rieth engagiert. Eine solche Vereinigung konnte sich einfach kein Wagnis leisten, denn schließlich wußte keiner vorher genau, wie es enden würde. Sehr aufmerksam aber hat man in Kassel den Verlauf des Einsatzes in Flandern beobachtet und nach dem Erfolg dieses Lagers ist der Durchbruch der Zustimmung von seiten des Volksbundes auch gegeben. Ein reger Briefwechsel über die vollbrachte Arbeit der Jugendgruppe entsteht zwischen Fischell und der Bundesgeschäftsstelle, diese leitet die Unterlagen auch an ihre Bauleitung weiter. Fischell befürwortet die Unterstützung des Volksbundes und gibt zu, daß keiner vorher mit so einem Erfolg gerechnet habe. Anfang September 1952 fährt Soltau nach Leuven, um mit Rieth über die Ausbreitung des Unternehmens im nächsten Jahr zu sprechen (44). Hier sehen wir deutlich, daß die zuständigen Leute des Volksbundes nun sehr interessiert sind an der weiteren Durchführung von ähnlichen Jugendlagern, doch erst, nachdem der Versuch von Rieth gelungen ist. Deswegen können wir den Einsatz in Westflandern im Sommer 1952 als einen Großversuch des Volksbundes mit der Durchführung von Jugendlagern bezeichnen (45).

Rieth verlangt so schnell wie möglich einen Arbeitsauftrag fürs nächste Jahr, damit er ein Programm aufstellen und die ausländischen Gruppen benachrichtigen kann. In der Bundesgeschäftsstelle in Kassel steht die Abteilung Presse und Werbung, in welcher auch der Jugendreferent Soltau arbeitet, vollkommen hinter Rieth. Auch Margraf und der Präsident Ahlhorn unterstützen seine Intentionen (46). Doch solange die Bauabteilung des Volksbundes keine Arbeitsaufgabe für die Jugendgruppe zur Verfügung stellt, ist die Planung eines Lagers unmöglich. Dabei scheint es vor allem der Chefarchitekt des Volksbundes, Robert Tischler zu sein, der nicht besonders einverstanden ist mit der Idee von Jugendlagern. Da er relativ unabhängig ist in

seiner Arbeit, könnte sein negatives Verhalten das Ende der Jugendlager bedeuten. Auch auf die dringende Bitte vom stellvertretenden Bundesgeschäftsführer von Lutzu, eine Arbeitsmöglichkeit für die Jugendgruppe zu vermitteln, kommt keine klare Reaktion von seiner Seite (47). Soltau muß schließlich im Dezember 1952 Rieth bitten, sich persönlich an Tischler zu wenden, um einen Arbeitsauftrag zu bekommen (48). Inzwischen ist auch Rieth nicht untätig geblieben und über Dr. Pfeiffer, Botschafter der Bundesrepublik in Belgien, kommt es Ende 1952 zu einem Gespräch mit dem Innenminister Dr. Schröder, der ein persönlicher Bekannter des Botschafters ist. Dr. Schröder verspricht Rieth im Auswärtigen Amt über die Absicherung von seinem Jugendarbeitseinsatz zu beraten (49). Das Auswärtige Amt meldet am 18. Dezember 1952 dem Volksbund, daß es die Idee von Pater Rieth für sehr wertvoll halte und alles tun werde, um ihn zu unterstützen (50). Bei mehreren Besprechungen im Auswärtigen Amt wird über eine Arbeitsmöglichkeit für die Jugendgruppe beraten. Da die Arbeiten auf den Friedhöfen des Zweiten Weltkrieges in Belgien nun langsam beginnen, findet man die Aufschüttung eines Walles um den Friedhof in Lommel für diesen Einsatz der Jugendlichen geeignet. Darüber wird auch Tischler informiert, mit dem Hinweis darauf, daß, wenn er für diese Umwallung keine Pläne ausarbeiten könne, er unbedingt etwas anderes vorschlagen müsse, denn der Volksbund sei fest entschlossen, der Gruppe von Rieth eine Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen. Schließlich erwarte auch das Auswärtige Amt vom Volksbund eine tatkräftige Unterstützung. Obwohl dieser Brief vom 2. Februar 1953 unmißverständlich eine direkte Stellungnahme fordert, erklärt sich Tischler erst am 31. März 1953 mit dem Einsatz in Lommel einverstanden.

Nur durch den Druck vom Auswärtigen Amt kann der Volksbund sich gegenüber seinem eigenen Architekten durchsetzen und Rieth eine Arbeitsmöglichkeit einräumen. Für diese Haltung des Herrn Tischler gibt es ein paar mögliche Erklärungen. Pater Rieth empfindet ihn als persönlich verbittert. Weiter muß Rieth dauernd den Einwand hören, daß der Volksbund für die Soldatenfriedhöfe zuständig sei, was auf einen Kompetenzkonflikt zu schließen scheint. Und schließlich hat Rieth manchmal den Eindruck, daß

Tischler noch von älteren Vorstellungen über den Sinn von Soldatenfriedhöfen ausgeht und daß in dieser Konzeption kein Platz ist für die Gedanken von Rieth (51). Dies hat bestimmt eine Rolle gespielt, denn Tischler, Jahrgang 1885, ist 1953 bereits 68 Jahre alt und läßt sich selbstverständlich auf seinem Gebiet nicht gerne belehren von einem viel jüngeren Geistlichen. In der Huldigung nach seinem Tode am 12. August 1959 ist auch die Rede davon, daß er nach altmeisterlicher Vollkommenheit in der Ausführung bestrebt war (52). Eine Jugendgruppe nun wird bestimmt nichts so perfekt zustande bringen wie es Fachmänner machen könnten. Weiter ist das Arbeiten mit Firmen einfacher und sicherer, denn eventuell auftretende Mängel müssen kostenlos beseitigt werden. Dies ist bei Jugendgruppen natürlich nicht möglich. Auch arbeiten Jugendliche nicht gerade materialsparend, so daß ein Architekt, der darauf bedacht ist, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten, sich nicht sehr freut über einen Einsatz von Jugendlichen (53). Herr Otto Stiebeling, von 1950 bis 1970 Leiter der Bauabteilung, weist noch darauf hin, daß die Bauabteilung vom Anfang an den Nutzen der Mitarbeit von Jugendlichen erkannt hat, nämlich die Werbung von Nachwuchs für den Volksbund. Daß die Jugendlichen trotzdem nicht gleich einen Arbeitsauftrag bekommen konnten, hängt damit zusammen, daß es schwer ist, die Jugendlichen in die fachlich anspruchsvollen Arbeiten an Friedhöfen einzugliedern, vor allem, da die Jugendgruppen nur im Sommer zur Verfügung stehen und die Arbeiten das ganze Jahr durch weitergehen. So ein Einsatz könnte dadurch die ganze Arbeitsplanung durcheinander bringen (54).

Während des Hin und Her um die Arbeitsaufgabe hat Rieth bereits die Zuschüsse für das Jugendlager beantragt. Durch die Bemühungen von Soltau wird Rieth das gleiche Geld aus dem Bundesjugendplan bekommen wie andere ins Ausland fahrende Gruppen. Der Volksbund gewährt einen Betrag von DM 4,-- pro Teilnehmer und pro Arbeitstag. Durch die Hilfe des Volksbundes bei der Vorbereitung des Lagers und durch die Zuschüsse seinerseits, können wir den Einsatz im Sommer 1953 bezeichnen, als das erste in Zusammenarbeit mit dem Volksbund durchgeführte Lager. Auch beim Volksbund wird es so angesehen (55).

Aus verschiedenen Gründen fallen die ausländischen Gruppen wieder aus, vor allem, weil der Verbindungsmann wegen seiner Doktorarbeit ausscheidet. Nur Flamen werden neben den Deutschen noch teilnehmen an dem Lager in Lommel (56). Die Deutschen kommen wieder hauptsächlich vom Kolpingwerk und vom CVJM. Ende April 1953 wird das Programm veröffentlicht: vorgesehen sind 4 Lager im Juli und August mit je 50 Teilnehmern, 40 Deutschen und 10 Flamen. Jede Gruppe bleibt 14 Tage in Flandern, wovon 5 Tage Arbeit in Lommel, 5 Tage Rundreise und 4 Tage Erholung sind. Wegen des Ausbleibens der Ausländer wird das Vorhaben wieder Flandernfahrt genannt. Rieth gibt im Programm jedoch seinen festen Willen bekannt, im nächsten Jahr ein richtiges internationales Jugendlager zu organisieren (57). Das ganze Unternehmen scheint sonst gesichert zu sein und Rieth trifft die letzten Vorkehrungen. Ende Juni 1953 wird er aber zu seinem vorgesetzten Pater Provinzial Junk nach Köln gerufen, der es ihm verbietet, das Lager zu leiten. Die ganze Angelegenheit scheint Junk zu wenig kirchlich und zu wenig materiell und institutionell abgesichert (58). Rieth sieht sich verpflichtet, die Lagerleitung einem befreundeten flämischen Geistlichen zu übertragen. Zurück in Leuven informiert er gleich den Volksbund und bittet um Fürsprache bei seinem Provinzial (59). Der Beauftragte des Volksbundes am Sitz der Bundesregierung, von Béguelin, hat gleich darauf eine Unterredung mit dem Vertreter des Provinzials. von Béguelin betont, daß der Volksbund etwa DM 12.000 für das Lager bereitgestellt habe in der Annahme, daß Rieth die Gruppe leiten würde und somit kein Risiko für den Volksbund bestünde. Dieses Argument wird zwar anerkannt, aber Rieth muß in Leuven zu einem festgelegten Termin sein philosophisches Lizentiat ablegen. Deswegen darf sein Studium keinesfalls durch irgendetwas gestört werden (60). Nur nach massivem Druck vom Volksbund auf den Provinzial wird es dann doch gelingen, die Genehmigung zur Teilnahme von Rieth zu bekommen. Die deutsch-flämische Gruppe arbeitet unter seiner Leitung einen Monat an dem Wall um den Friedhof in Lommel.

In Volksbundkreisen herrschen über dieses Lager 1953 in Lommel weitgehend falsche Vorstellungen. So wird es dargestellt als

Ausgangspunkt der Jugendlager, wir hoffen deutlich angegeben zu haben, wie dieses Lager sich aus früheren ähnlichen Einsätzen entwickelt hat, woran der Volksbund nicht oder kaum beteiligt war. In Wirklichkeit ist Lommel 1953 das erste Lager, woran der Volksbund vom Anfang an mitgewirkt hat. Auch die Entstehung des Leitsatzes der Jugendlager "Versöhnung über den Gräbern" wird in den Volksbund-Veröffentlichungen nicht vollkommen richtig wiedergegeben. Da heißt es, daß die Lagerteilnehmer in Lommel 1953 selbst das Motto geprägt hätten (61). Wir wiesen vorhin schon darauf hin, wie der Gedanke bereits 1952 bestand, jedoch nicht so kurz formuliert wurde. 1953 steht das Jugendlager im Zeichen der gegenseitigen Verständigung sowohl zwischen den deutschen und flämischen Teilnehmern, wie zwischen den Teilnehmern und der Bevölkerung (62). Doch erneut kommt es nicht zu der Formulierung eines Schlagwortes, erst nach dem Lager als Rieth und seine Kollegen in Leuven überlegen, unter welcher Überschrift sie den Lagerbericht publizieren können (63). Aus dem christlichen Glauben der Beteiligten heraus versteht sich der Leitsatz "Versöhnung über den Gräbern" während des Koreakrieges und der Diskussion um eine deutsche Wiederbewaffnung, als ein religiöses Bekenntnis. In der Volksbundzeitschrift erscheint das Motto dann zum ersten Mal im November 1953, als Überschrift des Lagerberichtes (64).

Bereits vor Anfang des Einsatzes im Sommer 1953 hat Rieth die Vorbereitungen für das internationale Jugendlager 1954 begonnen. Da sich inzwischen herausgestellt hat, daß es schwer sein wird, die Vorgesetzten in seinem Orden dazu zu überreden, Rieth nochmal mitmachen zu lassen, kommt es im Dezember 1953 zu einer Besprechung zwischen Rieth, von Béguelin und 2 CDU-Abgeordneten, die eine führende Rolle in der Jugendarbeit spielen (65). Die Abgeordneten versprechen den Provinzial zu bitten, Pater Rieth für das Jahr 1954 noch einmal für die geistliche Führung des Lagers zur Verfügung zu stellen. Rieth müßte dann aber 1955 für einen geeigneten Nachfolger sorgen. Daß die Leitung des Lagers wieder in Händen von Geistlichen liegen wird, daß wieder konfessionelle Gruppen teilnehmen werden und daß schließlich die Durchführung des Lagers beinahe nicht mehr vom Volksbund abhängig ist, sondern im großen Maße von der Bil-

ligung des Vorgesetzten von Rieth, das alles wird im Volksbund bereits mit einem mißtrauischen Auge beobachtet. Am Rand des Aktenvermerkes von dieser Besprechung schreibt von Lutzuau: "Ich muß meinen Hinweis wiederholen: mir scheint die Gefahr gegeben, daß die Dinge uns entgleiten und von anderer Seite usurpiert werden!" Trotzdem laufen die Vorbereitungen normal weiter, denn beim Volksbund sieht man ein, daß auch er bei solchen Lagern gewinnen kann. Bei einer folgenden Zusammenkunft mit den beiden Abgeordneten gibt der Volksbund seine Absicht bekannt, "die Gelegenheit des Jugendeinsatzes in Lommel für eine weitgehende Unterrichtung der Jugendgruppen über die Größe der Aufgabe des Volksbundes zu nutzen und dabei vor allem einen direkten Beitrag zur Jugenderziehung zu leisten, der in der Behandlung der geistigen Grundlagen des Volksbundes beschlossen liegt" (66). Spätestens hier ist es überdeutlich, daß der Volksbund fest entschlossen ist, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzumachen. Die Jugendlager dienen also nicht nur der internationalen Versöhnung und Verständigung, sondern sind auch eine Möglichkeit, um die deutsche Jugend anzusprechen und damit ein Teil der Jugendarbeit des Volksbundes. Der Volksbund will jetzt der ganzen Aktion von Anfang an seinen Stempel aufdrücken. Am Vorabend der obenerwähnten Besprechung mit den beiden Abgeordneten findet bereits ein Treffen statt mit den Vertretern der Lagerträger (Kolpingwerk, CVJM und Bund Neudeutscher Hochschulring), mit Vertretern des Innen- und Außenministeriums und mit Pater Rieth. Dabei wird die Frage der Zuschüsse geklärt: der Bundesjugendplan und der Volksbund stellen Geld zur Verfügung, doch nach wie vor müssen auch die Teilnehmer einen Eigenbeitrag leisten. Weiter wird festgelegt, daß die Lagerträger die Verantwortung für die Durchführung, Arbeitseinsatz und geistliche Führung des Lagers tragen. Der Volksbund stellt seinerseits für dieses Lager lediglich das Arbeitsobjekt und die Arbeitsgeräte zur Verfügung und wirkt bei der geistigen Betreuung im Sinne des Volksbundsgedankens mit. Rieth, dessen Urlaub für die ganze Dauer der Aktion in Lommel genehmigt wurde, verlangt deswegen die ständige Anwesenheit eines Volksbundvertreters im Lager (67). Bei dieser Besprechung werden die Werbeformulare für das Lager in Lommel vorgestellt. Sie sind in 4 Sprachen verfaßt

worden: Deutsch, Niederländisch, Französisch und Englisch, und werden im Ausland durch die Schwesterorganisationen des Kolpingwerkes und der CVJM verteilt. In dem Briefkopf wird das Motto des Lagers abgedruckt: "Versöhnung über den Gräbern. Wir wollen: ein einiges christliches Europa" (68). Hieraus ersehen wir nochmal den stark religiösen Einfluß. In den Sommermonaten wird wieder in 4 Durchgängen, nach dem bewährten Muster vom vorigen Jahr, gearbeitet. Insgesamt treffen sich 1954 mehr als 400 Jugendliche aus 15 Nationen in Lommel (69).

1955 fällt Rieth auf Anordnung seines Vorgesetzten definitiv aus (70). Wieder wird in Verbindung mit dem Volksbund ein internationales Jugendlager organisiert in Lommel, die vornehmlichsten Lagerträger sind erneut das Kolpingwerk und die CVJM (71). Lagerleiter wird Julius Glock vom Kolpingwerk, der seit 1952 an den Flandernfahrten teilgenommen hat (72). 1956 wird von denselben Trägern ein internationales Jugendlager auf dem anderen Friedhof des Zweiten Weltkrieges in Belgien, Recogne-Bastogne, durchgeführt (73). Das Lager des Kolpingwerkes und der CVJM findet 1957 in La Cambe, Frankreich, statt (74). Erst ab 1958 werden auch andere Jugendgruppen als Lagerträger auftreten. Damit ist dann endgültig der Durchstoß für die Jugendlager des Volksbundes gegeben. Von 1953 bis 1975 finden insgesamt 1550 Jugendlager mit 92.612 Teilnehmern statt (75). Da die meisten davon in Frankreich stattfinden (1095 mit 69.979 Teilnehmern), werden wir darauf im nächsten Teil zurückkommen.

3. Weiterer Ausbau

Nachdem Soltau Anfang 1952 als Jugendreferent in die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes in Kassel übersiedelt ist, nimmt er Kontakt auf mit den Spitzen der Jugendverbände. Im Mai 1952 organisiert er die erste Informationsfahrt mit den Vorsitzenden der dem Bundesjugendring angeschlossenen Jugendorganisationen und Landesjugendringe nach Frankreich, Belgien und Holland (76). Die 2. Fahrt folgt bereits im August des gleichen Jahres (77). Neben der Besichtigung der Kulturgüter der Nachbarvölker sollen deutsche und ausländische Friedhöfe des Ersten und Zweiten Welt-

krieges besucht werden, um so das Verständnis zwischen den Völkern fördern zu helfen. Der tiefere Hintergrund dieser Fahrten ist aber das Bestreben, die Jugendverbände zu einer Zusammenarbeit mit dem Volksbund zu bewegen, und im Endeffekt die Jugend für den Volksbund zu gewinnen. Aus diesen Überlegungen heraus entsteht im Februar 1953 der Arbeitskreis "Jugend und Volksbund", wobei die meisten dem Bundesjugendring angeschlossenen Jugendverbände vertreten sind (78). Wesentliche Punkte der Tagesordnung sind die geistigen Grundlagen der Arbeit des Volksbundes, sowie die Möglichkeit der ideellen und praktischen Zusammenarbeit (79). Um dieses Fundament für die Zusammenarbeit mit der Jugend zu festigen, wird beschlossen, sich in jedem Halbjahr einmal zu treffen. Um eine noch breitere Wirkung bei der Jugend zu erzielen, wird im Frühjahr 1953 auch eine Informationsfahrt für Vertreter von Jugendzeitschriften und vom Jugendfunk durchgeführt, unter dem Motto "Mit der Jugend an den Stätten des Krieges" (80). Immer deutlicher will der Volksbund darauf hinweisen, daß auch die deutsche Jugend mithelfen muß bei seiner Aufgabe, denn diese Jugend wird später sein Werk weitertragen müssen. Weitertragen in der Überzeugung, daß die unübersehbaren Gräberreihen aus zwei Weltkriegen zur Besinnung rufen, zur Achtung von den Toten und zur Erneuerung, Versöhnung und Frieden mahnen (81). Seit dem Vertretertag 1953 in Berlin wird nun die Jugendarbeit ein wichtiger Punkt der Tagesordnung bei jedem Vertretertag sein (82).

Seitdem der Volksbund 1952 die Jugend um Unterstützung bat, haben immer mehr deutsche Jugendgruppen bei ihren Auslandsfahrten die unterwegs vorgefundenen deutschen Soldatenfriedhöfe gepflegt, Fotoaufnahmen gemacht, Namenslisten aufgestellt usw. Dabei leisteten sie dem Volksbund z. B. wesentliche Hilfe bei der Aufstellung seiner Zentralgräberkartei. Durch die guten Verbindungen zum Bundesjugendring nach der Gründung des Arbeitskreises "Jugend und Volksbund" werden die Anfragen von Jugendgruppen beim Volksbund immer zahlreicher. Diese Einsätze beschränken sich aber auf eine kurze Maßnahme an einem Soldatenfriedhof im Rahmen einer ganzen Reise, deswegen können sie nicht mit einem Jugendlager zur Pflege eines Soldatenfriedhofes

verglichen werden. Die vom Kolpingwerk und der CVJM durchgeführten Lager in Lommel, Recogne-Bastogne und La Cambe finden zwar ein großes Echo, aber keine andere Jugendorganisation traut sich vor 1958 zu, die Verantwortung für solch ein Lager zu übernehmen. Der Arbeitskreis "Jugend und Volksbund" kommt zwar noch regelmäßig zusammen, doch sobald, daß die direkten Beziehungen zu den Jugendorganisationen bestehen, können von diesem Arbeitskreis keine neuen Impulse mehr ausgehen (83). Nach einer Kriegsgräberfahrt im November 1958 finden dann auch keine Tagungen mehr statt (84). Beim Vertretertag 1957 in Speyer wird eine Ausstellung "Jugendarbeit in der Kriegsgräberfürsorge" eröffnet, wobei die internationalen Lager in Lommel und Recogne-Bastogne im Mittelpunkt stehen. Über Lommel hat der Volksbund einen Werbefilm für die Jugend gedreht; unter dem Titel "... die guten Willens sind" wird er beim Vertretertag uraufgeführt (85). Weiter beschließt der Vertretertag, nach Möglichkeit ab 1958 in allen größeren Landesverbänden die Stelle eines hauptamtlichen Jugendreferenten zu schaffen (86). Dies war schon einmal auf dem Vertretertag 1951 in Kassel beschlossen worden. Trotz aller Bemühungen hat 1957 kaum ein Landesverband einen Jugendreferenten, Anfang 1962 sind es insgesamt vier (87). Dies deutet darauf hin, daß die Jugendarbeit noch nicht sehr weit durchgedrungen ist bei den Landesverbänden, und diese entscheiden letzten Endes über die Einstellung eines Jugendreferenten. Die Bundesgeschäftsstelle ist daran interessiert, auch in den Landesverbänden einen Jugendreferenten zu sehen, da so der Jugendreferent in der Bundesgeschäftsstelle entlastet wird.

Ab 1958 erkennen wir eine bemerkenswerte Steigerung der Teilnahme der Jugend. 1958 werden drei Lager organisiert, 1959 4, 1960 9 und 1961 bereits 12. Daneben laufen die gelegentlichen Einsätze von Jugendgruppen weiter: 1958 78 Jugendgruppen, 1959 141, 1960 127, 1961 100 (88). Dieser Zuwachs der Jugendlager und damit verbunden das Abnehmen der Einsätze ist leicht zu erklären. Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre hat sich das politische Klima in Europa derart geändert, daß ein Jugendlager im Ausland zur Pflege von Kriegsgräbern gar kein Abenteuer mehr ist. Im europäischen Bereich ist es jetzt sehr leicht, über

die Grenzen hinweg zu arbeiten, ja es ist fast Mode geworden (89). Seit 1958 wird auch vom Bundesfamilienministerium für die Jugendlager ein feststehender Betrag aus dem Bundesjugendplan gewährt. Bis 1959 werden seitens des Volksbundes lediglich den Lagern aus den Bausummen für die jeweils zu bearbeitenden Friedhöfe anteilige Beträge zur Verfügung gestellt. Ab 1960 stellt der Volksbund noch darüber hinausgehende Mittel zur Verfügung (90). Inzwischen organisiert der Volksbund eigene Jugendlager, damit er die Jugendlichen ansprechen kann, die nicht in irgendeinem Jugendverband zusammengeschlossen sind, und sonst nicht die Möglichkeit hätten, an solch einem Lager teilzunehmen. Die Lager von Jugendverbänden getragen, bleiben noch immer in der Mehrzahl. Das Jugendreferat, bestehend aus einem Jugendreferenten und einer Schreibkraft, ist im Hinblick auf diese Entwicklung arbeitsmäßig überfordert und im Herbst 1960 kommen ein Sachbearbeiter und eine Schreibkraft hinzu (91). Wegen der günstigen Entwicklung der Jugendarbeit werden beim Volksbund aber bald Stimmen laut, um dieses Jugendreferat zu erweitern. Zur Präsidiumssitzung im Juli 1961 stellt der Landesverband Bremen den Antrag, in der Bundesgeschäftsstelle eine selbständige Abteilung "Jugendarbeit" zu schaffen. Außerdem wird die Bildung eines Jugendausschusses befürwortet, der diese Jugendabteilung unterstützen soll (92). Diese Anträge werden vom Präsidium und später vom Vorstand genehmigt. Am 25. Mai 1962 kommt der Jugendausschuß zum 1. Mal zusammen, 1963 wird die selbständige Jugendabteilung errichtet (93). Soltau wird Abteilungsleiter, er bekommt noch einen journalistisch ausgebildeten Mitarbeiter dazu. So kann ab Dezember 1963 eine volksbundeigene Jugendzeitschrift "stimme und weg" herausgegeben werden, die vierteljährlich erscheint. Mit dieser Zeitschrift wird bei der Jugend für die Volksbundarbeit geworben, in einem Stil, der mehr jugendgemäß ist als dieser, der bereits bestehenden Zeitschrift "Kriegsgräberfürsorge".

Da die Landesverbände des Volksbundes einsehen, wie wichtig der Kontakt zu der Jugend ist, haben inzwischen fast alle einen Jugendreferenten eingestellt. Eine allgemeine Ausbildung dafür gibt es nicht, deswegen nimmt man Leute, die aus der praktischen Jugendarbeit kommen. Meistens übernimmt der Jugendreferent

nach dem Ausscheiden des Geschäftsführers dessen Platz. Es ist der Jugendreferent, der die volksbundeigenen Jugendlager vorbereitet und durchführt. Nach Abschluß des Lagers ist er auch verantwortlich für die weitere Verbindung mit den Lagerteilnehmern. Vor allem in den Stadtstaaten ist der dauernde Kontakt zu einzelnen Jugendlichen leichter als anderswo. Nach einiger Zeit bildet sich in einigen Landesverbänden eine Gruppe von Jugendlichen, die Interesse an einer weiteren Mitarbeit im Volksbund haben. Diese Gruppen sind die sogenannten Jugendarbeitskreise, die jetzt erst in den wenigsten Landesverbänden bestehen. Diese aktive Mitarbeit der Jugendlichen bietet die Garantie des Weiterbestehens des Volksbundes, genügt aber nicht, da die Jugend dementsprechend im Volksbund mitbestimmen will. Sonst wäre sie nur das Aushängeschild für den Volksbund. Die Mitglieder der Jugendarbeitskreise wollen aber ihre Vertreter in den Vertretertag entsenden, wo sie ihre Interessen besser wahrnehmen können. Bei seinen Empfehlungen zur Organisation der Jugendarbeitskreise weist der Jugendausschuß im Oktober 1974 auf die Notwendigkeit hin, einen Jugendlichen aus dem Jugendarbeitskreis jedes Landesverbandes zum Bundesvertretertag zu schicken. Dem wird vom Präsidium zugestimmt (94). In einigen Landesverbänden wird dies bereits durchgeführt, in anderen besteht noch überhaupt kein Jugendarbeitskreis. Im März 1975 schickt der Vorsitzende des Jugendausschusses allen Landesverbänden die Entwürfe einer Organisations- und Geschäftsordnung der Jugendarbeitskreise zur Stellungnahme zu (95). Diese sind so schwerfällig, daß die bereits bestehenden Jugendarbeitskreise nicht gewillt sind, diese komplizierten Vorschriften zu übernehmen, da sie bis jetzt ohne ausgekommen sind. Außerdem sind diese Vorschläge vom Jugendausschuß kein besonderer Anreiz für Jugendliche, um einen neuen Jugendarbeitskreis zu gründen.

4. Ideologischer Hintergrund

Was ist nun der tiefere Grund, der Jugendliche dazu bewegt, im Volksbund mitzuarbeiten? Sicherlich nicht nur der Wille, um die Kriegsgräber in einen würdigen Zustand zu versetzen und so nur für die Toten zu arbeiten. Dies hat bestimmt seine Rolle gespielt in der "Pionierzeit", doch spätestens Anfang der 60er Jahre merken wir aus den spontanen Meldungen von Jugendlichen beim Volksbund, daß dieses Motiv nicht mehr ausschlaggebend ist. Manche werden durch den Reiz des Neuen und des Kennenlernens anderer Länder an einem Jugendlager des Volksbundes teilnehmen. Andere sind auch interessiert an dem Motto "Versöhnung über den Gräbern" und versuchen herauszufinden, was mit dieser Arbeit für den Frieden gemeint ist (96). Gerade diese letzte Gruppe will der Volksbund auch nach dem Lager weiter für sich gewinnen. Doch auch die anderen versucht der Volksbund weitgehend über seine Aufgaben und sein Gedankengut zu informieren. Vereinfacht lautet dieser Gedanke für die Jugend, daß der Volksbund sie mahnt, nicht zu vergessen, was in den letzten Weltkriegen geschehen ist, denn obwohl die junge Generation keine Schuld daran hat, muß sie sich über dessen Gründe besinnen, um so neue Schuld zu verhindern (97). Gerade die Jugendlager bieten dazu eine gute Möglichkeit, denn durch die Arbeit auf den Friedhöfen werden die jungen Leute direkt mit den unübersehbaren Reihen der Kriegsgräber konfrontiert. Viele dieser Gefallenen waren gleichaltrig. Im Ausland kommen noch die Kontakte zu der Bevölkerung dazu, die nicht automatisch den Deutschen positiv gegenüber steht. So kann eine Mahnung von diesen Kreuzen an die nachfolgenden Generationen ausgehen, sich gemeinsam mit den anderen Völkern um eine friedliche, bessere Zukunft zu bemühen (98). Der Volksbund sieht die ihm anvertrauten Soldatenfriedhöfe als einen guten Ausgangspunkt, um zu fruchtbaren Überlegungen und Diskussionen über internationale Verständigung zu kommen. Sie sind - so wie es in allen Volksbundveröffentlichungen nach dem 2. Weltkrieg steht - eine Mahnung zum Frieden. Dieses Ideal des Friedens soll man nun nicht verwerfen, nur weil es so schwer und langwierig ist, es zu erreichen. Auch andere Organisationen, die sich mit Jugend-

arbeit befassen, haben sich die gleiche Aufgabe gestellt. Alle fühlen sich 1965 in ihren Bemühungen durch die Erklärung der Vereinten Nationen gestärkt, "über die Aufgabe unter der Jugend die Ideale des Friedens, der gegenseitigen Achtung und der Verständigung zwischen den Völkern zu fördern" (99).

Da immer mehr junge Leute den Kontakt mit dem Volksbund aufrecht erhalten wollen, auch außerhalb der Lager, bemüht sich der Volksbund für diese Jugendlichen Schulungsseminare durchzuführen. Dabei wird nicht nur über den Volksbund und seine Aufgaben gesprochen, sondern auch über die allgemeinen Probleme der Friedensarbeit. Es ist deutlich, daß der Volksbund sich bei seiner Jugendarbeit nicht auf den Freizeitbereich beschränken will, sondern versucht, den jungen Menschen für sein Leben durch eine Erziehung zur internationalen Verständigung zu orientieren. Von dieser "Friedenserziehung" der jungen Generation kann man tatsächliche Verbesserungen der internationalen Beziehungen erwarten, indem diese junge Generation in naher Zukunft die Führung in Politik, Wirtschaft, Kultur usw. übernehmen und so die Verantwortung für nationale wie internationale Entscheidungen tragen wird (100). Ein gutes Beispiel dieser Schulungsseminare ist das seit 1968 jährlich stattfindende Seminar der Landesverbände Berlin und Saar in Mühlthal bei Wörgl in Tirol (101). Für die Jugendarbeit des Volksbundes bekommt der Präsident, Dekan a.D. Walter Trepte, am 23. August 1968 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen (102).

Als 1968 die Jugend in aller Welt in Unruhe ist und die herrschenden Werte und Leitbilder in Frage stellt, wird auch der Volksbund kritisiert. Die meisten Jugendlichen empfinden eine Kriegsgräberfürsorge so lange nach dem letzten Krieg als sinnlos.

Wer an einer Mitarbeit im Volksbund interessiert ist, stößt sich vor allem an gewissen Erscheinungsformen des Volksbundes, die als veraltet, erstarrt und unwahrhaftig empfunden werden. Vor allem in den kleineren Gliederungen des Volksbundes, wo fast nur Angehörige der Gefallenen Mitglieder sind, ist man stehen geblieben bei der reinen Kriegsgräberfürsorge, ohne sich um die Weiterentwicklung des Volksbund-Gedan-

kengutes zu kümmern. 1968, während der Vorbereitungen zum 50-jährigen Bestehen, macht der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, von Gudenberg, das Präsidium in einer Denkschrift "Die geistigen Grundlagen des Volksbundes" darauf aufmerksam (103). Dabei betont er, daß diese Grundlagen in allen Gliederungen gleichermaßen übereinstimmen müssen, damit der Volksbund ein einheitliches Erscheinungsbild zeigen kann und ein neuer, fester Boden für seine Werbung besteht. Deswegen wird das Präsidium gebeten, dieses Thema in allen Landes- und Bezirksverbänden zu behandeln und durch Intensivierung der Mitarbeiterschulung diesen Rückstand aufzuholen. von Gudenberg sieht deutlich ein, daß der Volksbund nicht auf die jüngeren Mitglieder verzichten darf, doch dadurch dürfen die älteren Mitglieder - die bis jetzt den Volksbund im wesentlichen getragen haben - nicht verunsichert oder abgestoßen werden. Hier sehen wir, wie schwer es ist, für beide Gruppen eine gleichermaßen verbindliche und überzeugende Aussage über die Volksbundarbeit zu machen. Diese Änderung um 1969 haben wir vorhin schon näher untersucht. Interessant dabei ist, daß es vor allem die Jugend gewesen ist, die diese Änderung notwendig gemacht hat.

Die Jugendlichen setzen sich auch kritisch auseinander mit ihrem Motto "Versöhnung über den Gräbern". Bereits 1966, in dem alljährlich stattfindenden Seminar zum Volkstrauertag für Lagerleiter und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus In- und Ausland in Hilden bei Düsseldorf lautet das Thema: "Ist Versöhnung über den Gräbern noch aktuell?" (104) Beim nächsten Seminar stellen die Teilnehmer fest, daß das Wort "Versöhnung" eher Sinn hat für die ältere Generation, die Jüngeren dagegen bevorzugen "Freundschaft" oder "Einander-verstehen-können" (105). Andererseits weist von Gudenberg darauf hin, daß "Versöhnung" total verstanden werden soll und auch eine Versöhnung über alle ideologischen und politischen Schranken hinweg bedeutet, sowohl innerhalb des eigenen Volkes als auch über die Grenzen. Außerdem ist es auch ein Brückenschlag zwischen den Generationen (106). Wenn man diese Verständigungsmöglichkeiten betrachtet, die sich durch die Arbeit auf dem Friedhof ergeben, kann man die Versöhnung noch nicht als be-

endet betrachten (107). Außenstehende bemerken zwar, daß die Teilnehmer der Jugendlager des Volksbundes heute lieber von "Freundschaft" über Gräbern sprechen, Freundschaft, die bei gemeinsamer Arbeit entdeckt und gepflegt wird (108). Doch eigentlich ist das ein grundsätzliches Mißverständnis, denn wenn deutsche Jugendliche ins Ausland fahren, können sie nicht gleich erwarten, daß sie mit ausgestreckten Armen als Freunde empfangen werden. Sie müssen sich schon damit abfinden, daß es eine noch unbewältigte Vergangenheit gibt, die bei der dortigen Bevölkerung noch Ressentiments hervorzurufen vermag. Die entgegengestreckte Hand der Jugendlichen muß auch angenommen werden, und das ist immer noch nicht selbstverständlich. Um alle Unklarheiten zu beseitigen, fügt man Anfang der 70er Jahre dem alten Motto "Versöhnung über den Gräbern" den Leitsatz "Arbeit für den Frieden" hinzu (109). Dies hängt auch zusammen mit der Zuspitzung der Schulungsseminare des Volksbundes auf Friedens- und Konfliktforschung. So z. B. in Hilden seit 1971, wo Beiträge gebracht werden von namhaften Friedensforschern (110). Die Jugendlager des Volksbundes sind unter ihrem Motto "Versöhnung über den Gräbern" auch im Ausland in breiten Kreisen bekannt und haben dort Anerkennung gefunden. Das beweist die Verleihung des Albert-Schweitzer-Preises der Johann-Wolfgang von Goethe-Stiftung in Basel, am 12. Oktober 1972 in London an die Jugendorganisation "Versöhnung über den Gräbern". Dieser Preis wird jedes Jahr jungen Europäern ausgehändigt, die für eine humanere Welt im Sinne von A. Schweitzer arbeiten (111).

Neben den Jugendlagern und den Schulungsseminaren für eher beschränkte Kreise, will der Volksbund seine Jugendarbeit auch in den Schulen betreiben. Der Volksbund ist davon überzeugt, daß die Idee der Friedensarbeit als wesentlicher Bestandteil seiner Tätigkeit geeignet ist, die Schule in ihren Bemühungen bei der Durchsetzung dieses Unterrichtsprinzips zu unterstützen. So wird die Jugendzeitschrift "stimme und weg" in den Schulen verteilt, der Volksbund organisiert Informationsreisen für Lehrer, um so ein Netz von Verbindungslehrern in den verschiedenen Schulen aufzubauen. In den höheren Klassen werden Vorträge und Diskussionsrunden über den Volksbund gehalten usw. In den 70er

Jahren wird der Versuch gestartet, eine Schulkassette auszuarbeiten, die anhand von Informationen über die letzten Kriege die Notwendigkeit eines Friedensdienstes beweisen soll. 1975 werden die Vorbereitungen dazu wegen des Fehlens von ausgebildeten Kräften, die ausschließlich für diese Arbeit zur Verfügung stehen, unterbrochen (112). Damit "stimme und weg" besser in den Schulen ankommt, sind pädagogisch aufgearbeitete Artikel notwendig, doch dafür fehlen wieder die qualifizierten Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes. Der Jugendausschuß hat sich eingehend mit diesem Problem befaßt und ist zu der Feststellung gekommen, daß die jetzige Jugendarbeit des Volksbundes nur dann erfolgreich verwirklicht werden kann, wenn bald ein pädagogisch und wissenschaftlich ausgebildeter und qualifizierter Mitarbeiter ausschließlich für diesen Aufgabenbereich in der Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung steht (113).

II. Teil

Die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Frankreich

Im zweiten Teil studieren wir den Werdegang der Volksbundarbeit in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Durch die große Zahl der zu betreuenden Kriegsgräber in diesem Land ist der Volksbund gezwungen, einen Modus vivendi mit der Französischen Republik zu finden.

Um diese Bestrebungen des Volksbundes und die Reaktionen der französischen Regierung besser verständlich zu machen, geben wir erst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1945 - 1975. Denn die Aktivität des Volksbundes auf französischem Territorium wird weitgehend von dem Stand dieser zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmt. Auch werden wir näher auf die sogenannte deutsch-französische "Erbfeindschaft" eingehen und andeuten, weshalb sie so hervorgehoben wurde.

Das 1. Kapitel ist der Friedhofsarbeit gewidmet. Schließlich war das der Anfang des Auftretens des Volksbundes in Frankreich nach 1945. Und bis zum heutigen Tag ist das noch immer die Hauptaufgabe geblieben. Anhand der beiden Kriegsgräberabkommen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik haben wir die Periode 1945 - 1975 eingeteilt, damit eine bessere Übersicht entsteht.

Die Jugendarbeit des Volksbundes in Frankreich, die im 2. Kapitel dargestellt wird, ist erst später entstanden, zu einer Zeit, wo die schlimmsten Gegensätze zwischen Deutschen und Franzosen bereits abgeschwächt waren. Da hier aber die junge Generation in beiden Ländern angesprochen wird und diese Jugendarbeit auch ihren Platz im deutsch-französischen Austausch hat, besteht hier eine große Chance für die deutsch-französische Verständigung. Gemeinsam mit anderen gleichgesinnten Organisationen müßte es möglich sein, zu verhindern, daß die Jugend sich wieder der alten Vorurteile bei der Be- oder Verurteilung des Nachbarlandes bedienen kann.

Vor allem die Resultate dieser Jugendarbeit sind Thema des 3. Kapitels. Dabei werden wir feststellen, daß auf diesem Gebiet noch allerhand zu leisten ist. Die Ansätze sind aber da und deswegen müssen wir die Lage nicht unbedingt pessimistisch einschätzen. Nur wäre es wünschenswert, daß man die gebotenen Möglichkeiten sinnvoller und adäquater gebraucht, um die Bevölkerung beider Länder näher zueinander zu bringen.

Als Thesen für diese 3 Kapitel setzen wir voraus:

1. Der Volksbund drängt bei der Bundesregierung und bei der französischen Regierung darauf, ein Kriegsgräberabkommen abzuschließen, damit dadurch neue Vorurteile verhindert werden. Noch vor Abschluß dieses Abkommens wird der Volksbund durch seine Friedhofsarbeit Kontakte zu der französischen Bevölkerung anknüpfen.
2. Der Volksbund organisiert bereits Jugendlager in Frankreich, bevor das DFJW gegründet ist. Das Motto der "Versöhnung über den Gräbern" wird für die jugendlichen Teilnehmer immer mehr an Sinn verlieren.
3. Durch die Friedhofsarbeit und die Jugendlager des Volksbundes sind viele dauerhafte Kontakte zwischen Frankreich und der Bundesrepublik entstanden, vor allem auf privater Ebene. Die meisten lassen sich aber nicht nachweisen, da sie oft nicht beim Volksbund registriert wurden.

Einführung: Die allgemeine Entwicklung der deutsch-
=====
französischen Beziehungen - 1945-1975
=====

Nachdem die deutschen Truppen im September 1944 Frankreich verlassen haben, wird dort gleich mit den Kollaborateuren abgerechnet. Dieses erfordert einen Blutzoll, der weit größer ist als die Menschenverluste, die Frankreich bis dahin im Zweiten Weltkrieg erlitten hatte (1). Die Zahl der mit oder ohne Verfahren summarisch zu Tode beförderten Menschen hat niemals auch nur annähernd festgestellt werden können. Warum aber diese bestialische Reaktion nach der Befreiung? Gewiß muß man eine echte menschliche Bitterkeit nach mehr als 4 Jahren deutscher Besatzung anerkennen, andererseits werden viele persön-

liche oder politische Rechnungen unter dem Vorwand der Vaterlandsliebe beglichen. Doch Tatsache ist auch, daß Frankreich diese Vergeltungsmaßnahmen braucht, um die Befreiungslegende von 1944 zu stärken. 1940 erlitt Frankreich ein Trauma, indem es innerlich zerrissen und ohne Hoffnung in den Krieg ging, und die Kapitulation dann der einzige vernünftige Ausweg war. Nur de Gaulle hat die Niederlage nie anerkannt, und schließlich besorgt er Frankreich einen Platz unter den Siegermächten. Das Trauma aber bleibt bestehen, und erneut wird Frankreich gezwungen, eine Haltung einzunehmen, an die es innerlich nicht glaubt und die über seine Kräfte und Mittel geht (2). Darum wird die Fiktion eines französischen Sieges künstlich ins Leben gerufen: die Widerstandsgruppierungen haben zusammen mit den Truppen von General de Gaulle Frankreich von der deutschen Greuel befreit (3). Die Effektivität des Maquis während der deutschen Besatzung ist aber sehr fragwürdig. Dieses wird sehr deutlich bei der Untersuchung aus 1974 von General de la Barre de Nanteuil, vom Historischen Dienst des Generalstabes der Landstreitkräfte im französischen Verteidigungsministerium, über den bewaffneten Widerstand in 13 Departements (4. Militärregion) zwischen 1940 und 1944 (4). Anhand der deutschen Kriegsgräberkarten wird festgestellt, wer wo wann und aus welcher Ursache gefallen ist. Diese Angaben vergleicht de la Barre dann mit diesen der Widerstandsgruppen. Dabei stellt sich heraus, daß die vom Maquis angegebenen Zahlen weit übertrieben sind und daß der Widerstand in Frankreich höchstens 2 % der deutschen Verluste verursacht hat. Weiter ist allgemein bekannt, auf welche Schwierigkeiten de Gaulle bei den Anglo-Amerikanern mit der Bitte gestoßen ist, seine Streitkräfte an der Befreiung Frankreichs teilhaben zu lassen. Dies wird ihm schließlich genehmigt, doch sehr groß ist ihr Anteil nicht und ihre Rolle bleibt fast bedeutungslos. Durch eine geschickte Propaganda sieht es aber fast so aus, als ob die französische Armee das Vaterland befreit hätte. Um noch mehr die Selbstachtung der Franzosen zu stärken, muß auch die Wunde der Besatzung noch eine Weile offen bleiben. Nur so läßt sich die Hexenjagd nach sogenannten Kollaborateuren entfesseln. Vor allem die Widerstandsgruppen sind dabei sehr aktiv und führen nun die Taten aus, die sie so gerne während der deutschen

Besatzung ausgeführt hätten. Jetzt geht es aber gegen wehrlose eigene Landsleute. Doch durch diese justizförmigen Vergeltungen hat Frankreich den Eindruck, sich für das Unrecht, das ihm geschehen ist, zu rächen. Nur so kann der Franzose fest daran glauben, daß sein Land als eine wehrbare Einheit den Krieg gewonnen hat. Mit dieser Überzeugung läßt sich aber letzten Endes die Großmachtpolitik Frankreichs aufrechterhalten, die konsequent von der provisorischen Regierung unter de Gaulle betrieben wird. Diese Politik wird von der 4. Republik, nach ihrer Gründung im Oktober 1946, übernommen (5).

Als Anerkennung seiner Stellung als Großmacht erhält Frankreich seine eigene Besatzungszone in Deutschland. Dabei stellt sich deutlich die unnachgiebige Haltung gegenüber Deutschland heraus. Wo die Engländer und Amerikaner in ihren Zonen bald in dem Aufbau von deutschen Verwaltungen und zoneneinheitlichen Einrichtungen übergehen, kommt zunächst nichts davon bei den Franzosen zustande (6). Sie sehen diesen Aufbau als Vorstufe zu einem neuen deutschen Einheitsstaat. Nach 3 deutschen Invasionen innerhalb von 70 Jahren ist die Hauptsorge der Franzosen dies für immer unmöglich zu machen. Darum fordern sie Autonomie für die Gebiete links des Rheins und ein internationales Regime für das Saargebiet (7). Das Saargebiet wird 1946 von der übrigen französischen Besatzungszone abgetrennt und mit der neuen Verfassung vom Dezember 1947 erklärt es sich politisch unabhängig von Deutschland, und schließt sich wirtschaftlich, zoll- und währungspolitisch an die Französische Republik an (8). Die Amerikaner und die Engländer machen aber kein Hehl aus ihrer Gereiztheit angesichts der weiteren französischen Absichten in den linksrheinischen Gebieten. Die Besorgnisse der Franzosen um ihre Sicherheit interessieren die Westalliierten kaum. Getroffen in ihrem Stolz als Großmacht, erhoffen die Franzosen dann die Unterstützung von den Russen. Die Russen aber zeigen überhaupt kein Interesse, sich mit den Franzosen einzulassen, und zwar in solcher Weise, daß die Franzosen deutlich einsehen, daß sie sich den westlichen Alliierten anschließen müssen, wenn sie weiter eine Autorität in Deutschland behalten wollen. Nicht ohne Bedauern schreibt François Seydoux de Clausonne,

damals Deutschlandexperte der französischen Mission in Berlin und später französischer Botschafter in Bonn, daß die Arroganz der UdSSR die Franzosen den Amerikanern in die Arme getrieben habe. Auch ohne damit einverstanden zu sein, habe Frankreich sich zu einer Entwicklung entschließen müssen, die ein deutsches Wiederaufleben begünstigt (9). Nach dem Vorbild der amerikanischen und englischen Zonen wird der Aufbau der deutschen Verwaltungsstellen nun auch in der französischen Zone vorgenommen. Die negative Deutschlandpolitik der Franzosen bis Ende der 40er Jahre hat zweifellos die Auseinanderentwicklung der Besatzungszonen beschleunigt, indem so die Ausführung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz durchkreuzt wird. Außerdem wird durch dieses separate Vorgehen der Franzosen auch das Auftreten der Sowjetunion in ihrer Zone gedeckt (10).

Die immer weitergehende Blockbildung in Europa und schließlich die Berlin-Blockade bedeuten das Ende jeder autonomen französischen Deutschlandpolitik. Es würde uns zu weit führen, die letzten Rückzugsgefechte der Franzosen bei den Vorbereitungen zur Gründung der Bundesrepublik zu beschreiben (11). Tatsache ist, daß es für Frankreich wieder ein bitteres Erwachen aus seinem Großmachttraum wird. Der Schumanplan zur Gründung einer Montanunion (EGKS) ist dann auch hauptsächlich aus der Furcht vor dem künftigen ökonomischen Potential von Westdeutschland entstanden (12). Zusammen mit 5 anderen Staaten (Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg) wird die Bundesrepublik am 18. April 1951 Mitglied der EGKS. Die 6 Teilnehmer beginnen gleich Verhandlungen über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Der sogenannte EVG-Vertrag wird im Mai 1952 unterschrieben, doch die Vereinbarungen treten nicht in Kraft, da die französische Nationalversammlung die Ratifikation ablehnt (13). Hauptgrund dafür ist die Furcht der Franzosen vor einer deutschen Wiederbewaffnung. Die leidenschaftlichen Debatten und der Sturm von Entrüstung in Frankreich, die schließlich zum Scheitern der EVG führen, sind ein deutlicher Ausdruck einer antideutschen Haltung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung (14). Nur unter massivem Druck der Amerikaner und der Engländer, und aus Furcht vor einer dro-

henden Isolierung wird Frankreich schließlich doch die westdeutsche Aufrüstung akzeptieren. Bei den neuen Verhandlungen im Oktober 1954 findet man eine Lösung, womit Frankreich einverstanden ist: die direkte Eingliederung sämtlicher westdeutscher Divisionen in die NATO. Diese Regelung ist in den Pariser Verträgen enthalten, wovon der erste, der sogenannte Deutschlandvertrag, die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik festlegt. Diese Pariser Verträge treten im Mai 1955 in Kraft (15). Frankreich hat abermals eine Beeinträchtigung seiner Deutschlandpolitik hinnehmen müssen. Die französische Regierung kann aber unmöglich das Verhältnis zu ihren Verbündeten noch mehr gefährden, denn die kostspieligen militärischen Unternehmungen in Indochina und Nordafrika sind denen schon ein Dorn im Auge. Außerdem wird eine französische Wirtschaft durch wachsende Finanzschwierigkeiten bedroht. In dieser Situation kann eine Regierung, die zwar auf die Unterstützung der Bevölkerung rechnen kann, es sich nicht leisten, außenpolitisch isoliert zu werden.

Nach dieser Ernüchterung verschwindet die übertriebene Deutschfeindlichkeit aus dem politischen Leben Frankreichs. Die 2. Hälfte der 50er Jahre stellt eine Phase der konstruktiven Annäherung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik dar (16). Relativ schnell wird nun der Saaarkonflikt gelöst. Im Oktober 1955 ergibt eine Volksabstimmung im Saargebiet die Ablehnung des Statuts, das im Rahmen der Pariser Konferenz im Oktober 1954 zustande gekommen war. Ab 1. Januar 1957 wird das Saarland dann auch in die Bundesrepublik eingegliedert (17). Damit ist der letzte direkte Streitpunkt zwischen Frankreich und der Bundesrepublik beseitigt und es entsteht ein günstiges Klima für die Gründung der EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft. Die betreffenden Verträge werden von den 6 Staaten der Montanunion im März 1957 in Rom unterzeichnet und treten am 1. Januar 1958 in Kraft (18). Anhand von Umfrageergebnissen beweist Zieburg, daß diese konstruktive Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland parallel läuft mit einem wachsenden Verständigungswillen in breiten Kreisen der Bevölkerung in beiden Ländern (19). Vor allem in Frankreich hat diese Entwicklung

eine große Bedeutung, denn noch kurz vorher wollten nur die wenigsten Franzosen von einer unnachgiebigen Haltung gegenüber Deutschland abgehen. Nur private Gruppen und Einzelpersonen haben in jener Zeit ein erstes Netz von Kontakten zwischen beiden Ländern hergestellt, das nun unerlässlich ist als Grundlage für die allmählich beginnende Aussöhnung (20). Vorerst ruft die Bundesrepublik vor allem bei der jungen französischen Generation keine Emotionen mehr hervor, und ein Gefühl der freundlichen Indifferenz setzt sich durch. Die fortschreitenden Auseinandersetzungen mit seinen Kolonialgebieten aber bringt Frankreich immer mehr zu Konflikten mit den Vereinigten Staaten, der UdSSR und der Dritten Welt. So wird Frankreich außenpolitisch weitgehend isoliert und sein Interesse an der europäischen Integration wächst ständig, um wenigstens hier noch einen Rückhalt zu haben. Da die deutsch-französische Problematik so eingebettet wird in den Rahmen der westeuropäischen Zusammenarbeit, wird die Aussöhnung zwischen den beiden Ländern auch erleichtert (21). Das veranlaßte Alfred Grosser zu der Formel: "Nach 1945 hatte Frankreich keine Feinde außer Deutschland, 1957 aber keine Freunde außer Deutschland." (22)

Der Aufstand in Algerien führt 1958 zur Bildung einer neuen Regierung unter Charles de Gaulle. Die durch Volksentscheid angenommene Verfassung der 5. Republik vom 4. Oktober 1958 gibt dem Staatspräsidenten, der bis dahin im wesentlichen repräsentative Aufgaben hatte, eine sehr starke Stellung. Dies liegt vollkommen in der Linie des neuen Präsidenten, de Gaulle, der von Anfang an kein Hehl daraus macht, daß er Frankreichs Großmachtsanspruch herausstellen will. Sehr energisch wird er eine Politik der nationalen Unabhängigkeit vorantreiben. Die Bundesrepublik spielt in seiner Konzeption eine wichtige Rolle: einerseits soll das westdeutsche Potential für Frankreichs außenpolitische Ziele nutzbar gemacht werden, und andererseits will de Gaulle eine weitgehende Kontrolle über die deutsche Politik erreichen. Das letztere ist von seiner Angst eines deutschen Übergewichts in Europa geprägt. Deshalb wird de Gaulle versuchen, die bereits weit vorangeschrittene deutsch-französische Annäherung seinen außenpolitischen Plänen dienstbar zu

machen. Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre kommt es zu einer Reihe von Treffen zwischen de Gaulle und Adenauer. Dabei stellt sich heraus, daß die beiden Politiker zwar gut miteinander auskommen, doch schließlich aneinander vorbeireden. Adenauers Diplomatie zielt nämlich darauf hin, durch die deutsch-französische Zusammenarbeit, ein vereintes Europa zu schaffen und dies ist nun das Gegenteil der Zielsetzungen von de Gaulle (23). Der Bevölkerung der beiden Länder fällt dieses aber nicht auf, da sie durch die Euphorie der überall verkündeten deutsch-französischen Aussöhnung geblendet wird. Auch in Frankreich ist die Bevölkerung zu diesem Schritt bereit, denn nachdem de Gaulle das Land aus dem Zerfall geholt hat und die Franzosen ihre Selbstachtung zurückgewonnen haben, können sie ohne Demütigung den Deutschen die Hand reichen (24). Die Staatsbesuche von Adenauer und de Gaulle an das jeweilige Nachbarland im Juli bzw. September 1962 nehmen einen fast triumphalen Charakter an. In beiden Ländern wird beteuert, daß die Erbfeindschaft nun überwunden sei und eine neue Epoche der Freundschaft beginne (25). Mit dieser angeblichen Erbfeindschaft werden wir uns weiter unten noch eingehender befassen. Die öffentliche Meinung in Frankreich und der Bundesrepublik bejaht aber weitgehend diese Entwicklung zwischen beiden Staaten, was doch ein Beweis ist für den Abbau von Ressentiments und Vorurteilen. Der langjährige Spezialist für Außenpolitik von "Le Monde", René Lau-
ret, schreibt 1962, daß beide Völker sich nun im Frieden aus-
einandersetzen müssen, wie sie sich im Krieg auseinanderge-
setzt haben. Sieger werde nun derjenige sein, der mehr Erfin-
dungsgabe und Ausdauer entfalte und der sich im sozialen Wett-
bewerb als der menschlichere und großmütigere erweise (26). Als
Höhepunkt dieser Annäherung wird am 22. Januar 1963 der Vertrag
über die deutsch-französische Zusammenarbeit geschlossen. Darin
verpflichten sich die beiden Länder zu gemeinschaftlicher, so-
lidarischer Haltung in der Außen- und in der Verteidigungspoli-
tik (27). Die Meinungen über diesen Vertrag liegen auseinander.
Wir können sicherlich nicht mit der Auffassung einverstanden
sein, der Vertrag bedeute den Abschluß der Phase der Aussöhnung
und den Anfang einer engen Zusammenarbeit beider Länder (28). Die
Einschätzung des Vertrages als Ende der alten Feindschaft und

Besiegelung der Aussöhnung wäre schon richtiger (29). Doch immerhin, wenn man den Text des Vertrages nüchtern analysiert, dann merkt man, daß es sich - außer der Gründung eines Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW)-nur um die Bekundung von Absichten handelt. Zieburg geht soweit, den Vertrag als überflüssig zu bezeichnen (30). Denn ist es nötig, die deutsch-französische Aussöhnung durch einen Vertrag zu institutionalisieren, wenn sie schon längst bei der Bevölkerung stattgefunden hat (31)? Wie wenig Bedeutung dieser Vertrag für eine gemeinsame Politik hat, beweisen die vielen Konflikte der Bundesregierung mit de Gaulle in den nächsten Jahren.

1965 wird de Gaulle als Staatspräsident wiedergewählt, doch langsam wächst die Unzufriedenheit in Frankreich. In der Außenpolitik überschätzt er die Möglichkeiten Frankreichs, indem er es als ausgleichendes Element zwischen den Machtblöcken ansieht (32). Im Inland ersetzt die von ihm zelebrierte Grandeur Frankreichs während seiner ganzen Regierungszeit, wichtige gesellschaftspolitische Reformen (33). Nach den Unruhen 1968 legt de Gaulle zwar einen Reformplan vor, doch dieser Plan wird 1969 bei einem Referendum abgelehnt, und de Gaulle tritt zurück. Damit haben die Franzosen sich deutlich von seiner Politik der nationalen Größe abgewendet. Dieses bedeutet einen wichtigen Schritt für die deutsch-französischen Beziehungen. Nach der dauernden Beteuerung von Freundschaft und Versöhnung, die eigentlich nur Nervosität und Unsicherheit verborgen hat, folgt nun eine mehr entspannte, lockere Atmosphäre. Hierbei spielt die Einstellung der heranwachsenden jungen Generation auch eine Rolle. Für sie haben Versöhnung und Bewältigung der Vergangenheit meistens nicht mehr diesen Sinn, den sie für ihre Väter haben. Die Jugend erkennt dieses vergangene Unrecht zwar an, doch es ist nun einmal geschehen und wird allmählich den Weg aller Verbrechen der Geschichte gehen (34). 1970 kann Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Beauftragter der Bundesrepublik für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen, erklären, daß die 70er Jahre die Phase der mühsamen Detailarbeit für die deutsch-französischen Beziehungen sein werden. Nach der Pionierzeit der 50er und der Kon-

solidierung der 60er Jahre müssen nun die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Völkern gefestigt und erweitert werden, und dann fest im Bewußtsein der jungen Generation verankert werden (35). Ein besseres gegenseitiges Verständnis ist aber nur möglich, wenn man miteinander reden kann, deswegen ist eine Politik der Zweisprachigkeit von ungeheurer Bedeutung. In den Schulen in Frankreich und Deutschland müßte der Unterricht der deutschen bzw. französischen Sprache weitgehend gefördert und ausgebreitet werden (36). Inzwischen ist dafür schon einiges getan, doch noch längst nicht alles, was möglich wäre (37). Mit dem neuen Staatspräsidenten Pompidou und nach dessen Tod im April 1974 mit Giscard d'Estaing kommt es nicht mehr zu solchen Krisen in den deutsch-französischen Beziehungen wie unter de Gaulle, das ist sicherlich hoffnungsvoll. In dieser beschränkten Einführung können wir aber nicht tiefer auf diese letzte Entwicklung eingehen.

Allzu oft wird die deutsch-französische Aussöhnung als ein Sieg über die "jahrhundertelange Erbfeindschaft" zwischen beiden Staaten dargestellt. Diese Darstellung ist aber historisch umstritten. Eine Feindschaft habe es - nach Ansicht mancher Historiker - bis zum 18. Jahrhundert nicht gegeben. Erst seit Napoleon und bis zum Zweiten Weltkrieg bestehe ein deutscher Nationalismus, der zugleich antifranzösisch sei. Doch daneben plädierten auch verschiedene andere Strömungen für eine Annäherung an Frankreich. In Frankreich entstehe ein antideutscher Geist sogar noch später (38). Die Legende der Erbfeindschaft ist deshalb gefährlich, weil sie eine Möglichkeit bietet, sich resignierend hinter Vorurteilen zu verstecken: es war schon immer so, warum nun versuchen, es zu ändern? Es bleibt eine Hauptaufgabe der deutsch-französischen Zusammenarbeit, diese Vorurteile abzubauen. Untersuchungen im Auftrage des DFJW zeigen immer wieder, daß die Pauschal-Urteile über den Nachbarn nur sehr langsam aussterben. Es ist auch viel leichter, sich einen Eindruck über ein Land zu verschaffen anhand von Klischees, als durch sachgemäße Information. Frankreich wird noch immer dargestellt als das Land des Tourismus mit Wein, Käse und Weißbrot; das Deutschlandbild ist vornehmlich geprägt von Andeutungen auf Hitler und das Naziregime (39). Dieses

Deutschlandbild der Franzosen ist bei weitem kein Ausdruck der Feindseligkeit. Dr. Robert Picht, Direktor des deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg, macht darauf aufmerksam, daß das heutige Frankreich noch immer einen wesentlichen Teil seiner Legitimität aus der Kriegserfahrung und der Größe der Vergangenheit beziehe und deswegen das alte Deutschlandbild unbedingt brauche. Andererseits beständen aber auch die Kontakte zur jetzigen Bundesrepublik, so daß ein doppelbödiges Deutschlandbild entstanden sei. Es hänge dabei von der jeweiligen Situation ab, welcher Aspekt das Übergewicht bekomme (40). Vor allem das französische Fernsehen ist dabei unter starke Kritik gekommen: 1972 stellen 7/10 der Sendungen über Deutschland das Land dar als kriegerisch und nationalsozialistisch. Vor allem Filme über Widerstand und General de Gaulle sind sehr beliebt, denn diese beiden Themen symbolisieren die nationale Einheit, obwohl die Wirklichkeit ganz anders aussah (41). Die Vermutung liegt daher nahe, daß man die Erinnerung an diese dunklen Jahre auffrischt, um die Freuden, die das heutige Regime bietet, in einem desto vorteilhafteren Licht erscheinen zu lassen. Auch in Frankreich wird hiergegen protestiert, denn es ist bedenklich, eine gewisse deutsche Vergangenheit zu betonen, um das schlechte französische Gewissen zu beruhigen oder abzulenken von den wirklichen Problemen der französischen Gesellschaft (42). Diese Proteste in Frankreich selbst lassen auf Verbesserung in der Zukunft hoffen.

II.1. Friedhofsarbeit

=====

Wir behandeln zuerst die Friedhofsarbeit, da das Auftreten des Volksbundes in Frankreich nach 1945 damit angefangen hat. Außerdem war die Feststellung der endgültigen deutschen Verlustzahl des Zweiten Weltkrieges in Frankreich auch die dringlichste Aufgabe.

Da in der Zwischenzeit, die nötig wäre, um zu einem zwischenstaatlichen Kriegsgräberabkommen zu kommen, allzu viele Identitäten der Gefallenen endgültig verloren gehen würden, fängt der Volksbund seine Arbeit - Grabnachforschungen, Aufstellung von Gräber-

listen und sogar Umbettungen - an, bevor diese offiziell genehmigt ist. Gerade durch sein taktvolles Auftreten wird der Volksbund in dieser Zeit viel dazu beitragen, das Bild der Deutschen bei den Franzosen allmählich wieder zu verbessern.

Die bereits vollbrachten Leistungen des Volksbundes auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge werden die Verhandlungen für das 1. Kriegsgräberabkommen zwischen der französischen Regierung und der Bundesregierung beschleunigen. Andererseits wird der Volksbund betonen, daß bei einer nicht schnellen Regelung der Frage der deutschen Soldatengräber des Zweiten Weltkrieges in Frankreich, der alte Haß zwischen Deutschen und Franzosen sich wieder verstärken würde.

Nach der Unterzeichnung des Kriegsgräberabkommens 1954, kann der Volksbund seine Aktivitäten in Frankreich voll ausbauen. Durch ein 2. Kriegsgräberabkommen übernimmt der Volksbund 1966 auch die Gestaltung und Pflege der deutschen Gräber von 1870/71 und des Ersten Weltkrieges. Dadurch betreut der Volksbund seit 1966 im Auftrage der Bundesregierung alle deutschen Soldatengräber in Frankreich.

Im 5. Abschnitt dieses Kapitels beschreiben wir den jetzigen Aufgabenbereich des Volksbundes in Frankreich.

1. Inoffizieller Anfang

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte der französische Staat 1919 im Versailler Vertrag die Verantwortung für die deutschen Kriegsgräber auf seinem Territorium übernommen. Nach Umbettungen durch die Franzosen und Ausbau der endgültigen Friedhöfe durch den Volksbund, wurde die Frage der deutschen Gräber auf französischem Boden mit dem Vertrag von 1935 nochmals grundsätzlich geklärt. Die Kriegsgräberfürsorge in Frankreich wurde wahrgenommen von dem "Ministère des Pensions", das Unterbüros in den einzelnen Militärregionen im Bereich der ehemaligen Kampfgebiete unterhielt. Diese Unterbüros standen unter der Leitung von Sektorchefs und waren für mehrere Departements zuständig. Nach dem Zweiten Weltkrieg kommt der französische Staat noch

immer den damals übernommenen Verpflichtungen nach und pflegt die deutschen Gräber des Ersten Weltkrieges (1). Die deutschen Verluste in Frankreich während des Zweiten Weltkrieges betragen etwa 235.000 Gefallene. Die Invasionskämpfe und das chaotische Ende des Krieges bringen mit sich, daß weder die richtige Anzahl der deutschen Gräber auf französischem Boden, noch deren genaue Lage bekannt sind. Da diese Gräber auf über 6000 Orte zerstreut liegen, ist das auch kein Wunder (2). Nach dem Genfer Abkommen von 1929 haben sich die Signatormächte - darunter Frankreich - verpflichtet, beim Schluß der Feindseligkeiten die Listen über die Kriegsgräber und die dort bestatteten Toten auszutauschen. Außerdem enthält dieses Abkommen die Verpflichtung, die Gräber zu sichern, das bedeutet unter anderem die Umbettung von gefährdeten Feldgräbern und kleineren Grabanlagen (3). Normal gesehen müßte dieses Abkommen 1945 angewandt werden auf die deutschen Gräber des Zweiten Weltkrieges in Frankreich, denn der Versailler Vertrag hat nur Gültigkeit für die Gräber des Ersten Weltkrieges. Nach der Befreiung Frankreichs bekommt das "Ministère des Anciens Combattants et Victimes de Guerre" (MACVG) die Aufgabe der Kriegsgräberfürsorge zugewiesen. Die Organisation des Gräberdienstes ruht nach wie vor auf den Sektorchefs; entsprechend dem größeren Gebiet der Kampfhandlungen werden neue Sektorchefstellen geschaffen. Noch 1944 erläßt das MACVG eine Anordnung zur Registrierung der deutschen Gräber in Frankreich. 1945 folgt eine Anordnung von jeder Umbettung eines deutschen Toten ein genaues Protokoll auszustellen. Weiter soll jedes deutsche Grab ein Kreuz erhalten und in Ordnung gehalten werden (4). Das ist also alles vollkommen in Übereinstimmung mit dem Genfer Abkommen.

Aber der Schein trügt: diese Anordnungen stehen nur auf Papier und werden nicht ausgeführt. In den ersten Nachkriegsjahren werden kaum Gräberlisten aufgestellt, das MACVG strengt sich auch wenig an, um die Unterlagen von den einzelnen Gemeinden zu bekommen. Die wenigen aufgestellten Listen enthalten außerdem viele Fehler, da durch Unkenntnis der deutschen Sprache die vielfach abgekürzten Angaben auf den Grabkreuzen falsch verstanden werden. Der französische Gräberdienst nimmt auch keine Umbettun-

gen in größerem Umfang vor, nur der amerikanische und dann auch nur bis 1947. Diese Umbettungen verlaufen ziemlich gewissenlos und ohne Hilfe eines Deutschsprachigen. Da keine Protokolle aufgestellt werden, gehen viele Identifizierungsmöglichkeiten verloren und die meisten Umgebetteten gelten als Unbekannte. Auch die moralische Verpflichtung zur Pflege der Gräber wird nicht erfüllt: das Genfer Abkommen ist - im Gegensatz zum Versailler Vertrag - nur ein Ausdruck von Absichten, doch ohne die Verpflichtung, ihnen nachzukommen. Wenn man noch die allgemeine Einstellung der Franzosen gegenüber den Deutschen unmittelbar nach dem Krieg kennt, braucht man sich nicht zu wundern, daß diese kaum Interesse daran haben, die deutschen Gräber zu pflegen. Der Zustand dieser Gräber ist dementsprechend schlecht. Die Feldgräber auf Wiesen, Feldern und am Straßenrand verschwinden langsam durch die Witterung oder weil die Bauern schon darüber hinweggepflügt haben. Doch auch mit den größeren Gräberstätten ist es nicht besser bestellt. Nachdem sie nach dem Rückzug der deutschen Truppen sich selbst überlassen wurden, sind die Kreuze reihenweise umgefallen, werden die Inschriften unleserlich und wuchert das Unkraut. Durch diese mangelnde Pflege und das Fehlen von Belegungslisten verlieren viele Gefallene ihre Identität (5). Die Schuld für diesen mangelhaften Zustand soll aber nicht nur bei den Franzosen gesucht werden. In manchen Fällen ist er zurückzuführen auf Gestaltungsfehler des Wehrmachtgräberdienstes, insbesondere durch die Weiträumigkeit der Anlagen mit ihren breiten Anmarschstraßen und Aufmarschplätzen. Vor allem die parkähnlichen Gräberstätten mit eingestreuten Gräbergruppen können sich auf die Dauer nicht halten. Auch die vielfach hohe Zahl der unbekannten Toten liegt zum Teil an der Kurzsichtigkeit deutscher Wehrmachtstellen, die eine Registrierung der Toten bei den französischen Verwaltungen unterließen, vielfach sogar ausdrücklich verboten haben, während die Register der Kommandanturen im Chaos der überstürzten Rückzüge in Verlust geraten sind (6). Außerdem haben völkerrechtswidrige Handlungen des Maquis, sowie die Beisetzung durch fremde Gräberdienste, die oftmals nicht der deutschen Sprache mächtig waren, es mit sich gebracht, daß die Zahl der Unbekannten noch erhöht wurde.

Im September 1947 wird der Volksbund von der englischen Militärregierung mit dem Aufbau einer Zentralgräberkartei der deutschen Kriegsgräber des Zweiten Weltkrieges im In- und Ausland beauftragt. Um zu verhindern, daß noch mehr Identifizierungsmöglichkeiten verloren gehen, muß diese Arbeit so schnell wie möglich durchgeführt werden. Denn die Angaben auf den Grabkreuzen sind oft die einzigen Hinweise zur Identität der Bestatteten, und wenn diese Kreuze durch die Witterung oder andere Einwirkungen zerfallen, werden die Toten Unbekannte. Das ist es nun gerade, was der Volksbund verhindern will; durch Grabnachforschungen, Entschlüsselung der Erkennungsmarken und andere Identifizierungsmethoden versucht er, so gut wie möglich den Gefallenen einen Namen zurückzugeben. Diese Sorge drückt die Achtung vor der Individualität von jedem einzelnen Toten aus. Die Sicherheit über den Verbleib der Gefallenen lindert nicht nur das Leid der Angehörigen, sondern ist für diese auch sehr wichtig für die Regelung von Erbsachen, Rentenauszahlungen usw., oder für persönliche Entscheidungen wie eine neue Heirat (7). Darüber hinaus will der Volksbund die Gräber in einen ordentlichen Zustand versetzen, denn die Sorge für die Gräber der Kriegstoten wird nach wie vor als eine selbstverständliche Ehrenpflicht empfunden. Es ist auch von großer psychologischer Bedeutung zu wissen, daß die Gräber der Gefallenen gepflegt werden, denn nichts wäre irritierender als zu empfinden, daß der Dank des Vaterlandes für das Opfer des eigenen Lebens nun daraus bestünde, diese Gräberverwahrlosen zu lassen und zu vergessen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß der Volksbund nach dem Ersten Weltkrieg gegründet wurde, eben wegen mangelnder Pflege der deutschen Gräber im Ausland. Auch in den anderen westlichen Ländern hat sich damals der Gedanke der Kriegsgräberfürsorge als eine Verpflichtung gegenüber den Gefallenen durchgesetzt. Für das deutsche Volk gilt nach dem Zweiten Weltkrieg außerdem noch, daß es sich moralisch in den Augen der anderen Nationen rehabilitieren will. Die Art und Weise, in der es dieser Aufgabe der Kriegsgräberfürsorge gerecht werden kann, wird in großem Maße dazu beitragen, diese Urteilsbildung zu beeinflussen. Deswegen muß vor allem der Grundsatz betont werden, daß das deutsche Volk in den Gräbern der Kriegsoffer eine eindringliche Mahnung zum Frieden und Verständigung der Völker sieht, und

nicht etwa die Verherrlichung des Todes im Kriege (8).

Infolge dieser Arbeit nimmt der Volksbund die Beziehungen mit dem Ausland wieder auf, auch mit Frankreich. Die Kontakte zu den französischen Behörden erweisen sich als äußerst schwierig. Dort beruft man sich auf Personal- und Geldmangel, um das Ausbleiben der Aufstellung von Gräberlisten und der Pflege zu verantworten. Der Volksbund selbst kann aber offiziell nicht tätig werden in Frankreich, solange kein zwischenstaatliches Abkommen über die Kriegsgräberfürsorge geschlossen wird. Die Anfänge der Erfassungsarbeit laufen auch über Privatpersonen, die schon vor dem Krieg mit dem Volksbund zusammengearbeitet haben, oder andere, die seinem Wirken wohlwollend gegenüber stehen. In den Akten werden die Namen dieser Personen nie erwähnt, denn ein deutsches Grab in Frankreich ist eine zwiespältige Angelegenheit. Ein Teil der Bewohner sieht darin nur die Erinnerung an eine böse Zeit, der andere, der etwas für die deutschen Gräber tun will, muß es sehr versteckt tun, angesichts seiner bedrohlichen Minderheit (9). Ende 1947 gelingt es dem Volksbund über die Young Men's Christian Associations (YMCA) mit den deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und Nordafrika in Kontakt zu kommen. Eine systematische Zusammenarbeit mit den Lagergeistlichen wird durch die Kirchenkanzlei in Schwäbisch-Gmünd erreicht (10). Frankreich verfügt über insgesamt 937.000 deutsche Kriegsgefangene. Diese müssen harte Arbeit leisten in der Land- und Forstwirtschaft, beim Wiederaufbau, im Bergbau, in der Industrie, beim Straßenbau, im Transportwesen und sogar bei der Minenräumung, obwohl das letzte nach Artikel 32 des Genfer Abkommens unzulässig ist. Trotz alledem hat diese Kriegsgefangenenarbeit wesentlich zur Versöhnung der Völker beigetragen, indem dadurch viele Vorurteile und Ressentiments abgebaut wurden (11). Die Kriegsgefangenen werden vom Volksbund in den überall verbreiteten Lagerzeitungen der YMCA gebeten, so weit wie möglich die Gräber auf den Lagerfriedhöfen herzurichten, die Kreuze zu beschriften und Listen und Skizzen aufzustellen. Über die Lagergeistlichen, die im direkten Kontakt zum Volksbund stehen, wird darum gebeten, Grabfotos zu machen, obwohl der Besitz von Fotoapparaten verboten ist und die Beschaffung des Film-

materials schwierig. Auch sollte versucht werden, Friedhöfe außerhalb der Lager zu pflegen, Belegungslisten aufzustellen und nach Möglichkeit gefährdete Feldgräber zusammenzubetten. In den Volksbundakten sind viele Beispiele zu verzeichnen von Kriegsgefangenen, die in ihrer Freizeit und mit ihrem kargen Gefangenenlohn diese schwere Gräberarbeit geschafft haben. Manchmal unter Umgehung der Lagervorschriften, in anderen Fällen drückt die französische Lagerleitung ein Auge zu und toleriert so diese humanitäre Aufgabe. Auf diese Art und Weise erreichen die ersten vollständigen Listen den Volksbund (12). Weitere Möglichkeiten entstehen durch die sogenannten Zivil- oder Freiarbeiter. Im Frühjahr 1947 können die deutschen Kriegsgefangenen sich freiwillig für ein Jahr als Zivilarbeiter verpflichten, dabei werden sie für schwere Arbeit in der Landwirtschaft und Industrie eingesetzt. Rechtlich gesehen wird dieser Arbeiter frei, er darf das Land aber nicht verlassen, erst nach einem Jahr kann er entweder heimkehren oder sich wieder für ein Jahr verpflichten. Viele Freiarbeiter bleiben aber in Frankreich, weil sie keine Angehörigen mehr haben oder diese in der Sowjetzone wohnen, auch weil sie in Frankreich eine sichere Arbeit haben oder sogar eine Französin geheiratet haben. Durch ihr Verhalten haben sie den Franzosen ein anderes, besseres Bild der Deutschen beigebracht. Die ersten Kriegsgefangenen, die sich nicht als Zivilarbeiter gemeldet haben, kommen erst ab Ende 1948 frei, also später als die ersten Zivilarbeiter. Diese Zivilarbeiter können sich viel freier bewegen als die Kriegsgefangenen, deswegen auch mehr erreichen für die Gräberfürsorge. Die meisten gehören der YMCA an und bekommen von dort die Richtlinien für diese Arbeit (13). 1947 führt die ständige Verbindung des Volksbundes mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes in Genf dazu, daß der Delegierte des Komitees in Paris sich für die Belange der deutschen Kriegsgräberfürsorge in Frankreich einsetzt. Im Dezember 1948 berichtet er über den Stand der Arbeiten in Frankreich bei einem Besuch in Nienburg. Er verspricht weiter, die Gräber zu erfassen und die Listen dem Volksbund zuzuleiten (14).

Im August 1949 kommt es zu einer Revision des Genfer Abkommens vom Juli 1929. Dieses erneuerte Abkommen betont wieder den

schnellen Austausch der Namenslisten der Gefallenen und die notwendige Sorge um die Kriegsgräber (15). Zu den Unterzeichnern gehört auch Frankreich. Deutschland hat an dieser diplomatischen Konferenz nicht teilgenommen, folglich ist es von Anfang an fraglich, in welchem Umfang es sich auf das neue Abkommen berufen kann. Trotzdem kann nach diesem Abkommen eine langsame Änderung in dem französischen Verhalten gegenüber den Kriegsgräbern festgestellt werden. Denn nur so konnte die Arbeit des französischen evangelischen Pfarrers François Charles de Beaulieu einen solchen Erfolg haben.

Pfarrer François Charles de Beaulieu kommt als deutscher Soldat in die Kriegsgefangenschaft, nach seiner Entlassung beantragt er seine Naturalisation als Franzose. Dies ist für ihn relativ leicht, da er mit einer Französin verheiratet ist und zwei Söhne hat, hinzu kommt noch seine französische Abstammung, was sein Name bezeugt (16). Am 1. Juli 1947 wird er dann auch Franzose. Er bekommt eine Stelle als Pfarrer bei der evangelischen Kirche in Paris. Dort beeindruckt ihn die vielen Bitten um Grabnachforschung, die aus Deutschland an die französische Kirche gerichtet werden. Er selbst wird durch dieses Problem tief berührt, da sein Vater als deutscher Hauptmann im Ersten Weltkrieg fiel, seine Mutter 1944 bei einem Bombenangriff auf Berlin getötet wurde und sein Schwiegervater 1916 als französischer Major bei Verdun ums Leben kam. Er hat das Glück, die drei Gräber zu kennen, doch er weiß ganz genau, was es bedeutet, in der Ungewißheit über das Schicksal eines Angehörigen zu bleiben. So tritt er mit dem Volksbund in Briefkontakt. Als er Anfang 1949 in seine Heimatstadt Bremen fährt, um seine Familie zu besuchen, trifft er dort nach vorheriger Verabredung, mit Dr. Debus, Vertreter der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes zusammen. Dort werden die Grundlagen für die weitere Zusammenarbeit gelegt. Ab März 1949 tritt de Beaulieu in die Dienste des Volksbundes als Beauftragter des Volksbundes in Frankreich. Da alle rechtlichen Grundlagen fehlen, läuft dieses inoffizielle Volksbundbüro in Paris unter dem Namen "Association pour la Recherche et l'Entretien des Sépultures Militaires Allemandes - Pasteur François Charles de Beaulieu". Dies letztere ist wohl

möglich, da de Beaulieu die französische Staatsangehörigkeit hat. Deutsche Staatsangehörige werden bis Mitte der 50er Jahre keine Arbeitsgenehmigung in Frankreich bekommen, soweit es sich nicht um Mangelberufe handelt (die Arbeit der Freiarbeiter gilt als Mangelberuf), außerdem kann der Volksbund kein offizielles Büro errichten, da kein Vertrag besteht zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Systematisch wird de Beaulieu jetzt die bereits von den Kriegsgefangenen und dem Delegierten des Roten Kreuzes angefangene Gräbererfassung fortsetzen. Monatlich richtet er Hunderte von Anfragen an Bürgermeister, katholische und evangelische Pfarrer und andere amtliche und private Stellen, um nach deutschen Gräbern zu forschen. Er nimmt auch Kontakt auf zu den Maquisführern, um damit noch vorhandene Unterlagen wie Erkennungsmarken vor Verlust zu retten. Örtliche Nachforschungen durch de Beaulieu und seine Mitarbeiter sind unumgänglich. Im Juli 1951 sind bereits rund 180.000 Gräber erfaßt, davon 25.000 von Kriegsgefangenen und 40.000 von dem Delegierten des Roten Kreuzes. Dies beweist eindeutig den Erfolg von de Beaulieu (17). Durch seine mühevollen Nachforschungen sind die Namen zahlloser deutscher Gefallener bewahrt geblieben und deren Angehörige konnten über Lage und Zustand der Gräber unterrichtet werden. Weil de Beaulieu Franzose und Pfarrer ist, wird er der geeignetste Mitarbeiter des Volksbundes in Frankreich. In den ersten Nachkriegsjahren sind die Ressentiments in Frankreich noch sehr stark. Die Arbeit an den deutschen Gräbern toleriert man zwar, doch man bleibt sehr reserviert. Einem Franzosen traut man eher, vor allem, wenn er Pfarrer ist, dann geht seine Arbeit als caritativ durch. Denn es ist doch Aufgabe eines Pfarrers, armen Eltern zu helfen, endlich Gewißheit über den Sohn zu erhalten (18). Um niemanden zu ärgern, tut de Beaulieu seine Arbeit im stillen, ohne viel Aufsehen zu erwecken. Ganz ohne persönliche Nachteile wird diese Arbeit aber auch nicht sein. Als de Beaulieu 1955, nach dem Kriegsgräberabkommen mit Frankreich und nachdem der Volksbund in Paris ein offizielles Büro öffnen kann, zurück zur Kirche gehen will, erfährt er, daß er nicht mehr in Paris eingestellt werden kann, da er sich durch die Kriegsgräberarbeit zu sehr kompromittiert hat. Ein maßgebender Kirchenleiter soll diese Ablehnung fol-

gendermaßen begründet haben: "Je ne veux pas de Boche dans mon Eglise". Daraufhin bleibt de Beaulieu nichts anderes übrig als eine Pfarrstelle im Elsaß zu suchen. Bis zum heutigen Tag ist er Pfarrer in Algrange. Für seine ausgezeichneten Dienste bekommt er im November 1955 das Bundesverdienstkreuz von Präsident Heuss verliehen, und im Juni 1975 die Verdienstplakette des Volksbundes.

Seine Arbeit führt de Beaulieu in Zusammenarbeit mit Freiarbeitern und ehemaligen Kriegsgefangenen durch, da diese sich als ehemalige deutsche Soldaten in den Bezeichnungen, Namen usw. auskennen. Die Namenslisten und Adressen bekommt er durch die YMCA oder durch Priester, selbst gibt er Anzeigen in den Zeitungen auf. Viele von denen werden später eingestellt in die Umbettungskommandos des Volksbundes oder als Gärtner. Einer von diesen, und bis zum heutigen Tag beim Volksbund angestellt, ist Eberhard Gräfe (19). Kriegsgefangener im Raum Albert/Somme verpflichtet er sich im August 1947 für ein Jahr als Zivilarbeiter(20). Da seine Familie in der Ostzone wohnt, verpflichtet er sich im August 1948 für ein weiteres Jahr, 1949 nochmals. Mit anderen Freiarbeitern nimmt Gräfe die ersten Instandsetzungen an deutschen Soldatenfriedhöfen vor. Dies ist an sich verboten, denn überall stehen Schilder: "Betreten und Fotografieren verboten." Grund dafür ist nach Meinung von de Beaulieu die Angst der französischen Regierung wegen der Verwahrlosung dieser Friedhöfe schlecht anzukommen. Um sich noch besser zur Verfügung stellen zu können, schreibt Gräfe an das Rote Kreuz in Genf und erkundigt sich nach der zuständigen Stelle. So kommt er mit dem Volksbund und mit de Beaulieu in Paris in Kontakt. Zusammen mit etwa 20 anderen Freiarbeitern bekommt er den Auftrag, die Gräber in der Somme und der Normandie zu erfassen. Da Gräfe als Fernfahrer arbeitet, kommt er am besten überall hin. Diese Arbeit an den Gräbern läuft ziemlich ungestört, vor allem, weil die französischen und englischen Gräberdienste auch in diesem Gebiet tätig sind. Trotzdem wird seine Tätigkeit eines Tages bekannt, und Ende 1950 wird ihm die Verlängerung seiner Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung verweigert. Auf eigenes Risiko arbeitet Gräfe dann schwarz

bei französischen Freunden. In der Freizeit arbeitet er weiter auf den Friedhöfen. 1951 bekommt er von de Beaulieu ein Motorrad und ab 1952 eine kleine Aufwandsentschädigung. Bei seinen Erkundigungen nach Gräbern muß Gräfe damit rechnen, öfters mit Fußtritten herausgeworfen oder beschimpft zu werden.

Ab 1949, nach dem neuen Genfer Abkommen, werden in Frankreich zunehmend Stimmen laut, die den Zustand der deutschen Gräberanlagen beanstanden und die verantwortlichen französischen Stellen kritisieren. Sogar die sehr nationalistische Organisation "Souvenir Français", die als privater Verein neben dem MACVG für die französischen Kriegsgräber sorgt, macht 1949 das MACVG auf diesen unwürdigen Zustand aufmerksam und bietet sogar dem Volksbund ihre Hilfe bei der Grabnachforschung an (21). Unter Druck der öffentlichen Meinung im In- und Ausland fängt der französische Staat allmählich die Umbettungen der gefährdeten Gräber auf größere Anlagen an. Doch diese werden meist flüchtig und systemlos durchgeführt. Vielfach kommt es vor, daß der französische Umbettungstrupp aus einer Gemeinde nur einen Teil der Toten holt, während zahlreiche andere unberücksichtigt bleiben. Die unzureichende Bezahlung bedingt die Flüchtigkeit der Arbeit. Die Listen, die bei diesen Umbettungen nach den noch vorhandenen Kreuzen aufgeschrieben werden, sind häufig falsch oder lückenhaft. Gibt es keine Inschriften mehr auf den Kreuzen, dann werden wegen der Eile überhaupt keine Identifizierungsversuche mehr vorgenommen. Der Gefallene wird höchstens unter seiner Erkennungsmarke umgebettet, sonst als Unbekannter. Von diesen Umbettungen werden keine Protokolle aufgestellt, und es gibt auch keine Zusammenarbeit mit deutschen Dienststellen wegen der Identifizierung. Weiter werden auch private Firmen zu diesen Umbettungsarbeiten herangezogen. Da diese pro Umbettung bezahlt werden, kommt es zu Skandalen, da der beauftragte Unternehmer die Leichen der deutschen Toten in zwei Stücke teilt, um eine größere Zahl von Umbettungen nachweisen zu können (22). Wegen der vielen Probleme und Skandale werden die Umbettungen nach 1950 wieder eingestellt. Anfang der 50er Jahre wird ein Anfang gemacht mit der Pflege der deutschen Soldatengräber. Auf den größeren Anlagen werden französische Wärter eingesetzt, die für die Pflege zuständig sind. Da nur unzureichende Hilfsmittel

zur Verfügung gestellt werden, kann hier aber auch nicht viel erreicht werden. Für die Pflege deutscher Gräber auf Gemeindefriedhöfen werden zwar geringe Zuschüsse versprochen, doch meistens nicht ausbezahlt, so daß auch diese Gräber weiterhin ohne Pflege bleiben. Die Regierung verantwortet ihre Haltung durch die angestrengte finanzielle Lage des Landes, vor allem wegen des Krieges in Indochina (23).

Da das ganze Problem hauptsächlich eine Geldfrage wird, ist damit grünes Licht gegeben für den Volksbund, um seine Hilfe anzubieten. Es gibt auch eine Reihe Indizien dafür, daß sich die politische Atmosphäre weitgehend gelockert hat. So toleriert Paris die Arbeiten des Volksbundes in Frankreich, obwohl die dafür notwendigen Rechtsgrundlagen fehlen und die Arbeiten sogar in die Rechte des französischen Staates eingreifen. Die Mitarbeiter des Volksbundes in Frankreich, die im Zuge ihrer Arbeit überall hinkommen, stehen bald in einem guten Verhältnis zur Bevölkerung und erhalten eine Menge Auskünfte. Ein französischer Diplomat wird später bestätigen, daß diese Zivilarbeiter und nachher die Umbetter des Volksbundes die besten Vertreter des Nachkriegsdeutschlands in Frankreich gewesen seien (24). Übrigens geht das Nachlassen der politischen Antipathien gegen die Deutschen auch daraus hervor, daß der Anteil der Deutschen am gesamten Ausländerverkehr in Frankreich Anfang der 50er Jahre ein Viertel beträgt (25). Bereits in der ersten Nummer der neuerscheinenden Zeitschrift "Kriegsgräberfürsorge" wird auf zwei Seiten über den Zustand und die Pflege einzelner Soldatenfriedhöfe in Frankreich berichtet (26). In der zweiten Nummer, in einem nächsten Artikel über die Gräber in Frankreich, wird die Hoffnung ausgesprochen in naher Zukunft die Ausgestaltung der deutschen Friedhöfe im Ausland selbst übernehmen zu können (27). Dies ist ganz deutlich ein Angebot von seiten des Volksbundes. Von jetzt an wird jede Nummer der Zeitschrift sich eingehend mit den Gräbern in Frankreich befassen und dabei vor allem betonen, wie Franzosen neben Zivilarbeitern diese Gräberstätten unentgeltlich pflegen. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden wird hervorgehoben als schroffer Gegensatz zu der Inaktivität der höheren Instanzen (28). Nachdem

de Beaulieu in einem Bericht vom Dezember 1950 darauf hingewiesen hat, daß das zuständige MACVG unmöglich die Erfassung der deutschen Gräber und die Umbettungen zu einem guten Abschluß bringen kann, wird der Ton beim Volksbund deutlich härter (29). Nicht nur in den volksbundinternen Berichten, auch in der Zeitschrift werden die zuständigen französischen Behörden direkt angeklagt, ihren Verpflichtungen nach dem Genfer Abkommen nicht nachzukommen. Es gibt so viele Beispiele von Franzosen, die sich ihrer christlichen und humanitären Pflichten bewußt sind. Warum dann nicht die offiziellen Stellen Frankreichs? Diese sollten sich doch auch darüber im klaren sein, daß sie so ihr Ansehen im Ausland schwer belasten und sogar eine deutsch-französische Verständigung gefährden (30). Das ist auch der Inhalt der Rede von Margraf zu dem Vertretertag im September 1951 in Kassel (31). In diesen Äußerungen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, ist eigentlich wenig die Rede über die finanziellen Probleme des französischen Staates. Nur in einem Merkblatt "Gedanken zu einem Grabfoto aus Frankreich", das den Mitgliedern mit den bestellten Grabfotos zugeschickt wird, ist eindeutig darauf hingewiesen (32). Daß der Volksbund sich dieser finanziellen Schwierigkeiten aber gut bewußt ist, beweist der Aufsatz "Grundsätzliches zur Kriegsgräberfürsorge im Auslande" vom August 1951. Dort heißt es, daß der Volksbund bereit sei, sich finanziell an der provisorischen Herrichtung der Gräber in Frankreich zu beteiligen und den Ausbau der endgültigen Friedhöfe zu übernehmen (33). Um dies zu verwirklichen, muß vorerst ein zwischenstaatliches Abkommen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zustande kommen. Ab 1951 wird der Volksbund auf privatem Weg bei den französischen Stellen und offiziell bei der Bundesregierung dringend darum bitten, die Verhandlungen über ein solches Abkommen aufzunehmen (34).

Von Anfang an steht diese Gräberarbeit in Frankreich unter dem Gedanken der Verständigung, der Versöhnung. Für de Beaulieu sollen diese Gräber einmal Wallfahrtsorte der Jugend werden, die zur Versöhnung mahnen und damit neue Kriege unmöglich machen (35). Die Mitarbeit von Franzosen beweist, daß die Kriegsgräberfürsorge die Völker einander näher bringen kann. Es gehört schon Mut dazu, um als französischer Bürgermeister

1950 die Arbeit an deutschen Kriegsgräbern mit der Aussprache zu begründen: "Jenseits des Todes gibt es keine Feinde oder Gegner mehr" (36). Auch die anderen Franzosen sind angesichts dieser Gräber verpflichtet, sich damit auseinanderzusetzen. Nun ist es die Aufgabe der Deutschen durch die Formgebung und Bescheidenheit der Anlage von Friedhöfen ihren Willen zur Versöhnung zu beweisen, dann können auch die Franzosen vergeben und ihre Ressentiments überwinden. Aus dieser Verständigung soll dann die Versöhnung wachsen (37). Die erste Fahrt mit Angehörigen zu deutschen Kriegsgräbern in Frankreich, führt am 2. Sonntag im November 1951 nach Andilly (38). Diese und folgende Fahrten werden dazu beitragen, daß die Franzosen mehr Verständnis aufbringen für die Bedeutung der Fürsorge von deutschen Gräbern in Frankreich.

2. Das 1. Kriegsgräberabkommen

Da noch kein Friedensvertrag zustande gekommen ist, muß die Frage der Sorge um die deutschen Kriegsgräber des Zweiten Weltkrieges in Frankreich durch ein zwischenstaatliches Abkommen geregelt werden. Für die Verhandlungen und das Abschließen eines solchen Abkommens ist das Auswärtige Amt zuständig, der Volksbund kann nur als Berater herangezogen werden (39). Ab Januar 1951 wird der Volksbund bei Unterredungen sowie in Briefen, das Auswärtige Amt auf die Notwendigkeit eines Abkommens mit Frankreich hinweisen. Die erste nachweisbare Besprechung führt diesbezüglich Generalsekretär Margraf im Januar 1951. Dabei betont er, daß der Zeitpunkt gekommen sei, daß sich die Bundesregierung offiziell einschalte, da sonst die Gefahr bestehe, daß die deutsche Presse die Bundesregierung wegen ihrer Zurückhaltung angesichts des unerträglichen Zustandes der deutschen Kriegsgräber in Frankreich angreife. Vorgeschlagen wird, daß das Auswärtige Amt ein vom Volksbund angeregtes Protestschreiben über diese Nichteinhaltung des Genfer Abkommens an die französische Hohe Kommission richte (40). Hinterher wird von solchem Protestschreiben abgesehen, da die Franzosen auf diesen Vorwurf gar nicht reagieren würden und nur noch mehr gereizt wären. Das Auswärtige Amt schlägt sogar vor, die Besat-

zungsmacht ganz und gar nicht einzuschalten, da der französische Hohe Kommissar François-Poncet ein außerordentlich schwieriger Mann in dieser Beziehung ist. Es wäre besser, in Paris zu einer Zusammenarbeit mit dem MACVG zu kommen (41). Vor diesem letzten Gespräch hat Margraf bereits mit Vertretern des MACVG in Paris Kontakt aufgenommen. In den nächsten Jahren werden noch manche Besprechungen folgen. Dolmetscher dabei sind Pfarrer de Beaulieu oder Fräulein Fischell, Tochter von Albert Fischell (42). Im Juni 1951 bittet der Präsident des Volksbundes, Hagemann, den Bundeskanzler um eine Unterredung, vor allem wegen des Zustandes der deutschen Gräber in Frankreich. Zwangsläufig würden die Franzosen wegen Mitleidlosigkeit und Verstoßes gegen das Genfer Abkommen angeklagt, oder sogar gehaßt. Der Volksbund könne nicht zulassen, daß diese Gräber zur Ursache neuen Unverständnisses, neuer Vorurteile und neuer politischer Antipathien werden, darum müsse dringendst etwas für ihre Erfassung und Pflege unternommen werden (43). Ob diese Unterredung zustande gekommen ist, konnten wir aus den Akten nicht erfahren. Tatsache ist, daß die Besprechungen des Volksbundes mit dem Auswärtigen Amt und dem MACVG 1952 und 1953 andauern (44).

1953 weilt Margraf öfters in Paris. Bei seinen Besprechungen im MACVG zeigen der zuständige Minister, Herr Mutter, und der Leiter des Gräberdienstes, Herr Delavalade, großes Verständnis für die Belange der deutschen Kriegsgräberfürsorge in Frankreich. Sie erklären sich auch bereit, sich für eine Regelung dieser Frage einzusetzen, andererseits bezweifeln sie aber, ob dies auf Grund der finanziellen Schwierigkeiten von Frankreich in absehbarer Zeit möglich sei. Im November 1953 kommt es zu einer Unterredung mit dem französischen Hohen Kommissar in Deutschland, François-Poncet. Er verspricht, sich bei seiner Regierung für den baldigen Beginn der Verhandlungen über ein Kriegsgräberabkommen einzusetzen. Auch er drückt seine Zweifel wegen der finanziellen Seite des Abkommens aus. Da der Volksbund davon überzeugt ist, daß diese finanziellen Probleme bei den Besprechungen gelöst werden können, wird Adenauer gebeten, François-Poncet nochmals auf die besondere Dringlichkeit der Angelegenheit hinzuweisen (45).

Nach diesen jahrelangen Bemühungen des Volksbundes werden Minister Mutter und Botschafter François-Poncet bei ihrer Regierung vorstellig und setzen sich für den Beginn der Verhandlungen ein. Das geschieht Anfang 1954, doch es ist nicht sicher, ob dieses ausgereicht hätte, um die französische Regierung zu Verhandlungen zu veranlassen. Die letzte Auslösung zu diesem Entschluß ist eine sehr bestimmt gehaltene Note des Auswärtigen Amtes, die von dem deutschen Botschafter in Paris der französischen Regierung im März 1954 übergeben wird. Prompt kommt die französische Antwort zu Besprechungen bereit zu sein, und sehr kurzfristig werden die Verhandlungen auf Mitte April 1954 festgelegt. Allerdings verlangt die französische Regierung die gleichzeitige Behandlung ihrer Wünsche bezüglich der in Deutschland in den Konzentrationslagern umgekommenen französischen Deportierten. Dieses Junktim zwischen dem sogenannten Deportationsabkommen und dem Kriegsgräberabkommen wird sich bei den Verhandlungen als Vorteil erweisen, da die Franzosen an dem Deportationsabkommen stark interessiert sind, und, um dieses zu retten, manche Konzessionen machen wollen. Nur so kommen die Verhandlungen zu einem guten Abschluß, denn die Gespräche in den beiden Sitzungsperioden im April und Mai 1954 verlaufen sehr hart und mühselig (46). Als Vertreter des Volksbundes nimmt Generalsekretär Margraf in der deutschen Delegation an den Verhandlungen teil. Auf französischer Seite kommen noch gewisse Ressentiments zutage, die neben einer unnachgiebigen Haltung vor allem in der Frage des Deportationsabkommens, den Verlauf der Sitzungen stören. Die Verhandlungen über das Kriegsgräberabkommen gestalten sich viel einfacher als die anderen. Beide Seiten sind sich über die Notwendigkeit der Pflege und Erhaltung der deutschen Gräber in Frankreich einig. Hauptproblem ist und bleibt aber die Finanzierung. Die französische Delegation möchte am liebsten die Kosten der Pflege der Gräber vom Ersten und vom Zweiten Weltkrieg der Bundesregierung zuschieben, und so das Abkommen auf die Gräber des Ersten Weltkrieges ausdehnen. Es gelingt der deutschen Delegation aber, das neue Abkommen auf die Gräber von 1939/45 zu beschränken und die Franzosen zu einer weiteren Anerkennung der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu bewegen. Dadurch übernimmt die

französische Regierung weiterhin die Kosten für die Pflege der Gräber von 1914/18. Nach harten Auseinandersetzungen und sogar einem Abbrechen der Verhandlungen einigen sich die beiden Parteien auf eine vorläufige Kostenregelung für die Pflege der deutschen Gräber von 1939/45 in Frankreich: für zunächst 3 Jahre übernimmt Frankreich die entstehenden Kosten, eine endgültige Regelung bleibt dem Friedensvertrag mit einem Gesamtdeutschland vorbehalten. Kommt in diesen 3 Jahren kein Friedensvertrag zustande, dann müssen beide Staaten im gemeinsamen Einvernehmen neue Bestimmungen für die Kostenübernahme festlegen (47). Die weiteren Bestimmungen des Abkommens bringen keine großen Probleme mehr mit sich. Der mit der Durchführung der aus dem Abkommen sich ergebenden Aufgaben betraute Volksbund führt die Umbettungen durch und baut die Friedhöfe auf französischem Gebiet aus (48). Die Kosten für die Umbettungen übernimmt die Bundesregierung in voller Höhe. Am Ausbau der endgültigen Friedhöfe beteiligt sich die Bundesregierung mit etwa 40 %, der Rest wird vom Volksbund getragen (49). Für den Volksbund bedeutet der Abschluß dieses Kriegsgräberabkommens einen großen Erfolg, denn all seine Wünsche sind im vollen Umfang durchgesetzt worden. Am 23. Oktober 1954 wird das Kriegsgräberabkommen in Paris unterzeichnet, und nun kann der Volksbund offiziell seine Arbeit in Frankreich aufnehmen. In einem Schreiben vom 23. November 1954 dankt Bundeskanzler Dr. Adenauer dem Volksbund für seine wertvolle Arbeit zur Erhaltung und Ausgestaltung der deutschen Kriegsgräber im Ausland (50). Damit kommt die Anerkennung der Bundesregierung deutlich zum Ausdruck.

3. Offizieller Arbeitsbeginn

Noch vor der Unterzeichnung des Abkommens führt Margraf im Juli 1954 Besprechungen im MACVG über die praktische Seite der künftigen Arbeit des Volksbundes in Frankreich (51). Für die deutschen Gräber des Zweiten Weltkrieges in Frankreich sind 22 endgültige Friedhöfe vorgesehen worden, das Gelände dafür wird von der französischen Regierung kostenlos zur Verfügung gestellt. Frankreich sichert das dauernde Ruherecht der deut-

schen Toten (52). Damit die Zusammenbettung der Toten zu diesen Friedhöfen entsprechend dem Wunsch der französischen Regierung unverzüglich begonnen werden kann, sollte dieses Gelände schnellstens zugewiesen werden. Außerdem bittet Margraf als Erleichterung für die weitere Gräbererfassung um Einblick eines Volksbundsbeauftragten in die französischen Gräberunterlagen, was ihm auch genehmigt wird.

Während der Vorbereitungen zu den Pariser Verträgen wird das Kriegsgräberabkommen im Oktober 1954 unterschrieben. Im Hinblick auf die kommenden neuen Aufgaben des Volksbundes in Frankreich wird die Verbindungsstelle in Paris umgestaltet. 1955 erwirbt der Volksbund in dem Pariser Vorort Maisons-Laffitte ein Haus als Dienstgebäude für seine Geschäftsstelle. Zum 1. Juli 1955 scheidet Pfarrer de Beaulieu aus den Diensten des Volksbundes aus, und geht in den kirchlichen Dienst zurück (53). Die Angestellten in der neuen Geschäftsstelle sind jetzt Deutsche. Die dringendste Aufgabe, die sich nach der Unterzeichnung stellt, ist die Beendigung der systematischen Gräbererfassung, erst dann können die verstreut liegenden Toten zusammengebettet und die endgültigen Friedhöfe ausgebaut werden (54). Diese Erfassung und die Auswertung der von den französischen und amerikanischen Gräberdiensten aufgestellten Gräberlisten brauchen ihre Zeit, doch auch die oft langwierigen Verhandlungen mit dem MACVG über die technischen Voraussetzungen für die Durchführung des Abkommens verhindern eine schnelle Arbeitsaufnahme (55). Nach Artikel 14 des Kriegsgräberabkommens muß der Volksbund nämlich alle Maßnahmen zur vorherigen Genehmigung dem MACVG vorlegen. Um dieses französische Ministerium besser über Wesen, Ziel und Arbeit des Volksbundes aufzuklären, werden 1956 zwei Vertreter des MACVG - darunter Delavalade - zu einem Besuch nach Kassel eingeladen. Damit sie die Arbeitsweise des Volksbundes bei der Gestaltung von Soldatenfriedhöfen kennenlernen, werden verschiedene vom Volksbund ausgebaute Friedhöfe in der Bundesrepublik besucht. Selbstverständlich gehören auch Besprechungen über die Arbeitsaufnahme des Volksbundes in Frankreich zu der Tagesordnung. Vereinbart wird,

daß der Volksbund im Juli 1956 mit besonders dringlichen Umbettungsmaßnahmen anfangen kann und im September 1956 mit den planmäßigen Umbettungen in der Normandie (56). Um diese Umbettungen bewältigen zu können, hat der Volksbund über die YMCA und nach genauer Überprüfung ehemalige deutsche Kriegsgefangene und Zivilarbeiter als Umbetter angestellt. In einem eigenen Schulungslager werden diese Umbetter auf ihre künftige Arbeit vorbereitet. Insgesamt stehen dem Volksbund 55 Umbetter zur Verfügung, darunter auch Eberhard Gräfe, der nach dem Abschluß des Kriegsgräberabkommens nun offiziell beim Volksbund angestellt werden kann. Am 14. September 1956 fangen die Umbettungen in der Normandie an, da sich hier die meisten Gräber des Zweiten Weltkrieges befinden (57). Im Zuge dieser Zusammenbettungen auf Sammelfriedhöfe werden die zahlreichen kleinen Friedhöfe aufgelöst und die Einzelgräber in Feld und Wald und auf Zivilfriedhöfen aufgehoben. Dabei wird versucht, den Unbekannten weitgehend ihren Namen zurückzugeben. Auf den neuen Gräberstätten entstehen wieder Einzelgräber. Nachdem in einem Gebiet die Umbettungen beendet sind und die Umbetter weiterziehen, kann hier angefangen werden mit der Gestaltung der Sammelfriedhöfe. Am Anfang beobachteten die örtlichen Behörden und die Bevölkerung die Tätigkeit der Umbetter mit größter Zurückhaltung und nur sehr selten werden Hinweise auf unbekannte Grablagen gegeben. Dieses Verhalten ändert sich erst, nachdem man erkannt hat, daß keinerlei Nachforschungen nach der Todesursache der Gefallenen angestellt werden. Der Volksbund ist gewillt mit der Beisetzung der Gefallenen auf die Sammelfriedhöfe einen Schlußstrich unter alles zu ziehen, was einmal gewesen ist. Denn nur so könne es zu einer echten Versöhnung an den Gräbern der Kriegstoten kommen (58). Um die Franzosen auch nicht wegen ihrer Racheübungen nach dem Krieg in Verlegenheit zu bringen, werden alle bei den Umbettungen vorgefundenen Opfer dieser Säuberungen ohne weiteres liegen gelassen, nur Wehrmachtsangehörige werden umgebettet (59). So kommt es, daß nach einiger Zeit manche Hinweise auf bisher nicht bekannte Gräber beim Umbettungsdienst eingehen. Ehemalige Führer des französischen Widerstandes werden sich sogar bei der Suche nach diesen Gräbern betei-

ligen. Doch längst nicht alle Maquisards sind dazu bereit, vor allem nicht, wenn es Kommunisten sind. Auch die kommunistisch geleiteten französischen Gemeinden geben sehr ungerne Auskunft über die Lage von deutschen Gräbern. Darum wendet sich der Präsident des Volksbundes im Januar 1957 an den Papst mit der Bitte um Unterstützung der katholischen Geistlichen in diesen Gebieten. Im Februar 1957 antwortet das Staatssekretariat des Vatikans, daß der Papst dieser Bitte gerne entspreche und bereits dem Erzbischof von Paris diesbezügliche Anweisungen gegeben habe (60). Im allgemeinen aber können die Umbetter sich der größtmöglichen Hilfe der Bevölkerung erfreuen. Es kommt nie zu Zwischenfällen (61).

Bei der Unterzeichnung des Kriegsgräberabkommens hat die französische Regierung für zunächst 3 Jahre die Kosten für die Pflege der deutschen Kriegsgräber übernommen. 1957 wird diese finanzielle Frage nun endgültig geklärt. Mit der Umbettung der Toten auf die Sammelfriedhöfe geht die Sorgepflicht für die Gräber auf den Volksbund als Beauftragten der Bundesregierung über. Die Pflege aller Gräber, die noch nicht auf diese endgültigen Friedhöfe umgebettet wurden, obliegt weiterhin der französischen Regierung. Im Zuge der Umbettungen verringert sich deren Zahl zwar ständig, doch wird es noch etwa 10 Jahre dauern, bevor all diese Gräber umgebettet sind (62). Wegen der noch immer andauernden finanziellen Schwierigkeiten des französischen Staates sind die Mittel für die Gräberpflege sehr beschränkt und naturgemäß werden die deutschen Gräber dabei am ehesten vernachlässigt. Auf Hinweis des Volksbundes behebt die französische Regierung zwar immer offensichtliche Mißstände. Weiter werden verwahrloste provisorische Friedhöfe durch den Einsatz von deutschen Jugendgruppen wieder hergerichtet. Dies alles kann aber nicht verhindern, daß viele Angehörige bei einer Frankreichfahrt über den Zustand der Friedhöfe enttäuscht sind und sich sogar beim Volksbund darüber beschwerten. Um diese Mißverständnisse zu beseitigen, wird im Frühjahr 1958 ein Merkblatt vom Volksbund herausgegeben, wobei die Frankreichreisenden über die Hintergründe dieses Zustandes aufgeklärt

werden (63). In einer Pressekonferenz im Dezember 1958 über den Stand der Friedhofsarbeit im Ausland betont der Volksbund, daß voreilige, unsachkundige Kritiken die Angehörigen beunruhigen aber auch fremde Regierungen brüskieren und damit die Weiterarbeit des Volksbundes im Ausland gefährden (64). Soweit kommt es aber nicht, vor allem wegen der entspannten Atmosphäre unter der Regierung von de Gaulle. Der Volksbund kann ungestört in Frankreich weiterarbeiten. Die Entwürfe für die endgültigen 22 Friedhöfe werden vom Volksbund ausgearbeitet und müssen dann vom Auswärtigen Amt beim MACVG zur Genehmigung vorgelegt werden. In keinem Fall sind von der französischen Regierung Auflagen oder Einschränkungen zu den vorgelegten Entwürfen erfolgt, so daß alle Friedhöfe gemäß den Vorstellungen des Volksbundes ausgebaut werden konnten (65). Zum 40jährigen Bestehen des Volksbundes wird Delavalade als Vertreter des MACVG dem Vertretertag im Juni 1959 in Berlin ein Grußwort überbringen. Dabei bezeugt er seinen Glauben, daß der Geist des gegenseitigen Verständnisses sich dank dem Opfer der Gefallenen fest zwischen den Völkern einrichte (66).

Die Ausbauarbeiten gehen schnell voran und im September 1961 können die ersten 4 deutschen Soldatenfriedhöfe des Zweiten Weltkrieges in der Normandie eingeweiht werden. Neben etwa 2000 Angehörigen nimmt auch die Bevölkerung in großer Zahl an den Feierlichkeiten teil. Die Berichte über die Einweihungen stehen alle unter dem Titel: "Versöhnung über den Gräbern" (67). Was aber nicht allen auffällt, ist die massive Anwesenheit des französischen Staatssicherheitsdienstes. Es kommt zwar zu keinen Unstimmigkeiten, doch damit beweist die französische Regierung sehr deutlich ihre Angst. Vielleicht hat sie große Aufzüge und patriotische Reden erwartet, so wie bei den französischen Friedhofseinweihungen? Jedenfalls haben die Trauerfeier, woran meistens alte Männer und Frauen teilnehmen, die französische Regierung erschüttert und ihre letzten Bedenken beseitigt (68). Weil die deutschen Soldatenfriedhöfe an die Landschaft angepaßt sind, findet die französische Bevölkerung viel leichter eine Beziehung zu diesen Gräberstätten. Durch die Kriegsgräberfahrten stellt der Volksbund auch den Kontakt zwischen den Angehörigen und der Bevölke-

rung her. Dabei kommt immer wieder zum Ausdruck, daß die Menschlichkeit nicht an Grenzen oder Völker gebunden ist (69).

4. Das 2. Kriegsgräberabkommen

1962 werden weitere 2 Friedhöfe eingeweiht, 1963 3, 1964 2, 1965 2, so daß Anfang 1966 bereits 13 der 22 vorgesehenen Friedhöfe vollkommen fertig sind. Für 1966 und 1967 sind jeweils 2 Einweihungen vorgesehen (70). Dies bedeutet, daß die große Umbettungsaktion langsam zu Ende geht und die Pflegearbeit nun die wichtigste Aufgabe des Volksbundes in Frankreich wird. Ab 1. Januar 1965 wird dann die Zentrale des Umbettungsdienstes in Maisons-Laffitte umgewandelt in die heute noch bestehende Pflegedienststelle-West (71). Wie bereits erwähnt, obliegt die Pflege der endgültigen Friedhöfe dem Volksbund. Diese gut durchgeführte Pflege steht im schroffen Gegensatz zu der Pflege durch die Franzosen von den provisorischen Gräberstätten des Zweiten Weltkrieges, doch auch von den Friedhöfen des Ersten Weltkrieges. 1966, 47 Jahre nach dem Versailler Vertrag, ist Frankreich noch immer für die Erhaltung und Pflege der 198 deutschen Soldatenfriedhöfe aus 1914/18 verantwortlich. Da, wo der Volksbund langsam die Sorge um alle deutschen Gräber des Zweiten Weltkrieges übernimmt, ist für die Gräber des Ersten Weltkrieges noch keine Möglichkeit dazu gegeben. Zwar hat der Volksbund, im Einverständnis mit den zuständigen französischen Stellen seit 1957 zeitweilig auf diesen Friedhöfen arbeiten dürfen, doch das stellt noch keine endgültige Regelung dar. Je weiter der Ausbau der endgültigen Friedhöfe fortschreitet, desto mehr Angehörige und Besucher kritisieren die unterschiedliche Behandlung der deutschen Kriegsgräber des Ersten und Zweiten Weltkrieges. So streben der Volksbund und die Bundesregierung dahin, die Pflege der deutschen Gräber des Ersten Weltkrieges zu übernehmen. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung fangen im März 1965 in Bonn an (72).

Die Verhandlungen verlaufen in einer aufgelockerten Atmosphäre. Die Franzosen sind selbstverständlich daran inter-

essiert, diese finanzielle Last loszuwerden, obwohl andererseits damit der alte und von den Franzosen immer verteidigte Versailler Vertrag in dieser Beziehung unwirksam wird. Am 19. Juli 1966 wird das neue deutsch-französische Kriegsgräberabkommen in Paris unterzeichnet (73). Nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens hat der Volksbund im Auftrage der Bundesregierung nunmehr für alle deutschen Soldatenfriedhöfe (1870/71, 1914/18 und 1939/45) in Frankreich Sorge zu tragen (74). Das Abkommen von 1954 tritt durch dieses neue Abkommen außer Kraft (75). Hauptergebnis des neuen Abkommens ist, daß der Volksbund die Sorge der 198 deutschen Soldatenfriedhöfe des Ersten Weltkrieges mit insgesamt 745.000 Gefallenen übernimmt. Geplant ist der Ausbau dieser Gräberstätten, wobei das Setzen dauerhafter Grabzeichen das Wichtigste ist, denn die bisherigen schwarzen Holzkreuze mit den Namenplaketten aus Zinkblech müssen allzuoft ersetzt werden. Der Volksbund wertet dieses Abkommen als die Krönung seiner jahrelangen Arbeit in Frankreich (76).

5. Überblick des Aufgabenbereiches

Der Ausbau der Friedhöfe des Zweiten Weltkrieges in Frankreich ist 1969 mit der Einweihung des 21. Friedhofes praktisch abgeschlossen. Der Ausbau des 22. Friedhofes in Bergheim im Südensaß kann erst 1970 angefangen werden wegen der verzögerten Geländeüberlassung durch die französische Regierung (77). Bergheim wird am 7. Juni 1975 eingeweiht (78). Die Gesamtbelegung dieser 22 Friedhöfe beträgt 225.360 Gefallene (79). Im Zuge der Anlegung dieser Friedhöfe werden insgesamt rund 180.000 Umbettungen durchgeführt. Bei Beginn dieser Tätigkeit waren 85.000 deutsche Gefallene als unbekannt registriert, durch die Umbettungen konnten hiervon ca. 60.000 = ca. 70 % identifiziert werden (80).

1968 wird mit dem Ausbau der 198 Friedhöfe des Ersten Weltkrieges in Frankreich angefangen (81). Neben dem Setzen von dauerhaften Grabkreuzen müssen auch die Eingänge ausgebaut, Hochkreuze und Aufbewahrungsstätten für die Belegungslisten errichtet, sowie Schutzräume für Besucher und Geräte- und

Wärterräume gebaut werden. Diese Arbeiten sind bis heute noch nicht beendet. Neben den 745.422 Gefallenen, die auf diesen 198 Friedhöfen ruhen, liegen noch 148.035 Tote teilweise auf Friedhöfen anderer Nationen, oder auf französischen Gemeindefriedhöfen. In annähernd 200 Ortschaften befinden sich außerdem noch rund 8000 Gräber von deutschen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges (82). Geographisch können alle Orte mit deutschen Soldatenfriedhöfen des Ersten Weltkrieges, entsprechend den damaligen Kampfgebieten in einer Zone von ca. 150 km Breite von Calais im Nordwesten über den Raum Lille-Arras im Norden bis zum Raum Strasbourg-Colmar im Osten Frankreichs bestimmt werden.

An ca. 500 Orten und markanten landschaftlichen Punkten sind Gräber und Denkmäler aus dem Kriege 1870/71 erhalten. Meistens sind es Massengräber oder Gebängegrüfte, in denen oft Deutsche und Franzosen zusammen bestattet sind. Einzelgräber erhielten vor allem Offiziere. Darüber hinaus kennzeichnen eine große Zahl von Denkmälern, auch an Stellen, wo keine Gräber liegen, die Schlachtfelder (83). Der Frankfurter Friedensvertrag vom 10. Mai 1871 stellte die Pflege der deutschen Gräber in Frankreich sicher (84). 1873 wurde noch ein besonderes französisches Staatsgesetz zur Erhaltung der deutschen und französischen Gräber des Krieges 1870/71 erlassen (85). Nach dem Kriegsgräberabkommen von 1966 obliegt die Pflege und Erhaltung dieser Gräber und Denkmäler dem Volksbund. Auch diese Arbeiten werden durch den Pflegedienst des Volksbundes in Frankreich wahrgenommen.

1975 erfordern allein die Friedhöfe des Ersten Weltkrieges noch einen weiteren Ausbau, sonst beschränkt sich die Aufgabe des Volksbundes in Frankreich auf die ganzjährige Pflege der Anlagen. Dafür ist die Pflegedienststelle-West in Maisons-Laffitte zuständig. Bei dem großen Arbeitspensum muß aber eine wirtschaftliche Durchführung der Pflege gefunden werden. Die Zentrale in Maisons-Laffitte erledigt neben den technischen Planungen auch die buchhalterischen Aufgaben der Dienststelle. Die Friedhöfe werden zu 5 Pflegebezirken unter der Leitung eines Bezirksgärtnermeisters zusammengefaßt. Jeder Bezirk

verfügt über 2 bis 3 Pflegegruppen, die in einem Radius bis ca. 50 km eingesetzt werden können. Für weiter abgelegene Friedhöfe werden die Pflegearbeiten an private Firmen vergeben. Auf den Friedhöfen des Zweiten Weltkrieges wohnen und arbeiten Verwalter als Angestellte des Volksbundes. Zur Erfüllung der Pflegeaufgaben stehen ihnen je nach Lage volksbund-eigene Pfleger oder Firmenpfleger zur Verfügung. Diese Firmen sind französische oder deutsche, je nachdem, wie günstig ihre Angebote sind. Alle anfallenden Kosten auf den Quadratmeter Friedhofsfläche umgerechnet, ergeben 1975 einen mittleren Pflegepreis von 2,30 FF (etwa 1,15 DM) pro qm und Jahr (86).

Durch diese tägliche Arbeit des Volksbundes in Frankreich entstehen eine Vielzahl von Kontakten und Bekanntschaften mit Franzosen. Dies bietet die Möglichkeit, eine positive Anschauung von den Deutschen zu vermitteln. Diese Möglichkeiten sind aber beschränkt, denn die intensiven Kontakte des Volksbundes mit weiten Kreisen der Bevölkerung findet nur in 23 Departements von insgesamt 95 statt (87). Vom Ersten Weltkrieg befinden sich deutsche Soldatenfriedhöfe in 14 Departements, vom Zweiten in 18, davon haben 9 bereits Friedhöfe des Ersten Weltkrieges, so daß der Volksbund nur in 23 verschiedenen Departements tätig ist (88). Es gibt zwar noch Grabstätten von deutschen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges in 26 anderen Departements, doch die Lage ist zu zerstreut und die Gräberstätten zu klein, um zu einem intensiven Kontakt zu kommen. Trotzdem dürfen wir nicht vergessen, daß der Volksbund gerade in diesen Departements tätig ist, die während der beiden Kriege am meisten gelitten haben. Deswegen ist die Arbeit in einem solchen Departement sicherlich mehr wert als in einem anderen, das nicht vom Krieg heimgesucht wurde. Denn gerade die Bevölkerung der obengenannten 23 Departements wird die hartnäckigsten Vorurteile gegenüber den Deutschen haben.

II.2. Jugendlager

=====

Im I. Teil haben wir bereits ausführlich besprochen, wie die Jugendlager des Volksbundes entstanden sind. Nach einigen Jahren aber findet die übergroße Mehrzahl dieser Lager in Frankreich statt. Diese Entwicklung versuchen wir im 1. Abschnitt dieses Kapitels zu zeichnen. Weiter beschäftigen wir uns mit der Frage, wie diese Lager bei der französischen Bevölkerung angekommen sind und ob es auch Schwierigkeiten gegeben hat.

Weiter gehen wir auf die Finanzierung der Jugendlager ein. Dabei stellen wir fest, daß die Ausgaben des Volksbundes für diese Arbeit nur ein winziger Bruchteil der totalen Ausgaben darstellen. Die Möglichkeit ist also da, daß die Jugendarbeit des Volksbundes noch erweitert wird, vor allem, nachdem alle Friedhöfe endgültig ausgebaut sind.

Da der Volksbund nicht die einzige Organisation ist, die deutsch-französische Jugendlager organisiert, untersuchen wir schließlich die Stellung der Volksbundlager in dem Gesamt-rahmen des deutsch-französischen Austausches. Dabei stützen wir uns hauptsächlich auf Untersuchungen des DFJW. Vor allem das Sprachenproblem ist hierbei von besonderer Bedeutung.

1. Entwicklung

Das erste Jugendlager des Volksbundes in Frankreich findet im Sommer 1957 in La Cambe in der Normandie statt. Es wird organisiert vom CVJM und vom Kolpingwerk und ist international, so wie die bereits besprochenen vorjährigen Lager der gleichen Organisatoren in Lommel und Bastogne (1). Im I. Teil sahen wir bereits, wie seit Anfang der 50er Jahre deutsche Jugendgruppen bei ihren Fahrten nach Frankreich, auch die auf ihrer Reiseroute befindlichen deutschen Soldatenfriedhöfe instand gesetzt haben. Kleinere Gruppen fuhren sogar dort hin, mit dem ausschließlichen Ziel der Gräberpflege, so z.B. eine Gruppe von 12 Jungen aus Dortmund, die im Sommer 1953

bei Metz deutsche Soldatengräber in Ordnung bringen (2). Im Elsaß kommt es 1954 zu einem gemeinsamen Einsatz von deutschen und französischen Pfadfindern (3). Doch diese Einsätze betreffen immer die Betreuung provisorischer Gräberstätten, und werden dem Volksbund spontan angeboten, kurz bevor die Gruppe losfährt. Da sich das Reiseziel und die Teilnehmerzahl auch noch häufig ändern, kann der Volksbund hier keine Planung durchführen und eigentlich nur gute Ratschläge auf die Reise mitgeben. Deswegen kann man diese Einsätze nicht mit den lange im voraus geplanten Jugendlagern des Volksbundes vergleichen. Hierbei werden Lagerträger herangezogen, die mit ihren Gruppen ein vom Volksbund ausgearbeitetes Arbeitspensum erledigen wollen. Diese Arbeiten gelten - im Gegensatz zu den Einsätzen - der Ausgestaltung endgültig bestehen bleibender deutscher Kriegsgräberstätten. Das Interesse für das erste Volksbundlager in Frankreich ist sehr groß und bald sind die 6 Abschnitte von 3 Wochen zu je 80 Teilnehmern belegt. Doch auch die offiziellen französischen und deutschen Stellen messen diesem Lager großes Gewicht bei. Zu der Lagereröffnung kommen Vertreter des MACVG, des deutschen Botschafters in Paris, des Innenministeriums in Bonn, des CVJM-Frankreich usw. Die Lagerteilnehmer werden auch zu einem offiziellen Empfang im Pariser Rathaus eingeladen. Sowohl die deutsche wie die französische Seite sind offensichtlich bemüht zu zeigen, daß sie sich hinter das Motto des Volksbundlagers "Versöhnung über den Gräbern - Fraternité chrétienne par-dessus les tombes" stellen und sich für eine deutsch-französische Verständigung einsetzen. In der Volksbundzeitschrift wird darüber ausführlich berichtet (4). Dies verfehlt seine Wirkung nicht, denn im Sommer 1958 können zwei internationale Jugendlager in Frankreich und ein Lager in Italien durchgeführt werden. CVJM und Kolpingwerk übernehmen das internationale Lager in St.-André-de-l'Eure, das zweite internationale Lager findet in Orglandes statt. Träger ist hier der Deutsche Bundesjugendring. Für dieses Lager ist auch die Teilnahme junger Franzosen vorgesehen. Der Bayrische Jugendring führt das Lager in Italien durch. Damit stehen dem Volksbund bereits drei Lagerträger zur Verfügung. Daneben mel-

den sich noch immer zahlreiche Jugendgruppen für Einsätze während ihrer Auslandsreise (5). Hauptereignis ist das Lager in St. André-de-l'Eure, woran Jugendliche aus 12 Nationen beteiligt sind. Als Vertreter des MACVG spricht Herr Delavalade bei der Abschlußfeier dieses Lagers den Wunsch aus, in absehbarer Zeit ein solches Lager zur Herrichtung eines gemeinsamen deutsch-französischen Friedhofes durchführen zu können. Über diesen Vorschlag wird der Generalsekretär des Volksbundes noch Besprechungen in Paris führen, ohne konkreten Erfolg aber (6).

Ab 1958 steigert sich die Zahl der Jugendlager ständig. 1959 sind es bereits 4, davon 3 in Frankreich. Ein Lager findet in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bremen statt (7). In den nächsten Jahren werden auch die anderen Landesverbände ihre eigenen Jugendlager durchführen, so z. B. der Landesverband Berlin ab 1960 (8). Bei all diesen Lagern wird das Motto "Versöhnung über den Gräbern" übernommen, wovon ab 1959 die französische Übersetzung lautet: "Réconciliation par-dessus les tombes". Aus den Lagerberichten geht hervor, daß die Bevölkerung den Jugendgruppen mit Achtung und Anteilnahme begegnet ist. Immer wieder mußten die Jugendlichen sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen und der einheimischen Bevölkerung das Bild eines anderen Deutschlands zeigen. Nur so konnten Vorurteile abgebaut und Freundschaften geschlossen werden (9). Dabei ist die lokale Presse sehr behilflich, denn in den Sommermonaten, wo sowieso saure-Gurken-Zeit ist, bedeutet ein Jugendlager des Volksbundes ein Leckerbissen für die Journalisten. So bringt "La Voix du Nord" im September 1959 einen sehr detaillierten Bericht über eine Gedenkfeier im internationalen Lager von Neuville-St. Vaast bei Arras (10). Infolge dieser besseren Aufklärung der französischen Bevölkerung über die Ziele der deutschen Jugendlichen kommt es viel leichter zu Begegnungen von Franzosen mit den Lagerteilnehmern. Durch die wiederholte Durchführung von Lagern in einem Ort kommen tatsächlich dauerhafte Kontakte zustande. Und das wird wegen der wachsenden Zahl der Lager in immer mehr Orten Wirklichkeit. 1960 werden 9 Jugendlager

durchgeführt, davon 6 in Frankreich (11), von insgesamt 12 Lagern finden 1961 sogar 11 in Frankreich statt (12). Damit die Ausländer die Bundesrepublik besser kennenlernen, werden ab 1962 alljährlich internationale Jugendlager in der Bundesrepublik durchgeführt. Daran sind die Franzosen am stärksten beteiligt: Zwischen 1962 und 1975 nehmen von insgesamt 2043 Ausländern 712 Franzosen teil, neben 566 Engländern und 429 Norwegern (13). Von den insgesamt 1550 Jugendlagern, die zwischen 1953 und 1975 durchgeführt werden, finden 1095 in Frankreich statt mit 69.979 Teilnehmern von insgesamt 92.612. An zweiter Stelle steht Italien mit 151 Lagern und 6.162 Teilnehmern (14). An diesen Zahlen erkennen wir überdeutlich die große Bedeutung, die der Volksbund seiner Arbeit in Frankreich beimißt. Dies ersehen wir auch aus dem Aufkleber für die Jugendlager, in deutscher und französischer Sprache steht darauf: "Versöhnung über den Gräbern - Arbeit für den Frieden". In der Mitte symbolisiert eine Brücke, bestehend aus den Nationalfarben der Bundesrepublik und Frankreich, die Verständigung zwischen beiden Völkern (15). Diese Aufkleber werden auch für alle anderen Jugendlager verwendet. Wer den Volksbund nicht genau kennt, der könnte leicht annehmen, diese Organisation befasse sich nur mit der deutsch-französischen Verständigung. Diese Fixierung des Volksbundes auf Frankreich läßt sich aber hauptsächlich durch die im Vergleich zu anderen Ländern höhere Zahl der deutschen Soldatengräber in diesem Land erklären. Darum muß dort mehr gearbeitet werden, und viele Jugendgruppen können hingeschickt werden. Damit die Franzosen aus den Einsatzgebieten den Volksbund im einzelnen, und die Bundesrepublik im allgemeinen kennenlernen, werden auch am meisten Franzosen zu den internationalen Jugendlagern eingeladen. Hinzu kommt natürlich noch das Anliegen, das auch von den Politikern befürwortet wird, durch dieses gegenseitige Kennenlernen, die Jugend der beiden Länder zu einer Verständigung zu bringen.

Die Jugendgruppen in Frankreich übernehmen Aufgaben, wie Neubegründung von Friedhofsflächen, Anlage von Drainagegräben, Ausmalen von Schriften auf Grabzeichen, Holzkreuze setzen,

Namenplaketten aufnageln und Versetzen von Betonsockeln für eine Kennzeichnung der Gräber mit Metall- oder Steingrabzeichen. Diese Arbeiten sind langwierig, doch auch von nichtfachmännischen Kräften zu bewältigen, so daß der Einsatz von Jugendgruppen hierbei eine kostensparende Ergänzung der Pflegemaßnahmen des Volksbundes darstellt (16). Anfänglich wird auf den Friedhöfen des Zweiten Weltkrieges gearbeitet, heute liegt der Nachdruck auf den Friedhöfen des Ersten Weltkrieges. Durch die Zusammenbettungen auf wenigen zentralen Friedhöfen ist die Pflege der Gräber des Zweiten Weltkrieges viel leichter, und dadurch ist der Pflegezustand dieser Gräber heute so, daß hier keine Jugendgruppen mehr benötigt werden. Anders sieht es aus bei den vielen Friedhöfen des Ersten Weltkrieges. Nach dem Abkommen von 1966 müssen sie alle ausgebaut werden. Bereits seit 1957 hat der Volksbund im Einverständnis mit dem MACVG auf diesen Gräberstätten Jugendgruppen zur Instandsetzung eingesetzt (17). Für die Ausbauarbeiten, die nach 1966 anfangen, werden die Jugendgruppen aber auch noch in Zukunft gebraucht. Ab und zu arbeiten Jugendliche auch auf Friedhöfen von 1870/71 (18).

Durch die fortschreitende Tätigkeit des Umbettungsdienstes werden Anfang der 60er Jahre die selbständigen Einsätze von Einzelgruppen zur Betreuung von provisorischen Gräberanlagen des Zweiten Weltkrieges unmöglich (19). Damit sind diese Maßnahmen aus der Pionierzeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg beendet. Mehr und mehr wird die Arbeit der Jugendlichen während der Ferienmonate in die Pflegedurchführung der Volksbundpflegegruppen integriert.

In den Berichten über diese Jugendlager überragen selbstverständlich die Hurrahtöne. So wird ständig darauf hingewiesen, daß die Jugendlichen in Frankreich Haß und Vorurteile während ihrer Lager überwinden konnten (20). Die Lagerteilnehmer werden als "Botschafter des guten Willens" bezeichnet (21). Das 1000. Jugendlager in Frankreich, im Juli 1973, ist Anlaß, um die Jugendaktion des Volksbundes "Versöhnung über den Gräbern" groß zu feiern (22). Der Volksbund hat

auch ein Recht darauf, stolz zu sein, denn in Frankreich ist der Volksbund nur bekannt unter dem Namen "Réconciliation pardessus les tombes", dem Motto der Jugendlager. Auch die lokale Presse läßt sich sehr lobend über die Jugendlager aus. Höhepunkte sind immer die Lagerfeiern, wozu die Gastbevölkerung eingeladen ist, die Mithilfe der deutschen Jugendlichen bei der Ernte, bei Renovierungen von Schulen und Kinderspielflächen oder bei Katastrophen (23). Es ist klar, daß es unmöglich immer so reibungslos verlaufen konnte. In den Lagerberichten sind aber alle Angaben über Konflikte mit der französischen Bevölkerung oder den Behörden systematisch gestrichen worden. Man kann sie nur vermuten, indem in einem Bericht z. B. die anfängliche Zurückhaltung der Bevölkerung allzu stark betont wird. Dies ist geschehen, um niemanden in Frankreich zu verletzen weder heute, noch in der Zukunft. Die gleiche Diskretion herrscht auch in der französischen Presse. Lieber wird geschwiegen, als Gefahr zu laufen, verschrien zu werden, als jemand, der durch seine zu offenen und taktlosen Äußerungen die deutsch-französische Annäherung gefährdet. Bei unseren Nachforschungen hatten wir es schwer, auch nur einige Beispiele von solchen Konflikten zu finden. Wenn wirklich darüber Aktenvermerke aufgestellt wurden, dann sind diese nicht bei dem übrigen Aktenmaterial der Lager gelandet, sondern verschlossen aufbewahrt, so daß sie nicht an die Öffentlichkeit kommen konnten. Darum müssen wir uns hier auf die wenigen zugänglichen Unterlagen beschränken. So werden zwei Jahrenacheinander die Zelte des deutschen Jugendlagers in St. Quentin (Departement Aisne) mit Hakenkreuzen beschmiert, genauso wie die Gräber und Bäume auf dem deutschen Soldatenfriedhof des Ersten Weltkrieges. Die 3 lokalen Zeitungen verurteilen diesen Vorfall heftig, doch weiter wird keine Erklärung gegeben. Der Volksbund begnügt sich in seiner Jugendzeitschrift mit der bloßen Wiedergabe des Vorfalles (24). Waren hier Rowdies am Wirken oder hatte die Gruppe Ärger erregt? Hierauf können wir nicht antworten, da wir die Gegebenheiten dieses Lagers nicht genug kennen. Wo wir aber mit Sicherheit sagen können, daß Konflikte mit den Franzosen entstanden sind wegen des schlechten Benehmens der deutschen

Jugendlichen ist der Fall eines Lagers 1970 in Nesle (Departement Somme). 1969 wird dort bereits ein Lager durchgeführt zu allgemeiner Zufriedenheit von Teilnehmern, Organisatoren und Bevölkerung. In diesem Lager fungiert zum ersten Mal eine Französin aus Boulogne als Dolmetscherin. Sie ist so begeistert von der Volksbundarbeit, daß sie sich 1970 wieder als Dolmetscherin für das Lager in Nesle zur Verfügung stellt (25). 1970 wird aber eine große Enttäuschung. Die Gruppe ärgert die Bevölkerung des Dorfes durch nächtliche Ruhestörungen, übermäßigen Alkoholgenuß und ein arrogantes und lautes Auftreten. Sofort kommen bei den Franzosen alle Vorurteile gegenüber den Deutschen wieder hoch, und die Dolmetscherin wird sogar von ihren eigenen Landsleuten wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Deutschen angegriffen (26). In der Gruppe selbst wird sie auch nicht anerkannt, und so schreibt sie nach Abschluß des Lagers: "Ich hatte zum ersten Mal Zweifel, ob die Franzosen wirklich mit solchen Leuten (= den Deutschen) eine Freundschaft schließen können" (27). Daran ist deutlich zu erkennen, welche schwerwiegende Folgen ein solches mißlungenes Lager haben kann. Die Verärgerung der Bevölkerung ist sogar so groß, daß der Bus der Teilnehmer mit Steinen beworfen wird (28). Nesle wird für mehrere Jahre für den Volksbund geschlossen bleiben. Hauptschuld für dieses Scheitern des Lagers liegt natürlich bei dem ungeeigneten Leitungsteam, doch da, wo verschiedene Teilnehmer für die nächsten Jahre von einer weiteren Jugendlagerteilnahme ausgeschlossen werden, wird das Leitungsteam nicht zur Rechenschaft gezogen (29). Es wird aber selbst seine Schlußfolgerungen ziehen und sich für mehrere Jahre zurückziehen. Dieser Fall steht aber nicht allein, jedes Jahr gibt es solche Lager, die schlecht ankommen. Der Volksbund hat natürlich Interesse daran, diese nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, und nach einer Auswertung im Kreise der Jugendreferenten wird dann darüber geschwiegen.

Doch es gibt nicht nur Ärger zwischen den Jugendlichen und der örtlichen Bevölkerung, es kommt auch zu Konflikten zwischen dem Volksbund und den französischen Behörden. Im

Sommer 1960 findet eine Auseinandersetzung zwischen dem Volksbund und dem MACVG statt. Laut Kriegsgräberabkommen von 1954 behält sich die französische Regierung über das MACVG verschiedene Aufsichtsfunktionen vor, darunter auch die Meldepflicht zur Durchführung von Jugendlagern. Der Volksbund hat sich immer daran gehalten, nur mit der Einschränkung, daß die Jugendlager viel früher gemeldet werden, als die Einsätze von Jugendgruppen während einer Frankreichfahrt. Letztere müssen nämlich auch gemeldet werden, wenn sie Instandsetzungen vornehmen wollen. Da die Anmeldung dieser Gruppen beim Volksbund oft sehr kurzfristig erfolgt und nie ganz feststeht, was sie auf ihrer Reise erledigen werden, hat sich im Laufe der Jahre die Regelung herausgebildet, daß diese Gruppen und ihre Reiseziele dem französischen Ministerium lediglich zur Information gemeldet werden, damit das Ministerium Bescheid weiß, falls eine Anfrage aus einem örtlichen Bereich bei ihm erfolgt. Die Jugendlager selbst werden sehr frühzeitig geplant, rechtzeitig beim MACVG angemeldet und genehmigt. Diese Regelung hat sich mehrere Jahre bewährt, wenn 1960 eine Verwechselung der beiden Arbeitseinsätze beim MACVG erfolgt (30). Ende Juni 1960 beschwert sich das Ministerium, viel zu kurzfristig benachrichtigt worden zu sein, und in gewissen Fällen sogar vor vollendeten Tatsachen zu stehen, indem die Gruppen schon da waren, bevor die Anmeldung ankam. Da für die meisten Gruppen die genauen Einsatzorte fehlen, wird die Ermächtigung zur Durchführung dieser Einsätze auch nicht vergeben (31). Daraufhin macht der Volksbund dem MACVG den Unterschied zwischen den Jugendlagern und den Einsätzen klar und weist darauf hin, daß die Jugendlager bereits im Winter gemeldet werden. Die Einsätze können aus den bereits bekannten Gründen erst später gemeldet werden, doch die Jugendlichen werden angewiesen, immer die Erlaubnis der zuständigen Behörden einzuholen, bevor sie ihre Arbeiten anfangen (32). Ein zweiter Brief des MACVG kreuzt aber das oben genannte Schreiben des Volksbundes und verbietet praktisch die Durchführung von Instandsetzungsarbeiten, nur Ausschmückung mit Blumen ist möglich (33). Dadurch kommt der Volksbund in eine sehr unangenehme Situation. Nicht nur diese Jugend-

einsätze sind gefährdet, sondern auch die Lager. Ein Abstoppen der ganzen Aktion zu diesem Zeitpunkt, wo bereits viele Jugendgruppen unterwegs sind oder ihre Vorbereitungen abgeschlossen haben, würde nicht kontrollierbare Reaktionen der Jugendgruppen, eventuell in der Presse, hervorrufen können. Daher wendet der Volksbund sich Mitte Juli nochmal an das MACVG und verspricht die Jugendgruppen von dem Verbot zu benachrichtigen, ohne Genehmigung irgendwelche Arbeiten an deutschen Soldatengräbern in Frankreich vorzunehmen (34). In einem Rundschreiben wendet Soltau sich auch noch an alle nicht abgereisten Jugendgruppen (35). Während dieses Hin und Her erhält der Volksbund aus den Einsatzgebieten in Frankreich Nachrichten über einen erfreulichen Verlauf der Einsätze und ein gutes Einvernehmen mit den örtlichen französischen Behörden (36). Daran erkennt man, daß die ganze Auseinandersetzung nur darum ging, daß die zentrale Behörde, in casu das MACVG in Paris, sich überfahren fühlte und deswegen so viele Schwierigkeiten machte. Andererseits sehen wir hier auch, auf welchen schwachen Grundlagen die Jugendarbeit in Frankreich damals noch stand.

2. Finanzierung

Seit den ersten Lagern von Pater Rieth werden für die Jugendlager des Volksbundes Gelder aus dem Bundesjugendplan zur Verfügung gestellt. Anfänglich müssen diese aber für jedes Lager einzeln beantragt und genehmigt werden. Ab 1958 werden diese Zuschüsse automatisch und pauschal zugeteilt, eine Verantwortung der Verwendung erfolgt dann nach der Lagerdurchführung (37). Mit der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW) durch den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 1963 werden auch die Programme des Bundesjugendplans geändert. Im Mai 1964 kommt es zu einer Aussprache zwischen Vertretern des Bundesministeriums für Familie und Jugend, des DFJW und des Volksbundes (38). Zweck der Besprechung ist die Abgrenzung der Förderungsmöglichkeiten, besonders für Lager in Frankreich,

zwischen dem Bundesministerium für Familie und Jugend und dem DFJW. Da die Kontakte der Jugendlichen mit der französischen Bevölkerung im Sinne des DFJW lägen, könne das DFJW die finanzielle Unterstützung der Jugendlager in Frankreich übernehmen, die anderen Lager würden weiterhin aus dem Bundesjugendplan finanziert werden. Im November 1964 werden die französischen Delegierten im Kuratorium des DFJW diese Regelung aber ablehnen, da die Jugendlager des Volksbundes nicht zu gleichen Teilen mit deutschen und französischen Teilnehmern besetzt seien und so keine echte Partnerschaft vorhanden sei (39). Hiergegen wehrt sich der Volksbund heftig, und der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend wird eingeschaltet. Inzwischen drängt die Zeit aber: die Jugendlager für den Sommer 1965 müssen vorbereitet werden, wegen der fehlenden Mittel können mehrere Lager nicht eingeplant werden. Erst im Juni 1965 bewilligt das DFJW Zuschüsse für die Jugendlager des Volksbundes, diese Mittel werden jedes Jahr neu beantragt. Damit besteht jedes Jahr wieder die Gefahr, daß die beantragten Mittel nur teilweise oder auch gar nicht bewilligt und ausgezahlt werden. Diese Regelung ist für den Volksbund untragbar und erst nach langem Hin und Her ist das Kuratorium des DFJW bereit, jährlich einen festen Betrag für die Jugendlager des Volksbundes in Frankreich einzuplanen (40). Die Lager, die nicht in Frankreich stattfinden, werden weiterhin aus dem Bundesjugendplan gefördert (41).

Von Anfang an hat der Volksbund für die Durchführung der Jugendlager finanzielle Mittel aufgebracht. Daneben haben die Teilnehmer jeweils ihren eigenen Beitrag geleistet. Diese Finanzierung der Jugendlager sieht heute in Prozenten ausgedrückt folgendermaßen aus: 38 % Zuschüsse vom DFJW oder aus dem Bundesjugendplan, 31 % Eigenbeiträge der Teilnehmer, 26 % Volksbundzuschuß und 5 % sonstige Zuschüsse (42). 1975 bekommt der Volksbund vom DFJW DM 238.000 und aus dem Bundesjugendplan DM 235.000. Für seine Jugendarbeit - nicht nur die Jugendlager, jedoch ohne die Verwaltungskosten und ohne die Kosten für die Zeitschrift "stimme und weg" - gibt der

Volksbund im gleichen Jahr DM 382.000 aus, das ist etwas mehr als 1 % der Gesamtausgaben des Volksbundes (43). Diese Zahl ist von Anfang an so gewesen. Daran erkennt man den noch immer winzigen Anteil der Jugendarbeit beim Volksbund.

Eine andere Art Unterstützung des Volksbundes durch die Bundesregierung ist die Hilfeleistung der Bundeswehr beim Kriegsgräbereinsatz im In- und Ausland. Soldaten können sich freiwillig für so einen Einsatz melden und bekommen bis zu 10 Tagen Sonderurlaub. Andererseits stellt die Bundeswehr Busse, LKWs, Kochgeräte und das dazugehörige Personal zur Verfügung (44). Diese Soldaten werden in Frankreich ohne Probleme angenommen, denn die Bevölkerung sieht sie gleich als junge Soldaten an, die nichts mit der Besatzung zu tun haben. Selbstverständlich ist immer die größte Rücksicht geboten (45).

3. Stellung im deutsch-französischen Austausch

Noch vor Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages dankt Bundespräsident Lübke den Teilnehmern der Sommerlager 1960 für ihren im Geiste der Versöhnung geleisteten Dienst, und hofft, daß diese Bereitschaft reiche Frucht bringen möge (46). Die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland ist Anfang der 60er Jahre ein beliebtes Gesprächsthema in beiden Ländern (47). In diesem Klima wird dann Anfang 1963 der deutsch-französische Vertrag unterzeichnet und das DFJW gegründet. Die ständigen Ziele des DFJW sind das gegenseitige Kennenlernen, Verständigung, Solidarität und Zusammenarbeit der Jugend der beiden Länder (48). Dies ist deutlich eine "politische" Zielsetzung, nämlich durch Beheben von latenten Konfliktursachen dauerhafte Bindungen zwischen den beiden Nachbarstaaten schaffen. Dafür arbeitet das DFJW mit allen Gruppen und Verbänden zusammen, ohne Rücksicht auf politische oder konfessionelle Bindung, die eine Partnergruppe im anderen Land haben und ein Programm vorlegen. Die finanzielle Förderung richtet sich dann nach der Qualität des vorgelegten Programms. Voraussetzung ist aber eine Eigenbeteiligung der Teilnehmer, denn das DFJW will keine Wohltätigkeitseinrichtung für kostenlose Ferien und Unter-

haltung sein(49). In dieser Konzeption kommt den Jugendaufbaulagern eine besondere Bedeutung zu, denn durch die gemeinsame Arbeit kommen besonders enge Kontakte zustande, sowohl der Teilnehmer untereinander, als auch zur Umwelt, in der sie arbeiten. Und hier verdienen die Jugendlager des Volksbundes eine besondere Erwähnung. Sie wurden bereits vor dem Vertrag unter dem Motto "Versöhnung über den Gräbern" durchgeführt und allmählich arbeiten auch junge Franzosen mit. Die Tatsache, daß diese Lager oft über Jahre am gleichen Ort stattfinden, hat mit dazu beigetragen, daß in diesem Bereich die Kontakte zur französischen Bevölkerung meist besonders eng und dauerhaft sind. Dieser Erfolg wird vom DFJW anerkannt und in seinem ersten Tätigkeitsbericht auch gehuldigt (50). Der damalige Generalsekretär des DFJW, René Altmayer, wird 1968 sogar für gemeinsame deutsch-französische Jugendlager des Volksbundes im Ausland plädieren (51). Der Volksbund nimmt also unter den deutsch-französischen Austauschprogrammen einen festen Platz ein. Alle haben als gemeinsame Komponente ihrer Arbeit die internationale Erziehung zu Völkerverständigung und Frieden (52). Das DFJW geht davon aus, daß nicht nur die Teilnehmer solcher Austauschprogramme beeinflußt werden, doch auch ihre Heimatgruppen, ihre Schulen, Eltern, Nachbarn usw. (53) In einer Empfehlung der Kultusministerkonferenz vom 22. März 1963 wird bestätigt, daß die Arbeit des Volksbundes und die von ihm getragenen Gedanken geeignet sind, eine Erziehung zum Frieden zu fördern (54).

5 Jahre nach dem deutsch-französischen Vertrag wird 1968 eine Bestandsaufnahme der erreichten Resultate gehalten und dabei wird festgestellt, daß das DFJW unbestritten den größten Erfolg von allen Institutionen dieses Vertrages gehabt hat. Jedoch gibt es auch Kritiken, vor allem über die Motive der deutsch-französischen Begegnungen. Den Initiativen dieser Begegnungen ginge es damals um die Aussöhnung und Verständigung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern, doch dieses entspreche 1968 nicht mehr dem Hauptanliegen der Jugend. Die Gesamtatmosphäre des deutsch-französischen Ju-

gendaustausches sei sachlicher geworden, denn die Partnerschaft zwischen den beiden Ländern erscheine den heutigen Jugendlichen als etwas Selbstverständliches (55). Welche Konsequenzen müssen die Verantwortlichen daraus ziehen? Soll man aufhören über die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Deutschland zu reden und tun als ob eine Aussöhnung nie notwendig war, oder ist? Denn Aufklärungsversuche über Verbrechen des III. Reiches könnten bei deutschen Teilnehmern eines deutsch-französischen Jugendlagers Verteidigungstendenzen wachrufen, die zu einer Verstärkung des Nationalgefühls führen (56). Und dieses ist doch das Gegenteil von den Zielen des DFJW. Laut Alfred Grosser, während der Abschlusssitzung des DFJW-Kongresses 1968 soll man aber weiter den Jugendlichen die Erfahrungen der Älteren bei der Bewältigung der Vergangenheit als Beispiel nahelegen, sonst würde das DFJW nur noch Touristenreisen organisieren (57). Dies soll aber kein Hindernis dafür sein, daß die Teilnehmer einer deutsch-französischen Veranstaltung des DFJW, sich ein besseres Bild machen können von den großen und aktuellen gesellschaftspolitischen Problemen im anderen Land (58). Für die Jugendlichen ist die Phase des Gegenübers vorbei und nun wollen sie gemeinsam interessierende Sachfragen diskutieren. So entsteht ein Gespräch zwischen der Jugend der beiden Länder, wobei die eine Seite die andere besser kennenlernt und die bestehenden Unterschiede nicht als Störung, sondern als Bereicherung empfindet. In dieser Bejahung der pluralistischen Gesellschaft liegt das höhere pädagogische Ziel der internationalen Jugendarbeit (59).

Von dieser Kritik ist natürlich auch der Volksbund betroffen, die Lager laufen doch unter dem Motto: "Versöhnung über den Gräbern". Bereits 1963 gibt der Volksbund in einer Jugendbroschüre, anlässlich des 10jährigen Bestehens der Jugendlager zu, daß der reine Idealismus nicht der alleinige Grund sei für eine Teilnahme an einem Jugendlager. Hinzu kämen noch der Reiz des Neuen, des Auslandes aber auch die Suche nach Gemeinschaft und gleichaltrigen Freunden (60). Diese letzten Motive sind legitim für die heutige Jugend, und stel-

len eigentlich eine positive Entwicklung dar. Beim Volksbund werden sie aber immer in Verbindung mit dem Wunsch zur Versöhnung gesehen. Wenn dieses Motiv gegen 1968 an Wichtigkeit verliert, bedauern manche Älteren es, daß die Jugendlichen, die in Frankreich Kriegsgräber pflegen, vorwiegend von dem Wunsch geleitet werden, ihre Ferien auf andere Weise und in einem anderen Land zu verbringen und nette Kameraden kennenzulernen. Doch machen diese Leute sich keine Illusionen und verkennen sie nicht die wirkliche Lage? (61) Es ist doch unmöglich, daß deutsche Jugendliche eine Versöhnung mit Franzosen anstreben, ohne genau zu wissen, weshalb. Außerdem wird ab 1968 von offizieller Seite immer verkündet die deutsch-französische Aussöhnung sei Wirklichkeit geworden (62). Hier ist aber die politische Aussöhnung zwischen beiden Staaten gemeint, und diese ist tatsächlich abgeschlossen. Die Aussöhnung zwischen den beiden Völkern ist immer noch im Gange, sogar bei der Jugend, denn unbewußt spielen die Erfahrungen der Älteren eine große Rolle bei der Beurteilung des Nachbarn. Durch die Jugendlager des Volksbundes wird das Geschichtsbewußtsein geweckt und so fällt es den Jugendlichen viel leichter die Haltung der Franzosen zu verstehen (63). Bei einem Besuch von Jugendlagern in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien wird der Bundesminister für Jugend, Familie und Sport, Käte Strobel, diese Arbeit an den Gräbern als einen Betrag zur Verständigung und Freundschaft zwischen den Völkern huldigen (64). Es ist weiter nicht erstaunlich, daß Anfang der 70er Jahre das Motto "Versöhnung über den Gräbern" erweitert wird mit "Arbeit für den Frieden". Der erste Leitsatz kommt in Frankreich besonders gut bei denen an, die den Krieg miterlebt haben. Der zweite soll vor allem die Jugend sowohl in Frankreich wie in Deutschland anziehen (65). Das letztere ist sicherlich eine Erkenntnis aus einer Untersuchung, die 1970 im Auftrage des Volksbundes durchgeführt wurde. Bei einer Befragungstichprobe von Lagerteilnehmern waren die häufigst genannten Motive: ideelle Gründe (z. B. der Krieg ist Unsinn) und der Reiz des Auslandes (66). Mit dem "Arbeit für den Frieden" ist eine Möglichkeit gegeben, diese jungen Leute zu be-

geistern. Denn schließlich bedeutet die Teilnahme an einem Jugendlager des Volksbundes ein Opfer: obwohl man arbeitet, muß man bezahlen, die Umgebung ist meistens nicht sehr attraktiv, man muß oft Rücksicht nehmen usw. Andererseits wird der Teilnehmer mit der jüngsten Vergangenheit konfrontiert und zum Nachdenken gezwungen. Auch kommt er mit der Bevölkerung des Gastlandes, die durch den Krieg gelitten hat, in Kontakt (67). Genau hier liegt die Anziehungskraft eines solchen Jugendlagers für diejenigen, die etwas daraus machen und nicht nur billig verreisen wollen.

Bei seinem 10jährigen Bestehen ruft das DFJW 1973 die Jugend auf, selbst Gestalter der internationalen politischen Zusammenarbeit zu sein und so die Idee der Solidarität zu verwirklichen (68). Obwohl hiermit offiziell die Idee der Versöhnung verabschiedet wird, merken wir 2 Jahre später an den Kritiken, daß das DFJW seine Arbeit noch immer auf dieser Grundlage der Versöhnung fortsetzt. Die Kritiker fordern eine neue Motivation des Jugendwerks. Man soll z. B. Jugendliche gleicher sozialer Gruppen aus beiden Ländern zusammenbringen, um sie die Gemeinsamkeit und Unterschiedlichkeit ihrer sozialen Lage erkennen zu lassen (69). Die Verwirklichung solcher spezifischen Programme ist schwer im Rahmen des DFJW, und z. Z. befindet sich das Jugendwerk in einer Sackgasse. Einerseits werden neue Motivationen für den deutsch-französischen Jugendaustausch gefordert, andererseits lehnen die deutschen Jugendlichen besondere Beziehungen zu einem Land ab, weil sie eine Benachteiligung sämtlicher anderer Länder bedeuten (70).

Ein bedeutendes Problem bei der deutsch-französischen Jugendarbeit ist die sprachliche Verständigung. Bei seiner Gründung hat das DFJW sich zur Aufgabe gestellt, diese Verständigung zu schaffen, oder zu entwickeln (71). Die vielen darin investierten Mittel sind berechtigt, denn die Sprachenförderung ist der Schlüssel zum wirklichen Austausch und zum Verständnis des anderen Volkes (72). Fehlende Sprachkenntnisse sind z. B. eine eindeutige Barriere für einen Frankreich-Aufenthalt (73). Auch der Volksbund sieht sich bei

der Durchführung seiner Jugendlager in Frankreich vor dieses Problem gestellt. Seit 1971 werden auf den Anmeldeformularen zu den Jugendlagern des Landesverbandes Berlin Angaben über die Fremdsprachenkenntnisse verlangt. Stichproben ergeben, daß etwa 50 % der Teilnehmer angeben über Französischkenntnisse zu verfügen, 90 % dagegen können Englisch und 10 % können keine Fremdsprache (74). In Wirklichkeit aber sind die Kenntnisse dieser 50 % sehr beschränkt, oder gar nicht erwähnenswert. Nur ca. 20 % der Teilnehmer können tatsächlich verständliches Französisch sprechen (75). Dadurch sind die Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit der französischen Bevölkerung von vornherein beschränkt. Mit den französischen Jugendlichen kommt es eher zu Kontakten, da die Jugendlichen sich auf Englisch verständigen können (76). Mit den Älteren - wo das Motto der Versöhnung noch zutrifft - muß man sich aber auf Französisch unterhalten können, um von ihnen akzeptiert zu werden. Persönlich haben wir in Frankreich öfters feststellen können wie ein "Sprachkundiger" von der deutschen Gruppe für alle Fälle als Dolmetscher mitgenommen wird und auch von den Franzosen als Sprecher anerkannt wird. Diese Sprachkundigen können - im Gegensatz zu den anderen - relativ schnell das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und so viel besser den französischen Alltag kennenlernen. Diejenigen, die der französischen Sprache nicht mächtig sind, kapseln sich allzu leicht ab, und bleiben in der eigenen Gruppe unter sich. So bekommen sie während ihres Frankreich-Aufenthaltes gar keine Kontakte mit Franzosen, höchstens mit einigen Jugendlichen. Die Lösung dieser Schwierigkeiten liegt eigentlich nur in einer besseren Förderung des Französischunterrichtes in Deutschland und des Deutschunterrichtes in Frankreich.

II.3. Resultate

=====

Soweit möglich werden wir in dem folgenden Kapitel versuchen der Frage nachzugehen, welche Resultate die Arbeit des Volksbundes in Frankreich aufzuweisen hat. Vorerst wollen wir aber klarstellen, welche Erfolge wir untersuchen wollen. In den beiden vorherigen Kapiteln haben wir die Friedhofsarbeit und die Durchführung von Jugendlagern in Frankreich besprochen. Diese beiden Errungenschaften des Volksbundes sind auch als Erfolge zu bezeichnen und liegen eher auf materiellem Gebiet. Wie wir bereits im I. Teil angaben, beruht die gesamte Volksbundarbeit aber auf den Gedanken der Friedensarbeit und der Versöhnung. In dem nächsten Kapitel wollen wir uns deswegen ausschließlich mit der Erfüllung dieser ideellen Ziele des Volksbundes beschäftigen. Meistens sind Resultate auf diesem Gebiet aber schwer eindeutig festzustellen. Vor allem bei der Friedhofsarbeit in den ersten Nachkriegsjahren kann man kaum eine Liste des tatsächlich Erreichten aufstellen. Fest steht aber, daß dadurch das Klima geschaffen wurde in dem die Jugendlager möglich wurden.

Noch bevor der deutsch-französische Jugendaustausch in dem DFJW institutionalisiert wurde, hatte der Volksbund durch seine Friedhofsarbeit und seine Jugendlager bereits dauerhafte Kontakte zu mehreren französischen Partnern geschaffen, sowohl auf Landes- und Gemeindeebene wie zu Privatpersonen. Dies hat sicherlich 1963 auch eine Rolle bei dem Zustandekommen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages gespielt.

Die bereits bestehenden Verbindungen können nach dem Vertrag schneller ausgebaut werden, da jetzt ein allgemeiner Rahmen gegeben ist, in dem sich ähnliche deutsch-französische Austauschprogramme abspielen. Da hier nun aber so viele Aspekte zusammenkommen, ist es unmöglich, genau zu unterscheiden, welche Erfolge auf diesem Gebiet dem Volksbund zuzuschreiben sind, und welche nicht.

Als Beispiel der deutlichsten Erfolge der Volksbundarbeit in Frankreich untersuchen wir die deutsch-französischen Jungentreffen, und die nach Volksbundlagern entstandenen Städ-

tepartnerschaften.

1. Deutsch-französische Zusammenarbeit vor 1963

Im Vorwort zur Neuauflage seines Buches "Gott in Frankreich?", warnt Sieburg 1954 vor Illusionen, daß eine deutsch-französische Verständigung leicht und nahe sei. Es sei zwar kein Problem darüber zu reden, doch genauso unproblematisch ließen sich die Spuren in wenigen Augenblicken verwischen. Die geläufigen Verständigungsreden verpflichten niemanden und können ahnungslos bis zum neuen Krieg andauern, um hinterher wieder aufzuleben (1). Auch der Volksbund muß dem bei der Auswertung seiner Arbeit in Frankreich Rechnung tragen. Da Äußerungen des guten Willens also nicht reichen, müssen handfeste Beweise für die Erfolge gefunden werden. Das erste ist ein Brief, den ein Teilnehmer des ersten Lagers in Frankreich - La Cambe 1957 - von einer Französin empfängt. Dieses Mädchen hat im Krieg ihre einzige Schwester verloren, und auf die Frage, was sie von den Deutschen halte, antwortet sie, daß bis jetzt ihre Vorstellungen von dem Bild aus dem Krieg geprägt seien. Nach dem Kriegsgräbereinsatz aber seien diese Meinungen zusammengestürzt, nun sei auch sie zur Versöhnung bereit (2). Später werden zwar noch ähnliche Schreiben ankommen, doch dieser erste Brief wird bis zum heutigen Tag mit Stolz zitiert, da hier eine Französin von sich aus dem Volksbund die moralische Grundlage gegeben hat. Eine eindeutige Auslegung des Begriffes "Versöhnung" wird vom Volksbund aber nie gegeben. Meistens verwendet im Sinne von "Beilegung eines Streites", kommt das Wort häufig in Verbindung mit "Verständigung" vor. So weist der Volksbund darauf hin, daß Deutsche und Franzosen trotz der Vergangenheit nun entschlossen sind, friedlich miteinander auszukommen. Und dieses wiederum paßt gut in den Rahmen der deutsch-französischen Annäherung vom Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre. Dadurch findet die Arbeit des Volksbundes auch auf offizieller französischer Ebene Anerkennung. So nach einem Einsatz von Frankfurter Jugendlichen auf dem Soldatenfriedhof in Lissey bei Verdun im Sommer 1960.

Im Rahmen einer deutsch-französischen Freundschaftswoche werden die Teilnehmer im Oktober 1960 im Frankfurter Rathaus empfangen. Anwesend sind ein Vertreter des MACVG, der zuständige Sektorchef und der französische Konsul in Frankfurt. Der Bürgermeister und der Vertreter des MACVG danken den Teilnehmern für ihren wertvollen Beitrag zur Verständigung mit Frankreich (3). Ähnliche Empfänge werden Anfang der 60er Jahre immer häufiger stattfinden, meistens in Verbindung mit einer deutsch-französischen Veranstaltung. Anlaß dazu ist immer ein Einsatz des Volksbundes in Frankreich.

1958 im Lager von St. André-de-l'Eure werden die ersten Kontakte mit André Rigoine de Fougerolles, Mitglied des Nationalrates der Nationalen Union der Frontkämpfer (Union Nationale des Combattants, U.N.C.) geknüpft. Es ist übrigens in diesem Lager, daß der Vertreter des MACVG den Wunsch äußert, ähnliche Jugendlager zur Herrichtung gemeinsamer deutsch-französischer Soldatenfriedhöfe durchzuführen. Dieses Vorhaben wird aber nicht verwirklicht, wie wir bereits vorhin angaben. de Fougerolles sieht aber eine größere Möglichkeit in diesen Jugendlagern des Volksbundes, nämlich die gemeinsame Arbeit von jungen Deutschen und Franzosen an Soldatengräbern. In den folgenden Jahren verfolgt er aufmerksam die Entwicklung der Jugendlager des Volksbundes, und zwischenzeitlich finden informative Besprechungen zwischen ihm und dem Volksbund statt (4). Der Industrielle de Fougerolles war im Krieg mit seinem Bruder zusammen im Widerstand, der Bruder wurde von den Deutschen erschossen. Sein Bruder hatte es dem Erschießungskommando aber verziehen und aus diesem Erlebnis bezieht de Fougerolles seinen Auftrag, die deutsch-französischen Beziehungen zu stärken und zu sichern. Er ist sehr angetan von der Arbeit der jungen Deutschen in Frankreich unter dem Motto "Versöhnung über den Gräbern", denn hier spürt er eine Möglichkeit, das Vermächtnis seines erschossenen Bruders zu erfüllen. Als wichtiges Mitglied des Nationalrates der U.N.C. will er versuchen, die Jugendorganisation dieses Verbandes und die befreundeten Jugendorganisationen für dieses Unternehmen zu gewinnen (5). Auch der Volksbund ist an dieser

Zusammenarbeit interessiert, und zum Volkstrauertag 1960 in Bonn wird de Fougerolles als Ehrengast eingeladen. Anschließend besucht er die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes in Kassel, wo er nochmal eingehend bespricht, wie er die französische Jugend für seine Pläne zu gewinnen gedenkt (6). Noch im Dezember 1960 setzt sich de Fougerolles beim Rat der französischen Jugendverbände (Centre National d'Etudes et de Liaison des Associations de Jeunesse -C.N.E.L.A.J.) für eine Unterredung zwischen dessen Präsidenten, Max Vignon, und Vertretern des Volksbundes ein. Vignon stimmt zu, für ein Gespräch Anfang 1961 über die Möglichkeit gemischter deutsch-französischer Jugendlager zur Pflege von Kriegsgräbern (7). Die erste vorgesehene Zusammenkunft im April 1961 muß aus Zeitgründen abgesagt werden (8). Erst im Oktober 1961 kommt er in Paris zu der Besprechung zwischen dem Volksbund und der U.N.C., dem C.N.E.L.A.J., verschiedenen Jugendverbänden und Abgeordneten der Nationalversammlung. Der Vertreter des MACVG muß kurzfristig wegen einer Konferenz im Ministerium absagen. Auf dieser Veranstaltung hält der 2. Bundesgeschäftsführer von Lutzu einen Vortrag über die Tätigkeit des Volksbundes in Frankreich. Dabei betont er, daß es eine Garantie für eine glückliche Zukunft sei, wenn die Jugend der beiden Länder sich immer mehr kennenlernen würde, um so den Weg frei zu machen, für Verständnis und gegenseitige Achtung. Hier erkennen wir, daß der Volksbund neben dem materiellen Ziel der Durchführung von Jugendlagern in Frankreich, auch ideelle Ziele verfolgt, nämlich die Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen. In der, dem Vortrag anschließenden Diskussion, wird die Teilnahme französischer Jugendverbände an gemeinsamen deutsch-französischen Kriegsgräbereinsätzen besprochen. Herr Vignon übernimmt die Aufgabe des Verbindungsmannes der französischen Jugendverbände zu dem Volksbund, und über den Volksbund zu den deutschen Jugendorganisationen. Daraufhin wird er zu einem Besuch nach Kassel eingeladen, um dort mit den Jugendreferenten der Landesverbände zusammenzutreffen (9). Dieses Treffen findet im Januar 1962 statt. Vignon verspricht sich stark dafür einzusetzen, daß sich junge Franzosen aus den, seinem Verband angeschlossenen, Jugendverbänden an den Jugendlagern

in Frankreich und an den Lagern in der Bundesrepublik beteiligen (10). Schwierigkeiten in Frankreich sind z. Z. dadurch gegeben, daß der Volksbund und seine Arbeit dort noch zu wenig bekannt sind. Außerdem sind von 6 Millionen französischen Jugendlichen im Alter von 17-23 Jahren nur ca. 700.000 in Jugendverbänden organisiert. Die erste Aufklärungsarbeit muß in den Jugendverbänden liegen und hierbei will Vignon dem Volksbund behilflich sein. Die nicht organisierte Jugend soll durch verstärkte Werbung (Presse, Rundfunk, Fernsehen) angesprochen werden (11). Daß die Zusammenarbeit mit Vignon sich gelohnt hat, beweisen schon die Zahlen über die Teilnahme von französischen Jugendlichen an den internationalen Lagern in der Bundesrepublik, von 1962 bis 1975: 712 (12).

Die Verbindungen zu de Fougerolles bleiben bestehen. Als der Landesverband Berlin 1961 einen Sprecher für die Gedenkfeier am Volkstrauertag sucht, wird von Kassel aus de Fougerolles vorgeschlagen, als Anerkennung für seine Bemühungen bei den französischen Jugendverbänden (13). In dem Einladungsschreiben wird darauf hingewiesen, daß das Thema der Gedenkfeier "Versöhnung über den Gräbern" sein wird (14). de Fougerolles sagt zu, und im November 1961 hält er in der Deutschen Oper in Berlin die Gedenkrede zum Volkstrauertag. Hierbei ruft er Deutsche und Franzosen auf, einander die Hände zu reichen, um der Jugend eine schöne Welt anzubieten. Denn das sei das letzte Gebet der Gefallenen (15). Der Pariser Knabenchor "Les Petits Chanteurs à la Croix de Bois" unter Monseigneur Maillet singen während der Gedenkfeier. Ihr Auftreten ist unentgeltlich, nachdem de Fougerolles Monseigneur Maillet von den Zielen des Volksbundes unterrichtet hat (16). Diese Rede von de Fougerolles ist für den Landesverband Berlin der Anlaß, in den nächsten 2 Jahren eine englische und eine amerikanische Persönlichkeit zu bitten, die Gedenkrede über das Thema "Versöhnung über den Gräbern" zu halten. 1962 spricht John B. Hynd, der frühere britische Deutschlandminister, und zum Volkstrauertag 1963 der frühere amerikanische Hohe Kommissar und Botschafter in der Bundesrepublik James B. Conant (17). Auch von der Bundesgeschäftsstelle des Volksbun-

des in Kassel wird der Kontakt mit de Fougerolles aufrechterhalten. Das bezeugt der umfangreiche Briefwechsel, den wir bei unseren Untersuchungen vorfanden (18). Im Januar 1972 bei einem offiziellen Besuch des Volksbundpräsidenten Prof. Dr. Thiele in Paris, erhält de Fougerolles die Fördererplakette des Volksbundes. Zu diesem Zeitpunkt ist er Generalsekretär der Confédération Européenne des Anciens Combattants (19).

Vorheriges ist nur ein Beispiel der Zusammenarbeit des Volksbundes mit hohen Persönlichkeiten des französischen öffentlichen Lebens. Auch auf niedriger Ebene kommt es zu andauernden freundschaftlichen Kontakten. So z. B. der Präfekt des Departements Aisne bei der Eröffnung des 10. Jugendlagers von CVJM und dem Kolpingwerk im Juni 1962. Er eröffnet seine Begrüßung mit der Aussage, daß er zu den Teilnehmern des Lagers sprechen möchte, als ob er zu seinen eigenen Kindern oder zu irgendeinem Kind in Frankreich sprechen würde. Schließlich seien alle Brüder, nicht nur im Gefühl der Versöhnung, sondern auch durch die gleichen Ideale von Frieden und Sicherheit (20). Hinzukommen noch die dauerhaften persönlichen Beziehungen zu der französischen Bevölkerung in manchen Lagerorten. Es ist auch kein Zufall, daß in dem Jahr, wo der Volksbund das 10jährige Bestehen der Jugendarbeit feiert, der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit unterschrieben wird. Der Bundesminister für Familie und Jugend dankt nach Abschluß des Vertrages dem Volksbund für seine jahrelangen Bemühungen über die Kriegsgräber hinweg, die deutsch-französische Aussöhnung zu verwirklichen (21). Es ist klar, daß dieser Vertrag nicht nur dem Volksbund zu verdanken ist, doch auf seinem Gebiet hat der Volksbund dazu beigetragen, um die herrschenden Spannungen zwischen beiden Völkern abzubauen. In den vorangegangenen Seiten haben wir versucht, anhand ausgesuchter Beispiele anzugeben, welche tiefgehenden Kontakte dabei zustandegekommen sind. Dabei geht es um Verbindungen auf den verschiedenen Ebenen: sowohl mit staatlichen Stellen, wie mit Gemeindebehörden und mit Einzelpersonen.

2. Deutsch-französische Zusammenarbeit nach 1963

Die Besucherbücher, die auf den deutschen Soldatenfriedhöfen im Ausland ausliegen, geben direkte Auskünfte über die Einstellung der einheimischen Bevölkerung gegenüber dem Volksbund. Die vollen Bücher werden immer in der Bundesgeschäftsstelle in Kassel ausgewertet. Auszüge dieser Besucherbücher werden in der Feierstunde am Volkstrauertag 1966 in Bonn vorgelesen. Darunter sind auch Zeugnisse von Franzosen, die sich sehr lobend über die völkerverbindende Arbeit des Volksbundes auslassen (22). Daran erkennt man, daß der Volksbund immer mehr Bekanntheit in Frankreich erwirbt, vor allem in diesen Departements, wo er tätig ist. Durch die Teilnahme von jungen Franzosen an den internationalen Jugendlagern in der Bundesrepublik wird der Volksbund auch in anderen Gebieten Frankreichs bekannt. Manchmal gelingt es dem Volksbund, junge Franzosen für die reibungslose Durchführung von Jugendlagern mit deutschen Jugendlichen in Frankreich als Dolmetscher zu gewinnen. Diese Franzosen setzten sich intensiv mit den Volksbundzielen auseinander, vor allem mit dem Motto der Versöhnung über den Gräbern. So z. B. eine junge Französin, die als Dolmetscherin in Lagern des Landesverbandes Berlin fungierte, hält bei einem Schulungsseminar der Lagerleiter einen Vortrag über die Versöhnung aus französischer Sicht (23). Durch die Jugendlager entstehen immer mehr feste Kontakte, sogar Freundschaften zwischen Deutschen und Franzosen. Nachdem der Landesverband Berlin verschiedene Lager in dem kleinen Ort Bray-sur-Somme (Dep. Somme) durchgeführt hat, interessiert sich dessen Bürgermeister, ehemaliger Offizier und Vize-Generalsekretär der Fédération Nationale des Combattants Républicains, so sehr für den Volksbund, daß er am Volkstrauertag 1972 die Gedenkrede in Berlin übernimmt. Diese Gedenkfeier in Berlin ist die zentrale, da wegen der Bundestagswahlen die alljährliche Veranstaltung im Bundeshaus in Bonn nicht stattfinden kann (24). Derselbe französische Bürgermeister wird einige Zeit später, im Juni 1974, auf dem nationalen Kongreß seiner Vereinigung von ehemaligen Frontkämpfern, einen Vortrag über die deutsch-französische Annäherung halten. Dabei dankt er dem

DFJW und dem Volksbund für die Realisierung von Begegnungen zwischen deutschen und französischen Jugendlichen. Zum Schluß nimmt der Kongreß einen Antrag über die deutsch-französische Annäherung an, wobei unter anderem eine bessere Förderung der anderen Sprache gefordert wird (25). Es würde uns zu weit führen, alle französischen Persönlichkeiten zu nennen, die sich für den Volksbund eingesetzt haben. Bis zum heutigen Tag arbeiten noch viele an der Verwirklichung dieser Versöhnungsarbeit mit. Erwähnen wir noch das Beispiel der Inspectrice de l'Académie de la Manche (Schulaufsichtsbehörde des Departements Manche). Ihr Mann ist an den Folgen seiner Internierung im KZ-Mauthausen gestorben. Sie aber empfindet keinen Haß, denn nur so kann man neue Katastrophen verhindern. Auf dem Vertretertag des Volksbundes, 1975 in Hamburg, verdeutlicht sie ihre Einstellung in einer sehr persönlichen Ansprache (26).

Auch von der Volksbundseite werden Schritte unternommen, um das besondere Verhältnis zu Frankreich zu unterstreichen. Im Januar 1972 legt Präsident Prof. Dr. Thiele im Namen des deutschen Volkes am Arc de Triomphe Blumen nieder. Das ist das 3. Mal nach dem 2. Weltkrieg, daß Deutsche offiziell die französischen Gefallenen ehren, vorher hatten Adenauer und Lübke das gleiche getan. Der Berichterstatter in der Volksbundzeitschrift dramatisiert das Ganze aber, indem er vom Ende der Tragödie der jahrhundertelangen Gegnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland spricht (27). Ein weiterer Höhepunkt ist 1975 die Teilnahme des Volksbundpräsidenten an den Gedenkfeiern auf der Lorettohöhe, anläßlich des 60. Jahrestages der Schlachten im Artois. Er ist der erste Deutsche, der zu diesen Feierlichkeiten eingeladen wurde (28). Hierin liegt also eine deutliche Anerkennung der Volksbundarbeit von der Seite der Franzosen.

Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen läuft viel reibungsloser als vor 1963. Langsamerhand wird die Zurückhaltung der Franzosen gegenüber den Deutschen im allgemeinen und gegenüber dem Volksbund im besonderen überwunden. Das hängt mit der

allgemeinen Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen zusammen. Vom DFJW werden bei der deutschen und französischen Jugend Meinungsumfragen durchgeführt, um die Einstellung der Jugendlichen des einen, gegenüber diesen, des anderen Landes zu untersuchen. Erschütternd wirkt 1968 die Antwort auf die Frage, ob ein neuer Krieg zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei. 39 % der befragten jungen Franzosen und 37 % der Deutschen stimmen dem zu (29). So tragisch sind diese Zahlen aber nicht. Erstens ist die angewandte Umfrage-methode nicht immer überzeugend, und zweitens hat man bei den gemeinsamen deutsch-französischen Jugendtreffen fast gar keine politischen oder gesellschaftlichen Themen behandelt. Die einzige Schlußfolgerung kann nur sein, daß bis dahin der deutsch-französische Austausch zu oberflächlich geblieben ist. Von diesem Vorwurf sind die Jugendlager des Volksbundes aber nicht betroffen, denn eben durch das Motto "Versöhnung über den Gräbern" werden politische Diskussionen herausgefordert. Die Resultate einer anderen Untersuchung des DFJW von 1968 beweisen weiter, wie vorsichtig man mit Meinungsumfragen umgehen muß. Dort wird nämlich angegeben, daß in der französischen Jugend, unabhängig von den Schwierigkeiten der Tagespolitik, der Abbau der Ressentiments gegenüber den Deutschen fortschreitet (30). Eine neue Meinungsumfrage bringt 1970 keine neuen Ergebnisse. Man stellt aber fest, daß die Vorstellungen der jüngeren Generation in beiden Ländern über den Nachbarn mehr und mehr von denen der Gesamtbevölkerung abweichen (31). Das DFJW sieht darin eine Auswirkung seiner Arbeit, doch sicherlich haben auch andere Organisatoren von Jugendaustauschprogrammen dazu beigetragen. Darunter auch der Volksbund. Teilnehmer von Jugendlagern des Volksbundes äußern sich 1969 sehr zufrieden über die Freundschaften, die sie mit Gleichaltrigen anderer Nationen geschlossen haben. Obwohl keiner sich der Hoffnung hingibt, damit ganze Völker auszusöhnen, sind alle überzeugt, Brücken geschlagen zu haben, die um so tragfähiger werden, je länger an ihnen gebaut wird (32).

Innerhalb weniger Jahre läßt sich natürlich keine grundsätz-

liche Wandlung statistisch nachweisen. Alle Angaben dieser Untersuchungen können nur einen Teilaspekt der komplizierten Frage des deutsch-französischen Verhältnisses illustrieren. Es ist durchaus unbestritten, daß heute eine viel positivere Einstellung von dem einen Land gegenüber dem anderen herrscht, auch wenn dabei noch Rückschläge in Kauf zu nehmen sind. Vor allem Versuche einer allzu forschen Vergangenheitsbewältigung stoßen in Frankreich auf sehr empfindliche Reaktionen. So z. B. wenn Staatspräsident Giscard d'Estaing 1975 entscheidet, den 8. Mai (Ende des Zweiten Weltkrieges) nicht mehr zu feiern. Die Frankfurter Rundschau bemerkte zu dem Sturm von Protesten in Frankreich, daß es leichter sei, ein Volk zum Vergeben aufzufordern, als zum Vergessen (33). An diesem Vorfall und an der Erkenntnis, daß das Deutschlandbild der Franzosen noch immer zu einem erheblichen Teil aus Assoziationen mit dem Naziregime besteht (34), ersehen wir, daß die Versöhnungsarbeit, die vom Volksbund vertreten wird, noch immer nicht zu Ende ist. Leichtsinniges Auftreten könnte der Versöhnung mehr schaden als nützen.

3. Deutsch-französische Jugendtreffen

Im August 1963, zum 10jährigen Bestehen der Jugendlager, organisiert der Volksbund erstmalig ein deutsch-französisches Jugendtreffen in Verdun. Selbstverständlich spielt dabei auch die Tatsache eine Rolle, daß ein paar Monate vorher der deutsch-französische Freundschaftsvertrag abgeschlossen wurde. Mit diesem Freundschaftstag will der Volksbund nämlich beweisen, daß er durch seine Tätigkeit in Frankreich bereits seit Jahren einen Beitrag zur Versöhnung und Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland geleistet hat. Es ist das erste Mal seit Beginn seiner Arbeiten in Frankreich, daß der Volksbund aus der Zurückgezogenheit und Stille seines Wirkens deutlich heraustritt. Vor allem der Einsatz der Jugendlichen auf den Soldatenfriedhöfen soll hiermit gehuldigt werden. Etwa 1000 Jugendliche aus verschiedenen Jugendlagern überall in Frankreich, fahren gemeinsam mit ihren

französischen Freunden für zwei Tage nach Verdun, um dort an dem deutsch-französischen Tag teilzunehmen (35). Unterstützt wird der Volksbund dabei vom französischen Erziehungsministerium, vom MACVG und vom Bundesministerium für Familie und Jugend. Im Rahmen der Vorarbeiten zum deutsch-französischen Vertrag hat das Bundesministerium für Familie und Jugend den Volksbund befragt, ob er bereit und in der Lage sei, in einer größeren Veranstaltung die durch die Arbeit an den Gräbern erreichte Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland sichtbar werden zu lassen. Auch von französischer Seite waren früher schon ähnliche Wünsche geäußert worden (36). In dieser Situation fällt es dem Volksbund nicht schwer dieses Jugendtreffen durchzuführen. Als Ort der Veranstaltung wird Verdun gewählt, dies als Symbol für die überwundene Feindschaft, die hier noch keine 50 Jahre her so viele Opfer auf beiden Seiten forderte. Während einer Gedenkfeier legen Deutsche und Franzosen gemeinsam Kränze auf den Gräberstätten beider Völker nieder. Damit will der Volksbund die völkerverbindende Kraft der Kriegsgräberfürsorge unterstreichen (37). Im Licht des eben geschlossenen Freundschaftsvertrages findet dieses Jugendtreffen eine große Resonanz.

Zum 50jährigen Bestehen des Volksbundes wird im Sommer 1969 ein zweites deutsch-französisches Jugendtreffen organisiert, diesmal in Arras (Dep. Pas-de-Calais). Unter dem Leitwort "Völker seid einig. Menschen seid menschlich" treffen sich dort am 19. und 20. Juli 1969 etwa 2000 Jugendliche aus der Bundesrepublik, aus Frankreich, Belgien, Großbritannien und Norwegen, die in den Sommermonaten in Jugendlagern des Volksbundes auf deutschen Soldatenfriedhöfen in Frankreich und Belgien arbeiten (38). Dieses Treffen wird sehr langfristig vorbereitet und, nach Meinung von Herrn Soltau, sind die Voraussetzungen für die Durchführung viel besser als 1963 in Verdun (39). Die französische Armee stellt Zelte und Feldküchen zur Verfügung, die Schulbehörde der Stadt Arras bringt die Teilnehmer in ihren Schulen unter. Eine Sondermarke der französischen Post ist zu spät beantragt worden, doch in einem speziellen Postamt während der Veran-

staltungen wird ein Sonderstempel abgegeben. In dem reichhaltigen Programm werden Jugendorchester, ein Kirchenkonzert, ein ökumenischer Gottesdienst und Kranzniederlegungen auf Soldatenfriedhöfen vorgesehen. Neben dem Präsidenten des Volksbundes sprechen auch Vertreter der Bundesregierung und der französischen Regierung (40). In den Berichten des Volksbundes über dieses Treffen wird betont, daß das Werk der Verständigung und der Versöhnung durch die Anteilnahme der Franzosen sichtbaren Ausdruck fand (41). Der deutsche Generalkonsul in Lille, der bei den Veranstaltungen anwesend war, beschreibt in seinem Bericht an das Auswärtige Amt aber mehrere Schwierigkeiten, die in den Volksbundesberichten nicht erwähnt werden (42). Er weist vor allem auf die reservierte Haltung der französischen Gesprächspartner hin. So sagt der Staatssekretär für Jugend und Sport von vornherein ab, der Minister des MACVG, der zunächst zugesagt hatte, sagt ganz kurzfristig ab und auch der 1. Bürgermeister von Arras erscheint nicht. Der Präfekt des Departements Pas-de-Calais muß von der französischen Regierung aus dem Urlaub zurückbeordert werden, damit ein Regierungsvertreter vorhanden sei. Auch die Zurückhaltung der Bevölkerung ist, nach der Meinung des Generalkonsuls, offensichtlich, denn bei den Großveranstaltungen ist kaum ein Franzose zu sehen. Er setzt sich weiter kritisch mit dem Motto "Versöhnung über den Gräbern" auseinander. Dieses Motto dürfe keinesfalls von deutscher Seite vorgeschlagen werden, denn es sei das Privileg des zu Unrecht Angegriffenen, die Hand zur Versöhnung auszustrecken und nicht das Recht des Angreifers, die Versöhnung zu fordern. Schließlich gibt er aber zu, daß die Wirkung der Veranstaltung im Endeffekt nützlich sei und eine Wiederholung nach einigen Jahren erwogen werden sollte, dies jedoch unter gewissen Voraussetzungen. Der Volksbund nimmt diesen Bericht zwar zur Kenntnis, doch läßt sich dadurch nicht von seinem Motto oder von der Durchführung von weiteren Jugendtreffen abbringen. Der Generalkonsul habe eben die Lage zu pessimistisch beurteilt, der Volksbund könne mehrere Beispiele von dem Gegenteil seiner Behauptungen bringen (43).

Das 1000. Jugendlager in Frankreich ist im Juli 1973 Anlaß für das dritte deutsch-französische Jugendtreffen, wieder in Arras. Gleichzeitig soll dabei auch der 10jährigen Zusammenarbeit mit dem DFJW gedacht werden. In Verbindung mit diesem Treffen wird ein Friedensseminar durchgeführt, woran deutsche und französische Jugendliche teilnehmen. Die 4 Themen dieses Seminars sind: 10 Jahre DFJW, die Begriffe Krieg und Frieden, das Motto Versöhnung über den Gräbern und die Problematik der Friedenserziehung (44). Der Volksbund äußert sich zwar sehr zufrieden über die Resultate dieses Seminars, obwohl es gar nicht dazu beigetragen hat, größere Kontakte zu den Franzosen aufzubauen (45). Bei den Großveranstaltungen nehmen mehr hohe französische Persönlichkeiten teil als 1969, doch auch diesmal ist der 1. Bürgermeister von Arras nicht anwesend (46). Weiter fehlt es auch an deutscher Seite nicht an Kritik über dieses Treffen. Denn was kann man durch Musikkonzerte und Tanzvorführungen erreichen? Ist das alles nicht zu oberflächlich? Die französische Bevölkerung sieht das alles doch eher als eine kulturelle Veranstaltung an und nicht als Ausdruck der deutsch-französischen Verständigung.

4. Städtepartnerschaften

Die meisten Beziehungen dieser besonderen Art unterhält Frankreich mit der Bundesrepublik (47). Die Statistik der Internationalen Bürgermeister Union weist am 1. April 1973 527 offizielle und 86 angebaute deutsch-französische Städte- bzw. Gemeindepartnerschaften auf, gegenüber 180 vor dem Entstehen des Jugendwerks (48). Wie in keinem anderen Fall besteht durch eine solche Partnerschaft die Möglichkeit, daß alle Alters-, Bildungs- und sozialen Schichten mit dem Nachbarland in Berührung kommen. Da die Unterbringung in Gastfamilien bei diesem Austausch nahezu die Regel ist, wird so die Beständigkeit der Kontakte gesichert, denn dadurch werden Einzelaufenthalte und Familienbesuche gefördert. Das ist aber Theorie, in der Praxis sind manche Partnerschaften nur beschränkt geblieben auf gegenseitige Besuche von Gemeinderatsmitgliedern, ohne daß es dabei zu einem Austausch kommunalpolitischer Erfahrungen kommt (49). Der Effekt dieser Part-

nerschaften ist deswegen schwer zu messen.

Bis 1973 führt der Einsatz von deutschen Jugendgruppen auf Soldatenfriedhöfen in Frankreich direkt zu 11 deutsch-französischen Städtepartnerschaften (50). Für wie viele Partnerschaften der Volksbund die Initialzündung gegeben hat, ist nicht bekannt, da beim Volksbund die Folgeerscheinungen der Jugendlager leider kaum registriert werden. Dies ist auch schwer, da z. B. ein Verfahren über eine Städtepartnerschaft nicht über den Volksbund läuft. Fest steht aber, daß neben den 11 bekannten Partnerschaften sicherlich noch mehrere nach einem Jugendlager des Volksbundes entstanden sind (51). Auch die internationalen Ehen, die nach einem Lager geschlossen wurden, sind nicht alle beim Volksbund bekannt geworden. 1975 sind 24 internationale Ehen - nicht nur deutsch-französische - beim Volksbund registriert (52).

III. Teil

Schlusfolgerungen

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat nach dem Zweiten Weltkrieg seine Hauptaufgabe in der Kriegsgräberfürsorge gesehen, und das war sicherlich berechtigt. Jetzt aber, wo die Distanz zu diesem Krieg immer größer wird, immer weniger Angehörige am Leben bleiben und die Kriegsgräberstätten fast alle endgültig ausgebaut sind, muß der Volksbund seine Existenzberechtigung überprüfen. Schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg haben die führenden Gremien des Volksbundes sich mit dieser Frage befaßt. Deswegen wird schon sehr früh die Arbeit der Kriegsgräberfürsorge mit dem Gedanken der Versöhnung und der Friedensarbeit verbunden. Vor allem die Versöhnung steht dabei im Vordergrund, denn unmittelbar nach den kriegerischen Auseinandersetzungen war dies die erste Voraussetzung, damit Deutsche sich überhaupt wieder ins Ausland trauen konnten, sei es auch um dort die Gräber ihrer Gefallenen zu pflegen. Dieses Bestreben zur Aussöhnung hat besonders in Frankreich eine große Bedeutung gehabt, denn wir dürfen nicht vergessen, daß nach drei Kriegen in weniger als 100 Jahren die Mehrheit der Franzosen langsam von der Mythe der deutsch-französischen Erbfeindschaft überzeugt war. Die ersten inoffiziellen Arbeiten des Volksbundes auf Kriegsgräberstätten in Frankreich haben viel dazu beigetragen, diese und ähnliche Vorurteile gegenüber den Deutschen abzubauen, oder wenigstens abzuschwächen. Solche Resultate lassen sich nun aber nicht in Zahlen ausdrücken, doch die Offenheit, womit die Jugendlager des Volksbundes in Frankreich empfangen wurden, gibt schon einen deutlichen Hinweis auf die geänderte Mentalität. Die Franzosen waren vor allem von dem Motto dieser Lager "Versöhnung über den Gräbern" angetan. Die jugendlichen deutschen Teilnehmer meinten es ernst mit diesem Motto, denn die Gräber, die sie in Frankreich pflegten, waren diese ihrer Brüder oder Väter. Die jetzige junge Generation sowohl in Frankreich wie in der Bundesrepublik kann nur wenig mit diesem Motto anfangen. Darum sah der Volks-

bund sich verpflichtet, dem Motto den Satz "Arbeit für den Frieden" hinzuzufügen. Im Laufe unsrer Untersuchung haben wir aber darauf hingewiesen, daß inhaltlich gesehen die Aussöhnung noch nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat, ja daß dieses Motto sogar mit äußerster Vorsicht angewandt werden soll, wenn man verhindern will, daß sich die Franzosen zur Versöhnung gezwungen fühlen. Für die deutschen Jugendlichen, die nicht so tief auf diese deutsch-französischen Probleme eingehen, und nur gleichaltrige Franzosen kennenlernen möchten, ist das alles eine Überforderung. Der neue Satz "Arbeit für den Frieden" kann schon eher ihren Idealismus ansprechen, obwohl im Grunde genommen beide Leitsätze das gleiche bedeuten. Das haben wir bei der Darstellung des Volksbund-Gedankengutes zu erklären versucht.

Dem Volksbund kommt es nicht so sehr auf die gewährleistete fortdauernde Pflege der Kriegsgräber im In- und Ausland an, aber eher auf die Wahrung der Mahnung zum Frieden, die von diesen Gräbern ausgeht. Gerade dadurch kann die Jugend zur Mitarbeit im Volksbund herangezogen werden. Zur Zeit befindet sich der Volksbund in einer Übergangsphase: es leben noch viele Angehörige, aber andererseits kann der Verband es sich nicht leisten, die jetzige junge Generation zu verlieren. Dieser Zustand erklärt das manchmal zwiespältige Auftreten des Volksbundes. Bei endgültiger Fertigstellung aller zu betreuenden Friedhöfe müßte der Volksbund sich aber dazu entschließen, die freikommenden Beträge der Jugendarbeit zuzuleiten. So könnte die bereits bestehende Jugendarbeit ausgebaut werden, denn will der Volksbund einen dauerhaften Erfolg mit seiner Jugendarbeit erzielen, dann braucht er Fachleute, wissenschaftliche Mitarbeiter, die nur für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Die jetzige Jugendarbeit ist so kompliziert, daß sie nicht mehr von Laien allein betrieben werden kann. Fachleute würden auch zusehen können, daß die Mittel noch zielgerechter verwendet werden, als jetzt der Fall ist. Das alles würde ein Umdenken bei der jetzigen Führung des Volksbundes und bei den meisten Mitgliedern erfordern. Doch denen soll einleuchten, daß man die Jugend nicht nur mit gro-

ßen Worten anziehen kann, ohne etwas dahinter. Wenn der Volksbund sich das Ziel gesetzt hat, zu einer besseren Verständigung unter den Völkern beizutragen, dann müßte auch in diesen Ländern die Jugend von der Ernsthaftigkeit des Volksbundes überzeugt werden, und das ist nicht möglich durch eine reine Gräberpflege. Der Volksbund kann nicht mehr davon ausgehen, daß deutsche Jugendliche, die im Ausland deutsche Soldatengräber pflegen, unbedingt hoch eingeschätzt werden von der dortigen Jugend. Diese Zeiten sind endgültig vorbei. Die Arbeit auf dem Friedhof müßte deswegen aber nicht eingestellt werden, sondern man sollte gemeinsam arbeiten, auch soziale Aufgaben übernehmen usw. Hier aber stoßen wir wieder auf die Sprachbarriere, die vor allem in Frankreich sehr groß ist. Wenn die Teilnehmer aber gezielter als jetzt ausgewählt und vorbereitet würden, wäre schon viel daran getan.

Auf seinem Gebiet und in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden kann der Volksbund seinen Beitrag auf dem Gebiet der Friedensarbeit leisten. Dies haben wir anhand der Arbeit des Volksbundes in Frankreich verdeutlicht. Die Ziele des Volksbundes auf materiellem Gebiet sind erreicht und können kaum noch verbessert werden: der Volksbund kann auf den deutschen Soldatenfriedhöfen in Frankreich arbeiten und organisiert dort auch Jugendlager. Die zu verzeichnenden Resultate auf ideeller Ebene dagegen sind vielleicht noch mager, aber gerade bei Mentalitätsänderungen darf man keine Erfolge von heute auf morgen erwarten. In dem Rahmen des deutsch-französischen Austausches hat der Volksbund seinen festen Platz, und hier liegt eine große Chance, die man nicht untergehen lassen darf. Die vielen deutschen Kriegsgräber in Frankreich sind die beste Rechtfertigung des Einsatzes vom Volksbund für die deutsch-französische Aussöhnung. Allgemein gesehen sind die vielen Hunderttausende von Kriegsgräbern das Gewissen des Volksbundes, das den Verband dazu anregt, sich für den Frieden einzusetzen. Deswegen wird diese Aktivität des Volksbundes nie im leeren Raum schweben, denn immer kann auf die bestehenden Kriegsgräber hingewiesen werden. Eine Zusammenarbeit mit Organisationen der gleichen Zielsetzung

ist erforderlich, damit keine Kräfte und Mittel verschwendet werden. Es war ein guter Ansatz als der Volksbund anbot in der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung mitzuwirken. Diese Mitwirkung müßte nun aber noch vertieft werden. Die Jugendarbeit - vor allem die internationale - bietet dem Volksbund noch große offene Chancen. Hier könnten nämlich die Theorien der Völkerverständigung in die Praxis umgesetzt werden, und diese praktischen Modelle der Jugendlager würden wiederum neue theoretische Denkanstöße fördern. Über diese Wechselwirkung unter einem Dach verfügt nicht jeder Verein, in dieser Beziehung ist der Volksbund also bevorteilt. Deswegen sollte der Volksbund sich nicht scheuen, die Mittel aufzubringen, um die notwendigen Fachleute heranzuziehen, denn erst dann wäre obenerwähnte Wechselwirkung gewährleistet.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Volksbund, als einen guten Querschnitt durch das deutsche Volk verstanden. Das scheint plausibel, denn alle Bevölkerungsschichten hatten Verluste von Angehörigen zu bedauern und wurden deswegen gleichermaßen vom Volksbund angesprochen. So ein privater Verein, der obendrein unabhängig gegenüber politischen Parteien, Kirchen, Gewerkschaften usw. ist, kommt im Ausland besser an, als irgendeine staatliche Stelle. Leider hat der Volksbund nie versucht, Unterlagen über seine Mitgliederstruktur zu sammeln. Wir möchten abschließend den Wunsch äußern, daß es durch die derzeitige Umstellung der Mitgliederkartei auf Computer bald möglich sein wird, genaue Angaben über die Mitgliederstruktur zu bekommen.

ANMERKUNGEN

I. Teil

Einführung

- (1) Deutsche Kriegsgräberstätten im ehemaligen französischen Kampfgebiet. Karten und Handbuch. VDK, Berlin, 1931, S. 5 und Schicksal in Zahlen, Kassel, 1976, S. 8 und 42. Außerdem gab es im 1. Weltkrieg 100.000 vermißte deutsche Soldaten.
- (2) Versailler Vertrag, 2. Abschnitt, Artikel 225 und 226; abgedruckt in: Schicksal ..., S. 23.
- (3) Bericht von Herrn Breitenbach, Leiter der VDK-Pflegedienststelle West in Maisons-Laffitte bei Paris, über die Pflege der deutschen Soldatenfriedhöfe in Frankreich, vom 30.04.1975, S. 6: die rechtlichen Voraussetzungen.
- (4) Für die Geschichte des Volksbundes zwischen den beiden Weltkriegen, siehe: 40 Jahre Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Kassel, s.a. (1959), 96 S. und 50 Jahre Dienst am Menschen, Dienst am Frieden. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., 1919-1969. Kassel, 1969, 112 S.
- (5) 40 Jahre ..., S. 11.
- (6) Faksimile dieses "Aufrufes" in 40 Jahre ..., zwischen S. 10 und 11.
- (7) 50 Jahre ..., S. 36.
- (8) 40 Jahre ..., S. 8 und 50 Jahre ..., S. 14.
- (9) 40 Jahre ..., S. 44 und 50 Jahre ..., S. 21.
- (10) AVK-Akte Geschichte VDK.
- (11) Eine Auflistung dieser ausländischen Organisationen in 40 Jahre ..., S. 12-14.
- (12) Deutsche Kriegsgräberstätten ..., S. 5.
- (13) Denkschrift über die Neuregelung der Kriegsgräberfürsorge, Nienburg, 1948, S. 4-5.
- (14) Deutsche Kriegsgräberstätten ..., S. 8; Denkschrift ..., S. 5 und 40 Jahre ..., S. 36-40.
- (15) 40 Jahre ..., S. 30-31 und 50 Jahre ..., S. 32 und 35.
- (16) 40 Jahre ..., S. 47-48.
- (17) Beispiele von 2 solchen monumentalen Entwürfen in 50 Jahre ..., S. 53.
- (18) 50 Jahre ..., S. 52.
- (19) Denkschrift ..., S. 2 und Deutsche Dienststellen (WASSt) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht, Berlin. Arbeitsbericht 1973/74, Berlin, 1975, S. 9.

- (20) Laut Mitteilung von Pfarrer de Beaulieu, der als Beauftragter des Volksbundes in Frankreich, 1954 als Dolmetscher bei den Verhandlungen aufgetreten ist.
- (21) Laut einer Bescheinigung vom 23.02.1946 nur um den Volksbund vor Eingliederung in eine NS-Organisation zu bewahren: AVB-Personalakte.
- (22) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau, damals Abteilungsleiter z.b.V. in der Bundesgeschäftsstelle.
- (23) 50 Jahre ..., S. 54.
- (24) Denkschrift ..., S. 2.
- (25) Am 20. Januar 1945 erliegt Dr. Eulen in Holland seiner Kriegsverwundungen. Todesanzeige in AVB-Personalakte.
- (26) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau.

I.1.

- (1) Denkschrift ..., S. 2 und Deutsche Dienststelle ..., S. 9-10 und 13-16.
- (2) 40 Jahre ..., S. 53.
- (3) Die DD besteht zwar, doch hat keine Aufgaben auf dem Gebiet der reinen Kriegsgräberfürsorge: Erfassung, Pflege und Ausbau der Kriegsgräberstätten. Für die Identifizierung der Gefallenen muß der Volksbund selbstverständlich mit der DD, wegen der Entschlüsselung der Erkennungsmarken zusammenarbeiten.
- (4) Abschriften dieser Genehmigungen in: AVB-Akte Zonenzentrale-West.
- (5) Abschrift einer beglaubigten Übersetzung der Anweisung Nr. 51 in: AVB-ibidem.
- (6) AVB-ibidem.
- (7) Und nicht 1947 wie angegeben in: 50 Jahre ..., S. 61.
- (8) AVB-Akte Zonenzentrale-West. Auch eine Übersetzung aus der Bundesgeschäftsstelle liegt bei, diese ist aber für diese so wichtige Passage der Zulassung nicht richtig. Die Bezeichnung des Volksbundes als "a coordinating agency of the local committees" wird übersetzt mit "eine Dienststelle, die gleichgeordnet ist den örtlichen Ausschüssen", wobei der Volksbund eingestuft wird wie ein lokaler Ausschuß. Nach der englischen Version bekommt der Volksbund aber einen höheren Rang: eine gleichordnende Dienststelle von den örtlichen Ausschüssen.
- (9) AVB-Akte Zonenzentrale-West.
- (10) Abschrift in: AVK-Akte Geschichte VDK, eine genaue Datierung fehlt jedoch.
- (11) Denkschrift ..., S. 1.

- (12) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau. Aktenmaterial über diese Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung und über diese Versammlung in München liegen nicht mehr vor, weder in AVK noch in AVB.
- (13) Zeitungsausschnitt aus: Kurier vom 3. März 1947, in AVB. Das ist die einzige genaue Angabe über die Arbeitsgenehmigung in der amerikanischen Zone, die wir bei unseren Nachforschungen vorfanden.
- (14) Zwei ausgiebige Aktennotizen über diese Besprechung in: AVB-Akte Zonenzentrale-West.
- (15) cfr. supra.
- (16) Beglaubigte Abschrift dieses Schreibens von Koenig, in: AVB-Akte Zonenzentrale-West. Die vorhin angegebenen nicht zurückgefundenen Briefe werden in diesem Brief nochmals erwähnt.
- (17) O. MODEL & C. CREIFELDS, Staatsbürgertaschenbuch. Alles Wissenswerte über Staat, Verwaltung, Recht und Wirtschaft mit zahlreichen Bildern, München, 1976, S. 219.
- (18) Der Landesverband Saar wird beim Vertretertag im Juni 1957 gegründet, cfr. KF, XXXIII, 5, Juli 1957, 3-6.
- (19) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau.
- (20) Laut eines Aktenvermerks über diese Besprechung vom 27. Mai 1949: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (21) Auch in einem Brief vom Geschäftsführer des Landesverbandes Mittelrhein vom 18. Mai 1949, gerichtet an den Geschäftsführer des Landesverbandes Oberrhein: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (22) 40 Jahre ..., S. 53.
- (23) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau.
- (24) AVK-Akte Briefwechsel Kirche.
- (25) Laut Mitteilung der Berliner Geschäftsstelle an das Bezirksamt, Wilmersdorf: AVB-Personalakte.
- (26) Eine Menge Aktenvermerke darüber in: AVB-Akte Berlin. Der 1. Aktenvermerk stammt vom 8. Juni 1945.
- (27) Alle obenstehenden Angaben sind entnommen aus: AVB-ibidem.
- (28) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau.
- (29) 50 Jahre ..., S. 62.
- (30) 50 Jahre ..., S. 68 und KF, XXVII, 5, Mai 1951, 60.
- (31) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau.
- (32) Aus Gesundheitsgründen scheidet Margraf Ende 1960 aus den Diensten des Volksbundes aus, wonach er am 9. Oktober 1961 stirbt. Klaus von Lutzau scheidet 1973, nach Erreichung der Altersgrenze, aus.

- (33) IP, 9.10.1961.
- (34) Satzung - Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., s.l. (Kassel), s.a. (1971), passim.
- (35) KF, XXV, 3, Dez. 1949, 19.
- (36) Cfr. Bericht dieses Vertretertages in: AVK.
- (37) Vorbild einer solchen Geschäftsordnung: Geschäftsordnung - Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Berlin. Berlin, 1968, 7 S.
- (38) KF, XXXVI, 1, Feb. 1960, 3.
- (39) KF, XXXVI, 7, Nov. 1960, 106.
- (40) KF, XLVII, 1, Jan. 1971, 3.
- (41) Für diese und folgende Angaben: Denkschrift ..., passim.
- (42) Kriterien für die Mitarbeit des Volksbundes bei der Anlage von Kriegsgräberstätten in: Grabstättenordnung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. für das Inland. Oldenburg, 1946, 4 S. und Grabstättenordnung für die Gliederungen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Nienburg, 1948, 2 S.
- (43) Grabstättenordnung ..., 1946, S. 4.
- (44) Notizen über den Wiederaufbau; Aufstellung vom 18. August 1950 in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (45) Young Men's Christian Associations: Jugendverbände auf christlicher Grundlage zur Pflege der sozialen, geistigen und materiellen Entwicklung der Mitglieder. Die nationalen Organisationen (in Deutschland der CVJM: Christlicher Verein Junger Männer) schließen die örtlichen Vereine zusammen. Die internationale Dachorganisation ist der Weltbund der YMCA mit Sitz in Genf.
- (46) Denkschrift ..., S. 5 und KF, XXV, 2, Nov. 1949, 10.
- (47) 40 Jahre ..., S. 53-54.
- (48) KF, XXV, 1, Okt. 1949, 2-4.
- (49) IP, 05.06.1963.
- (50) Brief vom 23. Jan. 1950 in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (51) Gesetz über die Sorge für die Kriegsgräber (Kriegsgräbergesetz) vom 27. Mai 1952, § 2 (1) und (2), als Beilage zu KF, Juli 1953.
- (52) Schicksal ..., S. 36.
- (53) Denkschrift ..., S. 7.
- (54) Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage von 87 Abgeordneten des deutschen Bundestages (16. Juni 1970) in KF, XLVI, 7, Okt. 1970, 162-163.
Von den 181 Mio. DM waren
 - 55,4 Mio. DM für Gräbererfassung bestimmt
 - 93,1 Mio. DM für Ausbau der Friedhöfe
 - 32,4 Mio. DM für Pflege der Friedhöfe

Der Volksbund trug davon, beziehungsweise 24,8 Mio. DM
61,9 Mio. DM
12,7 Mio. DM

- (55) Nach 1965 wieder niedrigere Zahlen, 1975: nahezu 625.000 Mitglieder.
Cfr. Tätigkeitsberichte und IP, 23.04.1976.
- (56) Laut Mitteilung von Herrn Haffke.
- (57) Idem.
- (58) "Keiner ist allein in seinem Leid" in: KF, XLIII, 2, Feb. 1967, 26.

I.2.

- (1) Ein Prospekt von 1947 in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (2) Sein Buch fand 1951 noch wenig Interesse, es wurde 1970 neu herausgegeben: BOUTHOU (G.). Traité de polé-
mologie - Sociologie des guerres. Paris, 1970, 560 S.
- (3) G. BOUTHOU, Op. cit., S. 16-17, 436 und 532-33.
- (4) "Stichworte für den Empfang in Bonn", Aktennotiz von Dr. Debus vom 5. Dez. 1949 in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (5) KF, XXVI, 1, Jan. 1950, 2.
- (6) KF, XXVI, 10, Okt. 1950, 74.
- (7) KF, XXVI, 10, Okt. 1950, 75.
- (8) KF, XXVII, 10, Okt. 1951, 111-115; KF, XXVIII, 6. Juni 1952, 63-64 und Rede des Bundespräsidenten Theodor Heuss bei der Einweihung des Soldatenfriedhofes Hürtgen, 1952 in einem Faltblatt des Volksbundes: AVK.
- (9) Ansprache des Volksbundpräsidenten G. Ahlhorn bei der Einweihung des Soldatenfriedhofes in Sandweiler, 1955 in: KF, XXXI, 7, Juli 1955, 102-3.
- (10) Ansprache des Bundespräsidenten Walter Scheel auf dem Bundesvertretertag des Volksbundes am 13. Oktober 1975 in Hamburg: AVK.
- (11) Interview mit dem Generalsekretär Margraf in: General Anzeiger (Bonn), 10. Jan. 1951, S. 4.
- (12) Den Gefallenen - Ein Buch des Gedenkens und des Trostes, München, Salzburg, 1952, S. 12 und 148. KF, XLIII, 2, Feb. 1967, 22.
- (13) So z. B. von Belgien, Italien und Großbritannien bei dem Ausscheiden von Margraf: KF, XXXVI, 7, Nov. 1960, 114 und IP, 04.10.1961.
- (14) Satzung ..., S. 2.
- (15) Bericht über das Schulungsseminar für ehrenamtliche Mitarbeiter der Landesverbände Berlin und Saar des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., vom 20.3.-29.3.1970 in Mühlthal bei Wörgl/Tirol, Berlin, 1970, S. 23-29: "Weshalb sich der Volksbund endlich ernst nehmen müßte."

- (16) Bericht einiger Teilnehmer einer Studienfahrt des Volksbundes an die Mitglieder des Jugendausschusses, d.d. 14. 10. 1969, in: AVK-Akte Soltau.
- (17) Thesen zur Diskussion beim Vertretertag 1973: Welche Möglichkeiten hat der Volksbund an der Erhaltung des Friedens wirksam mitzuarbeiten und welche Gruppen unserer Gesellschaft sind dafür zu aktivieren?, in: AVB.
- (18) AVK.
- (19) IP, 16.12.1970.
- (20) Der Bericht dieser Untersuchung wurde aufgestellt von Hans Gruber, in: AVK.
- (21) AVK.
- (22) KF, XLVIII, 4, Juli 1972, 99.
- (23) KF, XLVI, 5, Juli 1970, 120.
- (24) Schicksal ..., S. 2.
- (25) AVK.
- (26) Referat des Präsidenten Trepte von dem Vertretertag 1968, in: AVK.
- (27) Das Image des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. - Psychologische Marktuntersuchung. Durchgeführt von Marplan, Forschungsgesellschaft für Markt und Verbrauch mbH, Frankfurt/Main, 1970, S. 23-27 und 50-53.
- (28) Der Volkstrauertag, Sinngebung und Gestaltung. Eine Handreichung für die Mitarbeiter des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kassel, s.a. (1961), S. 5.
- (29) KF, XXVI, 2, Feb. 1950, 11 und KF, XXVI, 4, Apr. 1950, 26-27.
- (30) Beilage zu KF, XXVI, 4, Apr. 1950.
- (31) KF, XXVIII, 3, März 1952, 28 und Der Volkstrauertag ..., S. 4.
- (32) KF, XXVIII, 12, Dez. 1952, 141-45.
- (33) KF, XXX, 12, Dez. 1954, 181.
- (34) KF, XXXI, 12, Dez. 1955, 178-79.
- (35) A. GROSSER, Gegen den Strom - Aufklärung als Friedenspolitik, München, Wien, 1975, S. 11-22.
- (36) Cfr. die Ansprache des Präsidenten des Bundestages, Dr. Hermann Ehlers, zum Volkstrauertag 1951: Beilage zu KF, XXVII, 3, März 1951.
- (37) KF, XLIII, 2, Feb. 1967, 34.
- (38) Stimmen und Berichte zum Tod im Kriege - Eine Materialsammlung zur Gestaltung des Volkstrauertages, Kassel, s.a. (1970), S. 4.
- (39) Abschrift dieses Schreibens in: AVK-Akte Briefwechsel Kirche.

- (40) ibidem.
- (41) Aktenvermerke solcher Besprechungen im Jahre 1965:
ibidem.
- (42) Aktenvermerk: ibidem.
- (43) Leitsätze d.d. 31. Aug. 1965: ibidem.
- (44) IP, 13.03.1967.
- (45) AVK-Akte Briefwechsel Kirche.
- (46) ibidem; KF, XLII, 1, Jan. 1966, 7 und KF. XLVIII, 5,
Sept. 1972, 130.
- (47) Rundschreiben 15/64 in: AVK-Akte Briefwechsel Kirche.

I.3.

- (1) Schicksal ..., S. 62.
- (2) Diese und folgende Angaben stammen von unseren Aufzeichnungen von mehreren Gesprächen mit Herrn Soltau in den Jahren 1975-76.
- (3) Laut einer undatierten Aufstellung "Jugendarbeit und Volksbund" in: AVK-Akte Jugendarbeit. Die Aufstellung muß entstanden sein Ende Dezember 1951, Anfang Januar 1952.
- (4) Laut eines Berichtes von Soltau vom 8. November 1951, über "die Jugendarbeit seit dem 15. Oktober 1950":
AVK-Akte Jugendarbeit.
- (5) Laut Mitteilung von Herrn Soltau.
- (6) KF, XXVII, 10, Okt. 1951, 114.
- (7) Laut Mitteilung von Herrn Soltau.
- (8) Cfr. sub (4).
- (9) Cfr. sub (3).
- (10) Cfr. sub (4).
- (11) Cfr. sub (3).
- (12) Arbeitsplan für Referat Jugend in: AVK-Akte Jugendarbeit. Wurde von Soltau aufgestellt, trägt jedoch kein Datum. Muß aber zu gleicher Zeit entstanden sein wie (3).
- (13) Laut Mitteilung von Herrn Soltau. Zum Volkstrauertag am 9. März 1952 gibt Soltau ein Faltblatt für die Jugend heraus, wobei er unterschreibt als "Jugendreferent der Bundesgeschäftsstelle, zur Zeit in Lüneburg". Kurz danach muß er also umgezogen sein. Dieses Faltblatt in: AVB.
- (14) KF, XVI, 4, April 1950, 29.
- (15) Dieser und andere Briefe in: AVK-Akte Jugendarbeit.
- (16) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau, Herrn Soltau und Herrn Otto Stiebeling, dem damaligen Leiter der Bauabteilung.

- (17) KF, XXVIII, 11, Nov. 1952, 135. Berichte in AVK-Akte Jugendarbeit.
- (18) Brief von Soltau vom 21. Dez. 1952 an Dr. Friesicke der AG für Jugendpflege und Jugendfürsorge, München; in: AVK-Akte Jugendarbeit.
- (19) KF, LI, 3, Juni 1975, 203.
- (20) Laut Mitteilung von Herrn Pfarrer de Beaulieu.
- (21) KF, XXVIII, 11, Nov. 1952, 132-135.
- (22) AVK-Akte Jugendarbeit.
- (23) KF, LI, 3, Juni 1975, 203.
- (24) KF, XXVIII, 11, Nov. 1952, 135.
- (25) Diese und folgende Angaben laut Mitteilung von Pater Rieth, der - angeregt durch meine Untersuchung - auch seine Freunde und Bekannten aus den 50er Jahren aufsuchte und befragte.
- (26) Aus dem Bericht über den Einsatz in Westflandern im Sommer 1952. Im Besitz von Pater Rieth.
- (27) Laut Mitteilung von Pater Rieth.
- (28) Laut Mitteilung von seiner Tochter, Frl. Fischell.
- (29) Auszüge aus den Sitzungen des Gemeinderates von Lommel vom Januar 1946 bis April 1946, aufgestellt vom Verkehrsverein Lommel.
- (30) Text der Paragraphen des Abkommens bezüglich der Kriegsgräberfürsorge in: AVK-Akte Kriegsgräberabkommen.
- (31) Laut Mitteilung von Herrn Bruggen, Sekretär des Verkehrsvereins Lommel.
- (32) Cfr. sub (26).
- (33) Laut Mitteilung von Pater Rieth.
- (34) Huldigung nach seinem Tod am 30. Oktober 1975, in: ID, 05.11.1975. Als erster Staat wurde mit Luxemburg am 23. Juni 1952 ein Abkommen geschlossen, mit Belgien am 8. Juli 1952. Cfr. Schicksal ..., S. 36.
- (35) Der ganze Briefwechsel zwischen Rieth und der Bundesgeschäftsstelle, und zwischen Rieth und Fischell aus den Jahren 1952 bis 1953 ist aufgehoben in einer Mappe unter: AVK-Akte Jugendarbeit.
- (36) Cfr. sub (26).
- (37) Aktenvermerk vom 8. Oktober 1952, zwischen dem Briefwechsel mit Rieth: AVK-Akte Jugendarbeit.
- (38) Cfr. sub (26) und KF, XXVIII, 11, Nov. 1952, 132-35.
- (39) Die meisten dieser Berichte werden von Pater Rieth aufbewahrt, leider meistens ohne Datum- und Seitenangabe.
- (40) Cfr. Aachener Volkszeitung vom 12.08.1952.

- (41) Hernieuwen (eine katholische Studentenzeitung), XXI, 2, Nov. 1952, 53-57; und De Vlaamse Linie, Oktober 1952 (eine katholische Wochenschrift). Von dem letzten Artikel fehlen in der Sammlung von Pater Rieth die genauen Angaben über Datum und die Seiten.
- (42) Die Überschrift des Artikels der "Vlaamse Linie" vermutet "Verbroedering rond het graf" (Verbrüderung um das Grab herum).
- (43) Brief von Fischell an Margraf vom 26. August 1952. Aufbewahrung cfr. sub (35).
- (44) Laut eines Briefes vom 19. Sept. 1952 von Soltau an Rieth, nach seiner Rückkehr aus Leuven. Aufbewahrung cfr. sub (35).
- (45) Das gibt auch Herr Soltau zu.
- (46) Laut Mitteilung von Pater Rieth.
- (47) Brief vom 1. Nov. 1952; cfr. sub (35).
- (48) Brief vom 9. Dez. 1952, cfr. sub (35).
- (49) Laut Mitteilung von Pater Rieth.
- (50) Der Briefwechsel mit dem Auswärtigen Amt und mit dem Architekten Tischler sind in der gleichen Mappe aufgehoben wie unter (35).
- (51) Laut Mitteilung von Pater Rieth.
- (52) IP, 12.08.1959.
- (53) Laut Mitteilung von Herrn Soltau und Herrn Heinrich, langjährigem Mitarbeiter der Bauabteilung des Volksbundes.
- (54) Laut Mitteilung von Herrn Stiebeling.
- (55) Schicksal ..., S. 28 und 30.
- (56) Brief von Rieth an Soltau, vom 6. April 1953, cfr. sub (35).
- (57) Programm vom 20. April 1953, cfr. sub (35).
- (58) Laut Mitteilung von Pater Rieth.
- (59) Brief von Rieth an Soltau vom 1. Juli 1953, cfr. sub. (35).
- (60) Aktenvermerk dieser Besprechung vom 8. Juli 1953, cfr. sub (35).
- (61) 50 Jahre ..., S. 72 und ID, 12.05.1976.
- (62) KF, XXIX, 11, Nov. 1953, 171-73.
- (63) Laut Mitteilung von Pater Rieth und Herrn Glock, damaligem Leiter der Kolpinggruppe.
- (64) KF, XXIX, 11, Nov. 1953, 171.
- (65) Aktenvermerk über diese Zusammenkunft in Bonn am 9. Dezember 1953, in AVK-Akte Jugendarbeit.
- (66) Aktenvermerk über diese Besprechung in Bonn am 9. März

- 1954, in: AVK-Akte Jugendarbeit.
- (67) Aktenvermerk über diese Besprechung in Bonn am 8. März 1954, in: AVK-Akte Jugendarbeit.
- (68) Exemplare von diesen Formularen in: AVK-Akte Jugendarbeit. Das Lagermotto wird bzw. übersetzt als: "Vriendschap boven de grafheuvelen, ..." , "Fraternité Chrétienne par-dessus les tombeaux, ..." und "Reconciliation at the graves".
- (69) KF, XXX, 9, Sept. 1954, 138 und KF, XXXI, 5, Mai 1955, 67. Weiter die vom Kolpingwerk 1955 herausgegebene Broschüre "Versöhnung über den Gräbern - Eine Wegweisung" (28 S., im Besitz von Pater Rieth).
- (70) Laut Mitteilung von Pater Rieth.
- (71) KF, XXXI, 7, Juli 1955, 103.
- (72) Laut Mitteilung von Herrn Glock.
- (73) IP, 01.10.1956.
- (74) KF, XXXIII, 5, Juli 1957, 8-9.
- (75) Schicksal ..., S. 30.
- (76) Brief von Rieth an Soltau vom 30. April 1952, cfr. sub. (35).
- (77) Informationspapier dieser Fahrt, in: AVK-Akte Soltau.
- (78) Protokoll dieser Gründungssitzung am 25. Februar 1953 in AVK-Akte Soltau.
Anwesende Jugendorganisationen sind: Die Deutsche Katholische Jugend, Deutsche Evangelische Jugend, Angestellten-Gewerkschaft, Bund Deutscher Pfadfinder, Naturfreundejugend, Bund Deutscher Landjugend, Deutsche Sportjugend, Deutsche Jugend des Ostens, Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken" und die Landesjugendringe von Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.
- (79) KF, XXIX, 5, Mai 1953, 66.
- (80) KF, XXIX, 8, Aug. 1953, 120-21.
- (81) KF, XXX, 5, Mai 1954, 69-70.
- (82) KF, XXIX, 7, Juli 1953, 98; KF, XXX, 7, Juli 1954, 99-102; KF, XXXI, 6, Juni 1955, 83-88; KF, XXXII, 4, Mai-Juni 1956, 52-55; KF, XXXIII, 5, Juli 1957, 3-6; usw.
- (83) In AVK-Akte Soltau, sind die Sitzungsprotokolle zurückzufinden von den Tagungen am 31. Aug. 1953, 1. Feb. 1954, 12. Feb. 1955 und 24. Sept. 1956.
- (84) Brief von Soltau an seinen Gruppenleiter in der Bundesgeschäftsstelle, in: AVK-Akte Soltau.
- (85) KF, XXXIII, 5, Juli 1957, 7.
- (86) KF, XXXIII, 5, Juli 1957, 3-6 und KF, XXXIII, 6, Aug.-Sept. 1957, 12-13.

- (87) Entwicklung der Jugendarbeit, Vorlage zu Punkt 2 der Tagesordnung der Vorstandssitzung am 1. und 2. Februar 1962, in: AVK-Akte Jugendarbeit.
- (88) Ibidem.
- (89) Laut Mitteilung von Pater Rieth.
- (90) Cfr. sub (87).
- (91) Cfr. sub (87).
- (92) Jugendarbeit des Volksbundes, Anträge des Landesverbandes Bremen vom 15. Juni 1961 zur Präsidiumssitzung vom 7. Juli 1961, in: AVK-Akte Jugendarbeit.
- (93) AVK-Akte Jugendarbeit.
- (94) Empfehlungen des Jugendausschusses zur Organisation der Jugendarbeitskreise. Präsidiumssitzung vom 21. Oktober 1974, in: AVB-Akte Jugendarbeit.
- (95) AVB-Akte Jugendarbeit.
- (96) So z. B. der Brief eines Göttinger Medizinstudenten vom 26. Januar 1961, in: AVK-Akte spontane Meldungen 1960/61.
- (97) Versöhnung über Gräbern - Réconciliation par-dessus les tombes, Kassel, 1963, S. 47.
- (98) Versöhnung ..., S. 19.
- (99) Text dieser Erklärung, der 1390. Plenarsitzung der Vereinten Nationen am 7. Dezember 1965, in: H. OTT, Handbuch der internationalen Jugendarbeit, Köln, 1968, S. 199-200.
- (100) H. OTT, Op. cit., S. 9-10.
- (101) Berichte dieser Seminare in: AVB.
- (102) IP, 23.08.1968.
- (103) Denkschrift vom 22. März 1968, als Unterlage zur Präsidiumssitzung vom 5. April 1968, in: AVK.
- (104) KF, XLIII, 12, Dez. 1966, 156.
- (105) SW, VI, 18, März 1968, 12-15.
- (106) Cfr. sub (103).
- (107) Bericht über das Schulungsseminar für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit der Landesverbände Berlin und Saar vom 26.3.-7.4.1969 in Mühlthal bei Wörgl/Tirol, Berlin, 1969, S. 8 und 38-40.
- (108) K.-H. ENGLER, Babylon war nichts dagegen. Friedendienste, Workcamps und die Jugend der Welt, Düsseldorf, 1969, S. 99.
- (109) Bericht über das Seminar für ehrenamtliche Mitarbeiter der Landesverbände Berlin und Saar des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge vom 14.4.-22.4.1973 in Mühlthal/Wildschönau/Tirol, Berlin, 1973, S. 22-23.
- (110) KF, XLVIII, 1, Jan. 1972, 14.

- (111) KF, IL, 1, Jan. 1973, 12-13.
- (112) Laut Mitteilung von Herrn Soltau, der maßgeblich an diesen Vorbereitungen der Schulkassette beteiligt war.
- (113) Arbeitspapier des Unterausschusses im Jugendausschuß, Sommer 1976.

II. Teil

=====

Einführung

- (1) Partwork: Das III. Reich, Hamburg, 1974-76, Bd. 5, S. 268-77 (Erich Winhold: Frankreichs Abrechnung mit den Kollaborateuren).
- (2) F. SIEBURG, Gott in Frankreich? Ein Versuch, Frankfurt, 1965, S. 35-38; Einleitung aus 1954 zu der Neuauflage des bereits 1929 erschienenen Buches.
- (3) F. SIEBURG, Op. cit., S. 22-23.
- (4) Général DE LA BARRE DE NANTEUIL. Historique des unités Combattantes de la résistance (1940-44) en 4me région militaire. Synthèse sur les 13 départements: Charente, Charente-Maritime, Corrèze, Creuse, Deux-Sèvres, Dordogne, Gironde, Indre, Indre-et-Loire, Lot-et-Garonne, Vendée, Vienne, Haute-Vienne. Château des Vincennes, 1974, 161 S. Herausgegeben vom Ministère des Armées, Etat-Major de l'armée de terre, Service historique.
- (5) O. MODEL & C. CREIFELDS, Staatsbürgertaschenbuch. Alles Wissenswerte über Staat, Verwaltung, Recht und Wirtschaft mit zahlreichen Bildern, München, 1976, S. 51-52.
- (6) O. MODEL & C. CREIFELDS, Op. cit., S. 35.
- (7) F. SEYDOUX de CLAUSONNE, Beiderseits des Rheins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten, Frankfurt, 1975, S. 99.
- (8) O. MODEL & C. CREIFELDS, Op. cit., S. 219.
- (9) F. SEYDOUX de CLAUSONNE, Op. cit., S. 107.
- (10) G. ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen, 1970, S. 178, Fußnote 13.
- (11) Hierbei verweisen wir auf das obengenannte Werk von Ziebur, vor allem S. 46-49.
- (12) Über diesen Aspekt gibt das "Monnet-Memorandum" vom 3. Mai 1950 eindeutig Auskunft. Dieses Memorandum wurde zum erstenmal in Le Monde vom 9. Mai 1970 veröffentlicht. Eine deutsche Übersetzung in: G. ZIEBURA, Op. cit., S. 195-200. Weitere Angaben zum Schumanplan, in: G. ZIEBURA, Op. cit., S. 50-56 und O. MODEL & C. CREIFELDS, Op. cit., S. 815-816.
- (13) O. MODEL & C. CREIFELDS, Op. cit., S. 820. Diese Ablehnung der Nationalversammlung erfolgte am 30. August 1954.

- (14) G. ZIEBURA, Op. cit., S. 65-81. Interessant sind die Ergebnisse der zahlreichen Umfragen in Frankreich (S. 74-75).
- (15) O. MODEL & C. CREIFELDS, Op. cit., S. 821.
- (16) Nach der Überschrift dieses Abschnittes in: G. ZIEBURA, Op. cit., S. 82-93.
- (17) O. MODEL & C. CREIFELDS, Op. cit., S. 219.
- (18) O. MODEL & C. CREIFELDS, Op. cit., S. 822-23.
- (19) G. ZIEBURA, Op. cit., S. 82-84.
- (20) H. UTERWEDDE & D. MENYESCH, Die deutsch-französischen Beziehungen: von der Aussöhnung zur Kooperation, Berlin, 1975, S. 3. (Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung, Berlin).
- (21) G. ZIEBURA, Op. cit., S. 96.
- (22) Zitiert bei G. ZIEBURA, Op. cit., S. 90-91.
- (23) G. ZIEBURA, Op. cit., S. 94-118 und G. MANN, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main, 1973, S. 996.
- (24) K. D. NASS, Gefährdete Freundschaft. Ein Versuch über den Nationalismus in Frankreich und Deutschland, Bonn, 1971, S. 50.
- (25) F. SEYDOUX DE CLAUSSONNE, Op. cit., S. 298.
- (26) R. LAURET, Die Deutschen als Nachbarn, Revision eines Geschichtsbildes, Ein Beitrag zur deutsch-französischen Auseinandersetzung, Stuttgart, 1962, S. 271.
- (27) Text des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963 in: Europa-Verträge und Gesetze, Bonn, 1972, S. 436-444.
- (28) H. UTERWEDDE & D. MENYESCH, Op. cit., S. 10.
- (29) O. MODEL & C. CREIFELDS, Op. cit., S. 52.
- (30) G. ZIEBURA, Op. cit., S. 109.
- (31) G. W. HEYER, Chancen zur Freundschaft. Das Deutsch-Französische Jugendwerk. Ziele, Möglichkeiten, Erfahrungen, Freudenstadt, 1969, S. 12-13.
- (32) K. O. NASS, Op. cit., S. 51.
- (33) K. O. NASS, Op. cit., S. 33.
- (34) G. MANN, Op. cit., S. 1035.
- (35) La réalité quotidienne des échanges franco-allemands. - Praxis des deutsch-französischen Austausches, Band II: Culture-Kultur, Strasbourg, 1970, S. 21 (Herausgegeben vom Pressedienst der französischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg).

- (36) Siehe das Vorwort von Jean Sauvagnargues, französischer Botschafter in der Bundesrepublik, in: La réalité ..., Bd. I, 1970, S. 13 und das Vorwort von Prof. Dr. René Cheval, Leiter der Kulturabteilung der französischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg, in: La réalité ..., Bd. II, S. 9-11.
- (37) K. O. NASS, Op. cit., S. 214.
- (38) K. O. NASS, Op. cit., S. 206.
- (39) H. UTERWEDDE & D. MENYESCH, Op. cit., S. 44-45. Die wichtigsten Untersuchungen im Auftrage des DFJW haben wir im Quellennachweis aufgenommen.
- (40) R. PICT, Zum Verhältnis von Information und öffentlicher Meinung, in: Bulletin de Liaison, des DFJW, Juni 1974, S. 7-9.
- (41) H. MÉNUDIER, Die deutsche Wirklichkeit im Spiegel des ORTF, in: Bulletin de Liason, des DFJW, Juni 1974, S. 39, 41 und 43.
- (42) Ibidem.

II.1.

- (1) "Stand der Kriegsgräberfürsorge in den verschiedenen Ländern", Aufstellung vom Februar 1950, in: AVB, "Die Lage der deutschen Gräber in den einzelnen Ländern", Aufstellung vom Juli 1951, in: AVK und "Grundsätzliches zur Kriegsgräberfürsorge im Auslande", Aufstellung vom 1. August 1951, in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (2) Vorbereitung und Abschluß des Kriegsgräberabkommens mit Frankreich, betreffend die deutschen Kriegsgräber des Zweiten Weltkrieges", Aufstellung von Herrn R. Müller (Bauabteilung des Volksbundes, Kassel) vom 4. Februar 1975, in: AVK.
- (3) "Grundsätzliches zur Kriegsgräberfürsorge im Auslande", Aufstellung vom 1. August 1951, in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (4) Cfr. sub (1).
- (5) "Kurzer Bericht des Beauftragten des VDK in Frankreich, Pastor C. de Beaulieu, Paris, über die gegenwärtige Situation der deutschen Soldatengräber auf französischem Boden", Aufstellung vom 10. Dezember 1950, in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (6) "Bericht über die Frankreichfahrt der Mitarbeiter des Volksbundes vom 3. bis 10. Juni 1952; , vom 17. Juni 1952, in: AVK.
- (7) Cfr. sub (3).
- (8) Cfr. sub (1).
- (9) Protokoll der Arbeitstagung "Jugend und Volksbund" vom 25. Febr. 1953, in: AVK-Akte Soltau.

- (10) "Notizen über den Wiederaufbau", Aufstellung vom 18. August 1950, in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (11) Partwork: Das III. Reich ..., Bd. 5, S. 284-85.
- (12) KF, XXVI, 5, Mai 1960, 36-38.
- (13) KF, XXV, 1, Okt. 1949, 5-6.
- (14) Cfr. sub (10).
- (15) Das Genfer Abkommen vom 12.08.1949 - Paragraphen zur Kriegsgräberfürsorge, Kassel, 1949, 6 S., in: AVK-Akte Kriegsgräberabkommen.
- (16) Diese und folgende Angaben laut Mitteilung von Pfarrer de Beaulieu. Siehe auch KF, LI, 3, Juni 1975, 202.
- (17) "Die Lage der deutschen Gräber in den einzelnen Ländern", Aufstellung vom Juli 1951, in: AVK.
- (18) Laut Mitteilung von Pfarrer de Beaulieu.
- (19) Laut Mitteilung von Pfarrer de Beaulieu.
- (20) Laut Mitteilung von Herrn Gräfe, auch die folgenden Angaben stammen von ihm.
- (21) "Organisation Souvenir français", Aufstellung von Dr. Debus vom 27. Febr. 1951, in: AVK.
- (22) Cfr. sub (1) und (5).
- (23) Cfr. sub (6).
- (24) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau.
- (25) Cfr. sub (6).
- (26) KF, XXV, 1, Okt. 1949, 5-6.
- (27) KF, XXV, 2, Nov. 1949, 11.
- (28) KF, XXVI, 1, Jan. 1950, 3 und 6; KF, XXVI, 2, Feb. 1950, 14-15; KF, XXVI, 7, Juli 1950, 50-51 usw.
- (29) Cfr. sub (5).
- (30) KF, XXVII, 4, Apr. 1951, 39-41; KF, XXVII, 8, Aug. 1951, 99-100 und cfr. sub (17).
- (31) KF, XXVII, 10, Okt. 1951, 112-13.
- (32) Dieses Merkblatt in: AVB. Ein genaues Datum steht nicht fest, muß aber zwischen 1952 und 1954 herausgegeben sein.
- (33) Cfr. sub (3).
- (34) Den Gefallenen. Ein Buch des Gedenkens und des Trostes, München, Salzburg, 1952, S. 146.
- (35) Cfr. sub (5) und laut Mitteilung von Pfarrer de Beaulieu.
- (36) KF, XXVI, 1, Jan. 1950, 3.
- (37) Cfr. sub (9).
- (38) KF, XXVIII, 1, Jan. 1952, 11-12.
- (39) 40 Jahre Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kassel, s.a. (1959), S. 57.

- (40) Bericht über Besprechungen vom 8. bis 10. Januar 1951 in Bonn, in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (41) Aktenvermerk über eine Besprechung im Auswärtigen Amt am 21. März 1951, in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (42) Laut Mitteilungen von Pfarrer de Beaulieu und Frl. Fischell.
- (43) Abschrift dieses Briefes vom 20. Juni 1951, in: AVK-Akte Geschichte VDK.
- (44) Cfr. sub (2).
- (45) Alle obigen Angaben in einem Brief des Präsidenten des Volksbundes an den Bundeskanzler, vom 7. Dezember 1953, als Anlage 2 zu (2).
- (46) Berichte über die zwei Verhandlungsperioden (vom 12. bis 15. April und vom 17. bis 24. Mai 1954), aufgestellt von Otto Margraf, als Anlagen 3 und 4 zu (2).
- (47) Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Kriegsgräber des Krieges 1939-45 (23. Oktober 1954), Paris, 1954, Artikel 2, in: AVK-Akte Kriegsgräberabkommen.
- (48) Abkommen ..., Artikel 4, 6 und 9.
- (49) 40 Jahre ..., S. 57.
- (50) KF, XXXI, 1, Jan. 1955, 2 und Anlage 7 zu (2).
- (51) Bericht über diese Besprechungen am 7. und 8. Juli 1954, als Anlage 5 zu (2).
- (52) Abkommen ..., Artikel 5.
- (53) Laut Mitteilung von Pfarrer de Beaulieu und KF, XXXI, 8, Aug. 1955, 125.
- (54) KF, XXX, 12, Dez. 1954, 185-86.
- (55) Rede von Margraf von dem Vertretertag im Mai 1956 in Kassel, in: KF, XXXII, 4. Mai-Juni 1956, 52-55.
- (56) KF, XXXII, 5, Juli 1956, 66.
- (57) Laut Mitteilung von Herrn Gräfe.
- (58) Cfr. sub (2) und laut Mitteilung von Herrn von Lutzu.
- (59) Laut Mitteilung von Herrn Gräfe.
- (60) Brief von Ahlhorn vom 10. Jan. 1957 und Brief der Segretaria di Stato di Sua Santita vom 5. Febr. 1957, in: AVK-Akte Briefwechsel Kirche.
- (61) Laut Mitteilung von Herrn Gräfe.
- (62) Bericht von Herrn Breitenbach, Leiter der VDK-Pflegedienststelle West in Maisons-Laffitte bei Paris, über die Pflege der deutschen Soldatenfriedhöfe in Frankreich, vom 30.04.1975.
- (63) Merkblatt, in: AVB.
- (64) IP, 16.12.1958.

- (65) Cfr. sub (2).
- (66) Sonderheft der "Kriegsgräberfürsorge" zum 40jährigen Bestehen, S. 20.
- (67) Die Friedhöfe Orglandes und Marigny (Dep. Manche) wurden am 20. September 1961, die Friedhöfe La Cambe und St. Désir-de-Lisieux (Dep. Calvados) am 21. September 1961 eingeweiht. Cfr. KF, XXXVII, 6, Okt. 1961, 98 und Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 215, 16. November 1961, S. 2014.
- (68) Laut Mitteilung von Herrn von Lutzau und Herrn R. Müller.
- (69) 40 Jahre ..., S. 56.
- (70) Schicksal in Zahlen, Kassel, 1976, S. 37.
- (71) Bericht von Herrn Breitenbach, Leiter der VDK-Pflegedienststelle West in Maisons-Laffitte bei Paris, über die Pflege der deutschen Soldatenfriedhöfe in Frankreich, vom 30.04.1975, S. 5.
- (72) IP, 11.03.1965.
- (73) KF, XLII, 9, Sept. 1966, 144 und IP, 19.07.1966.
- (74) Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutschen Kriegsgräber auf französischem Hoheitsgebiet, Paris, 1966, S. 1, in: AVK-Akte Kriegsgräberabkommen.
- (75) Abkommen ..., 1966, Artikel 14.
- (76) KF, XLII, 9, Sept. 1966, 144.
- (77) IP, 29.04.1970.
- (78) KF, LI, 4, Okt. 1975, 240-42.
- (79) Anlage 8 zu (2).
- (80) Cfr. sub (2).
- (81) Schicksal ..., S. 62.
- (82) Belegungszahlen dieser 198 Friedhöfe, in: Schicksal ..., S. 42-43. Mehr detaillierte Auskünfte in: Atlas deutscher Kriegsgräber in Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande - Am Rande der Straßen, Kassel, 1975, passim.
- (83) Cfr. sub (71), S. 2.
- (84) Artikel 16 dieses Vertrages, in: Schicksal ..., S. 24.
- (85) Cfr. sub (71), S. 6.
- (86) Cfr. sub (71), passim; Schicksal ..., S. 26-27 und KF, XLIII, 2, Feb. 1967, 31.
- (87) Laut Mitteilung von Herrn Breitenbach.
- (88) Deutsche Kriegsgräberstätten im ehemaligen französischen Kampfgebiet. Karten und Handbuch. VDK, Berlin, 1937, S. 71-74; Schicksal ..., S. 37-43 und Atlas ..., passim.

II.2.

- (1) KF, XXXIII, 2, Feb.-März 1957, 15 und KF, XXXIII, 3, Apr. 1957, 2.
- (2) KF, XXX, 5, Mai 1954, 74-76.
- (3) Ibidem.
- (4) KF, XXXIII, 5, Juli 1957, 8-9 und KF, XXXIII, 6, Aug.-Sept. 1957, 3-6. Ein Aktenvermerk über den Empfang in Paris, in: AVK-Akte Jugendlager.
- (5) KF, XXXIV, 3, Mai 1958, 43; KF, XXXIV, 5, Sept. 1958, 67-68 und KF, XXXIV, 6, Okt. 1958, 84-87.
- (6) Aktenvermerk von Soltau an Margraf, vom 13. Sept. 1958, in: AVK-Akte Jugendlager. Schriftliche Notiz von Margraf über erfolgte Besprechung mit Delavalade in Paris auf diesem Aktenvermerk.
- (7) KF, XXXV, 2, März 1959, 19. Lagerberichte in: KF, XXXVI, 2, März 1960, 2 & 18-22 und in: AVK-Akte Jugendlager.
- (8) Mortui viventes obligant - Die Toten verpflichten die Lebenden. Aus der Arbeit des VDK-LV Berlin nach dem 2. Weltkrieg, von 1950 bis 1965, Berlin, 1966, S. 30.
- (9) Vorwort von Soltau in KF, XXXVI, 2, März 1960, 2.
- (10) Übersetzung dieses Artikels, auf 2 Seiten, in: AVK-Akte Jugendlager.
- (11) IP, 12.01.1960 und KF, XXXVII, 2, Apr. 1961, 19-25.
- (12) IP, 02.06.1961.
- (13) Schicksal ..., S. 29.
- (14) Schicksal ..., S. 30.
- (15) Bild eines solchen Aufklebers, in: Atlas ..., S. 21.
- (16) Bericht von Herrn Breitenbach, vom 30.04.1975, S. 10.
- (17) KF, XLII, 9, Sept. 1966, 144.
- (18) Cfr. sub. (16).
- (19) Brief des Jugendreferenten des Landesverbandes Berlin, vom 23. April 1963, an einen Interessenten, in: AVB.
- (20) So z. B. KF, XXXVIII, 1, Feb. 1962, 7: IP, 15.08.1967 und IP, 16.06.1970.
- (21) KF, L, 3, Juli 1974, 67.
- (22) KF, IL, 3, Mai 1973, 93.
- (23) Auszug aus "L'Union" über die Hilfe eines Jugendlagers nach einem Wirbelsturm, in: SW, V, 16, Sept. 1967, 19.
- (24) SW, IV, 12, Sept. 1966, 3.
- (25) Auszüge aus ihrem Brief nach Abschluß des Lagers Nesle 1969, in: Bericht über das Schulungsseminar für ehrenamtliche Mitarbeiter der Landesverbände Berlin und Saar des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. vom 1.4.-

11.4.1971 in Mühlthal bei Wörgl/Tirol, Berlin, 1971, S. 16.

- (26) Brief der Dolmetscherin, vom 29. Juli 1970 - noch während des bewußten Lagers - an den Jugendreferenten des Landesverbandes Berlin, in: AVB-Akte Manicourt 1970.
- (27) Brief der Dolmetscherin, vom 1. Sept. 1970 an den Jugendreferenten des Landesverbandes Berlin, in: AVB-Akte Manicourt 1970.
- (28) Laut Mitteilung von einem der Lagerleiter.
- (29) Brief des Jugendreferenten des Landesverbandes Berlin, vom 13. Okt. 1970, an die Dolmetscherin, in: AVB-Akte Manicourt 1970.
- (30) Notiz von von Lutzau an die Mitglieder des Vorstandes, vom 28. Juli 1960, über den Einsatz von Jugendgruppen in Frankreich 1960, in: AVK-Akte Jugendlager.
- (31) Brief des MACVG vom 22. Juni 1960 (unterschrieben von Delavalade), als Anlage 1 zu (30).
- (32) Brief vom 1. Juli 1960, als Anlage 2 zu (30).
- (33) Brief vom 4. Juli 1960, als Anlage 3 zu (30).
- (34) Brief vom 18. Juli 1960, als Anlage 4 zu (30).
- (35) Rundschreiben vom 21. Juli 1960, als Anlage 5 zu (30). Hier heißt es, daß "jeder Verstoß hier gegen ... zu einer ernststen Gefährdung des deutsch-französischen Verhältnisses führen (kann)."
- (36) So z. B. ein Brief des Jugendreferenten von Hamburg, als Anlage 6 zu (30). Er schreibt sogar, daß die Außenstelle des MACVG in seinem Gebiet erstaunt war, daß er um eine Extragenehmigung bat.
- (37) KF, XXXVII, 2, April 1961, 18.
- (38) Sitzung am 29. Mai 1964, Protokoll in einem Rundschreiben (Nr. 12/64) vom 28. Juli 1964 aus der Bundesgeschäftsstelle an alle Landesverbände, in: AVK-Akte Soltau.
- (39) Aktenvermerk von Soltau vom 10. November 1964, nach einem Telefongespräch mit dem Direktor des DFJW am vorigen Tag, in: AVK-Akte Soltau.
- (40) Empfehlung des Jugendausschusses vom 21. Mai 1965; Protokoll über diese Sitzung; Protokoll der Vorstandssitzung vom 8. Juli 1965; Protokoll der Präsidiumssitzung vom 3. Sept. 1965, in: AVK-Akte Soltau. Weiter laut Mitteilung von Herrn Soltau.
- (41) Näheres über die Förderung der Volksbundlager durch den Bundesjugendplan und ein Zahlenbeispiel über die Mittel des 19. Bundesjugendplanes für internationale Jugendarbeit (Haushaltsjahr 1968), in: H. OTT, Handbuch der internationalen Jugendarbeit, Köln, 1968, S. 40-41, 58-59 und 148.
- (42) SW, XI, 39, Juli 1973, ohne Seitenangabe.
- (43) Aus der Buchhaltung der Jugendabteilung des Volksbundes.

1975 wurden DM 22.905.000 ausgegeben für die Fürsorge der
Ruhestätten
DM 5.202.000 für die Wahrung und Pflege
des Gedenkens an die Kriegstoten
DM 1.772.000 für die Betreuung der Ange-
hörigen
DM 7.673.000 für Verbandsausgaben.
Insgesamt wurden DM 37.552.000 ausgegeben, die DM 382.000
für die Jugendarbeit bedeuten etwas mehr als 1 % der
Gesamtausgaben.

- (44) KF, XLIII, 2, Feb. 1967, 35 und Merkblatt über die Hilfe-
leistung der Bundeswehr (1971), in: AVB.
- (45) Laut Mitteilung von Herrn Soltau.
- (46) KF, XXXVII, 2, Apr. 1961, 30.
- (47) R. LAURET, Op. cit., S. 7.
- (48) Richtlinien des DFJW, 1.2.
- (49) La coopération franco-allemande - Deutsch-französische
Zusammenarbeit. 1963-1969, Paris, Bonn, 1969, S. 43-45.
- (50) Tätigkeitsbericht - Rapport d'activité. 1963-1968, Bad
Honnef-Rhöndorf, 1969, S. 33-34. Eine Auswertung der 10-
jährigen internationalen Jugendarbeit des Volksbundes in
der Ansprache des Volksbundpräsidenten Trepte zum
Vertretertag in München am 17. Okt. 1963: "Kriegsgräber-
fürsorge, auch eine übernationale Aufgabe", in: AVB.
- (51) SW, VI, 18, März 1968, 10-11.
- (52) H. OTT, Op. cit., 103-104, 106.
- (53) G. W. HEYER, Chancen zur Freundschaft. Das Deutsch-
Französische Jugendwerk - Ziele, Möglichkeiten, Erfah-
rungen, Freudenstadt, 1969, S. 18-20.
- (54) Schicksal ..., S. 28.
- (55) Tätigkeitsbericht ..., 1969, S. 22; La coopération ...,
S. 49-50.
- (56) K. H. BOENNER, Einstellungswandel in einem deutsch-
französischen Jugendlager. Eine Untersuchung zur Wirk-
samkeit von Auslandskontakten Jugendlicher, München,
1970, S. 10.
- (57) 1968 - Kongress DFJW - Colloque OFAJ, Paris, 1969, S.
84-85.
- (58) 1968 - Kongress ..., S. 70.
- (59) G. W. HEYER, Op. cit., S. 65-66, 80-81.
- (60) Versöhnung über Gräbern - Réconciliation par-dessus les
tombes, Kassel, 1963, S. 49.
- (61) G. W. HEYER, Op. cit., S. 68-69.
- (62) So z. B. Willi Brandt in einer Rede 1968: Tätigkeitsbe-
richt ..., 1969, S. 129. Weiter: La réalité ..., Bd. I,
S. 187.

- (63) Bericht einer Unterredung des Volksbundpräsidenten Trepte im Bundesministerium für Familie, Jugend und Sport im Februar 1970, in: KF, XLVI, 3, Apr. 1970, 55.
- (64) KF, XLVII, 7, Sept. 1971, 168.
- (65) Laut Mitteilung von Herrn Soltau und Herrn Gräfe.
- (66) Das Image des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. - Psychologische Marktuntersuchung. Durchgeführt von Marplan, Forschungsgesellschaft für Markt und Verbrauch mbH, Frankfurt/Main, 1970, S. 41.
- (67) KF, XLVII, 6, Aug. 1971, 123.
- (68) Tätigkeitsbericht - Rapport d'activité. 1963-1973, Versailles, 1973, S. 85.
- (69) H. UTERWEDDE & D. MENYESCH, Op. cit., S. 38, 40-41 und 44.
- (70) Meinungen und Einstellungen junger Deutschen und Franzosen zur deutsch-französischen Zusammenarbeit (Voruntersuchung: Juli 1975). Ergebnisse zweier Gruppendiskussionen mit 17-20jährigen, durchgeführt im Auftrag des DFJW durch Institut für Jugendforschung (IJF) München, Bad Honnef, 1976, S. 3.
- (71) Cfr. sub (48).
- (72) Tätigkeitsbericht ..., 1973, S. 21.
- (73) Meinungen ..., S. 5.
- (74) Anmeldeformulare in: AVB.
- (75) Bericht über das Schulungsseminar für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit der Landesverbände Berlin und Saar vom 26.3.-7.4.1969 in Mühlthal bei Wörgl/Tirol, Berlin, 1969, S. 9.
- (76) So z. B. ein Bericht des Kreisjugendpflegers von Springe vom 3. Januar 1961 über einen Kriegsgräbereinsatz im Sommer 1960, in: AVK-Akte Spontane Meldungen.

II.3.

- (1) F. SIEBURG, Op. cit., S. 24-25, 28.
- (2) K. H. ENGLER, Babylon war nichts dagegen. Friedensdienste, Workcamps und die Jugend der Welt, Düsseldorf, 1969, S. 104.
- (3) KF, XXXVI, 7, Nov. 1960, 114.
- (4) Niederschrift über die Besprechung der Jugendreferenten am 9. und 10. Januar 1962, in: AVK-Akte Soltau.
- (5) Lebenslauf von de Fougerolles, aufgestellt etwa 1962, in: AVK-Akte de Fougerolles.
- (6) Dieses Gespräch mit de Fougerolles, auszugsweise, in: KF, XXXVI, 8, Dez. 1960, 128.

- (7) Briefe von de Fougerolles vom Dezember 1960 an den Präsidenten des Volksbundes und an Herrn Soltau, in: AVK-Akte de Fougerolles.
- (8) Aktenvermerke vom 10. Februar 1961 und vom 2. Mai 1961, in: AVK-Akte des Fougerolles.
- (9) Aktenvermerk über die Besprechung am 24. Oktober 1961 in Paris, in: AVK-Akte Soltau.
- (10) Cfr. sub (4).
- (11) Bericht über die Aussprache in der Bundesgeschäftsstelle am 9. und 10. Januar 1962, aufgestellt vom Geschäftsführer des LV Berlin, in: AVB - Akte Jugendlager.
- (12) Schicksal ..., S. 29.
- (13) Aktennotiz vom 4. April 1961, in: AVB-Akte de Fougerolles.
- (14) Brief des Vorsitzenden des LV Berlin an de Fougerolles, vom 10. Mai 1961, in: AVB-Akte de Fougerolles.
- (15) Rede von de Fougerolles in: AVB-Akte de Fougerolles.
- (16) Der ganze Briefwechsel zwischen dem LV Berlin und dem Impressario des Chores in: AVB-Akte de Fougerolles.
- (17) Mortui viventes ..., S. 17-18.
- (18) AVK-Akte de Fougerolles.
- (19) KF, XLVIII, 2, März 1972, 34-38.
- (20) Versöhnung ..., S. 81.
- (21) Versöhnung ..., Vorwort.
- (22) Stimmen und Berichte zum Tod im Kriege. Eine Materialsammlung zur Gestaltung des Volkstrauertages, Kassel, s.a. (1970), S. 42-43.
- (23) Bericht über das Schulungsseminar für ehrenamtliche Mitarbeiter der Landesverbände Berlin und Saar des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. vom 1.4.-11.4.1971 in Mühlthal bei Wörgl/Tirol, Berlin, 1971, S. 17-19.
- (24) KF, XLIX, 1, Jan. 1973, 7.
- (25) Bericht dieses Kongresses, in den Unterlagen von Herrn P. Devilder, Bürgermeister von Bray-sur-Somme (Dep. Somme).
- (26) AVK.
- (27) KF, XLVIII, 2, März 1972, 34-38.
- (28) KF, LI, 4, Okt. 1975, 243.
- (29) Zitiert bei: G. ZIEBURA, Op. cit., S. 155-57.
- (30) Einstellung der deutschen und französischen Jugend zum deutsch-französischen Jugendaustausch. Zusammenfassen der Bericht: September/Oktober 1968 - Les jeunes françaises et allemandes vis à vis des échanges franco-allemands. Rapport de synthèse: septembre 1968, Bielefeld, Paris, s.a. (1968), S. XXIII.

- (31) La France et l'Allemagne. Connaissances et représentations. Une étude pilote menée auprès de lycéens parisiens et munichois. Mai-décembre 1970 - Deutschland und Frankreich. Kenntnisse und Einstellungen. Eine Modelluntersuchung bei Schülern höherer Schulen in München und Paris. Mai-Dezember 1970, Versailles, s.a. (1970), Vorwort.
- (32) K. M. ENGLER, Op. cit., S. 106.
- (33) Auszug aus der Frankfurter Rundschau vom 10. Mai 1975, zitiert bei: H. UTERWEDDE & D. MENYESCH, op. cit., S. 5. Abgebildet ist auch ein Spottbild aus "Le Monde" vom 10. Mai 1975, Giscard vorstellend, der Bundeskanzler Schmidt umarmt und mit einem Meer von Kriegsgräbern im Hintergrund sagt: "N'en parlons plus!" (sprechen wir nicht mehr darüber!).
- (34) La France ..., S. 34-38, 84 und 90.
- (35) IP, 09.07.1963.
- (36) Aktennotiz vom 26. April 1963 über dieses deutsch-französische Jugendtreffen vom 3. und 4. Aug. 1963, in: AVK-Akte Verdun 1963.
- (37) Aus der Ansprache des Volksbundpräsidenten am 4. Aug. 1963 in Verdun, in: AVK-Akte Verdun 1963.
- (38) IP, 07.07.1969.
- (39) Bericht über die Vorbereitungsfahrt von Herrn Soltau vom 15.-21. Februar 1969, in: AVK-Akte Arras 1969.
- (40) Programm, in: AVK-Akte Arras 1969.
- (41) Berichte, in: AVK-Akte Arras 1969.
- (42) Ablichtung von diesem Bericht von Siegfried Schmidt - Lademann, Generalkonsul der Bundesrepublik in Lille, in: AVK-Akte Arras 1969.
- (43) Laut Mitteilung von Herrn Soltau.
- (44) Programm und alle diesbezüglichen Vermerke in: AVK-Akte Arras 1973. Außerdem wird im AVK auch eine Bildersammlung über diese Veranstaltung aufbewahrt.
- (45) KF, XLIX, 5, Sept. 1973, 132-136.
- (46) Anwesenheitslisten in: AVK-Akte Arras 1973.
- (47) La coopération ..., S. 105-107.
- (48) Tätigkeitsbericht ..., 1973, S. 77.
- (49) G. ZIEBURA, Op. cit., S. 157.
- (50) Auflistung dieser Partnerschaften, in: SW, XI, 39, Juli 1973, ohne Seitenangabe ("Jugend baut Brücken"). Auskunft über einzelne Partnerschaften u.a. in: IP, 05.09.1972 und KF, XLIX, 2, März 1973, 52.
- (51) Laut Mitteilung von Herrn Soltau.
- (52) Idem.

LEBENS LAUF

- 1952: Am 6. November in Brügge - Belgien geboren.
- 1964-70: Sankt Ludwigsgymnasium in Brügge, Abteilung Latein - Mathematik.
- 1970: Abitur.
- 1971-75: Studium der Geschichte und der Politologie an der Staatsuniversität Gent - Belgien. Spezialisierung auf die Geschichte der Neuzeit und die Zeitgeschichte.
Lizentiatsarbeit bei Prof. Dr. R. Van Eenoo über "Die Flämische Bewegung zu Brügge 1918-1930".
- 1972: Anfang der ehrenamtlichen Tätigkeit im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Häufig längere Aufenthalte in der Bundesrepublik.
- 1975: Magister- und Lehrerprüfung (1. und 2. Staatsexamen) an der Staatsuniversität Gent. Verzicht auf eine Stelle als Studienrat, zugunsten einer Doktorarbeit an der Freien Universität Berlin, unter Leitung von Prof. Dr. U. Albrecht. Zusammenarbeit mit dem Landesverband Berlin im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.
- 1975-77: Studium der Politologie (Schwerpunkt: Friedens- und Konfliktforschung), der Geschichte der Neuzeit und der Niederländischen Philologie an den Fachbereichen 15, 13 und 16 der Freien Universität Berlin, vornehmlich bei den Professoren Albrecht, Erbe und Arendt.

DISSERTATIONS-DRUCK MONATH
Wichurastr. 58c Tel. 030/7754777 1 Berlin 46